



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

71. Sitzung

3. Wahlperiode

Mittwoch, 14. November 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt	Angelika Gramkow, PDS	4537
	Eckhardt Rehberg, CDU	4538, 4546
	Volker Schlotmann, SPD	4539
	Torsten Koplín, PDS	4539
Mitteilungen des Präsidenten	Nils Albrecht, CDU	4541
	Reinhard Dankert, SPD	4542, 4547
	Barbara Borchardt, PDS	4543
Genehmigung der Tagesordnung	Harry Glawe, CDU	4544
Beschluss	Karla Staszak, SPD	4545
	Minister Helmut Holter	4548
Nachwahl eines zweiten Vizepräsidenten des Landtages		4536
Wahlvorschlag der Fraktion der PDS: Nachwahl eines zweiten Vizepräsidenten des Landtages – Drucksache 3/2402 –	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Um- stellung von Gesetzen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Euro (Euro-Umstellungsgesetz – EuroUG M-V) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 3/2263 –	4536, 4609
Beschluss	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 3/2390 –	4536, 4609
Andreas Bluhm, PDS	Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD – Drucksache 3/2421 –	4536
Aktuelle Stunde Zukunft der Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksich- tigung bundespolitischer Rahmensetzungen	Beschluss	4536

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Entwicklung der Umweltmedizin

– Drucksache 3/2394 – 4584

Torsten Koplín, PDS 4584

Nils Albrecht, CDU 4586

Ministerin Dr. Martina Bunge 4586

Dr. Manfred Reißmann, SPD 4587

Birgit Schwebs, PDS 4589

B e s c h l u s s 4590

Antrag der Fraktion der CDU:

Reform der Deutschen Bundesbank

– Drucksache 3/2401 – 4590

Georg Nolte, CDU 4590

Ministerin Sigrid Keler 4591

Annegrit Koburger, PDS 4592

Wolfgang Riemann, CDU 4594

B e s c h l u s s 4595

Antrag der Fraktion der CDU:

Bekämpfung des Terrorismus

– Drucksache 3/2393 – 4595

Wolfgang Riemann, CDU
(zur Geschäftsordnung) 4595

Dr. Armin Jäger, CDU 4596, 4607

Peter Ritter, PDS 4597

Siegfried Friese, SPD 4600

Reinhardt Thomas, CDU 4604

Minister Dr. Gottfried Timm 4606

B e s c h l u s s 4608**Nächste Sitzung**

Donnerstag, 15. November 2001 4608

Beginn: 10.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 71. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der 71. und 72. Sitzung liegt Ihnen vor. Im Ältestenrat ist vereinbart worden, heute keine Mittagspause vorzusehen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat mit Schreiben vom 12. November 2001 beantragt, den Bericht der Finanzministerin zur aktuellen Steuerschätzung in die Tagesordnung aufzunehmen. Im Ältestenrat bestand Einvernehmen darüber, die Tagesordnung um diesen Beratungsgegenstand zu ergänzen und nach Tagesordnungspunkt 8 in die Tagesordnung einzureihen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Damit ist die Tagesordnung der 71. und 72. Sitzung beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Frau Bretschneider, die heute ihren Geburtstag feiert, ganz herzlich im Namen aller gratulieren und alles Gute wünschen.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ebenfalls möchte ich unseren Kollegen Reinhard Dankert und Wolfgang Riemann nachträglich ganz herzlich zu ihrem 50. Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Gestern haben wir unsere ehemalige Vizepräsidentin Frau Kassner verabschiedet. Auch ihr möchte ich von hier aus herzlichen Dank für die im Landtag geleistete Arbeit sagen.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Nachwahl eines zweiten Vizepräsidenten des Landtages. Hierzu liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktion der PDS auf Drucksache 3/2402 vor.

Nachwahl eines zweiten Vizepräsidenten des Landtages

Wahlvorschlag der Fraktion der PDS: Nachwahl eines zweiten Vizepräsidenten des Landtages – Drucksache 3/2402 –

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 50 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln. Nach Artikel 32 Absatz 1 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 48 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Wir kommen zur Wahl.

Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens vom zuständigen Schriftführer. Auf den Stimmzetteln ist der Name des Kandidaten aufgeführt. Ich bitte Sie, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Sie dürfen Ihren Stimmzettel nur in der Kabine ankreuzen und müssen ebenfalls noch in der Kabine den Stimmzettel in den Umschlag legen. Bevor Sie den Umschlag mit Ihrem Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, Ihren

Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, keine Kennzeichnung bei „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ enthält, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt. Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Wahlurne leer ist.)

Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung zur Nachwahl des zweiten Vizepräsidenten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und bitte die Schriftführer, die Namen der Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die geheime Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten für die Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 10.24 Uhr

Wiederbeginn: 10.30 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich bitte, wieder Platz zu nehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Nachwahl des zweiten Vizepräsidenten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 68 Stimmen abgegeben. Davon waren 68 Stimmen gültig. Es stimmten für den Abgeordneten Andreas Bluhm 46 Abgeordnete mit „ja“,

(Beifall bei den Abgeordneten)

16 Abgeordnete mit „nein“, 6 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Andreas Bluhm die nach Artikel 32 Absatz 1 der Landesverfassung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Herr Bluhm, nehmen Sie die Wahl an?

Andreas Bluhm, PDS: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Vizepräsident, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des Hauses. Auch ich wünsche Ihnen Glück bei der Arbeit und uns eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei den Abgeordneten – Gratulationen)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der PDS hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Zukunft der Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung bundespolitischer Rahmensetzungen“ beantragt.

Aktuelle Stunde Zukunft der Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung bundespolitischer Rahmensetzungen

Das Wort hat die Vorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow. Bitte sehr, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Grüne von 1998 können wir lesen: „Die neue Bundesregierung wird das Arbeitsförderungsrecht wirksamer ausgestalten: Es werden soviel Mittel wie möglich von passiven in aktive Leistungen umgeschichtet. Die Beschäftigung von Frauen hat dabei ein besonderes Gewicht. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird stärker mit der Strukturpolitik in den Regionen verzahnt.“ Zitatende.

Am letzten Freitag wurde nun diese Reform – das so genannte Job-AQTIV-Gesetz – im Bundestag beschlossen. Die Diskussion um dieses Gesetz wurde begleitet von der Einschätzung der fünf Weisen zur Konjunkturentwicklung. Sie beinhaltete auch die Einschätzung zur Entwicklung der Arbeitslosenquote und damit eine Korrektur zum Ziel des Bundeskanzlers, nämlich die Senkung der Arbeitslosigkeit auf unter 3,5 Millionen im Jahr 2002, wohl nicht erreichen wird. Dazu kommen die aktuellen Zahlen der Arbeitsmarktlage, auch in Mecklenburg-Vorpommern, vom Oktober 2001 und sie sprechen ja wohl eine eigene Sprache.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und um gleich vorzubeugen und insbesondere an die Adresse der Opposition, Herr Riemann, gerichtet: Uns geht es in dieser Debatte nicht um eine einseitige Schuldzuweisung an die Bundesregierung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Um was denn dann?)

Die PDS-Fraktion bleibt dabei, dass die Senkung der Arbeitslosigkeit das Thema Nummer eins ist und bleibt.

(Dr. Christian Beckmann, CDU:
Das reden Sie schon drei Jahre.)

Mit den bisher erreichten Ergebnissen sind wir aber nicht zufrieden,

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Das ist ja interessant. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Da kann Herr Holter bloß stolz drauf sein.)

wohl wissend, dass auch wir im eigenen Land Reserven haben, wie Sie an der aktuellen Debatte

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Herr Holter kann darauf stolz sein.)

zum neuen Arbeitsmarktprogramm in Mecklenburg-Vorpommern sehr gut erkennen können.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber – und auch das ist uns allen bekannt – Arbeitsmarktpolitik ist in erster Linie Europa- und Bundespolitik.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach ja?!)

Leider hat sich der Bund während der Regierungszeit Kohls aus der Verantwortung gestohlen und die Lasten den Ländern und Kommunen aufgebürdet.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dieser Kurs ist leider in den letzten Jahren nicht geändert worden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie knüpfen wieder an die erfolgreichen 40 Jahre an.)

Mit dem Job-AQTIV-Gesetz wird sich dieser Prozess leider weiter fortsetzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Holter knüpft wieder an erfolgreiche 40 Jahre an.)

Und gestatten Sie mir dazu ein paar Worte. Auch meine Fraktion sieht positive Ansätze in diesem Gesetz, für die wir jahrelang außerparlamentarisch gekämpft haben, so zum Beispiel:

1. die Abschaffung einer Wartezeit bis zum Eintritt in Fördermaßnahmen,
2. die Wiederaufnahme der Förderung von Hauptschulabschlüssen,
3. die Aufnahme von Zeiten des Bezugs der Erwerbsminderungsrente, des Mutterschaftsgeldes sowie von Kindererziehungszeiten in die Versicherungspflicht der Bundesanstalt für Arbeit und
4. die Ausdehnung der Möglichkeiten für ehrenamtliche Tätigkeit ohne Nachteile.

Das ist ausgesprochen positiv. Aber diese Regelungen des Job-AQTIV-Gesetzes wurden den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der tatsächlich eingetretenen Lage auf dem Arbeitsmarkt mit dem gewaltigen Ost-West-Gefälle leider nicht gerecht, und schon gar nicht der hohen und verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit,

(Harry Glawe, CDU: Ach nee?!)

zumal weder der Bundeshaushalt noch der Etat der Bundesanstalt für Arbeit die notwendigen Mittel zu ihrer Finanzierung vorsieht.

(Harry Glawe, CDU: Wir hatten noch nie so viel Arbeitslose wie unter der PDS-Regierung und Herrn Holter.)

Dieses Gesetz soll haushaltneutral sein.

(Harry Glawe, CDU: 34 Prozent sind langzeitarbeitslos.)

Alle neuen guten Maßnahmen müssen damit aus dem Vorhandenen finanziert werden und sie gehen zu Lasten von Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen und Strukturpassungsmaßnahmen. Und dies kann für Mecklenburg-Vorpommern bedeuten, dass wir das durchschnittliche Niveau dieser Maßnahmen zum Beispiel bei ABM von 17.000 auf eine Entwicklung zum Jahresende von durchschnittlich 12.000 ABM-Stellen in Mecklenburg-Vorpommern vielleicht im nächsten Jahr nicht halten können? Welchen Sinn hat eine dreijährige Wartefrist nach einer Beschäftigungsmaßnahme, außer Langzeitarbeitslosigkeit zu verfestigen und die Gefahr von Sozialhilfe nicht bannen zu können?

Meine Damen und Herren, die ostdeutschen Länder werden noch lange Zeit und auf ein hohes Niveau von aktiver Arbeitsmarktpolitik angewiesen sein. Wir fordern deshalb nicht ABM und SAM auf Teufel komm raus, und schon gar keine Wahl-ABM. Aber eins ist doch klar: Wenn von 100 Mark aktiver Arbeitsmarktpolitik 5 Mark in der Verantwortung des Landes liegen, haben wir eine Verantwortung, uns um die restlichen 95 Mark zu kümmern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es ist schon bemerkenswert, welche sprachlichen Kunststücke Herr Holter und sein Pressesprecher Monat für Monat vollbringen, um die sich ständig verschlechternde Lage auf dem Arbeitsmarkt schönzureden. Wenn man den Reden Glauben schenken würde, so müsste sich die Lage von Monat zu Monat seit dem Regierungsantritt kontinuierlich verbessern,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da war auch jeden Monat etwas anderes.)

eine Erfolgsbilanz müsste sich an die nächste reihen und das Problem der Arbeitslosigkeit schon in absehbarer Zeit keins mehr sein. In Erinnerung sei nur gerufen, dass man 20.000 Arbeitslose weniger haben wollte.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Sehr interessant waren vor wenigen Tagen zwei Vorträge von Herrn Seutemann – das ist der Präsident des Landesarbeitsamtes Nord – auf den Regionalkonferenzen in Schwerin und Neubrandenburg. Und zwar stellte er die so genannten Ringstorff/Holter-Kurven vor.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Und die Kurven drücken sich so aus: Er legte die Arbeitslosenkurven der Jahre 1999, 2000 und 2001 übereinander, und glauben Sie, die Kurve des Jahres 2001 war in jedem Monat die höchste Kurve gegenüber dem Jahr 1999 und auch gegenüber den Vorjahren, wenn Sie weitere Vergleiche ziehen.

(Harry Glawe, CDU: So ist es. –
Angelika Gramkow, PDS: Sagen Sie auch dazu, dass es die anderen Länder damit verglichen hat und wir da gar nicht so schlecht aussehen?)

So viel zur Realität, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Harry Glawe, CDU:
Jeden Monat, drei Jahre lang!)

Und jetzt muss man noch einmal die Frage stellen, was ist hausgemacht und welche äußeren Einflüsse haben wir. Ich habe hier schon im September darauf hingewiesen, dass der Export in Deutschland im ersten Halbjahr 2001 gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 um acht Prozent gewachsen ist. Das heißt, die nachlassende Konjunktur ist zu weiten Teilen hausgemacht. Wir haben ja heute noch einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt zur Steuerschätzung. Darauf kann man dann näher eingehen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Gramkow, Herr Minister Holter, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern Rezession. Wir haben ein Wirtschaftswachstum von minus 2,1 Prozent und das nennt man Rezession. Ich sage Ihnen für das nächste Jahr voraus: Wenn die Wirtschaftsforschungsinstitute heute für Gesamtdeutschland ein Wachstum von 0,6 Prozent prognostizieren, dann geht das Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern ins Minus hinein. Und was tun Sie dagegen? – Nichts, aber auch gar nichts!

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch falsch.)

Sie haben eine völlig verfehlte und eine falsche Politik. Warum haben Sie nicht Ja gesagt zum Infrastrukturprogramm des Thüringischen Ministerpräsidenten? Warum sagen Sie Ja zur Ökosteuern?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Warum sagen Sie Ja zu einer Steuerreform, die Sie mittlerweile, Frau Gramkow, bedauern? Haben Sie denn nicht mitgekriegt schon letztes Jahr, dass außer einem warmen Händedruck für Mecklenburg-Vorpommern nichts herausgekommen ist?

(Herbert Helmrich, CDU: Heiße Luft! –
Angelika Gramkow, PDS: Haben Sie nicht mitgekriegt, dass ich dazu nicht Ja gesagt habe? Sie wissen doch immer alles.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Ihre Lösung wirklich der öffentliche Beschäftigungssektor ist, der pro Nase 40.000/50.000 Mark kostet, dann kucken Sie sich die Zahlen an im Haushalt des Arbeits- und Bauministeriums! Herr Holter hat hier selber gesagt, er hat in ÖBS und „Jugend baut“ circa 840 Beschäftigte, Kosten 46 Millionen DM oder 23 Millionen Euro.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ein Skandal!)

Das ist doch keine zielorientierte Arbeitsmarktpolitik!

(Angelika Gramkow, PDS: Sie sollten mal Ihre Zahlen überprüfen, Herr Rehberg!)

Dieses Geld sollten Sie lieber in der Infrastruktur ausgeben. Das ist der völlig falsche Politikansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wo bleiben Ihre Politikansätze?

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Wenn ich diese Programnteile sehe für die zunehmende Zahl der Langzeitarbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern, für die älteren Arbeitnehmer, was haben Sie für sie übrig, wo ist Ihr politischer Ansatz?

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Den sage ich Ihnen sofort.

(Angelika Gramkow, PDS: Der Transrapid. –
Barbara Borchardt, PDS: Niedriglohnssektor.)

Ich denke, es ist völlig inakzeptabel, die klassischen ABM noch heute mit der Gießkanne zu verteilen, und das wird weiter gemacht. Hier eine Konzentration für Ältere und für soziale Problemgruppen vorzunehmen, das halte ich für richtig. Genauso inakzeptabel ist es, 25-Jährigen Mobilitätsbeihilfen von bis zu 8.000 DM zu geben, damit sie dieses Land verlassen. Auch dieses ist inakzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, was haben Sie denn geschafft in diesem Jahr, was die Sozialhilfeempfänger betrifft? – Eine Steigerung um 12,5 Prozent. Auch das ist Ergebnis Ihrer Politik.

(Dr. Christian Beckmann, CDU:
Skandalös, skandalös!)

Das ist Ergebnis Ihrer Politik, und ich könnte das noch weiter fortführen. Kucken Sie sich alle Daten an: Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben das Minuszeichen in Deutschland und in den neuen Bundesländern. Das ist die Realität. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben in drei Jahren keine Vorsorge getroffen, überhaupt keine Vorsorge getroffen, auch die finanziellen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass wir wirklich zu mehr Arbeit, zu mehr Beschäftigung

in Mecklenburg-Vorpommern kommen. Und kucken Sie sich mal an, wozu Sie überall Ja gesagt haben, was die Bundespolitik betrifft! Kucken Sie sich genau an, woher die Steuerausfälle kommen! Kucken Sie sich das wirklich ganz genau an! Kucken Sie sich auf der anderen Seite an, wie die Kaufkraft gesunken ist!

Nur noch mal zwei Beispiele: Die Renten sind zweimal nur um die Inflationsrate gestiegen. Das hat was mit Binnennachfrage zu tun. Das hat wirklich was mit Binnennachfrage zu tun. Und Sie haben weiter die Rahmenbedingungen verschlechtert, indem weder die Rentenbeiträge noch die Arbeitslosenbeiträge, noch die Krankenkassenbeiträge gesunken sind. Sie sind gestiegen. Das ist ein Minus für den Standort Deutschland. Das ist aber auch ein Minus im Portemonnaie des Einzelnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme sofort zum Schluss, Herr Landtagspräsident.

Das sind Ansätze, um eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu machen. ÖBS und „Jugend baut“ sind das nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man dem Herrn Rehberg und seinem Pressesprecher glauben soll, dann befinden wir uns in der zentralafrikanischen Republik mit 80 Prozent Arbeitslosigkeit

(Dr. Ulrich Born, CDU: Seit wann hast du einen Pressesprecher?)

und bürgerkriegsähnlichen Zuständen, aber nicht in Mecklenburg-Vorpommern. Ich möchte mich trotzdem an dieser Stelle auf einen Teilaspekt der bundespolitischen Rahmensetzungen der Arbeitsmarktpolitik beziehen.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Ich denke, wir sprechen über Mecklenburg-Vorpommern?)

Die Bundesregierung hat mit dem Job-AQTIV-Gesetz eine Modernisierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf den Weg gebracht, die der Bundestag am vergangenen Freitag beschlossen hat. AQTIV steht für Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren und Vermitteln. Und keiner hier in der Saal kann die Bedeutung eines frühzeitigen passgenauen Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ernstlich in Zweifel ziehen. Die Modernisierung und Intensivierung der Arbeitsvermittlung, und zwar auf der Basis von individuellen Chancenprognosen und Eingliederungsvereinbarungen, wird zu einer kürzeren Verweildauer in der Arbeitslosigkeit und damit unter anderem auch zur Einsparung bei passiven Leistungen führen. Viel wichtiger jedoch ist: Der oder die Arbeitslose ist schneller wieder in Arbeit.

Meine Damen und Herren, mit den Förderinstrumenten Jobrotation und Qualifikationsförderung für An- und Ungelernte sowie ältere Beschäftigte ist die Bundesregierung auf dem richtigen Weg. Im Gegensatz zur CDU, die man in der letzten Legislatur schon gar nicht mehr gefragt hat, werden wir aber noch gefragt, Kollege Rehberg. Und dann sagen wir Ja. Das Job-AQTIV-Gesetz wird so der Bedeutung des lebenslangen Lernens für die Sicherung

von Beschäftigung gerecht. Es ist daher zu begrüßen, dass durch gezielte Früherkennungsverfahren eine qualifizierte Grundlage für die Vermittlungstätigkeit und damit zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit geschaffen werden soll. Positiv ist auch zu bewerten, dass zukünftig Eingliederungsvereinbarungen getroffen werden. Die Förderung der Weiterbildung von An- und Ungelernten ist nicht nur wirksamer und nachhaltiger, sondern auch wesentlich kostengünstiger als die vielfach erhobenen Forderungen, die Löhne für einfache Arbeitsplätze dauerhaft zu subventionieren. Das Instrument der Jobrotation zu Weiterbildungszwecken ist bildungspolitisch grundsätzlich positiv zu bewerten. Die finanziell bessere Unterstützung der Kinderbetreuung bei der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie bei Trainingsmaßnahmen gibt gerade Frauen auch neue Chancen der Erwerbstätigkeit. Die Übernahme der Instrumente des Jugendsofortprogramms JUMP ist sinnvoll, da sie in der Praxis schon jetzt erhebliche Erfolge bei der Vorbereitung und Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zeigen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Meine Damen und Herren, wohlklingende Sätze zum Job-AQTIV-Gesetz der Bundesregierung, aber nicht von mir, sondern vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag – sehr unverdächtig –, dem Institut für Arbeit und Technik, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, der IG BCE – oder, für die Nicht-Gewerkschafter, Bergbau, Chemie und Energie – und dem Berufsbildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus deren Stellungnahmen im Rahmen der Beratungen des Deutschen Bundestages zu dem Job-AQTIV-Gesetz.

Ich habe diesen Stellungnahmen nichts hinzuzufügen und daher kann ich es auch verschmerzen, wenn es Abgeordnete in diesem Hause gibt, die meinen, in Pressemitteilungen oder in Wortbeiträgen hier feststellen zu müssen, dass dieses Gesetz an den Realitäten vorbei gehe. Gerade die Realitäten erfordern dieses Gesetz. Verbesserungswünsche und einige Sachen noch mehr hätte auch ich mir vorstellen können und meine Fraktion sicherlich auch, nur jeder, der meint, dieses Gesetz blockieren zu müssen, auch in seiner Umsetzung, wird sich draußen fragen lassen müssen, warum er damit auch die unzweifelhaften Verbesserungen blockiert und verhindern möchte. Nur weil man noch mehr wollte? Ich sage Ihnen, so kann man nicht ernsthaft Politik machen. Sicher ist auch in diesem Gesetz der Bundesregierung nicht alles Gold, was glänzt, es bedeutet aber einen wichtigen und richtigen Schritt vorwärts. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Koplín.

Torsten Koplín, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich suche jetzt noch mal durch die Reihen, ob Herr Rehberg noch da ist.

(Angelika Gramkow, PDS:
Ist nicht wichtig genug.)

Als er redete, musste ich unwillkürlich an den vergangenen Sonntag denken – 11.11 Uhr, eine närrische Zeit hat begonnen, die Zeit der Maskerade. Und ich empfinde den Redebeitrag der CDU im gewissen Sinne als solche Maskerade,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

denn nur in einem Punkt hat er angedeutet, was die CDU wirklich will,

(Volker Schlotmann, SPD:
An die Macht, an die Macht!)

indem Herr Rehberg sagte, die Programme „Jugend baut“ und „Jugend, Arbeit, Zukunft“, „Jugend baut“ sagten Sie wörtlich, wären übrig. Haben Sie das im Übrigen gestern vor der Staatskanzlei den Mittelständlern auch gesagt?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja natürlich.
Gerade denen habe ich das gesagt. –
Herbert Helmrich, CDU:
Genau das ist der Punkt.)

Ja, haben Sie ihnen gesagt, dass Sie genau an dieser Stelle ihnen die Mittel entziehen wollen?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dass das Geld besser einzusetzen ist, wenn man es denen gibt.)

Ich denke in dieser Situation zum Beispiel an die größte Baustelle in Ueckermünde über lange Zeit, an die historische Scheune, die durch „Jugend baut“ überhaupt initiiert werden konnte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Haben Sie den Bauleuten gesagt, dass Sie denen dieses Geld wegnehmen wollen?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja natürlich,
weil da keine Wertschöpfung hinter steckt. –
Herbert Helmrich, CDU: Darüber müssten Sie
mal in Pasewalk diskutieren, mein Lieber.)

Warum sagten Sie zum Beispiel in Ihrer Rede nichts darüber, dass Sie an einem starken Technologiestandort in Mecklenburg-Vorpommern nicht interessiert sind? Wir werden heute noch darüber reden. Warum sagten Sie nicht, dass Sie mit Ihrer Verweigerung zur BioCon Valley die neu geschaffenen 1.200 Arbeitsplätze gefährden wollen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
Das ist doch absurd. Das ist völlig absurd.)

Warum empörten Sie sich nicht über Ihren Vordenker Professor Arndt – der hat ja die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Bayern vertreten, indem er die Klageschrift seinerzeit zum Länderfinanzausgleich mit formulierte –, als er sagte, die Sozialhilfe soll nur noch nach Wirtschaftskraft der Länder berechnet werden? Nichts da also mit Existenzminimum oder Schutz vor Armut und Verelendung! Warum empörten Sie sich nicht? Ich hörte von Ihnen, Herr Rehberg, nur ein „nicht glücklich formuliert“. Warum empörten Sie sich nicht über Herrn Merz, der die Fördermittel des Bundes nach politischer Farbe der Länderregierungen verteilen will? Im Übrigen lässt das aus meiner Sicht mangelndes Demokratieverständnis erkennen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

verletzt das Grundgesetz und schlägt auf Ihre Sympathisantinnen und Sympathisanten im Übrigen dann auch zurück. Sie wollen – zu dem Fazit komme ich – die sozial Schwächsten für ihre Lage pauschal selbst verantwortlich

machen. Sie haben nur eine Antwort auf das uns alle bedrückende Problem, die Arbeitslosigkeit, nämlich die Entsolidarisierung mit den Schwächsten. Sie sind weit entfernt von dem humanistischen Anspruch „Einer trage des anderen Last“.

Bedauerlich ist nur aus Sicht der PDS, dass die Bundesregierung in gewisser Weise den neoliberalen Kurs fortsetzt. Das Job-AQTIV-Gesetz ist angesprochen. Und, Herr Schlotmann, ich gebe Ihnen völlig Recht, meine Kollegin Gramkow hat es gesagt, es gibt viel Positives an diesem Gesetz, aber die Wartezeitregelung von drei Jahren nach einer ABM ist für unser Land von Übel. Es entwertet das viele Positive in dem Gesetz. Es ist deshalb, wenn man es nämlich mal abwägt, sozialpolitisch kontraproduktiv, denn es verfestigt Langzeitarbeitslosigkeit, diese wiederum erhöht Sozialhilfebedürftigkeit beziehungsweise ergänzende Sozialhilfe.

Zweitens ist das in Abwägung gesagt kommunalpolitisch kontraproduktiv, denn die drei Jahre Wartezeitregelung bringt die Kommunen in die verbleibende Vermittlungsaufgabe. Damit sind sie einerseits überfordert und es ist im gewissen Sinne doch eine Kommunalisierung der Arbeitslosigkeit.

(Volker Schlotmann, SPD: Aber wir
können sachlich darüber streiten.)

Drittens ist es volkswirtschaftlich aus meiner Sicht kontraproduktiv, denn eine erhöhte Langzeitarbeitslosigkeit – das wissen wir, zumindest wir Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker haben uns oft darüber unterhalten – bringt einen erhöhten Bedarf an Behandlungen im ambulanten und stationären Bereich und somit erhöhte Kosten mit sich, diese wiederum erhöhen die Lohnnebenkosten und können gegebenenfalls zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit führen.

Ich halte es auch für strukturpolitisch kontraproduktiv, dass das Gesetz ohne eine gesonderte regionale Komponente ausgestattet wurde. Wir brauchen eine Grenzlandförderung.

Es schafft im Übrigen kein Vertrauen in die Demokratie, denn die Verhaltensmaßregeln in Paragraph 2 Absatz 2 für Arbeitnehmer stellen einen De-facto-Zwang zur Annahme von Änderungskündigungen dar. Und die Unübersichtlichkeit der Regelung bei der Absenkung der Arbeitslosenhilfe gibt den Betroffenen das Gefühl, dass sie Spielball des Geschehens und nicht Akteure des Geschehens sind.

Montag haben wir Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik uns im Bundestag darüber unterhalten, wie die Situation einzuschätzen ist. Nach unserer Kenntnis gibt es noch ein Erfordernis, eine Stellungnahme im Bundesrat durch die Länder. Ich möchte dringend darum bitten, dass wir für die Abschaffung der Wartezeitregelung drei Jahre nach ABM uns als Land stark machen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

dass wir uns stark machen für eine Investition zum Strukturprogramm der Bundesrepublik und eine Grenzlandförderung im Zusammenhang mit der Behandlung dieser Gesetzlichkeit und der notwendigen Stellungnahmen. – Ich danke für Ihr Interesse.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Albrecht von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Albrecht.

Nils Albrecht, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Stunde „Zukunft der Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung der bundespolitischen Rahmenseetzungen“ reiht sich eigentlich nahtlos in die von der CDU initiierte Debatte zur Zukunft unseres Landes ein. Aber ich hatte es nicht zu träumen gewagt, was hier passiert.

(Unruhe bei Barbara Borchardt, PDS)

Sie stellen sich hin und weinen bereits jetzt zu den Misserfolgen Ihrer Arbeitsmarktpolitik in der Zukunft vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung – und ohne Zweifel sind das katastrophale Entscheidungen, die dort getroffen worden sind in der Vergangenheit, und auch die Zukunft sieht nicht viel rosiger aus –, also bereits jetzt entschuldigen Sie sich mit Ihren Redebeiträgen für die Zukunft und Ihr Versagen.

(Angelika Gramkow, PDS: Haben Sie uns nicht zugehört? – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das, meine Damen und Herren, kann doch wohl nicht wirklich Anlass und Inhalt Ihres beantragten Tagesordnungspunktes gewesen sein.

(Angelika Gramkow, PDS: Dann sagen Sie uns doch mal, was wir machen sollen!)

Nein, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Vor allen Dingen, wie wir das finanzieren sollen.)

Solange Ihre Partei des Demokratischen Sozialismus in diesem Lande einen Arbeitsminister stellt – auch und gerade vielleicht, weil Sie auch noch mal betont haben, dass er ganze fünf Mark von 100 zu verwalten hat –, solange Sie sich das leisten, diesen Arbeitsminister zu stellen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Muss er die Kunst des Geldvermehrens beherrschen?)

werden wir Sie auch an die Verantwortung erinnern, die Sie zu tragen haben für die vielen Arbeitslosen in diesem Lande, und da kommen Sie nicht raus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Könnte es sein, dass die Wirtschaft auch eine Rolle dabei spielt? Oder nur der Arbeitsminister? – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Die Opposition hat offensichtlich gar keine Verantwortung.)

Frau Gramkow, eine Politik, die sich nach den Erfolgen eines Arbeitsmarktes richten will, die sich daran messen lassen will, das ist in erster Linie eine arbeitsplatzschaffende, arbeitsplatzsichernde Wirtschaftspolitik.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber die leistet doch die Landesregierung. Warum schießen Sie denn dann auf den Arbeitsminister?)

Meine Damen und Herren, und der Erfolg dieser Landesregierung in diesem Feld, der ist ganz kurz und knapp zu beschreiben mit einem einzigen Wort zurzeit: Minuswachstum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Nur in Mecklenburg-Vorpommern. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das größte Minuswachstum gibt es in Sachsen.)

Wissen Sie, diese Debatte im Vergleich, die Sie führen,

(Barbara Borchardt, PDS: Gefolgt von Thüringen. Aber darüber reden wir ja nicht.)

das ist die, wie zwei Obdachlose sich unterhalten und der eine sagt: Mensch, dir geht's ja gut. Wieso? Du hast wenigstens noch einen Karton. Wissen Sie, das ist keine Debatte, die nach vorne schaut, die Sie führen. Suchen Sie sich nicht immer diejenigen, denen es noch schlechter geht!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Suchen Sie doch endlich mal einen Weg, der nach vorne führt und Optimismus in diesem Land verbreitet!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich auf den Titel des Themas beziehen und „Zukunft der Arbeitsmarktpolitik“ vielleicht einmal unter die Lupe nehmen.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist schon fast humoristisch.)

Was blüht den Betroffenen also in dem kommenden Jahr?

(Angelika Gramkow, PDS: Aber jetzt malen Sie nicht schwarz! – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Und es stimmt mich sehr nachdenklich, Frau Gramkow, auch Herr Koplitz hat nicht ein einziges Wort zu den politischen Maßnahmen gesagt, die Sie jetzt auf der Regierungsbank oder mit dem Minister ausgearbeitet haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Also das Strukturprogramm habe ich aber klar definiert. Da haben Sie mir nicht zugehört. Das enttäuscht mich wirklich sehr. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Der überwiegende Teil Ihrer Rede war Klage über die Bundesregierung und nicht das, was wir erwartet haben über die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber, Herr Abgeordneter, wir machen doch nicht das, was Sie erwarten!)

Liebe Kollegen, die Frage ist doch in erster Linie,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das werden wir bestimmt nicht machen. Das können Sie auch gar nicht erwarten.)

was ist denn im Augenblick Diskussionsinhalt, wenn es um die Arbeitsmarktpolitik der Zukunft geht, die dieses Land mitgestalten will. Und da hören wir doch sehr häufig auch Kritik aus Ihren Reihen,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

aber nicht, weil es etwa ja vielleicht das eine oder andere Sachproblem gibt. Ich habe den Eindruck, es fehlen Ihnen die sozialistischen Vokabeln in diesem neuen Strukturprogramm.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ja, wenn da von Erfolgsorientierung gesprochen wird, Erfolgskontrolle, nachhaltige Wirkung und sogar Wettbewerb, dann kann ich Ihren Protest verstehen, weil das sind Worte, die Ihnen fremd sind.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sagen
Sie bitte, hatten wir keinen sozialistischen Wettbewerb in der DDR?)

Sie haben Angst, dass es Ihnen schwer fallen wird, in Zukunft Klientelpolitik zu betreiben,

(Heiterkeit bei Barbara Borchardt, PDS)

dass es Ihnen schwer fallen wird, diese Millionenbeträge, die Herr Rehberg genannt hat, zukünftig auch auszugeben, um – ich sage mal – Ihre Klientelpolitik zu bedienen. Das wird nicht funktionieren.

(Angelika Gramkow, PDS:
Soll ich denn Ihren Landräten die
Schulsozialarbeiter wieder wegnehmen?)

Eine ernstzunehmende Kritik, meine Damen und Herren, die haben Sie sich im Rahmen der Ausschussanhörung ...

(Sylvia Bretschneider, SPD: Können wir
nicht mal was von Ihren Ideen hören?
Sie meckern nur rum da vorne!)

Sie haben die Gelegenheit sicherlich genutzt, im Ausschuss dabei zu sein und sich anzuhören,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ich höre keine Ideen.)

wo die Kritikpunkte liegen für die Weichenstellung in der Zukunft.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na, sprechen Sie mal weiter!)

Die Frage ist, wie kriegt man ein arbeitsmarktpolitisches Instrument eingeführt in diesem Land. Sicherlich nicht mit der Brechstange, meine Damen und Herren.

Und das ist ein Appell, den ich hier an die verantwortliche Regierungskoalition richte, dass Sie hier dafür Sorge tragen, dass das, was Sie vorgesehen haben, nicht mit der Brechstange eingeführt wird zu Lasten der Betroffenen,

(Torsten Koplín, PDS: Nur mit der CDU.)

denn über Übergangsfristen wurde hier noch nicht ein einziges Wort gesprochen, was aber dringend notwendig ist. Wir haben auch noch andere Fragen völlig unbeantwortet gelassen, das ist die Frage zum Beispiel der Regionalbeiräte in Ihrem Konzept.

Ich kann nur befürchten, was uns jetzt vorliegt an konzeptioneller Arbeit, meine Damen und Herren, wird zu einem arbeitsmarktpolitischen Chaos führen. Machen Sie Ihren Einfluss geltend, dass das nicht passiert! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da hätten Sie
aber freundlicher mit uns sprechen sollen. –
Sylvia Bretschneider, SPD: Das war
aber schwach. Oh, war das schwach!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Früher habe ich auf so was reagiert, aber hier kann ich es nicht. In einer Aktuellen Stunde ist es möglich, frei von Antrags- und Beschlusszwängen über wichtige politische Themen zu reden und seine Meinung zu sagen. Das möchte ich zur zukünftigen Arbeitsmarktpolitik des Landes tun.

Es bleibt dabei, meine Damen und Herren, die aktive Arbeitsmarktpolitik ist und bleibt ein Teil der beschäftigungspolitischen Gesamtstrategie und wird auf hohem Niveau fortgeführt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Sie muss in Zukunft noch stärker mit der Wirtschaftspolitik und den angrenzenden Bereichen des Landes verzahnt werden. Die Arbeitsmarktpolitik muss des Weiteren leisten, die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen zu erhalten und zu verbessern – heute mehr denn je. Eine Aufgabe ist es, weiterhin die Qualifikationsprofile noch flexibler auf die Arbeitsmarktbedingungen und den Stellenbedarf auszurichten. Sie hat aber auch die Aufgabe, betriebsnah das Qualifikationsniveau von Beschäftigten, insbesondere in kleinen und mittelständischen Unternehmen, an die technologische Entwicklung anzupassen. Dabei sind die Anforderungen natürlich von Globalisierung und Osterweiterung an die Unternehmen zu berücksichtigen. Somit leistet Arbeitsmarktpolitik einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung von Arbeitsplätzen in Unternehmen unseres Landes. Darüber hinaus wird es nach wie vor nötig sein, öffentlich geförderte Beschäftigung eben wegen ihrer Auffang- und Pufferfunktion beizubehalten.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

Die Maßnahmen sollten aber auch so ausgerichtet werden, dass die dort Beschäftigten wieder in den regulären Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Meine Damen und Herren, die Realität ist mir bewusst, aber wenn wir an diesem Ziel nicht festhalten, dann können wir uns gleich beerdigen lassen. Wir müssen an diesem Ziel weiter festhalten, trotz der hohen Zahl von Arbeitslosen. Das Ziel von Arbeitsmarktpolitik insgesamt muss es sein, sie wieder einzugliedern.

Ich hatte schon erwähnt, wir unterliegen natürlich den Rahmenbedingungen von Bund und EU. Deswegen werden auch die Instrumente des Landes – und nicht mit der Brechstange – im Sinne dieser aktivierenden Arbeitsmarktpolitik umgestaltet.

Das Operationelle Programm zur Umsetzung der EU-Mittel ist der entsprechende Handlungsrahmen bis 2006 mit folgenden Querschnittszielen, Herr Albrecht: Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, Gesellschaft ohne Ausgrenzung, lebensbegleitendes Lernen, Förderung der Anpassungsfähigkeit und des Unternehmergeistes, Chancengleichheit von Frauen und Männern, das Gender-

Mainstreaming – in Klammern oder auch nicht in Klammern, sondern als Hauptziel –, Förderung des lokalen Kapitals für soziale Zwecke und schlichtweg last, but not least, die Regionalisierung.

Bei der Förderung dieser Ziele werden die Finanzierungsinstrumente der Bundesanstalt für Arbeit und der Europäischen Union durch Landesprogramme ergänzt und erweitert. Darüber hinaus müssen von der EU finanzierte Strukturprogramme der Landesregierung, insbesondere des Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeitsministeriums, die zur Förderung von Wirtschaftsinvestitionen dienen, enger miteinander verbunden werden.

Ziel ist es, mit der Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln einen größtmöglichen nachhaltigen Beschäftigungseffekt zu erzielen. Das Land hat immer einen hohen Entlastungseffekt gerade durch die Instrumente ABM, SAM und GAP – für die nicht so Versierten: gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte – verbunden mit einer sehr guten Stammstellenförderung in den Trägerstrukturen gehabt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hier werden für eine begrenzte Zeit zusätzliche Mittel bereitgestellt, um Träger bei der unvermeidbaren Umsteuerung bis 2006 zu unterstützen. Die neuen Regeln des Job-AQTIV-Gesetzes für die Träger sind zu nutzen, um mit Ausgründungen Wirtschaftsbetriebe zu schaffen, um somit Regie-ABM, also die regionale Infrastrukturförderung, durch Vergabe-ABM zu ersetzen.

Arbeitsmarktpolitik, auch das ist bekannt, ist immer lokal und regional. Hier sollen Projekte mit hoher Qualität aus der Region heraus entwickelt werden. Die örtliche Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen, die Arbeitsverwaltung sind zu beteiligen und haben noch enger zusammenzuarbeiten, als es bisher der Fall war. Das Land wird anderweitig nicht verbrauchte Mittel an die Kommunen für beschäftigungsfördernde Maßnahmen umleiten.

Nicht nur aufgrund der besonderen Erfahrungen mit strukturverändernden Prozessen und nach der Vereinigung ist als ein Teil der Arbeitsmarktpolitik gemeinwohlorientierte Arbeit für das Land weiterzuentwickeln. In diesem Sektor wird gesellschaftlich nützliche Arbeit erbracht, die sich weder privatwirtschaftlich rentiert noch zum Kernbestand staatlicher Aufgaben gehört, das vorhandene Potential ehrenamtlichen Engagements besser ausschöpft und für bestimmte Erwerbslose eine subventionierte Beschäftigung ermöglicht.

Das Programm „Jugend, Arbeit, Zukunft“ im Rahmen des Landesarbeitsmarktprogramms wird fortgesetzt. Es bietet einen flexiblen Rahmen für wirtschaftliche und soziale Tätigkeit von Jugendlichen. Im Bereich von Unternehmensgründungen soll der Förderansatz der bisherigen marktorientierten Arbeitsförderbetriebe weitergeführt werden.

So weit, meine Damen und Herren, meine politischen Überlegungen zur zukünftigen Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Borchardt.

Barbara Borchardt, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, die Debatte hat gezeigt,

dass es richtig war, die Aktuelle Stunde unter dieses Thema zu stellen. Arbeitsmarktpolitik ist eben mehr als aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist nicht nur Aufgabe des Arbeitsministers, so, wie das hier von der CDU versucht wird darzustellen.

(Nils Albrecht, CDU: Vom Wirtschaftsminister, habe ich gesagt. – Angelika Gramkow, PDS: Der bemüht sich.)

Das Arbeitsmarkt- und Strukturprogramm, das jetzt im Entwurf vorliegt, ist genau darauf ausgerichtet, in Zukunft arbeitsmarktpolitische Instrumente mit denen anderer Politikfelder zu verknüpfen, und zwar sehr eng.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und da nehmen wir nichts raus, auch die Wirtschaftsförderung nicht. Wenn Sie ganz genau hingucken, ist es eben so, dass zukünftig die Arbeitsmarktpolitik, gerade im Bereich wirtschaftsnahe Arbeitsmarktpolitik, verstärkt werden sollte. Dass Sie das nicht anerkennen wollen, das ist uns natürlich auch klar.

(Nils Albrecht, CDU: Das habe ich nicht gesagt.)

Ein Gedanke zur ABM-Gießkanne: Ja, wir wollen nicht, dass ABM mit der Gießkanne weiter verteilt werden, aber wir wollen, dass zukünftig Langzeitarbeitslose weiterhin die Möglichkeit erhalten, eine ABM zu bekommen. Mit den jetzigen Regelungen, die festgeschrieben sind, wird es vielleicht nicht mehr sein, denn wenn man drei Jahre auf eine ABM warten muss, dann ist es kaum noch möglich, dieser Langzeitarbeitslosigkeit etwas entgegenzusetzen, außer den staatlichen Niedriglohnsektor. Und den, das sage ich hier so deutlich, wollen wir nach wie vor nicht,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

denn das ist wirklich eine Abwälzung der Verantwortung auf die Kommunen und insbesondere auf die Erwerbslosen selbst.

Ich möchte noch einmal etwas zum Job-AQTIV-Gesetz sagen. Wir haben versucht darzustellen, dass es positive Ansätze gibt, aber es bleibt die Kritik. Wenn diese positiven Ansätze wirklich realisiert werden sollen, dann müssen auch finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die 2 Milliarden Euro, die zusätzlich bereitgestellt werden sollen, gehen allein dafür drauf, dass Arbeitslosengeld gezahlt werden muss für die Erhöhung dieser Ausgaben. Und das kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass die Maßnahmen im Rahmen des zur Verfügung stehenden Haushaltes realisiert werden können.

Zur Frühorientierung. Na klar, wir wollen eine Frühorientierung. Aber wie soll denn das passieren über die jetzigen vorhandenen Möglichkeiten, die die Bundesanstalt für Arbeit in der Vermittlungschance hat?! Und wohin sollen sie vermittelt werden? Die Arbeitsplätze sind auf der anderen Seite ja auch überhaupt nicht vorhanden. Wir haben nach wie vor noch dieses Missverhältnis, 8.000 freie Stellen auf 160.000 Arbeitslose, allein nur in diesem Land.

Lassen Sie mich ein paar Gedanken sagen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik und zum Arbeitsmarkt- und Strukturprogramm des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ich denke, und die PDS-Fraktion steht auch dahinter, dass die Ansätze, die dort verfolgt werden, richtig sind.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Wir brauchen die Regionalisierung, und diese ganz konsequent, denn wer weiß besser, was im Lande notwendig ist im Bereich Wirtschaftsstrukturförderung, im Bereich der Förderung der weichen Standortfaktoren als die Akteure vor Ort selbst. Und das sollten wir auch gemeinsam unterstützen und nicht durch parteipolitische Verhaltensweisen in irgendeiner Weise blockieren, was jetzt zurzeit ja auch deutlich wird in den Diskussionen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Reinhard Dankert, SPD:
Was? Ich blockiere nichts.)

Das Zweite, wir brauchen Bedarfsorientierung. Und warum soll nicht die zukünftige Arbeitsmarktpolitik daran ausgerichtet werden auf der Grundlage der regionalen Entwicklungskonzepte, die ja gemeinsam vor Ort erarbeitet werden und die genau die Defizite darstellen in den Regionen, auf die hier zukünftig agiert und reagiert werden muss,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

und das bei vorhandenen finanziellen Mitteln?! Und was, bitte schön, ist daran schlecht? Ich denke, mit dieser Ausrichtung werden wir zukünftig treffsicherer mit den finanziellen Mitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern umgehen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

als es bisher erfolgt ist. Und ich hoffe, dass es uns gemeinsam gelingt, mit den Partnern das auch recht schnell umzusetzen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man wird langsam sprachlos, wenn man Rot-Rot hier am Mikrophon hört.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dafür reden Sie aber ganz schön laut.)

Ich will Ihnen doch noch mal ein paar Zahlen sagen, wie es eigentlich in Ihrer Bilanz aussieht. Also wir haben zurzeit 158.000 Arbeitslose. Davon sind 34 Prozent langzeitarbeitslos. Wir haben insgesamt 52.500 Sozialhilfeempfänger, meine Damen und Herren. Das ist doch eine „tolle“ Bilanz! Im letzten Jahr sind die Sozialhilfeausgaben um 12,5 Prozent gestiegen. Das heißt, im ersten Halbjahr beliefen sich die Ausgaben bei den Kommunen auf 579 Millionen DM. Wir kommen also über 1 Milliarde DM hinaus.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unglaublich!)

Dann ist in Ihrer Zeit Folgendes passiert: Damals, als Sie immer von Wahlkampf-ABM gesprochen hatten, da waren es nur 26.000. Sie kommen jetzt auf 12.000 und feiern das.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wo feiern wir denn das?)

Sie feiern das!

(Barbara Borchardt, PDS: Niemand hat gefeiert. Wir haben deutlich gesagt, dass wir mit den Ergebnissen nicht zufrieden sind.)

Meine Damen und Herren, Sie haben allein bei den Sozialhilfeempfängern in Ihrer Bilanz 5.000 Sozialhilfeemp-

fänger von 1997 bis heute mehr. Das ist auch eine Wahrheit.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist einfach so, meine Damen und Herren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. –
Angelika Gramkow, PDS: Wo liegen die Ursachen, Herr Glawe?)

Und dann wundere ich mich ja, dass der Arbeitsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern bis jetzt zu diesem Thema nicht gesprochen hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist das. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es ist schon ein dolles Ding.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Er kann eben gut zuhören, was Sie nicht können.)

Auf der einen Seite sind im Arbeits- und Bauministerium IM-Mitarbeiter tätig, darüber wird nicht geredet,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Er hat eben andere Sorgen als die Arbeitslosen.)

und der Schutzpatron Holter hat sich ja heute und gestern hingestellt und gesagt, dieser Mann wird nicht entfernt. Warum wohl nicht? Vielleicht weiß er über den Minister so viel, dass darüber nicht mehr gesprochen werden kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es, so ist es.)

Deswegen fehlen in dieser Frage eben die Konsequenzen, meine Damen und Herren.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist unter Ihrem Niveau, Herr Glawe!)

Es ist schon ein übles Ding. Jeder andere Mitarbeiter im öffentlichen Dienst muss sich einem Verfahren stellen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wollen Sie nicht zur Sache reden, Herr Glawe? –
Birgit Schwebs, PDS: Zum Thema!)

und wurde – gerade im kommunalen Bereich – in den letzten Jahren oftmals aus dem Dienst entfernt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er ist machtlos dann.)

Hier, bei Rot-Rot im Land passiert nichts!

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, es ist schon ein Skandal, was man den Bürgern hier im Land zumutet!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wenn Sie Ihre Rede meinen, dann haben Sie Recht.)

Lassen Sie mich noch einmal zu der Frage kommen, die Frau Borchardt vorhin vorgetragen hat.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da werden Sie nicht mehr viel Zeit haben. Da werden Sie nicht mehr viel Zeit haben nach Ihrer Schimpferei.)

Sie hat gesagt, es gibt ein treffsicheres Programm im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ist eben Schiete, wenn man nicht zur Sache spricht.)

Und die Treffsicherheit will ich Ihnen mal wie folgt unter dem Kriterium „Arbeit statt Sozialhilfe – Auswirkungen in den Landkreisen“ nennen. Meine Damen und Herren, bis jetzt war es so, dass im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik „Arbeit statt Sozialhilfe“ die Kommunen folgende Ziele umgesetzt haben:

Erstens. Das Kriterium war, Sozialhilfeempfänger auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, und zwar unter der Größe, dass bis zu 50 Prozent der Regelkosten als Lohnkostenzuschuss für die Unternehmer bereitgestellt worden sind, die bereit waren, Sozialhilfeempfänger einzustellen. Das habe ich bis heute vom Arbeitgeberverband auch nie gehört, dass das zugegeben wurde.

Zweitens. Es ist richtig, dass auch Sozialhilfeempfänger, die auf den ersten Arbeitsmarkt zurückgeführt werden sollen, durch die Kommunen angestellt oder beschäftigt werden. Und da gibt es verschiedene Modelle. Ich sage mal, in einer Kommune werden bis zu 100 Sozialhilfeempfänger beschäftigt. Das Land hatte am Beispiel eines Landkreises einen Zuschuss von 7.000 DM gegeben. Das war im Jahr 2000 im Etat von 1,9 Millionen DM ein Zuschuss von 460.000 DM. Die Richtlinien, die mit dem ASP dann ja geändert worden sind, haben dazu geführt, dass der Landkreis nur noch 91.000 DM sozusagen abrufen konnte, und die Kofinanzierung war dann für die 100 auf 20 Arbeitsplätze zurückgefahren worden. Das sind treffsichere Programme, Frau Borchardt! Das zu Ihren Dingen ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das ASP ist noch gar nicht in Kraft, Herr Glawe.)

Ja, das ist treffsicher! Was Sie als treffsicher bezeichnen, das führt dazu,

(Angelika Gramkow, PDS:
Es ist noch nicht in Kraft!)

dass hilfebedürftige Sozialhilfeempfänger durch Rot-Rot im Stich gelassen werden in diesem Land, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. – Zurufe von
Dr. Armin Jäger, CDU, Barbara Borchardt, PDS,
und Torsten Koplín, PDS)

Aber Zahlen interessieren Sie ja nicht und Tatsachen in der Öffentlichkeit interessieren Sie auch nicht. Sie reden bloß immer schöne Floskeln!

(Torsten Koplín, PDS: Ja, Roland Koch will die Sozialhilfe ganz einschränken.)

Sie sind weit weg von Ihren Zielen! 1998 war die Arbeitslosigkeit bei 148.000 Arbeitslosen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, na!)

Sie wollten damals 24.000 schaffen, heute haben Sie 158.000!

(Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

Das heißt, Sie sind hinter Ihrem Ziel um 30.000 zurück, meine Damen und Herren! Das ist Ihre Bilanz!

(Beifall bei der CDU –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Laut schreien macht die Argumente nicht stärker. –
Angelika Gramkow, PDS: Wer schreit, hat keine Argumente. – Zuruf von Minister Till Backhaus)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Glawe, Sie dürfen wieder auf Ihren Platz gehen.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Staszak von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Staszak.

Karla Staszak, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Ausführungen zum Thema beziehen sich auf die Aspekte der Chancengleichheit für Frauen und Männer.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist sehr gut.)

Da gibt es viele Probleme,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

aber schreien hilft nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: Sie hätten vorher was sagen sollen. Sie sind doch an der Regierung.)

Ja, Sie haben in vielem Recht, Herr Glawe. Mir macht auch die Langzeitarbeitslosigkeit von Frauen Sorge und die Arbeitslosigkeit im Allgemeinen ebenso. Aber wie gesagt, wir müssen gestalten und nicht schreien.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Aber das geht doch mit Herrn Holter nicht, Frau Kollegin!)

Gerade mit der Fokussierung hierauf lassen sich Verbesserungen des SGB III durch das Job-AQTIV-Gesetz und damit qualitative Veränderungen der zukünftigen Arbeitsmarktpolitik in unserem Land aufzeigen.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Ich will hier nicht verschweigen, dass dies nicht im Selbstlauf erfolgt ist. Dahinter stehen unter anderem die europäische Beschäftigungsstrategie,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die sich mit konkreten Anforderungen an die Chancengleichheit von Männern und Frauen im Nationalen Aktionsplan niederschlägt, dann die Vorgabe für den Europäischen Sozialfonds und nicht zuletzt die engagierte frauenpolitische Einmischung und Mitwirkung auf der Bundes- und Landesebene.

Sehr verehrte Abgeordnete, im Job-AQTIV-Gesetz ist erstmals die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Prinzip im allgemeinen Zielkatalog der Arbeitsförderung verankert. Dies hat zur Folge, dass die Belange von Frauen künftig bei allen arbeitsmarktpolitischen Programmen und Maßnahmen stärkere Berücksichtigung finden.

Damit wird der Gender-Mainstreaming-Ansatz umgesetzt, der sich inzwischen auch in der Politik der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern verbreitet. Gleichstellungsrelevant ist dabei nicht ausschließlich die Frauenförderquote, das heißt der quantitative Aspekt, der als Fördergebot in Paragraph 8 festgeschrieben ist, sondern Leistungen der aktiven Arbeitsförderung wirken vor allem auf die Beseitigung bestehender Nachteile sowie auf die Überwindung des geschlechtsspezifischen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes hin.

Das Job-AQTIV-Gesetz orientiert sich dabei verstärkt an der Lebenssituation von Frauen und korrigiert frauen-diskriminierende Feststellungen des Arbeitsförderrechts. Beispielhaft hierfür sind die Verbesserungen erstens zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zweitens für die Berufsrückkehrer und drittens, die Förderung des Ehrenamtes wird auch angestrebt.

Im Job-AQTIV-Gesetz ist in Paragraph 8a der Auftrag zur familiengerechten Ausgestaltung von Maßnahmen festgeschrieben. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur ein Problem von Frauen ist beziehungsweise sein soll. Längere Erwerbsunterbrechungen führen nachweislich aufgrund der allgemein steigenden Qualifikationsanforderungen zu erheblichen Problemen beim Wiedereinstieg in den Beruf. Frauen sind davon insbesondere betroffen, da sie in der Regel die sind, die wegen der Betreuung von Kindern befristet aus dem Beruf aussteigen.

Das bisherige Recht ist für Berufsrückkehrerinnen unzureichend. Sie sind häufig, vor allem bei mehr als einem Kind, von Lohnersatzleistungen ausgeschlossen und ihr Zugang zu den aktiven Maßnahmen ist erschwert.

Hier, im Job-AQTIV-Gesetz, wird es deutliche Verbesserungen geben. Mutterschutz sowie Kindererziehungszeiten werden wie Beschäftigungszeiten in der Arbeitslosenversicherung versichert werden. Der Bund übernimmt die Beiträge für die Zeit der Kindererziehung und die Krankenkasse für den Mutterschutz. Diese Einbeziehung in die Versicherungspflicht ermöglicht auch den Frauen den Zugang zu aktiven Maßnahmen der Arbeitsförderung, die ihre Ansprüche nach dem Erziehungsurlaub beziehungsweise der Elternzeit bisher verloren haben. Diese Neuregelung bedeutet auch in Mecklenburg-Vorpommern für eine zunehmende Zahl von Frauen, in den Schutz der Arbeitslosenversicherung einbezogen zu werden oder in die nächsthöhere Stufe der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld zu gelangen.

(Beifall Ute Schildt, SPD –
Harry Glawe, CDU: Das ist aber auch
keine Arbeit. Die wollen doch Arbeit haben.)

Und das ist positiv. Außerdem erhalten Erziehende, die an berufsfördernden Maßnahmen teilnehmen, künftig Kinderbetreuungskosten bis zur Höhe von 254 DM pro Monat erstattet

(Harry Glawe, CDU: Das ist aber gewaltig.)
gegenüber bisher 120 DM.

Eine neue Qualität wird auch die Berücksichtigung und Anerkennung des Ehrenamtes erhalten.

(Harry Glawe, CDU: Sind das denn Arbeitsplätze? – Sylvia Bretschneider, SPD: Tu mal nicht so, als wenn die Frauen bei euch arbeiten sollen!)

Darüber haben wir hier schon viel diskutiert. Zukünftig können arbeitslose Leistungsbezieher und Leistungsbezieherinnen ein zeitlich unbegrenztes Ehrenamt ausüben, wenn die berufliche Wiedereingliederung dadurch nicht beeinträchtigt wird. Dies ist nicht nur eine Erleichterung für das gesellschaftliche Engagement, damit verbunden sind auch der Erhalt und der Erwerb von sozialen Kompetenzen, die für das Chancenprofil zur Arbeitsvermittlung bedeutsam sein können. Ja, ich könnte dieses noch fortsetzen, aber meine Zeit ist um.

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Die CDU hört sowieso nicht zu.)

Meine Damen und Herren, wir haben eine gute Grundlage, aber wir müssen sie auch gestalten.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Richtig.)

Das ist, denke ich, wirklich sehr nötig, das gebe ich gerne zu. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rehberg, Vorsitzender der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Eigentlich ist eine Aktuelle Stunde viel zu kurz, um über bundes- und landespolitische Aspekte der Arbeitsmarktpolitik zu reden.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Deshalb sollte man nicht so lange Einlaufkurven haben.)

Was ich mich ganz besorgt frage, meine Damen und Herren von SPD und PDS, was lassen Sie sich eigentlich bieten in den letzten Wochen in der Debatte zum Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm ASP? Sie beschließen im Haushalt abschließend im Fachausschuss schon den Etat zu diesem Programm, ohne dass es dort eine Ressortabstimmung gegeben hat, ohne dass ein Entwurf über Programmsätze hinausgekommen ist, ohne dass konkret festgelegt worden ist, nach welchen Indikatoren denn die Mittel auf die Regionen verteilt werden, ohne dass Sie ganz konkret wissen, weil alle Förderbereiche deckungsfähig sind, in welche Förderbereiche welches Geld fließt.

Meinen Sie wirklich, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Dankert – wir haben heute den 14. November 2001 –, dass all das in den nächsten sechs Wochen bis zum 1. Januar 2002 zu leisten ist, wie zum Beispiel der reibungslose Start am 1. Januar 2002, die Bildung der regionalen Beiräte? Wie sieht es mit der Genehmigung von Förderrichtlinien durch die EU aus, wenn es denn notwendig ist? Was ist mit der Erstellung der Antragsformulare, mit der Schulung der Mitarbeiter, denn einige Programmpunkte ändern sich ja ganz erheblich? Wie sieht es mit der Umstellung der Software aus und wie gestaltet sich die Umstellung bei den Zuständigkeiten? Ich könnte die Fragen noch weiter fortführen. Haben Sie sich wirklich Gedanken darüber gemacht, denn bis heute ist ja offenkundig nur ein Entwurf vorhanden, wie das Ergebnis denn aussieht? Alles in sechs Wochen? Ab 1. Januar 2001 soll das alles in Kraft treten ohne Übergangsphase?

(Barbara Borchardt, PDS: Das stimmt doch nicht. Das wissen Sie doch, dass es Übergangsfristen gibt. Erzählen Sie doch nicht so was!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke mal, neue Aspekte der Arbeitsmarktpolitik sind gut und schön, aber sie müssen richtig vorbereitet werden. Und ich muss Ihnen sagen, dieses ganze Verfahren kommt mir mehr als unkoordiniert, ich will sogar sagen, chaotisch vor. Oder die Frage ist zu stellen: Was machen die regionalen Beiräte wirklich? Welche Kompetenz haben sie? Die Zusammensetzung steht auf dem Papier. Welche Kompetenz haben sie?

(Zurufe von Nils Albrecht, CDU,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Nur einfach nach dem Windhundverfahren weiterreichen oder stimmen sie ab nach einer Satzung, nach einer Geschäftsordnung,

(Barbara Borchardt, PDS:
Das steht doch alles da drin!)

welches Projekt das wichtigste ist? Wer bewilligt? Weiter das Versorgungsamt oder das Bauministerium?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Klinger.)

Wer macht das? Und was ist, wenn ein regionaler Beirat schon im Mai so viele Projekte auf dem Tisch hat, dass kein Geld mehr vorhanden ist?

(Barbara Borchardt, PDS:
Na, sie kriegen doch ein Budget.)

Was tun sie dann? Alles Dinge, die völlig ungeklärt sind!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist sicher richtig, neue Akzente zu setzen. Bloß wenn man sie denn setzt, dann muss man sie auch so setzen, dass sie zum Beispiel mit dem ja teils kritisierten, teils hochgelobten Job-AQTIV-Gesetz korrespondieren. Das heißt, wir haben im Augenblick durch Rot-Grün in Berlin und durch Rot-Rot in Schwerin eine Novellierung in weiten Teilen der Arbeitsmarktpolitik. Ist das harmonisiert? Ich habe den Eindruck gewonnen, dass es an vielen Stellen nicht harmonisiert wurde. Ich kann Ihnen nur dringend raten, um kein Chaos vor Ort anzustellen, dass Sie sich sehr, sehr gut überlegen, ob wirklich der 1. Januar 2002 der richtige Einführungsstermin ist!

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen, Herr Kollege Koplín: Ich wünschte mir Ihre Aufgeregtheit, was die Entsolidarisierung betrifft beim Programmpunkt 5.1 des ASP. Und wenn Sie den Programmpunkt nicht kennen, das ist der Programmpunkt, wo Herr Holter im Juni von heute auf morgen das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ eingestellt hat, weil er kein Geld mehr hatte, und die Kommunen allein gelassen hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Das ist der Programmpunkt, der morgen so aussehen soll, dass Sozialhilfeempfänger – und das ist nicht der normale Sozialhilfeempfänger, der bisher in diesem Programm drin war, das wissen Sie genauso gut wie ich – unbefristete Arbeitsverhältnisse auf privatrechtlicher Grundlage abschließen sollen

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

oder mindestens zwei- bis dreijährige. Hier geht es nicht um Subventionierung, auch nicht um den Missbrauch von Versicherungsgeldern der Solidarsysteme. Bei diesem Programmpunkt ging es bisher darum, wirklich die, die keine Chance mehr hatten, an Arbeit heranzuführen

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

und wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Glauben Sie wirklich, dass Sie das mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen hinkriegen? Ich kann Ihnen eines sagen: Wenn nicht wenigstens zeitweise die öffentliche Hand dazwischen ist, kriegen Sie gar keinen aus der Sozialhilfe heraus! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es. –
Barbara Borchardt, PDS: Aber es ist
doch in der Diskussion, Herr Rehberg.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meinem zweiten Redebeitrag auf einen Teil des Job-AQTIV-Gesetzes und was man in M-V machen kann, beziehen. Aber vorweg möchte ich bemerken, dass ich – wie immer – nichts beschönige, da kennen mich die Kollegen. Ich habe immer gesagt, kein Landesprogramm kann bundespolitische Weichenstellungen ausgleichen. Das gilt auch heute.

Was waren die für mich zwei wesentlichen bundespolitischen Weichenstellungen?

Zuallererst die Veränderung der Kriterien zur Verteilung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit mit Zustimmung der Sozialpartner und der öffentlichen Hand – nur M-V hat sich der Stimme enthalten, wofür es schon genug Schelte gab. Wir hatten immer hohe Vermittlungsquoten in ABM, worauf wir eigentlich auch stolz waren, zumindest mehrheitlich. Nun hat sich das Blatt gewendet zuungunsten unseres Landes. Hier werden weitere Härten auf uns zukommen. Diese Kriterien gelten nämlich für zwei Jahre, also auch für 2002. Und in diesem Verwaltungsrat hat man sehr deutlich gesagt, dass man vor 2002 nicht gewillt ist, diese Kriterien zu ändern.

Des Weiteren ist das Jugendsofortprogramm JUMP, eine gute Sache übrigens, allerdings kostenneutral aufgelegt worden. 2 Milliarden DM weniger bei ABM hieß es.

Trotzdem bleibt es dabei, die jetzige Reform der Arbeitsförderung hilft. Und, vielleicht darf ich ein wenig polemisch werden: Wenn auch nur die offenen Stellen, die etwa 7.800, die wir zurzeit haben, dadurch besetzt werden könnten, hätte sich das Gesetz schon im Lande gelohnt, denn das Herzstück der Reform ist die schnelle und genaue Vermittlung arbeitsloser Menschen. Die Arbeitsvermittlung bleibt Kernaufgabe der Arbeitsämter. Immerhin schaffen es die Arbeitsämter bundesweit, doch drei Millionen Arbeitsuchende zu vermitteln. Also sie können es.

Die Verkürzung – und das ist jetzt ein Rechenmodell, ich bitte auch bewusst dabei zu bleiben, dass es ein Rechenmodell ist und kein Schönreden – des durchschnittlichen Verbleibs in Arbeitslosigkeit von derzeit rund 35 Wochen um 2 Wochen würde die bundesweit durchschnittliche Arbeitslosenzahl um mindestens 200.000 DM senken. Wie gesagt, ich betone noch einmal, ein Rechenmodell. So könnten rund 4 Milliarden DM an Lohnersatzleistungen gespart werden. Das sind Mittel, die man in besonders strukturschwachen Regionen zur Verfügung stellen könnte. Trotz Rückgang bei ABM, rund die Hälfte der im Eingliederungstitel zusammengefassten Mittel für aktive Maßnahmen gehen in die neuen Länder, so dass die damit überproportionalen Verhältnisse der Arbeitslosenzahlen unterstützt werden.

Von besonderer Bedeutung für strukturschwache Regionen ist das neu geschaffene Instrument der beschäftigungsschaffenden Infrastrukturförderung. Ich bin sicher, auch hier werden wir irgendwann mal eine kurze

Form dieses etwas langen Wortes finden. Kommunen oder andere öffentlich-rechtliche Träger können für Arbeiten zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur einen Zuschuss des Arbeitsamtes erhalten, wenn die Arbeiten von Wirtschaftsunternehmen durchgeführt und vom Arbeitsamt vermittelte Arbeitslose in diesen Unternehmen neu eingestellt werden. Das ist eine Herausforderung für alle, die in der Arbeitsmarktpolitik tätig sind, denn wir haben bisher in diesem Bereich recht wenig Erfolge. Brandenburg ist da etwas weiter. Ich betone noch mal, es ist für mich nicht die Wunderwaffe der Arbeitsmarktpolitik, es ist nach wie vor ein Instrument und daran müssen alle Beteiligten noch kräftig lernen.

Das Verfahren allerdings ist unkomplizierter als die bisherige Regelung bei Vergabe-ABM. Da die anfallenden Arbeiten ausgeschrieben werden, können sich alle Unternehmen um den Auftrag bewerben. Die Arbeitslosen werden unmittelbar in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes eingesetzt, so, wie es die gesamte Zielrichtung der Umorientierung der Arbeitsmarktpolitik verlangt.

Es handelt sich auch nicht um eine Finanzierung kommunaler Aufgaben auf Kosten der Arbeitsverwaltung. Nur Projekte, die ohne die Förderung des Arbeitsamtes ganz unterblieben beziehungsweise nicht in gleicher Größenordnung durchgeführt würden, sind förderfähig. Die Zuschüsse des Arbeitsamtes werden auch nur dann gezahlt, wenn Arbeitslose beschäftigt werden, die ansonsten Anspruch auf Lohnersatzleistungen hätten. Der Anteil zugewiesener (geförderter) Arbeitnehmer ist auf höchstens 35 Prozent der insgesamt eingesetzten Arbeitnehmer begrenzt. Zudem darf die Förderung 25 Prozent der voraussichtlichen Gesamtkosten nicht übersteigen. Diese Regelungen verhindern nach meiner Meinung Missbrauch und Mitnahmeeffekte. Außerdem ist der Einsatz dieses neuen Instruments an die Zustimmung der Selbstverwaltung gebunden.

Wichtig ist für M-V, dass das Instrument der beschäftigungsschaffenden Infrastrukturförderung auch mehr im Dienstleistungssektor Anwendung findet. Da lassen sich eher Widerstände abbauen, die aus dem natürlich arg gebeutelten Baubereich kommen.

Das politische Ziel, ABM abzubauen, ist zwar aus Sicht westdeutscher Arbeitsmarktpolitiker für den dortigen Arbeitsmarkt nachzuvollziehen, jedoch für Ostdeutschland mit einem ganz und gar nicht vergleichbar schwachen ersten Arbeitsmarkt äußerst bedenklich. Politische Widerstände gegen diese uneingeschränkte Fortsetzung der ABM-Förderung sind leider nahezu über alle Parteigrenzen hinweg enorm. Deswegen haben wir uns auch nicht durchsetzen können. So wird die mit dem Job-AQTIV-Gesetz angestrebte Modernisierung, ich komme zum Schluss, der Arbeitsförderung aus der besonderen ostdeutschen Sicht nur in einem sehr schmerzhaften Prozess vollzogen werden können. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3: Zweite Lesung und ...

Sie wollten reden?

(Minister Helmut Holter: Ja.)

Auf meinem Zettel steht „gegebenenfalls“ und da ich keine Meldung hatte, war ich davon ausgegangen, dass Sie nicht reden möchten. Aber wenn das doch der Fall sein sollte, können Sie reden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Rainer Prachtl, CDU: Nein, das war's.)

Ich rufe den Punkt noch mal auf und schließe nicht die Aussprache. Das ist ein Missverständnis, ich bitte um Entschuldigung. Bitte sehr, Herr Minister Holter, Sie haben das Wort.

Minister Helmut Holter: Herr Präsident, ich bitte um Nachsicht, wenn es hier eine Informationsstörung gab.

Meine Damen und Herren, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, das gibt es bei Ihnen.)

Das gibt es bei mir nicht, Herr Born, da irren Sie. Was Informationen betrifft, wissen Sie doch ganz genau, dass es kein Ministerium in diesem Lande gibt, das so transparent ist wie das Arbeitsministerium.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Ja, richtig, zu Ihrer Freude.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich freue mich ja mit Ihnen darüber und damit kann man auch gut leben.

(Barbara Borchardt, PDS: Zumindest hat Herr Born das immer im Ausschuss gesagt.)

Ich habe gar kein Problem mit Transparenz und Durchschaubarkeit, so machen wir das auch mit der Arbeitsmarktpolitik,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das machen Sie seit Jahren. – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

und deswegen ist es vollkommen richtig, dass man hier und heute über bundespolitische Rahmenbedingungen spricht,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Keiner vernebelt so gut wie Sie. – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

denn Mecklenburg-Vorpommern ist nun mal keine Insel und wir haben keine Käseglocke über Mecklenburg-Vorpommern gesetzt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Keiner vernebelt so gut wie Sie. – Dr. Christian Beckmann, CDU: Das Arbeitsministerium ist eine Käseglocke?!)

denn das Land ist politisch, wirtschaftlich und sozial verwoben mit dieser Bundesrepublik und diese Republik ist wiederum verflochten mit Europa und der ganzen Welt. Und wer das nicht wahrhaben will und wer strukturelle Gegebenheiten und konjunkturelle Entwicklungen ausblendet, den kann ich nur als Scharlatan beurteilen.

Und nun reden wir mal über die Arbeitsmarktpolitik der CDU.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich denke, von der PDS. Reden Sie doch mal über Ihre!)

Die Experten sind ja inzwischen gegangen und das Thema ist nicht interessant. Wenn also heute, und das hat eben auch was mit Klarheit zu tun, Gegebenheiten und zukünftige Politik bereits miteinander verbunden werden

beziehungsweise durcheinander gemischt werden, hat das mit Seriosität von Politik überhaupt nichts zu tun. Das will ich an die Adresse des Fraktionsvorsitzenden der CDU sagen. Ich meine, wenn es darum geht, Arbeitsmarktpolitik an den Maßgaben der Europäischen Union auszurichten – meine Damen und Herren von der CDU, das war auch immer eine Ihrer Forderungen in der Vergangenheit gewesen –, dann nehmen Sie das heute einfach nicht mehr zur Kenntnis. Und da bitte ich doch einfach mal auch, darauf zu schauen, was die Ausrichtung von Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet: Dass sie nämlich ganz genau im Sinne der Harmonisierung europäische Bestimmungen über den Europäischen Sozialfonds in der zukünftigen Arbeitsmarktpolitik berücksichtigt. Aber ich habe die Auffassung, und das nehme ich auch heute hier wieder wahr, Ihnen geht es um Populismus, Ihnen geht es um Image,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ihnen geht es um Konfrontation um jeden Preis, und das sogar auf Kosten der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger in diesem Lande.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zurufe von Nils Albrecht, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Das muss man mal deutlich aussprechen. Sie haben, und das will ich jetzt mal nachweisen, eine Art der Profilierung betrieben

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben Millionen an Geldern vergeben, aber nicht an Arbeitslose.)

und die ist schon einmal schief gegangen.

Halten Sie doch mal eine kritische Auseinandersetzung mit Ihrer Politik aus und hören Sie mal zu!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir reden über Ihre misslungene Politik. Sagen Sie dazu was, Herr Minister! – Barbara Borchardt, PDS: Darüber reden wir jetzt gar nicht. Wir reden über Arbeitsmarktpolitik.)

Ich komme dazu, Herr Jäger. Ich rede jetzt über die CDU. Halten Sie doch mal eine Auseinandersetzung mit Ihrer Politik aus! Da werden Sie immer laut.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie müssen mal sagen, was Sie in den letzten drei Jahren nicht geschafft haben!)

Präsident Hinrich Kuessner: So, ich bitte jetzt dem Redner zuzuhören und hier nicht eine interne Diskussion zu führen. Wir haben die Aktuelle Stunde, es konnten alle reden.

Minister Helmut Holter: Herzlichen Dank, Herr Präsident. Ich hatte ja die Absicht, das nicht sehr ausführlich zu machen, aber durch die Zwischenrufe werde ich ja regelrecht provoziert, ausführlich auf solche Fragen einzugehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wollen wir ja auch.)

Die Art der Profilierung, Herr Jäger und meine Damen und Herren von der CDU, die Sie betrieben haben im Herbst 1998, ist schon mal schief gegangen. Vielleicht darf ich noch mal in Erinnerung rufen: Februar '98 200.000 Arbeitslose in Mecklenburg-Vorpommern, 17.600 Menschen in ABM, im Oktober '98 waren es dann auf einmal, wunderbar, wie auch immer, 148.700 Arbeitslose,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

also mehr als 50.000 weniger, und ABM ist gestiegen auf das Doppelte, auf 34.900 Personen hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Barbara Borchardt, PDS: Da wurde mit dem Geld nur so rumgeschmissen.)

Das war das, was damals als Wahlkampf-ABM bezeichnet wurde. Und das war eine Täuschung, meine Damen und Herren von der CDU, die Ihnen nichts genützt hat. Und Sie setzen diese Täuschungspolitik weiter fort. Das hat Herr Glawe eben wieder vorgeführt, indem er immer wieder diese Zahlen in Erinnerung gerufen hat. Aber dafür kann ich mich nur bedanken, weil das nämlich eine günstige Ausgangsbasis ist nachzuweisen, wie Sie Politik gestalten hier in diesem Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Wenn hier einer täuscht in diesem Land, dann sind es Sie ganz persönlich, Sie ganz persönlich! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich bin ganz persönlich dafür verantwortlich, das ist richtig.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie täuschen die Öffentlichkeit und das Parlament.)

Jetzt kommen wir mal zu den aktuellen Ereignissen von CDU-Politik.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wollen Sie jetzt was zur BBJ sagen?)

Herr Riemann, das ist doch ein ganz anderes Thema.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nee. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Er täuscht doch permanent hier. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

In der letzten Woche fand die Arbeits- und Sozialministerkonferenz statt. Und die Lauterkeit Ihrer Fraktion ist ja nun nicht gerade ausgeprägt, aber Sie sollten sich mal damit beschäftigen, was Ihre Ministerkollegen aus den CDU-geführten Arbeits- und Sozialministerien dort eingebracht haben!

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Diese Anträge sind sehr aufschlussreich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Denken Sie mal an Ihre eigene Verantwortung!)

Zum Beispiel wenden sie sich ganz scharf gegen die beschäftigungsschaffende Infrastrukturförderung. Herr Dankert hat das hier noch mal vorgestellt. Darüber reden Sie hier kein Wort.

(Barbara Borchardt, PDS:
Das wissen sie gar nicht.)

Zweitens möchte ich schon mal gerne wissen, wenn Sie sich hier für die Kommunen stark machen, wie Sie den Kommunen dann erklären wollen, dass Sie ihnen das Geld nehmen wollen, um solche Maßnahmen durchzuführen.

(Beifall Torsten Koplín, PDS: Richtig. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wer sagt denn das?)

Ja, das ist der Antrag, Herr Jäger, der CDU-geführten Länder in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz gewesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das interessiert mich doch gar nicht. Sie haben die Verantwortung.)

Und die fordern auch – Ihre Leute, Ihre Minister! –, sie fordern auch in diesem Beschlussvorschlag, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld zu kürzen. Und das kann ich nur als Katalog der sozialen Kälte bezeichnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Barbara Borchardt, PDS: Das können wir abwälzen auf die Kommunen.)

Ich halte das, was Sie hier machen, für eine gnadenlose Heuchelei, öffentlich den Arbeitslosen und anderen sozial Schwachen die Hand zu reichen

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das müssen Sie gerade sagen!)

und ihnen heimlich an das Geld zu wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Keiner hat bisher so konsequent getäuscht wie Sie.)

Das ist so, Herr Born, und das muss man deutlich aussprechen können und dürfen. Ich habe in der ganzen Debatte, Herr Born, ich habe in der ganzen Debatte von Ihnen in den letzten drei Jahren nicht einen konstruktiven Vorschlag gehört,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie täuschen permanent die Öffentlichkeit und das Parlament. Und Sie müssen hier von Heuchelei reden! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

nicht einen konstruktiven Vorschlag für die Verbesserung der Arbeitsmarktpolitik in diesem Lande.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich würde mich ja gerne mit Ihnen inhaltlich auseinandersetzen, aber eine inhaltliche Auseinandersetzung ist gar nicht möglich, weil Sie inhaltliche Vorschläge zur Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Situation in diesem Lande gar nicht unterbreiten können und auch nicht wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Die Sie alle abgelehnt haben, die Sie alle abgelehnt haben! – Zurufe von Friedbert Grams, CDU, und Barbara Borchardt, PDS)

Ich möchte, meine Damen und Herren, kurz etwas zu dem Job-AQTIV-Gesetz sagen, auch das war Thema in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz. Natürlich ist es uns, Frau Bunge und mir, als Vertreter Mecklenburg-Vorpommerns nicht gelungen, dieses Gesetz in dieser Arbeits- und Sozialministerkonferenz zu verändern. Und da wird auch sehr deutlich, welche Rahmenbedingungen gegeben sind. Aber eins bleibt: Dieses Job-AQTIV-Gesetz ist eine Antwort der Bundesregierung auf die konkreten veränderten Bedingungen am Arbeitsmarkt in Deutschland und damit auch in Mecklenburg-Vorpommern. Und dieses Gesetz drückt die ernsthaften Bemühungen der Beteiligten, nämlich der Bundesregierung, der Landesregierungen und auch der Bundesanstalt für Arbeit, aus, für Veränderungen zu sorgen. Damit wird sehr deutlich, dass über dieses Gesetz die konkreten demographischen, konjunkturellen und wirtschaftsstrukturellen Entwicklungen berücksichtigt werden und dass Arbeitsmarktpolitik in einem Land nur innerhalb dieser Rahmenbedingungen

plus der europäischen Bedingungen, über die ich gesprochen habe, gestaltbar ist. Ich meine, das sollte man dabei also berücksichtigen. Es wird der Reformstau, den das Arbeitsförderrecht in der Vergangenheit mit sich gebracht hatte, tatsächlich aufgelöst. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Fraktionsvorsitzende der PDS hat hier die einzelnen Punkte aufgezählt, das kann ich mir sparen. Es gibt aber einen Punkt, den man sicherlich kritisch anmerken muss, und das möchte ich hier ganz kurz tun:

Erstens geht es um die Einführung von Wartezeiten nach einer beschäftigungspolitischen Maßnahme, ABM oder andere Maßnahmen. Das halte ich für Mecklenburg-Vorpommern, für den Osten generell, aber gerade für Mecklenburg-Vorpommern für falsch, weil es in den strukturschwachen Gegenden für viele, beispielsweise für Landfrauen, nur noch eine Hoffnung gibt: Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder Strukturanpassungsmaßnahme. Deswegen sollte hier eine Veränderung erreicht werden.

Zweitens geht es darum, was eingeführt wird bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, einen 20-prozentigen Qualifizierungsanteil aufzunehmen. Richtig, wir müssen ABM, also Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, stärker mit Qualifizierung und Praktikum kombinieren. Das halte ich für in Ordnung und wird von mir unterstützt. Was aber nicht geht, ist, dass man in diesem Zusammenhang dann sagt, liebe Länder, wenn ihr das so wollt, dann übernehmt die Finanzierung des Qualifizierungsanteils. Das ist für mich der falsche Weg, weil damit nämlich sehr deutlich wird, wir haben nur zwischen Pest und Cholera zu entscheiden. Entweder wir finanzieren die Qualifizierung bei diesen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder die Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei ABM wird gesenkt. Das halte ich für den falschen Weg und deswegen meine ich auch, wer solche Gesetze schafft, muss auch die finanziellen Voraussetzungen schaffen, damit sie ganz konkret zur Wirkung kommen können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Reden Sie doch mal mit Ihrem Koalitionspartner darüber!)

Ein Letztes: Beschäftigungsschaffende Maßnahmen, das ist schon angesprochen worden, sind jetzt schon wieder kein Kritikpunkt mehr. Ich meine, wenn Herr Rehberg hier „Jugend baut“ kritisiert, sollte man sich tatsächlich – und Herr Koplin hat darauf hingewiesen – mal mit Unternehmern, die dieses Programm in Anspruch nehmen, verständigen. Ich könnte Ihnen auch einige nennen, die sehr erfreut darüber sind.

(Friedbert Grams, CDU:
Vereine, nicht Unternehmer.)

Wenn jetzt in dem Job-AQTIV-Gesetz beschäftigungsschaffende Infrastrukturmaßnahmen aufgenommen werden und wir mit dem Programm „Jugend baut“ Erfahrungen gesammelt haben, wie das kombiniert werden kann, nämlich Investitionsförderung und Personalkostenförderung, dann, meine ich, wird diesem mit dem Job-AQTIV-Gesetz Rechnung getragen, erstens Erfahrungen, die wir in Mecklenburg-Vorpommern gemacht haben mit „Jugend baut“, und zweitens geht es ja immer darum, Nachhaltigkeit zu organisieren, Nachhaltigkeit, damit Menschen tatsächlich auch in Arbeit kommen und sinnstiftende Arbeit schaffen. Das ist mit diesen beschäftigungsschaffenden Infrastrukturmaßnahmen meines Erachtens gegeben und wir schaffen das natürlich auch mit diesem

neuen Programm „Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung für Mecklenburg-Vorpommern“, um also diese Verbindung zwischen Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung tatsächlich zu dokumentieren.

Ein Wort, was mit dem Job-AQTIV-Gesetz weniger zu tun hat, ist die Entwicklung bei ABM. Wir werden, so sind die Einschätzungen des Landesarbeitsamtes, jahresdurchschnittlich in 2000 17.000 ABM haben, im Oktober waren es noch 15.300, 10.000 weniger als im Vorjahr. Sie wissen ganz genau, das sagen Sie bloß nicht, Sie wissen ganz genau, dass dafür nicht die Landesregierung und der Arbeitsminister zuständig sind, sondern dass diese Entscheidungen in den Selbstverwaltungsausschüssen der Arbeitsämter getroffen werden und in dem Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit mit den Arbeitsmarktindikatoren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber ich meine, man muss sich auch noch mal vor Augen führen, wenn in 2000 von Seiten der Bundesanstalt für Arbeit, so die Zahlen von Herrn Seutemann, dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes, insgesamt 2,659 Milliarden Mark für die Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung gestanden haben und das in diesem Jahr 2,317 Milliarden Mark sind, dann wird doch sehr deutlich, dass uns hier 342 Millionen fehlen. Und bei dem Haushalt, den wir haben, ist das beim besten Willen aller Beteiligten der Regierung nicht zu kompensieren. Deswegen meine ich, und da brauchen wir Sie alle, das ist eine Sache, die man so nicht hinnehmen kann. Ich werde mich weiter zur Wehr setzen. Wir sind uns auch in der Regierung darüber einig, dass wir uns an die Bundesregierung wenden und darauf aufmerksam machen werden, dass ein solcher Weg nicht weitergehen kann, weil niemand, auch angesichts der konjunkturellen Entwicklung, einen solchen Rückgang kompensieren kann, schon gar nicht, wenn nicht der andere Brückenpfeiler steht, wenn man dabei ist, den einen einzureißen. Ich meine, hier ist eine Haltung deutlich angesagt und diese werden wir auch in Zukunft dokumentieren.

Letzteres, was ich hier kurz ansprechen will, weil das von den Kollegen der CDU etwas vermischt wurde, ist das Programm „Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung für Mecklenburg-Vorpommern“. Wir haben uns als Landesregierung – auch darüber haben wir gesprochen – am 10. Juli 2001 im Zusammenhang mit den Eckdaten für den Haushalt auf ein Gesamtpaket über beschäftigungspolitische Maßnahmen der Landesregierung verständigt, darunter ist ein Punkt Arbeitsmarktpolitik. Mein Ausgangspunkt zur Umsetzung dieses Programms war, ein neues Programm zu entwickeln, Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung, welches die konkreten Bedingungen – und das können Sie mir abnehmen, dass ich ein Problembewusstsein für Mecklenburg-Vorpommern habe – berücksichtigt und Antworten gibt, ausgehend von den veränderten Rahmenbedingungen, auf die Frage, was kann denn Landesarbeitsmarktpolitik konkret gestalten. Und wenn wir gesagt haben, das oberste Prinzip – und das bitte ich doch einfach mal zur Kenntnis zu nehmen –, das oberste Prinzip ist Nachhaltigkeit, und zwar im Sinne von längerfristiger, möglichst Dauerbeschäftigung für Arbeitslose, und beschäftigungssichernde Maßnahmen einzuführen, und wir das mit Unternehmens- oder Wirtschaftsorientierung bezeichnen, dann wird das ein Ausdruck sein von neuer Politik, die in diesem Programm deutlich wird.

Und wenn wir zweitens sagen, wir wollen mit den Maßnahmen, die arbeitsmarktpolitisch möglich sind, mehr dazu beitragen, dass strukturelle Entwicklung möglich ist, und zwar ausgehend von den regionalen Erfordernissen und Bedürfnissen, dann kann ich auch heute hier darüber reden, dass der Regionalbeirat sich noch gar nicht konstituiert hat, aber erst mal zur Kenntnis nehmen, dass wir ein Ziel haben, wo wir hin wollen, und dazu die Akteure und Partner in den Regionen einbeziehen wollen. Das haben Sie in Ihrer Politik in den vergangenen acht Jahren vor dieser Koalition überhaupt nicht angefasst,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Sie wollen die Verantwortung nach unten abwälzen. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Barbara Borchardt, PDS)

denn die Mitsprache von Akteuren und Partnern aus der Region wird nur mit dieser Regierung organisiert, meine Damen und Herren.

Und dann will ich noch sagen, dass dieses Programm eine ganz klare Ausrichtung hat auf Gemeinwohlorientierung. Darüber ist gesprochen worden, das will ich hier im Einzelnen nicht ausführen. Und auch an die Adresse des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes möchte ich von dieser Tribüne aus sagen, dieses ganze Programm ist ein Programm der sozialen Gerechtigkeit ...

(Nils Albrecht, CDU: Jaja!)

Jaja.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja, erzählen Sie das mal den Betroffenen!)

... und bedingt auch die Anforderungen, die sozialpolitisch für den einen oder anderen stehen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Natürlich, und damit will ich abschließen, natürlich kann niemand am 31.12.2001 das alte Programm „Arbeit und Qualifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 2000“ außer Kraft setzen und am 01.01.2002 mit Schlag das Neue einführen. Das weiß doch jeder, der hier in diesem Saal sitzt. Wir werden also Übergangsfristen einrichten,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die all das aufnehmen, was auch Herr Rehberg hier angesprochen hat. Sie brauchen keine Angst zu haben, ich werde dafür sorgen mit den Partnern im Land, mit den Partnern der Arbeitsämter, dass es zu Brüchen in der Arbeitsmarktpolitik 2002 nicht kommen wird,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und das nicht nur wegen des Wahljahres, sondern weil ich eine Verantwortung für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in diesem Lande habe. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Jetzt schließe ich endgültig diese Aussprache der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Umstellung von Gesetzen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Euro, auf Drucksache 3/2263, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses auf Drucksache 3/2390. Des Weiteren liegt Ihnen ein Ände-

rungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2421 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Um-
stellung von Gesetzen des Landes
Mecklenburg-Vorpommern auf Euro
(Euro-Umstellungsgesetz – EuroUG M-V)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 3/2263 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses**
– Drucksache 3/2390 –

**Änderungsantrag der Fraktionen
der PDS und SPD**
– Drucksache 3/2421 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Umstellung von Gesetzen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Euro auf Drucksache 3/2263. Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit der in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2390 enthaltenen Maßgabe und im Übrigen unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf den Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses einstimmig angenommen.

Auf Drucksache 3/2421 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD vor, über den ich zunächst abstimmen lasse, soweit er die Einfügung eines neuen Artikels 1 a betrifft. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch der Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2421, soweit er den neuen Artikel 1a betrifft, einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Überschrift sowie die Inhaltsübersicht des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen. Wer der Überschrift sowie der Inhaltsübersicht mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Überschrift sowie die Inhaltsübersicht entsprechend der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 2 bis 5 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch die Artikel 2 bis 5 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 6 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2421 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse, soweit er den Artikel 6 betrifft. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2421, soweit er den Artikel 6 betrifft, einstimmig angenommen.

Wer dem Artikel 6 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Artikel 6 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 7 bis 36 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 7 bis 36 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/2390 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen, auf Drucksache 3/2238, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Umweltausschusses auf Drucksache 3/2412.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung
der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom
9. Dezember 1996 zur Beherrschung
der Gefahren bei schweren Unfällen mit
gefährlichen Stoffen (Seveso-II-Richtlinie-
Umsetzungsgesetz – Sev-II-UG M-V)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 3/2238 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Umweltausschusses**
– Drucksache 3/2412 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf ...

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Hier stimmt was nicht.)

War Berichterstattung gewünscht?

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Ja.)

Bitte sehr, Herr Klostermann, dann machen Sie die Berichterstattung als Ausschussvorsitzender des Umweltausschusses. Herr Klostermann gehört der SPD-Fraktion an. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Dr. Henning Klostermann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Durch das Gesetz soll die Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren, das ist der Kern, bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen, die so genannte Seveso-II-Richtlinie, umgesetzt werden.

Artikel 1 dieser Richtlinie bezweckt die Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und die Begrenzung der Unfallfolgen für Mensch und Umwelt. Die Regelungen sind überwiegend dem Störfallrecht und dem Katastrophenschutzrecht zuzuordnen. Für den Bereich des Störfallrechts sind auf der Bundesebene bereits das Bundesimmissionsschutzgesetz und die Störfallverordnung geändert worden. Diese Rechtsnormen sollen jedoch keine vollständige Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie darstellen und da der Bund keine Gesetzgebungskompetenz für nichtgewerbliche Unternehmen hat, ist also noch eine landesrechtliche Normung erforderlich.

Der Umweltausschuss hat den Gesetzentwurf während seiner 53. Sitzung am 10. Oktober und seiner 56. Sitzung beraten und einstimmig beschlossen, den vorliegenden Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Der Innenausschuss empfiehlt ebenfalls die unveränderte Annahme. Insofern ist einstimmig empfohlen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, der die landesrechtliche Umsetzung der europäischen Seveso-II-Richtlinie auch für den Bereich der nichtgewerblichen Einrichtungen und Betriebe regelt. – Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Klostermann.

Ich habe schon festgestellt, dass wir keine Aussprache machen und Sie haben dem bereits zugestimmt.

Damit kommen wir zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen auf Drucksache 3/2238. Der Umweltausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Paragraphen 1 bis 9 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Paragraphen 1 bis 9 und die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 3/2238 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/2238 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände, auf Drucksache 3/1927, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Umweltausschusses auf Drucksache 3/2411.

**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur
Änderung des Gesetzes zur Ausführung des
Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände
(Wasserverbandsgesetz) – AGWVG M-V –
– 2. ÄndG AGWVG M-V –
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 3/1927 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Umweltausschusses
– Drucksache 3/2411 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Ausschussvorsitzende Herr Klostermann. Bitte sehr, Herr Klostermann.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich kann das diesmal auch relativ kurz fassen.

Nach Paragraph 67 des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände, kurz Wasserverbandsgesetz, haben die Gemeinden, auf die sich ein Verband erstreckt, öffentliche Bekanntmachungen über Verwaltungsakte nach den landesrechtlichen Vorschriften des Verwaltungsverfahrensrechts durchzuführen. Durch Landesrecht können andere Regelungen getroffen werden.

Gemäß Paragraph 69 Absatz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz Mecklenburg-Vorpommern sind Verwaltungsakte für förmliche Verfahren daher durch Bekanntmachungen der zuständigen Aufsichtsbehörden sowohl im amtlichen Mitteilungsblatt als auch zusätzlich in örtlichen Tageszeitungen, die im Bereich verbreitet sind, zu veröffentlichen. Dies ist mit erheblichen Kosten der Behörden sowie zusätzlichem Verwaltungsaufwand durch die Kontrolle der Bekanntmachungen verbunden. Fehlerhafte Veröffentlichungen können letztlich zur Nichtigkeit von Verwaltungsakten führen. Das ist eigentlich der Kern der Geschichte.

Der Umweltausschuss empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU in der Fassung des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen, um einerseits in Artikel 1 dem Erfordernis einer Aktualisierung der Verbandsgebiete sowie redaktionellen Überarbeitungen der Anlage zu Paragraph 1 des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden und andererseits in Artikel 2 einer Vereinfachung und Kostenreduzierung bei öffentlichen Bekanntmachungen Rechnung zu tragen. Darüber hinaus wird mit einer vom Ausschuss empfohlenen Neufassung des Paragraphen 2 a des Wasserverbandsgesetzes der Landesverband der Wasser- und Bodenverbände Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet, seine Wirtschafts- und Haushaltsführung durch geeignete Institutionen auf eigene Kosten prüfen zu lassen und das Ergebnis der zuständigen Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Neufassung der Bekanntmachungsvorschrift in Paragraph 3 Änderungsgesetz löst die bisherige Regelung ab. Mit ihr wird von der Ermächtigung, eine eigenständige landesrechtliche Regelung über öffentliche

Bekanntmachungen zu treffen, Gebrauch gemacht. Mit den neuen Bekanntmachungsregelungen wird eine Verfahrensweise gewählt, die zum einen rechtsstaatlichen Anforderungen an die Bekanntmachung von Rechtsnormen genügt und zum anderen die Haushalte der Aufsichtsbehörden von unnötigen Kosten entlastet. Diese neue Regelung beseitigt Unsicherheiten beim Vollzug des Paragraphen 67 Wasserverbandsgesetz und führt zudem zu kostengünstigeren Verfahren, da nunmehr die bisher über Paragraph 67 anzuwendenden Bekanntmachungsvorschriften des förmlichen Verwaltungsverfahrens entfallen und damit eine zusätzliche öffentliche Bekanntmachung in Tageszeitungen entbehrlich wird.

So weit zu diesem. Ich hielt es doch für notwendig, darüber zu berichten, weil es dazu eine ganze Reihe von Zuschriften an die Abgeordneten, an die Ausschüsse und natürlich auch an die Fraktionen gegeben hat, Irritationen aufgetreten sind und wir uns aus diesem Grunde entschlossen haben, den Bericht noch mal kurz vorzustellen. – Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat ist beschlossen worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Fraktion der CDU eingebrachten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände auf Drucksache 3/1927. Der Umweltausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in der aus der Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses auf Drucksache 3/2411 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuer im Land Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/2391.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung
von Kirchensteuer im Land Mecklenburg-
Vorpommern (Kirchensteuergesetz Meck-
lenburg-Vorpommern – KiStG M-V)**
(Erste Lesung)

– **Drucksache 3/2391** –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin Frau Keler. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie für das weltliche Gemeinwesen gilt auch für die Kirchen der Grundsatz, dass jedes Mitglied einer Gemeinschaft einen Beitrag leisten muss, damit die gemeinsamen Aufgaben erfüllt werden können. Dieser Beitrag, auch Kirchensteuer genannt, wird als Zuschlagssteuer zur Einkommens- beziehungsweise Lohnsteuer erhoben. Die Finanzämter berechnen die Einkommenssteuer und schlagen neun Prozent von der Einkommenssteuerschuld als Kirchensteuer zu.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Einkommenssteuer und Kirchensteuer werden anschließend zusammen durch die Finanzämter erhoben. Die Kirchensteuer wird an die Kirchen abgeführt, bei der Lohnsteuer behält der Arbeitgeber die Kirchensteuer ein und führt sie über das Finanzamt an die Kirchen ab. Steuerrechtsänderungen beeinflussen folglich die Höhe der Kirchensteuer und das Erhebungsverfahren. Ziel des nunmehr eingeleiteten Rechtssetzungsverfahrens ist es, zum einen die zwischenzeitlich ergangenen materiellrechtlichen und verfahrensrechtlichen Änderungen aufzuarbeiten und in das Gesetz einzufügen. Damit auch künftige Änderungen im Steuerrecht automatisch Geltung für die Erhebung der Kirchensteuer erhalten, ist ein globaler Verweis auf das Einkommenssteuergesetz aufgenommen worden. Weiterhin geht es um die Anpassung des Kirchensteuerrechts an geänderte landesrechtliche Bestimmungen. Genannt seien hier exemplarisch die Änderungen des Gerichtsorganisationsgesetzes, das mit dem Kirchensteuerrecht noch harmonisiert werden musste. Hier geht es im Wesentlichen um eine Verlagerung der Zuständigkeit vom Verwaltungsgericht zum Finanzgericht.

Zum Zweiten soll die Erhebung der Kirchensteuer in unserem Land auf eine eigene landesrechtliche Grundlage gestellt werden, wie es die Verfassung vorsieht. Brandenburg, Thüringen und Sachsen haben bereits eigene Landesgesetze verabschiedet. Die derzeitige gesetzliche Grundlage für die Erhebung von Kirchensteuer in unserem Land ist das Gesetz zur Regelung des Kirchensteuerwesens der DDR, das gemäß Einigungsvertrag als Landesrecht fortgilt. Dieses Recht soll durch das vorliegende Landesgesetz abgelöst werden.

Meine Damen und Herren, ich bitte darum, diesem Rechtsbereinigungsgesetz nach Beratung in den Ausschüssen zuzustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/2391 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss sowie an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu überweisen. Wer für diesen Überweisungsvorschlag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7**: Beratung des Antrages der Landesregierung – Zustimmung des Landtages zum Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Verwaltungsabkommen über die Zentralstelle für die Vorbereitung der Einführung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems – Digitalfunk, Drucksache 3/2245, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses, Drucksache 3/2408.

**Antrag der Landesregierung:
Zustimmung des Landtages zum Beitritt
des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum
Verwaltungsabkommen über die Zentralstelle
für die Vorbereitung der Einführung eines
bundesweit einheitlichen digitalen Sprech-
und Datenfunksystems – Digitalfunk – (ZED)
– Drucksache 3/2245 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
– Drucksache 3/2408 –**

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

In Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Innenausschuss, den Antrag der Landesregierung unverändert anzunehmen. Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung bei der Fraktion der PDS. Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 3/2408 einvernehmlich angenommen.

Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Innenausschusses bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS einvernehmlich angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Beratung des Antrages der Landesregierung – Zustimmung des Landtages zum Eingehen einer Beteiligung an der BioCon Valley GmbH gemäß § 63 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern sowie Zustimmung zum Gründungswirtschaftsplan 2001, Drucksache 3/2260, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 3/2409.

**Antrag der Landesregierung:
Zustimmung des Landtages zum Eingehen
einer Beteiligung an der BioCon Valley GmbH
gemäß § 63 Absatz 1 der Landeshaushaltsord-
nung Mecklenburg-Vorpommern sowie Zustim-
mung zum Gründungswirtschaftsplan 2001
– Drucksache 3/2260 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses
– Drucksache 3/2409 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Herr Nolte.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der

Landesregierung auf Drucksache 3/2260 wurde in der 67. Landtagssitzung vom 21.09.2001 beraten und überwiesen. Es fand hierzu eine gemeinsame Beratung des mitberatenden Finanzausschusses mit dem federführenden Wirtschaftsausschuss am 10.10.2001 statt. Die abschließende Beratung im federführenden Wirtschaftsausschuss erfolgte am 19.10.2001.

Der federführende Wirtschaftsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2409 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalition erstens die Zustimmung zum Eingehen einer Beteiligung und zweitens die Zustimmung zum Gründungswirtschaftsplan. Das mitberatende Votum des Finanzausschusses entnehmen Sie bitte dem Punkt 2 des Berichtes. Er ist inhaltlich deckungsgleich, allerdings weist er formale Abweichungen auf.

Ich betone, Gegenstand der Beschlussempfehlung ist nicht die formale Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages. Trotzdem haben sich beide Ausschüsse mit der Frage beschäftigt, wie die Aufnahme neuer Gesellschafter in die GmbH ermöglicht werden kann. Da der Paragraph 4 des Gesellschaftsvertrages dieses Anliegen realisierbar macht, wurde auf ein diesbezügliches ausdrücklich neues Votum verzichtet.

Die Landesregierung informierte während der Ausschussberatung, dass aktuell die Ostseesparkasse und die Sparkasse Vorpommern jeweils 2,5 Prozent der Stammkapitalanteile von der Deutschen Bank und von der Nord/LB übernehmen und sich damit der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Beteiligung verändert.

Die Koalitionsfraktionen votierten im federführenden Ausschuss für eine unveränderte Annahme des Antrages der Landesregierung. Kontrovers wurden in beiden Ausschüssen folgende Fragen seitens der CDU-Fraktion angesprochen:

Erstens wurde von der CDU vorgeschlagen, die beschriebenen Aufgaben einer vorhandenen Landesgesellschaft, zum Beispiel der Wirtschaftsfördergesellschaft, zu übertragen. Damit sollte ein sparsamer Mitteleinsatz erreicht werden.

Zweitens. Die umfangreiche Aufgabenstellung der Gesellschaft laut dem Paragraphen 2 des Gesellschaftsvertrages sei ohnehin nicht mit dem vorgesehenen Personalbesatz zu verwirklichen.

Drittens wurde ein unausgewogenes Verhältnis der Gesellschaftsbeteiligung im Verhältnis zu den Kosten angesprochen. Während nämlich das Land 51 Prozent der Gesellschaftsanteile auf sich vereint, muss es die Gesamtlast der Kosten tragen.

Viertens war es für die CDU nicht erkennbar, wie der formulierte Gesellschaftszweck, nämlich der Betrieb von Biotechnologiezentren, überhaupt erreichbar ist. Die Landesregierung gestand nämlich während der Ausschussberatungen ein, dass gegenwärtig die gegebenen Eigentumsstrukturen eine Realisierung dieser Zielstellung nicht ermöglichen. Vielmehr seien noch diesbezügliche Verhandlungen mit den Akteuren erforderlich, wie diese Zielstellung überhaupt realisierbar sei.

In den Bericht laut Drucksache 3/2409 wurde daher die Formulierung aufgenommen, dass es sich insoweit um eine Absichtserklärung handele. Die CDU-Fraktion sah darin einen weiteren offenen Punkt, der noch weitere Ver-

handlungen erforderlich mache. Unter Berücksichtigung aller dieser vier problematisierten Punkte sah sie sich nicht in der Lage, dem Antrag der Landesregierung zuzustimmen.

In allen weiteren Punkten verweise ich auf die Beschlussfassungsvorlage auf Landtagsdrucksache 3/2409. – Danke.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Nolte.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Nolte, Sie haben mit dem Bericht des Ausschusses sehr deutlich gemacht, welche Probleme die CDU-Fraktion im Ausschuss mit dem vorliegenden Antrag der Landesregierung hatte, und trotzdem muss ich sagen, ganz Mecklenburg-Vorpommern wundert sich. Die CDU, die sich immer auf die Fahnen geschrieben hat, der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung hier im Land zu sein, hat im Wirtschaftsausschuss ihre Zustimmung zur Beteiligung des Landes an der BioCon Valley GmbH verweigert. Das verwundert umso mehr, als gerade auch Vertreter der Wirtschaft immer wieder die Gründung dieser GmbH begrüßt haben.

Auch der Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände Klaus Hering hat diese Position Mitte vergangenen Monats in der Presse deutlich geäußert. Ich zitiere: „Wir können die Ablehnung der Landesbeteiligung an einer Entwicklungsgesellschaft für die Biotechnologiebranche im Land durch die CDU nicht verstehen.“ Und weiter: „Die Erfahrungen zeigen, wie erfolgreich eine solche Bündelung von Interessen ist.“ Vielleicht kann uns die Opposition im Rahmen dieser Debatte noch ihre Haltung schlüssig verdeutlichen. Ich bezweifle dies jedoch.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Meine Damen und Herren! Die Bedeutung der Bio- und Medizintechnologie steigt national wie international ständig. Mit Zuwachsraten von weit über 20 Prozent gilt sie als Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts. Es existieren bereits über 700 Biotechnologie-Unternehmen in Deutschland. Darin arbeiten über 40.000 Mitarbeiter, hinzu kommen zwischen 40.000 und 50.000 Beschäftigte bei Zulieferern und Dienstleistern. Von diesem Kuchen möchte Mecklenburg-Vorpommern ein großes Stück abbekommen und wir sind auf dem besten Weg dahin.

Derzeit sind bereits mehr als 70 Unternehmen mit circa 1.200 hochqualifizierten Arbeitnehmern und weitere circa 800 Wissenschaftler im Bereich Bio- und Medizintechnologie tätig und jährlich können circa 7 Neugründungen registriert werden. Diese Branche kann also zu einem Motor für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes werden. Dafür sind jedoch besondere Anstrengungen notwendig und dazu soll die BioCon Valley GmbH wesentlich beitragen.

Dass wir nicht nur kleine Brötchen backen, haben mittlerweile auch andere Bundesländer und das Ausland fest-

gestellt. So blickt Schleswig-Holstein vielleicht sogar mit ein bisschen Neid auf diese Erfolge in unserem Land. Und der Kooperationsvertrag mit dem MediCon Valley Verbund zeigt uns, dass auch die Skandinavier Interesse an einer Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern haben.

Meine Damen und Herren! Wenn wir die Bio- und Medizintechnologie wirklich als eines der wirtschaftlichen Standbeine unseres Landes etablieren wollen, sind hier Anstrengungen notwendig, die den speziellen Anforderungen dieser Branche gerecht werden. Die BioCon Valley GmbH wird genau diese Kompetenzen vereinen, sowohl im unternehmerischen als auch im wissenschaftlichen Bereich. Das Interessante an dem umfassenden Konzept der BioCon Valley GmbH ist seine Vielschichtigkeit. Sie hat eben nicht nur das Ziel, Unternehmen im Land anzusiedeln und Existenzgründungen zu befördern und zu unterstützen. Sie soll vielmehr auch Unternehmen beraten und begleiten bei der Entwicklung von Produkten. Sie wird Imagewerbung machen für den Standort Mecklenburg-Vorpommern und damit direkt und indirekt zur Schaffung hochwertiger, zukunftsfähiger Arbeitsplätze beitragen. Ihre Spezialisierung auf eine Branche wird dabei ihre Effektivität noch steigern. Dabei ist eine Kooperation mit anderen Instituten der Wirtschaftsförderung, wie zum Beispiel der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, unerlässlich, damit hier kein Nebeneinander entsteht, sondern Synergien erzielt werden. Hierbei hat die BioCon Valley GmbH den Vorteil, dass sie sich aufgrund ihrer Konstellation zunehmend selbst tragen will, denn sie hat Dienstleistungen anzubieten, die auf dem freien Markt gekauft werden können.

Meine Damen und Herren! Wenn Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der Bio- und Medizintechnologie national und international vorn mitspielen möchte, dann braucht dies auch besondere Anstrengungen. Die Grundlagen werden in der Technologieförderung unseres Landes gelegt. Ein deutlicher Schub wurde im Rahmen des Zukunftsfonds realisiert und die BioCon Valley GmbH ist ein weiterer und wesentlicher Schritt in diese Richtung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und das, obwohl keine Mittel abgefließen sind.)

Es ist aber doch wohl geschrieben, Herr Riemann, das brauche ich Ihnen nicht zu erklären, das haben Sie gelesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Seit einem Jahr!)

Ich bitte daher um Zustimmung zu dem uns vorliegenden Antrag. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplín, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt Bereiche unseres wunderschönen Landes, die diesem Land Profil verleihen. Dazu gehört der Tourismus, dazu gehören moderne Technologien, ich denke, da sind wir uns einig. Diese Bereiche zu stärken heißt gleichzeitig, dass unser Land an diesen Stellen und insgesamt Profil gewinnen wird. BioCon Valley, diese Gesellschaft mit beschränkter Haftung soll Unter-

nehmen – meine Kollegin Frau Schildt sagte es – auf biotechnologischem Gebiet bündeln und unterstützen. 71 Unternehmen mit mittlerweile über 1.200 Arbeitsplätzen können unter diesem Dach wirken.

Die CDU hat die Gründung der BioCon Valley für überflüssig erklärt. Ich beziehe mich da auf die jüngste Pressemitteilung – ich denke, die war von Ihnen, Herr Kollege Nolte – vom Anfang Oktober diesen Jahres. Dort haben Sie erklärt, das zur Verfügung stehende Geld solle den Technologiefirmen direkt gegeben werden. Ich denke, diese Begründung hat eine schlüssige Logik. Man kann sich hier anschließen oder auch nicht. Wir schließen uns ihr nicht an. Aber es ist aus meiner Sicht wichtig, immer zu hinterfragen, warum eine solche Logik aufgemacht wird, worin die Ursachen bestehen, worin also die Ursachen für ihre Haltung liegen.

Eine Ursache könnte sein, Sie haben mangelnde Weitsicht. Sie wissen doch eigentlich, dass im Zuge der Globalisierung kleine Wirtschaftseinheiten eine viel geringere Chance haben als größere, so genannte Clusterbildung, die vereint aktiv sind am Markt. Ich vergleiche da ihre Position ein wenig mit der des Kunden, der in eine Buchhandlung geht, auf den Globus zeigt und Interesse anmeldet an dem Stück und fragt, was ist denn da alles drauf. Der Verkäufer sagt, da ist die ganze Weltkarte drauf. Er antwortet, nein, mir reicht schon einer, wo nur Mecklenburg-Vorpommern drauf ist. Ich nenne das mal als Beispiel für mangelnde Weitsicht aus meiner Sicht.

Eine zweite Ursache könnte fehlendes volkswirtschaftliches Verständnis sein. Sie wissen doch eigentlich, dass koordiniertes Marketing die Marktzugangschancen erhöht. Das wissen die Schülerinnen und Schüler ja auch und bekommen das im Unterricht vermittelt, die heute unsere Gäste sind. Alle unter dem Dach der BioCon Valley sind, so meinen wir, mehr als die Summe ihrer einzelnen Bestandteile.

Eine dritte Ursache könnte sein, dass Sie kein Herz für den Bereich der Biotechnologie haben. Ich denke mal, diese Ursachenannahme scheidet aus, denn Sie sind doch die selbsternannte Wirtschaftspartei.

Wenn also diese drei Ursachen ausscheiden, wenn Sie weitsichtig sind, wenn Sie wirtschaftspolitisch kompetent sind und wenn Sie ein Herz für den Technologiestandort Mecklenburg-Vorpommern entwickeln und dennoch der BioCon Valley GmbH die Zustimmung versagen, dann bleibt nur noch ein Grund aus meiner Sicht, und das ist parteipolitischer Eigennutz und den machen wir nicht mit. Ich bin gespannt auf Ihre Begründung, Herr Dr. Born, denn Sie werden ja im Anschluss die Position der CDU vertreten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplín.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Koplín, parteipolitische Beiträge werden Sie von mir vergeblich erwarten.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist ja ganz was Neues! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh, oh, oh, Herr Dr. Born! Diesmal etwa nicht? – Sylvia Bretschneider, SPD: Welcher Dr. Born? Etwa der neue Dr. Born?)

Herr Koplín, ich hatte den Eindruck, dass es Ihnen zeitweilig um die Sache geht. Aber nach den Reaktionen, die ich jetzt gerade eben wieder erfahren habe, muss ich davon ausgehen, dass es doch nur vordergründige Parteipolitik war, die Sie hier betreiben wollten.

Der Verbund von Biotechnologiefirmen in Mecklenburg-Vorpommern, der unter der Dachmarke BioCon Valley zusammengefasst ist, stellt einen Stern am sonst eher trüben Technologiehimmel in Mecklenburg-Vorpommern dar, auch wenn die aktuelle Entwicklung beim Teterower Unternehmen PlasmaSelect zeigt, dass noch nicht alles so reibungslos läuft und die weitere Entwicklung kein Selbstläufer ist.

Ausgerechnet der CDU-Fraktion, wie es die Kollegen Schildt und Koplín tun, auch nur zutrauen zu wollen, nicht alles zu unternehmen, um dieses Land aus der technologieunfreundlichen Lethargie der rot-roten Koalition herauszureißen, zeugt nicht gerade von Realitätsnähe. Wer nur einmal einen Augenblick daran denkt, was wir nicht alles unternommen haben, wie wir Sie geradezu beschworen haben, die einmaligen Zukunftschancen für dieses Land – A 20, Airbus A 380, Transrapid – mit beiden Händen zu ergreifen, um die ideologischen, technologiefeindlichen Scheuklappen abzustreifen,

(Irene Müller, PDS: Falscher Textbaustein!)

der weiß,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist ja ganz parteiunabhängig, was Sie da sagen!)

dass wir uns von niemandem und schon gar nicht von rot-roten Ideologen, auch nicht von Ihnen, Herr Dr. Schoenenburg, davon abbringen lassen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

alles daranzusetzen, Zukunftschancen für dieses Land zu ergreifen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh, oh!)

Aber für die Zukunft des Landes muss man wirklich hart arbeiten und man muss wissen, welche Rahmenbedingungen Unternehmen brauchen, um erfolgreich arbeiten zu können. Und ich attestiere Ihnen gerne, dass Sie sich von niemandem darin übertreffen lassen, wenn es darum geht, Unternehmen das Leben aufgrund ideologischer Verklemmung und wirtschaftlicher Unkenntnis schwer zu machen.

(Irene Müller, PDS: Ich dachte, Sie wollten nicht parteipolitisch werden?!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren – ich erinnere nur einmal daran, weil ja auch viele Zuhörer hier sind –, die Verantwortung für Ökosteuer, Entlastung großer Unternehmen zu Lasten kleiner, Rückführung der Investitionsquote, dafür „Jugend baut“ und ÖBS, ein Arbeitsminister, der von Transparenz redet

(Karsten Neumann, PDS: Ganze drei Abgeordnete in Ihrer Fraktion sind da.)

und seit Wochen permanent Nebelkerzen wirft,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

die unklare Haltung zur A 14 und zur Schaffung einer wirksamen Fluglinienverbindung – all das zeigt, dass Sie gar nicht daran interessiert sind, dass sich Hochtechnologie in diesem Land wirklich entwickeln kann.

Was nun wirklich nicht ausreicht, ist, klangvolle Namen zu kreieren und zu meinen, damit sei irgendetwas, was auch immer, für die wirtschaftliche Entwicklung getan. Insbesondere die Gründung neuer Gesellschaften unter staatlicher Beteiligung macht vom Ansatz her nur Sinn, wenn erstens bestehende Institutionen das Gleiche nicht besser, zumindest aber gleich gut leisten können und zweitens es durch neue Institutionen nicht zu weiterem Kompetenz-Wirrwarr und bürokratischen Hürden kommt, denn davon hat die Wirtschaft wirklich genug.

Und beide Fragen vermochte die Regierung im federführenden Wirtschaftsausschuss nicht befriedigend zu beantworten. Es ist sehr schade, Herr Koplín, dass Sie es sich haben entgehen lassen, dort auf die sehr präzisen Fragen die Antworten der Regierung zu vernehmen. Im Gegenteil, es zeigte sich nur zu deutlich, dass die Regierung zwar einen schmecken, um nicht zu sagen, verlockend klingenden Namen gefunden hat, dass dadurch aber auch nur ein Unternehmen zusätzlich angesiedelt werden könnte, erscheint mehr als zweifelhaft. Umso klarer zeigte sich bei den Ausschussberatungen vielmehr, dass der Regierung eine klare Konzeption fehlt und eine eindeutige Abgrenzung beziehungsweise die Frage einer sinnvollen und nicht etwa kräfteverschleißenden Kooperation mit der landeseigenen Wirtschaftsfördergesellschaft nicht einmal ansatzweise geklärt ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deshalb, und nicht etwa weil die Notwendigkeit von Technologieförderung bestritten wurde, hat sich die CDU-Fraktion veranlasst gesehen, eine Landesbeteiligung in der von der Regierung vorgeschlagenen Form abzulehnen. Und wenn Sie, was ich ja erwartet habe, hier auf eine Pressemitteilung verweisen, das ist ja nicht verwunderlich, dass die so zustande kommt, denn wenn Sie ehemalige Genossen oder Ihnen nahe stehende Persönlichkeiten so informieren, wie Sie es ja auch hier wieder versucht haben, die Beratungen im Ausschuss wiederzugeben, dann darf man sich natürlich nicht wundern – das sind ja immerhin vertrauliche Ausschussberatungen –, dass die dann aufgrund solcher Fehlinformationen auch zu falschen Schlüssen kommen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Aber ich war ja nun dabei.)

Den von der Landesregierung eingeschlagenen Weg, Biotechnologie im Rahmen der Gründung einer neuen Landesgesellschaft fördern zu wollen, halten wir für nicht zielfördernd. Es ist natürlich einfacher, Landesmittel in die Hand zu nehmen und eine weitere Landesgesellschaft zu gründen, als bestehende Ressourcen effizient auszubauen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das eine schließt doch das andere nicht
aus, Herr Born, das wissen Sie doch.)

um so Synergien zu nutzen. Genau hierdurch ließe sich das angestrebte Ziel ...

Ich merke, Herr Dr. Schoenenburg, dass Sie sehr wohl das nachvollziehen können und offensichtlich auch nicht

begeistert davon sind, dass wieder eine neue Gesellschaft gegründet werden soll.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
So? Was Sie schon wieder hören!)

Genau durch eine solche sinnvolle Ausgestaltung einer bestehenden Gesellschaft ließe sich das angestrebte Ziel nicht nur effizienter erreichen, sondern vielmehr würden die öffentlichen Kassen weniger belastet. Das ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der letzten Steuerschätzung, für die das Land ja bekanntermaßen Mindereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe gebracht hat, die dem Land entsprechende Mindereinnahmen bringt, ein zusätzlicher und wesentlicher Aspekt.

Die von der SPD/PDS-Landesregierung geplante neue Landesgesellschaft BioCon Valley GmbH wird in einer Größenordnung Mittel binden, die besser – und da haben Sie zu Recht den Kollegen Nolte zitiert – für die direkte Förderung junger Technologieunternehmen eingesetzt werden sollten. So geht es bei der heutigen Entscheidung nicht etwa nur um die 51 Prozent der Gesellschafteranteile, sondern um durchaus mehr. Bis zum Jahr 2005 beläuft sich der Finanzbedarf dieser neuen Gesellschaft auf 1,126 Millionen Euro. Das sind umgerechnet fast 2,5 Millionen DM. Die Frage, was eigentlich Intention dieser Gesellschaft sein soll, bleibt nach wie vor offen.

Es hat sich heute erneut gezeigt – auch an Ihren Redebeiträgen –, dass die Landesregierung und die Koalition nur sehr vage Vorstellungen von dem haben, was durch die BioCon Valley GmbH letztendlich wirklich geleistet werden soll und kann. Deshalb bleibt unmissverständlich festzuhalten: Statt Aufgaben mit ähnlicher Zielrichtung in immer neuen Landesbeteiligungen zu zerklüften, sollten die Mittel effizient eingesetzt und auf wenige Kompetenzzentren beschränkt werden. Die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung wäre durchaus ein nahe liegender Ansatz, durch zusätzliche Mittel und die Einbindung gut ausgebildeter Spezialisten eine bessere Vermarktung des BioCon Valley zu erreichen. Dass dies im bisherigen personellen sowie finanziellen Rahmen nicht zu schaffen ist, mag ja durchaus sein.

Die Auffassung der SPD/PDS-Landesregierung, die der vorhandenen Landesgesellschaft für Wirtschaftsförderung diese Aufgaben wegen angeblich mangelnder Kompetenzen nicht übertragen möchte, ist eben nur nachzuvollziehen, wenn man nicht bereit ist, erforderliche sachliche und personelle Verstärkung bei der GfW vorzunehmen. Und man überlege sich mal einen Moment, man wollte dieses Beispiel auf die Landesregierung übertragen, dann müsste der Wirtschaftsminister von seinen fünf Abteilungen mindestens drei abgeben, denn er ist ja für sehr viel in diesem Land zuständig, vom Tourismus, über Verkehr, Mittelstandsförderung – all dies ist in einem Haus gebündelt. Das ist sicherlich auch sinnvoll, aber nach Ihrer Logik müsste das alles auseinander geschlagen werden.

Es ist eine Fehlentscheidung der rot-roten Koalition mehr, auf das sofort abrufbare Leistungsvermögen, die Erfahrungen und die vorhandene Infrastruktur der GfW zu verzichten, anstatt dafür zu sorgen, dass alle Mittel möglichst stringente für investive Vorhaben verwendet werden. Die Etablierung eines neuen Wasserkopfes ist keine zukunftsorientierte Politik, sondern verzögert und hemmt die aktuelle Entwicklung in diesem wichtigen Bereich, zumal die Gelder für die BioCon Valley GmbH aus Mitteln des Zukunftsfonds gespeist werden sollen, die eigentlich

zur Förderung junger Existenzgründer vorgesehen sind und investiven Charakter haben. Und hier sind die Gelder in der Tat auch sehr sinnvoll eingesetzt.

(Angelika Gramkow, PDS: Da werden sie ja auch eingesetzt, Herr Born. Das wissen Sie doch!)

Ich konzidiere Ihnen gerne,

(Angelika Gramkow, PDS: Sie reden doch sonst nicht so viel ...)

Frau Kollegin Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: ... Unsachliches.)

ich konzidiere Ihnen gerne, dass Sie mit der Landesentwicklung an immer neuen Gesellschaften konsequent sozialistischen Denkstrukturen folgen,

(Angelika Gramkow, PDS: Kriege ich das schriftlich? – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Was wissen Sie denn davon?)

aber die konkrete Ausgestaltung ...

Verehrter Herr Kollege Dr. Bartels, man muss ja nicht jeden Unfug erst selbst machen, um von bestimmten Dingen etwas zu verstehen.

(Unruhe bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich bin ja immerhin noch des Lesens kundig und wir haben ja genügend Erfahrungen in diesem Land, wir wissen ja, wohin Sie das Land mit sozialistischen Ansätzen gebracht haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na?! Na?! – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Also müssen Sie mir wirklich nicht unterstellen, ich müsste den Unfug auch erst selber noch vollziehen, um etwas davon zu verstehen.

Aber noch einmal: Die konkrete Ausgestaltung der von Ihnen angestrebten Landesbeteiligung ist kein zukunftsweisender Beitrag zur Technologieförderung in Mecklenburg-Vorpommern. Und deshalb sollte man sich von diesem Vorhaben der Landesregierung getrost verabschieden. Ein Schaden würde damit nicht entstehen. Wir können das Geld sinnvoller einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im September haben wir hier im Landtag über den Antrag der Landesregierung zur Beteiligung des Landes an der BioCon Valley GmbH gesprochen. Wirtschafts- und Finanzausschuss des Landtages haben beraten und sind zu der Entscheidung gekommen, dem Antrag der Landesregierung zuzustimmen. Die CDU-Fraktion blieb jedoch in der abschließenden Beratung des Wirtschaftsausschusses leider bei ihrer ablehnenden Haltung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das lag an Ihren Antworten. – Angelika Gramkow, PDS: Die waren exzellent.)

Meine Damen und Herren von der CDU, Herr Abgeordneter Dr. Born, erlauben Sie mir die Bemerkung, dass ich

den Eindruck hatte, dass Ihnen die Begründung der Haltung Ihrer Fraktion schon mal leichter gefallen ist als heute.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Warum Sie dagegen sind, können Sie nicht erklären. Sie sind einfach gegen alles und Sie sind auch dagegen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir haben eben fünfmal zugestimmt bei Gesetzesentwürfen der Landesregierung.)

dass diese Regierung das Land voranbringen will.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Merken Sie denn nicht,

(Angelika Gramkow, PDS: Selbst beim Kirchensteuergesetz.)

dass die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern über Sie nur noch verständnislos den Kopf schüttelt?!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –

Dr. Ulrich Born, CDU: Bei der Euro-Umstellung, Seveso-II-Richtlinie, beim Kirchensteuergesetz, Digitalfunk – überall haben wir zugestimmt.)

Was Sie hier zeigen, ist wirtschaftspolitische Inkompetenz pur.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die BioCon Valley GmbH – damit wollen wir den Biotechnologiestandort Mecklenburg-Vorpommern mit einer klaren und effizienten Organisationsstruktur weiter voranbringen. Die BioCon Valley GmbH soll die Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen der Biotechnologie miteinander vernetzen und das organisatorische Gerüst sein, das ihre Interessen bündelt. Und das ist eine ganz andere Aufgabe, als sie die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung wahrnimmt. Wir wollen damit eine neue Qualität bei der Entwicklung des Landes zu einem attraktiven Biotechnologiestandort erreichen. Diese Aufgabe können nicht die Unternehmen des Landes allein leisten. Ich denke, da sind wir uns alle einig. Bei dieser Aufgabe muss das Land maßgeblich mitwirken und das wollen wir auch. Dafür brauchen wir eine schlagkräftige Organisationsstruktur – die BioCon Valley GmbH.

Meine Damen und Herren von der CDU, damit das klar ist, Mecklenburg-Vorpommern soll kein Nebenerwerbs-Biotechnologiestandort sein. Wir wollen in der ersten Reihe mitspielen.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, und Ministerin Sigrid Keler)

Dafür müssen wir aber weiterhin etwas tun, auch wenn sich die Biotechnologien in den letzten Jahren in Mecklenburg-Vorpommern außerordentlich gut entwickelt haben. Die Anzahl unserer Biotechnologieunternehmen steigt ständig, die Zahl der Arbeitsplätze auch. Und Mecklenburg-Vorpommern hat pro Einwohner gleich nach Berlin die zweitmeisten Biotechnologieunternehmen in Deutschland.

Meine Damen und Herren, im „Kölner Stadtanzeiger“ vom 14. Oktober dieses Jahres stand ein Artikel mit der Überschrift „Ein geschockter Ministerpräsident“. Der geschockte Ministerpräsident war Wolfgang Clement, der auf einer Reise nach Schweden erfahren musste, dass für

das MediCon Valley in der Region Kopenhagen/Malmö, das größte Zentrum der Biotechnologie und Medizintechnik in Skandinavien, Mecklenburg-Vorpommern eine erste Adresse ist, Nordrhein-Westfalen aber nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben Sie uns schon beim letzten Mal erzählt. – Zuruf von Irene Müller, PDS)

Und er musste erfahren, dass MediConValley mit Mecklenburg-Vorpommern hervorragend zusammenarbeitet, mit Nordrhein-Westfalen aber nicht.

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht überschätzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir überschätzen Sie nicht. Keine Sorge!)

Wir stehen zwar nicht mehr ganz am Anfang, einiges ist schon auf den Weg gebracht, das dürfen wir aber nicht durch Halbherzigkeit verspielen. Mecklenburg-Vorpommern ist inzwischen keine unbekannte Adresse in der Branche mehr. Erst in der vergangenen Woche fand das erste Baltic Biotech Forum in Teschow statt – ein voller Erfolg. 135 Teilnehmer aus 13 Ländern, vor allem aus dem Ostseeraum, haben sich hier getroffen, um ein Netzwerk in der Ostseeregion aufzubauen.

Meine Damen und Herren, die Beteiligung des Landes an der BioCon Valley GmbH dokumentiert den Willen des Landes, Schwerpunkte für die gezielte wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns zu setzen. Die BioCon Valley GmbH ist ein wichtiger Baustein in der weiteren Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns als Standort der Biotechnologie. Wir wollen, dass man in Zukunft immer häufiger nicht nur an schöne Natur denkt, wenn man den Namen Mecklenburg-Vorpommern hört. Immer häufiger wird man mit diesem Namen auch Wissenschaft, Forschung und Technologie verbinden. Dafür müssen wir aber alle etwas tun. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt, den Antrag der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 3/2409 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle den **Zusatztagesordnungspunkt** auf: Bericht der Finanzministerin zur aktuellen Steuerschätzung.

Bericht der Finanzministerin zur aktuellen Steuerschätzung

Das Wort hat die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ergebnisse der Novem-

bersteuerschätzung liegen seit Freitag vor, die Regionalisierung seit Montag. Es ist für mich selbstverständlich, dass ich bei so gravierenden Veränderungen Ihnen, den Abgeordneten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, zum frühestmöglichen Termin sage, wie die Landesregierung damit umgehen will.

Ich habe bereits in meiner Rede am 20. September anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2002/03 unüberhörbar darauf hingewiesen, dass Unsicherheiten zur Konjunktorentwicklung bestanden und dass daraus auch Konsequenzen für die Steuereinnahmen der nächsten Jahre erwachsen könnten. Erlauben Sie mir bitte, die damaligen Ausführungen in Erinnerung zu rufen. Ich habe hier erklärt: „Neben den kalkulierten Steuerausfällen aus der Steuerreform können die konjunkturellen Probleme noch auf unsere Einnahmen in 2002 durchschlagen. Bisher lässt sich das an unseren realen Steuereinnahmen des Jahres 2001 allerdings noch nicht festmachen. Genaueres wird sich erst aus der Novembersteuerschätzung ergeben. Dann wird sich auch schon besser erkennen lassen, inwieweit die Folgen der Terrorakte in den USA auf die Wirtschaftsentwicklung durchschlagen. ... Von diesen Ereignissen sind wir alle betroffen und erschüttert. Die politischen Konsequenzen und die wirtschaftlichen Auswirkungen sind noch nicht absehbar und wir müssen befürchten, dass sich daraus auch zusätzliche Folgen für die Konjunktur und demzufolge auch für die Steuereinnahmen ergeben können. Sollte das eintreffen, werden wir selbstverständlich darauf reagieren und Ihnen entsprechende Vorschläge unterbreiten.“ So weit das Zitat.

Meine Damen und Herren, meine Befürchtungen haben sich leider bestätigt. Die Wirtschaftsentwicklung ist weit stärker abgeflaut, als dies absehbar gewesen ist. Darum gibt es kein Herumreden. Ich mache dafür nicht allein die Terroranschläge vom 11. September verantwortlich. Die Konjunktur war auch vor dieser Katastrophe schon geschwächt. Deutschland litt bereits unter den konjunkturellen Einbrüchen insbesondere in den Vereinigten Staaten. Nach dem 11. September hat sich der Negativtrend deutlich verstärkt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen in ihrem Herbstgutachten mit einem Wachstum von 0,7 Prozent für 2001 und von 1,3 Prozent in 2002. Es soll jedoch nach der konjunkturellen Delle im nächsten Jahr wieder bergauf gehen. Auch da gibt es ja seit heute gegenläufige Meinungen von den fünf Weisen.

Die Novembersteuerschätzung spiegelt die Entwicklung wider. Für 2002 werden bundesweit 12,5 Milliarden Euro Steuermindereinnahmen gegenüber der Maisteuerschätzung erwartet. Auf den Bund entfallen 3,9 Milliarden Euro, auf die Länder 3,6 Milliarden Euro und auf die Gemeinden 3,9 Milliarden Euro. Die EU bekommt danach 1,1 Milliarden Euro weniger als noch im Mai geschätzt. Diese Zahlen enthalten noch nicht die IfG-Leistungen, die der Bund in die Bundesergänzungs-zuweisungen einbezogen hat.

Für Mecklenburg-Vorpommern folgen aus der regionalisierten Steuerschätzung für 2001 Steuermindereinnahmen von 70 Millionen Euro. Für 2002 ergeben sich 130 Millionen Euro. Für 2003 gibt es keine Schätzung, aber wegen des Basiseffektes müssen wir diese Zahlen fortschreiben. Die Steuermindereinnahmen für die Kommunen belaufen sich auf 68,5 Millionen Euro. Auch diese Zahl schreiben wir für 2003 fort.

Die Landesregierung hat sich gestern über den Lösungsweg verständigt. Ich werde Ihnen darüber gleich

berichten, doch lassen Sie mich zuvor zum besseren Verständnis der Rahmenbedingungen, die wir jetzt berücksichtigen müssen, noch einige Ausführungen machen.

Mit der Steuerreform hat die rot-grüne Bundesregierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland verbessert. Das war auch dringend erforderlich, denn die Steuersätze in Deutschland hatten sich zu einem schwerwiegenden Standortnachteil ausgewachsen. Das ist mit der Steuerreform korrigiert worden. Nach den Berechnungen des Bundesfinanzministeriums wurde dadurch die Kaufkraft der privaten Haushalte in Deutschland um rund 17 Milliarden Euro verbessert. Der Mittelstand wurde um rund 12 Milliarden Euro und die Großunternehmen wurden um 3 Milliarden Euro entlastet. Damit wurden die Rahmenbedingungen für Wirtschaftsentwicklung und für Investitionen deutlich verbessert, nämlich um rund 32 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere 3,1 Milliarden Euro, die Eltern mit Kindern zusätzlich verfügbar haben infolge der Kindergelderhöhung um weitere 30 DM für das erste und zweite Kind ab dem 01.01.2002.

Noch Ende Juli äußerten sich führende Beratungsunternehmen und Investmentbanken durchgängig sehr lobend über die Steuerreform. Ich zitiere: „Im Ausland starrt man auf die nominalen Sätze und da ist Deutschland von seinem ganz hohen Niveau runtergekommen“, erklärte zum Beispiel Ernst & Young in Düsseldorf. Das „Handelsblatt“ überschrieb seine Bewertung der Steuerreform mit „Belastung für Unternehmen in Deutschland jetzt geringer als in den USA“. Damit waren die Weichen auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum gestellt. Und diese positiven Rahmendaten sind weiterhin wirksam. Wie sähe die Wirtschaftslage in Deutschland wohl aus, wenn die Bundesregierung diesen Kaufkraftschub im Privatbereich nicht ausgelöst hätte?

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hat diese Steuersenkungen für die Bevölkerung, für den Mittelstand, für die Körperschaften unterstützt und wir halten sie auch jetzt unverändert für richtig, die Sie von der CDU nicht haben wollten. Die planmäßigen Mindereinnahmen aufgrund der Steuersenkungen hat Mecklenburg-Vorpommern mit großen Anstrengungen abgefangen und den zugleich eingeleiteten Konsolidierungskurs durchgehalten, und das bei hohen Investitionsaufwendungen.

Wir müssen jetzt für 2002 und 2003 die erneuten Steuermindereinnahmen ausgleichen, die in der Haushaltsplanung naturgemäß nicht berücksichtigt werden konnten. Noch bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2002/03 ließen die tatsächlichen Steuereinnahmen nicht auf die jetzt sichtbaren Steuereinträge schließen. Die Steuereinnahmen bis einschließlich August lagen nur 1,1 Prozent unter dem Ist 2000, und ich erinnere, veranschlagt hatten wir aber ein Minus von 1,7 Prozent.

Die Landesregierung hat gestern beschlossen, die Absenkung der Neuverschuldung für 2002 auszusetzen. Damit wird die Nettokreditaufnahme auf 332 Millionen Euro festgesetzt. Das entspricht dem Betrag für 2001. Mit dieser Anhebung um 102 Millionen Euro schließen wir die Lücke noch nicht. Den verbleibenden Betrag von rund 30 Millionen Euro wollen wir durch Ausgabenkürzungen vorrangig bei den laufenden Ausgaben aufbringen. Wir schlagen Ihnen vor, diesen Betrag durch einzelplanbezogene Minderausgaben im Haushalt zu veranschlagen. Die

Minderausgaben wären dann im ersten Quartal 2002 zu konkretisieren. Wir werden die Ergebnisse der Steuer-schätzung auch für 2003 zugrunde legen und parallele Vorschläge machen. Damit wird die Absenkung der Kreditaufnahme bereits 2003 wieder aufgenommen.

Beim kommunalen Finanzausgleich sind in 2002 keine Änderungen erforderlich. Das ist die Folge des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes und der Mindestgarantie von 1,28 Milliarden Euro, gleich 2,5 Milliarden DM. 2003 werden wir aus demselben Grund den kommunalen Finanzausgleich geringfügig um 0,8 Millionen Euro anheben.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig, Frau Ministerin. – Georg Nolte, CDU: Nicht Milliarden, wie es in der Pressemitteilung steht. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, wir haben uns doch aber korrigiert, Herr Nolte.

(Georg Nolte, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja, ja.)

Aber sofort.

(Nils Albrecht, CDU, und Georg Nolte, CDU: Genau.)

Wir werden die konkrete Ausgestaltung der Änderungen in den nächsten Tagen über den Finanzausschuss in das parlamentarische Verfahren einbringen.

Meine Damen und Herren, mir liegt daran zu betonen, dass die Landesregierung mit dieser Maßnahme nicht von ihrem haushaltspolitischen Konsolidierungskurs abweicht. Was wir jetzt vorschlagen, ist eine vorübergehende Pause, kein Ende der Haushaltskonsolidierung. Jetzt wäre es nach meiner Überzeugung nicht richtig, ausschließlich die haushaltswirtschaftlichen Zahlen im Auge zu haben. Einsparungen in der nötigen Größenordnung müssten vorrangig im Bereich der Investitionen realisiert werden. Wir müssten dann zwingend auf Mittel des Bundes und der EU verzichten. Öffentliche Aufträge müssten in größerem Umfang zurückgefahren werden. Das wäre in der gegenwärtigen Situation kontraproduktiv.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Wir haben die Rückführung der Neuverschuldung in den letzten Jahren konsequent vorangetrieben, und zwar von 1.046 Millionen Euro in 1996

(Dr. Ulrich Born, CDU: 1996!)

auf 332 Millionen Euro in 2001.

(Dr. Ulrich Born, CDU: 1996!)

1996, Entschuldigung.

Dies ist sicherlich kein Scherbenhaufen, wie Herr Nolte gestern behauptet hat. Und wohlfeile Patentrezepte à la Rehberg, man müsse nur Personal abbauen und zwei Ministerien einsparen, helfen da auch nicht weiter.

(Nils Albrecht, CDU: Doch!)

Das ist alles pure Effekthascherei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Wir haben solide gearbeitet und dabei diverse unpopuläre Entscheidungen getroffen, die uns Kritik von ver-

schiedenen Seiten eingetragen haben, und wir haben so schließlich auch die Einnahmeausfälle infolge der Steuerreform verkräftet, und zwar keineswegs nur zu Lasten der Investitionen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung beweist angesichts der neuen Lage Handlungsfähigkeit und Augenmaß. Sie ist in der Lage, sich neuen Situationen zu stellen und sofort angemessen darauf zu reagieren. Ich hoffe, das wird von Ihnen akzeptiert

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

und von den Bürgerinnen und Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern auch so verstanden.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Finanzministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Frau Ministerin Keler hat nach Bekanntwerden der regionalisierten Steuerschätzung gesagt, sie sei irritiert und verunsichert. Jetzt hat sie noch einmal zitiert, dass man ja schon bei der Haushaltseinbringung im September darauf hingewiesen habe, dass neben den Steuerausfällen durch die Gesetzgebung der rot-grünen Bundesregierung – hierauf werde ich noch eingehen – man sich ja auch schon mit einem konjunkturellen Problem befasst hat.

Frau Keler, warum haben Sie denn, wenn schon im September absehbar war, dass das Wirtschaftswachstum deutlich unter den Schönredereien von Kanzler Schröder und Finanzminister Eichel bleiben wird, wenn in Mecklenburg-Vorpommern damals schon klar war, dass wir im ersten Halbjahr ein Minus von 2,1 beim Wirtschaftswachstum haben, warum haben Sie da nicht schon Vorsorge zu diesem Zeitpunkt getroffen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dass man das jetzt natürlich nicht innerhalb von wenigen Tagen nachholen kann, was Sie mittel- und langfristig versäumt haben – übrigens, Sie sind seit 1996 Finanzministerin und ich werde Sie noch mit Ihren eigenen Zahlen seit 1996 konfrontieren –, ist allen klar. Jetzt gehen Sie den Weg des geringsten Widerstandes und erhöhen die Schulden von 300 Millionen auf 500 Millionen. Und Sie sind nicht mal heute bereit, zu sagen – und wir beraten ja den Doppelhaushalt, wir beraten nicht nur den Haushalt 2002, sondern auch den Haushalt 2003 – und sich wirklich dem anzunähern, was Wirtschaftssachverständige sagen, dass das Wirtschaftswachstum nächstes Jahr nicht 1,3 Prozent sein wird, sondern eher 0,6 Prozent.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Und, Frau Keler, auch das müsste Ihnen bekannt sein, dass 1 Prozent weniger Wachstum 8 Milliarden Mark weniger Steuereinnahmen sind,

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

und zwar zunehmend mehr zu Lasten der Länder, weil gerade seit 1998 – auch die Kohl-Regierung war nicht davor gefeit – immer mehr Gesetze zu Lasten der Länder beschlossen worden sind.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach nee! Wer hat denn da wohl zugestimmt?)

Wenn Sie sich heute mal die Relationen angucken, wie das Minus durchschlägt beim Bund, bei den Ländern und bei den Gemeinden, so kommen die Länder und Gemeinden zunehmend schlechter dabei weg.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Das ist die Realität – nicht mehr und nicht weniger.

Wie sind die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wirklich? Frau Keler, bis zum 11. September hatte die Situation in den USA so gut wie keinen Einfluss auf das Wachstum in Deutschland. Deutschland ist Letzter in Europa in diesem Jahr, in 2001. Wenn Sie sich die Zahlen des realen Exportwachstums noch mal angucken: Im Jahr 2000 waren das 13,2 Prozent und dieses Jahr wird das reale Exportwachstum nach allen Berechnungen 4,7 Prozent betragen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Frau Keler, die Konjunkturdelle, die Rezession in Mecklenburg-Vorpommern ist im Wesentlichen hausgemacht. Und wenn Sie hier vortragen, dass die Bürger, die Unternehmen ein Plus von 32 Milliarden Euro, also 64 Milliarden DM haben, dann müssten wir eine wahnsinnige Steigerung der Kaufkraft in Deutschland haben. Und davon, das haben Sie hier vorgetragen, sollen alleine 34 Milliarden DM, 17 Milliarden Euro, bei den Bürgern dieses Landes bleiben. Was Sie vergessen, was Sie nun wirklich vergessen an dieser Stelle – die Steuerbelastung,

(Georg Nolte, CDU: Genau.)

die vergessen Sie. Und, Frau Keler, ich sage Ihnen, die Ökosteuer hat Herrn Eichel nach meiner Rechnung bisher knapp 28 Milliarden DM gebracht und wird ihm nächstes Jahr noch mal 12 Milliarden DM bringen, mit Mehrwertsteuer. 40 Milliarden DM wird allein bis zum nächsten Jahr die Ökosteuer bringen, aufgesplittet in reine Ökosteuer und Mehrwertsteuer. Von der Mehrwertsteuer kriegen die Länder den allergeringsten Teil ab.

Wo bleibt die angekündigte Absenkung der Rentenbeiträge? Heute werden finanzpolitische Tricks angewandt, indem die Monatsrücklage auf 80 Prozent reduziert wird, damit die Rentenbeiträge nicht von 19,1 auf 19,4 Prozent steigen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Was ist mit der Einkommenssituation der Rentner in Mecklenburg-Vorpommern? Zweimal Inflationsrate? Haben Sie sich mal mit Steuerberatern, mit Unternehmern unterhalten, wie sich die Novellierung der AfA-Tabellen, die ja nur teilweise zurückgenommen worden sind, auf die Kostensituation, auf die Gewinnsituation, auf die Ertragsituation bei den Unternehmen auswirkt?

Frau Keler, das haben Sie alles vergessen. Die Steuerreform – Entschuldigung, wofür Sie die Hand gehoben haben –, die ist nur zum Nachteil für Mecklenburg-Vorpommern.

(Angelika Gramkow, PDS: Waren denn eigentlich auch große Koalitionen dabei? Oder wie hat sich die CDU verhalten?)

Wissen Sie, Frau Kollegin Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Wollten Sie nicht noch eine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes?)

es ist schon bedauerlich, dass dieses Land Ja sagt zur steuerfreien Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen bei großen Kapitalgesellschaften und Sie das auch noch verteidigen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Und die Unternehmen im Land, die kleinen und mittleren, werden mit Brosamen durch die Steuerreform abgepeist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist schon traurig genug. Nennen Sie mir eine große Kapitalgesellschaft, die ihren Firmensitz in Mecklenburg-Vorpommern hat! Ich kenne keine, keine einzige, weder eine große Versicherung, weder eine große Bank, weder eine andere große Kapitalgesellschaft im Unternehmensbereich.

Und, Frau Keler, Sie haben eins vergessen, Rot-Grün hat den Arbeitsmarkt stranguliert: 630-DM-Gesetz, Mehrkosten, Betriebsverfassungsgesetz inflexibel geworden, gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen, Gesetz zur Scheinselbständigkeit. Was ist mit der Gesundheitspolitik? Die ist am Zusammenkrachen. Weder Frau Fischer von den Grünen noch Frau Schmidt von der SPD kriegen sie in den Griff, weil sie die Ansätze von mehr Selbstverantwortung, mehr Selbstbeteiligung der Union zurückgenommen haben.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Und, Frau Keler, vergessen wir eins nicht, auch das gehört zur Wahrheit dazu: Wer damit rechnet, mit einem Jahresdurchschnitt von 3,5 Millionen bei den Arbeitslosenzahlen, und es sind dann 3,8 oder 3,9 – und 100.000 Arbeitslose sind eine Belastung der Bundesanstalt von rund 4 Milliarden DM pro Jahr plus Ausfälle im Steuerbereich –, der muss sich doch nicht wundern, dass es zu diesen Situationen kommt. Das ist doch hausgemachte Politik in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und hören Sie doch bitte wirklich auf, die Schuld nach Japan oder nach Amerika zu schieben!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und was haben Sie, Frau Keler, an Vorsorge getroffen in den letzten Jahren? Sie sind seit 1996 Finanzministerin. Und natürlich ist eins klar: Verwaltungsstrukturen reformieren, eine ordentliche Personalentwicklung in der Landesverwaltung, das kann man nicht von heute auf morgen machen. Wenn Sie heute sagen, das sei Effekthascherei, zwei Ressorts abzubauen, dann sage ich Ihnen eins: 1998 haben Sie die Entscheidung für neun Ressorts und eine Staatskanzlei aus rein machtpolitischen Erwägungen getroffen. Dafür gibt es nicht einen, nicht einen sachlich rationalen Grund. Nicht einen einzigen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Wie ist es denn wirklich bestellt um die Situation im Land? Die Ausgaben des Landes sind in etwa konstant geblieben, um die 14 Milliarden. Ich beziehe mich auf die Ist-Werte, denn das Interessante, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind nicht die Soll- und Planwerte, das Interessante sind die Ist-Werte. Die lagen 1995 bei knapp 14 und im Jahr 2000 auch bei knapp 14.

(Angelika Gramkow, PDS: Bei Inflationsrate und Leistungspaket ist das doch 'ne Leistung.)

Übrigens, die Gemeinden des Landes, die haben in dieser Zeit bei den Ausgaben ein Minus von knapp 1 Milliarde DM.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Wahrheit.

Was ist mit den Personalausgaben beim Land? Die sind um rund 10 Prozent gestiegen,

(Georg Nolte, CDU: So ist es. Genau so ist es.)

bei den Gemeinden um 16 Prozent gesunken, Frau Keler.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Das ist die Wahrheit.

(Georg Nolte, CDU: Wir haben eine Abwanderung von 100.000 Einwohnern.)

Oder wie ist es mit den Einnahmen des Landes in diesem Zeitraum bestellt gewesen? Die sind um 800 Millionen gestiegen, bei den Gemeinden um 840 Millionen gesunken. Das heißt, seit 1996 – ich ziehe das Jahr 1995 ab, ich rede vom Ist Ihrer Finanzpolitik, die Sie zu verantworten haben und niemand anderes –,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Finanzministerin Keler, seitdem Sie Finanzministerin sind, ist der Schuldenstand des Landes im Ist um fast 3.000 Mark gestiegen,

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

von 5.387, Frau Keler, ...

Das sind die Zahlen des Statistischen Landesamtes, darüber brauchen Sie gar nicht zu lachen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, dann sagen Sie mal was zu den Ursachen! Wo kommt denn das her? Zinsestillung!)

... auf 8.214 Mark im Jahr 2000.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler – Dr. Ulrich Born, CDU: Pro Kopf! – Angelika Gramkow, PDS: Kennen Sie die Laufzeiten?!)

Frau Keler, Sie können nicht einfach die letzten fünf Jahre ausblenden.

(Ministerin Sigrid Keler: Will ich auch gar nicht.)

Und was machen Sie nun? Sie machen eine Politik, die weiter darauf abzielt, Frau Keler, und ich finde das gar nicht witzig, ich finde es überhaupt nicht witzig, was Sie machen, dass Sie die Investitionen im nächsten Jahr auf 3 Milliarden runterfahren und im Jahr 2005 auf 2,6 Milliarden – auch Zahlen aus dem Haushalt.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir waren einmal, Frau Keler, 1995 bei 4,1 Milliarden Mark. Und ich wiederhole eins, ich sage Ihnen das sehr, sehr deutlich: Sie haben sich noch nicht einmal Gedanken gemacht, wie ich aus dieser Landesmark, die ich einsetze, ein Mehr mache, wie ich das verdrei-, vervier-, verfünffache und wie ich dafür Sorge, dass das Land beziehungsweise die Kommunen partizipieren an Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer, Gewerbesteuer und so weiter. Nicht einmal habe ich diesen Ansatz bei Ihnen gesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und dazu kommt noch, Frau Keler, dass Sie ganz offenbar eine Politik machen, dass Sie Haushaltsreste horten. Frau Keler, das ist Tatsache. Das sind Zahlen aus Ihrem Haus. 640 Millionen Mark Haushaltsreste in 2000! Das sind mehr als 20 Prozent der Gesamtinvestitionssumme des Jahres 2000, davon knapp 600 Millionen reine Bauinvestitionen. Frau Keler, erzählen Sie mir nicht, dass das alles nur daran liegt, dass man die Mittel nicht ausgeben kann! Das betrifft dann, Herr Minister Ebnet, auch wirtschaftliche Kompetenz oder Inkompetenz gerade in Ihrem Hause, in dem Sie ein halbes Jahr Minister sind. Auf einmal zaubern Sie im September 320 Millionen GA-Mittel hervor. Wo sind sie denn vorher geblieben?

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Was machen denn andere Minister? Ich bin hoch gespannt, wie der Haushaltsabfluss im Jahr 2001 ist. Das interessiert mich in hohem Maße.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, Frau Finanzministerin, die Bundespolitik hat den völlig falschen Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung gesetzt. Das Ergebnis, das sehen wir hier und heute. Und noch einmal: Hören Sie auf, mit dem Finger auf Südamerika, Japan, Amerika oder sonst wen zu zeigen! Die Ursachen liegen bei Rot-Grün in Berlin, weil nichts richtig, aber vieles falsch gemacht worden ist,

(Wolfgang Riemann, CDU: Jawohl. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

und die Ursachen liegen auch und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie sind jetzt am Ende. Sie sind jetzt am Ende mit Ihrer Streichpolitik bei den Investitionen, denn wenn Sie weiter Investitionen zurückfahren, dann kriegen Sie die geschenkte Mark aus Brüssel oder vom Bund nicht mehr. Frau Keler, steuern Sie um in der Finanzpolitik! Das, was Sie hier und heute gesagt haben, das, was Sie dem Kabinett auf den Tisch gelegt haben, das ist eine Bankrotterklärung für Sie als Finanzministerin.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Wer nicht mal ansatzweise in der Lage ist, 50 Prozent über Ausgabenkürzungen zu erreichen, der sollte aus meiner Sicht sein Kassenbuch zumachen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der Fraktion der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Tja, Herr Rehberg, wenn man keine Antworten hat auf eine reale Situation, zeigt sich doch, wie realitätsfern Politik sein kann.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Alle Länder, alle westdeutschen und alle ostdeutschen Länder, stehen in diesen Stunden vor dem gleichen Problem. Und das, was die Landesregierung dem Parlament heute vorlegt, ist erstklassig und kann sich wirklich sehen lassen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Das ist ein reales Angebot auf eine Situation, Herr Rehberg, von der nur jemand behaupten kann, sie sei nicht real, der verlernt hat, nach seiner DDR-Zeit darüber nachzudenken, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht im luftleeren Raum, sondern innerhalb der Weltwirtschaft agieren muss. So weit zu Ihren Hinweisen auf Japan und die USA.

Zweite Bemerkung: Wenn sich selbst das Bundesland Sachsen seit der letzten Woche mit Mindereinnahmen von 370 Millionen DM für 2001 und 255 Millionen DM für 2002 herumschlagen muss, dann ist das ja wohl nicht nur darauf zurückzuführen, dass Planungsdaten falsch sind. Die konjunkturelle Entwicklung, die Entscheidung der fünf Weisen, Sie kennen sie doch. Was hat es da für einen Sinn, so zu tun, als wenn die Arbeit der Finanzministerin und der Landesregierung dafür verantwortlich zeichnet?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Bei entsprechenden Ausfällen zu Zeiten
der großen Koalition, was haben Sie
denn da getönt, Frau Gramkow?)

Ja, sowohl die Weltwirtschaftslage als auch die Steuerreform hinterlassen ihre Spuren.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Was haben Sie denn da getönt?)

Und ja, ich sage auch an dieser Stelle, die Steuerreform entlastet einseitig große Unternehmen

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU:
Sie haben aber zugestimmt.)

und sie entlastet zu wenig die kleinen und den Mittelstand auch in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere die Personengesellschaften.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Holter hat sich
doch die Zustimmung abkaufen lassen.)

Und das habe ich immer gesagt. Aber die PDS hat die Regierung unterstützt, dieser Reform trotzdem zuzustimmen. Denn Sie vergessen mit einem Nebensatz, was die Forderungen der CDU bei der Steuerreform gewesen sind, was jetzt Ihre Forderungen sind.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, wir hätten
auch die Ökosteuer nicht eingeführt.)

Weiter runter mit dem Spitzensteuersatz heißt Ausfälle, noch weitere Ausfälle im Steuerbereich für die Länder und Kommunen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Nein, das haben
Sie noch nicht verstanden, Frau Gramkow.
Das haben Sie falsch verstanden.)

Ihre Antwort ist, Steuerreform vorziehen, heißt real weniger Einnahmen für Länder und Kommunen. Der Bund gleicht das mit Aktienverkäufen aus.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
PDS und Heidemarie Beyer, SPD –
Zurufe von Nils Albrecht, CDU,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Das können wir nicht. Ich habe von Ihnen nicht gehört, angesichts dieser Situation doch ernsthaft darüber nachzudenken, die Vermögenssteuer als Landessteuer wieder einzuführen

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Bloß nicht!)

und damit endlich große Vermögen zur Finanzierung der Gesellschaft mit heranzuziehen.

(Nils Albrecht, CDU: Sozialneid schüren
hilft nicht, Investitionen zu fördern.)

Das wäre doch mal eine Alternative.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nebenbei gibt es noch
ein Urteil vom Bundesverfassungsgericht. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das bringt doch nichts.)

Die Landesregierung unterbreitet uns ein Angebot

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie können ja
Herrn Schröder den Vorschlag machen.)

in ihrer Verantwortung für Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik, dass die öffentliche Hand in den Schuldenzyklus geht und damit prozyklisch reagiert, weil sie sich entscheidet, die Nachfrage durch die öffentliche Hand nicht weiter zu senken, sondern stabilisierend zu wirken. Sicherlich ist das eine bittere Pille, wenn man seit 1998 drastisch an der Nettoneuverschuldung geschraubt hat. Wir haben heute ein Drittel von dem, mit dem wir 1998 angetreten sind,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, weil Sie die
Investitionen zusammengestrichen haben.)

und wir haben nur ein Viertel von dem, was sich eine Regierung von CDU und F.D.P. 1994 an Schuldenaufnahme geleistet hat, für die wir heute noch zahlen müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Wir zahlen noch die Schulden, die Sie
vor 40 Jahren aufgenommen haben.)

Sie haben damals 2,4 Milliarden DM an Schulden aufgenommen und die Bilanz aus dieser Situation ist, dass wir heute fast 1 Milliarde DM an Zinsen an Banken zahlen, wofür wir am Ende nichts wiedersehen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das Land leidet unter dem
Staatsbankrott, den Sie zu verantworten haben.
40 Jahre! – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ach, der Staatsbankrott. Was ist denn dieser Staatsbankrott?

Wenn ich da dann höre, wir sollen zwei Ministerien abschaffen – ach, Herr Rehberg, haben Sie das Ihren Parteikollegen in den Ministerien auch erklärt?

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Da haben
Sie doch wohl mehr Erfahrungen.)

Und wie schafft man eigentlich zwei Ministerien ab?

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Wie schafft man eigentlich zwei Ministerien ab, in der Struktur der Beamtinnen und Beamten?

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das haben Sie doch gefordert.)

Ich finde, ein Beamter oder eine Beamtin

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Sie wollt'n nur
sechs Ministerien. Das war Ihr Wahlprogramm.)

sollte nicht in den vorzeitigen Ruhestand gehen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Gramkow,
sechs! Sechs waren es! – Dr. Ulrich Born, CDU:
Das haben Sie doch selbst gefordert. –
Glocke der Vizepräsidentin)

sollte mit seiner/ihrer Arbeitsleistung dazu beitragen, dass Landesaufgaben ordentlich umgesetzt werden können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das stand
doch in Ihrem Wahlprogramm.
Haben Sie das nicht mehr gewusst?)

Und dann, sage ich Ihnen, Herr Born,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Die leiden
alle an Gedächtnisschwäche.)

ist das Angebot der Landesregierung bezüglich des Personalentwicklungskonzeptes in der Forst, in der Polizei, bei den Lehrern und im Bereich der Landesregierung eins, das sich sehen lassen kann.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben
das doch in Ihr Wahlprogramm ge-
schrieben. – Wolfgang Riemann, CDU:
Ja, die jungen Lehrer verlassen zuhauf
das Land und Ihr Konzept ist gut.)

Das habe ich bis '98 von Ihnen noch nicht gesehen.

Fast alle Länder der Bundesrepublik Deutschland reagieren mit einem Mix auf die Steuerausfälle.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Mit Mix!
Aber hier wird mit Murks reagiert.)

Das heißt, sie riskieren eine Neuverschuldung sowie eine Erhöhung oder eine Absenkung der geplanten und gehen dann noch mal in Ausgabereduzierungen. Dieses schlägt uns die Landesregierung ebenfalls vor. Ich halte das für einen gangbaren Weg, auch wenn ich weiß, dass viele Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker in diesem Raum bei der Enge der haushaltspolitischen Ansätze in ihren Gebieten sagen: Verdammt, wo sollen wir denn

noch die 6 Millionen Euro hernehmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung?!

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir werden uns was vorlegen lassen, Frau Gramkow.)

Oder: Wo soll es denn herkommen im Bereich der Arbeitsmarkt-, Wohnungsbau-, Landesplanungspolitik, 4 Millionen noch einzuschneiden?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sparen Sie Minister Holter ein, dann haben Sie es schon! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich denke, dass das keine einfache Aufgabe ist, dass man hier ganz genau hinschauen muss und dass wir sagen, ganz bestimmte Bereiche können eigentlich weitere Einschnitte nicht vertragen. Und natürlich haben Sie Recht, Herr Rehberg, wenn es darum geht, dass die Landesregierung daran festhalten will, das Versprochene der kommunalen Ebene gegenüber auch einzuhalten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie wollen jetzt Verbundquote 30? Sie haben das versprochen, Frau Gramkow.)

Und der Gleichmäßigkeitsgrundsatz wird dazu führen, dass in den nächsten Jahren die kommunale Finanzausstattung in Mecklenburg-Vorpommern verbessert wird durch die Landesregierung,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Gramkow, Versprechen sollte man immer einhalten.)

durch das Mehr, was Sie im Haushalt finden bei der kommunalen Investitionspauschale, was die öffentliche Auftragsvergabe für kleine und mittelständische Unternehmen im Raum ermöglicht. Das benennen Sie ja nicht mal mehr, sondern da sehen Sie fein säuberlich drüber hinweg.

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Gramkow, eine Mark je Einwohner. Eine Mark! – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich denke, die Angebote, die hier auf dem Tisch liegen, sind solide. Sie zeugen von einem ehrlichen Umgang dem Land und der Entwicklung des Landes gegenüber mit der Finanzpolitik, untersetzt durch die Vorgaben des Doppelhaushaltes. Es gibt keine Alternativen, es sei denn, die CDU würde endlich mal anfangen, als Opposition welche auf den Tisch zu legen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Die Vorschläge, die wir zum letzten Haushalt gemacht haben, haben Sie alle abgelehnt.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende. Nein. Dann hat das Wort der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich springe an dieser Stelle mal ein.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Unzweifelhaft ist es, dass die Lage schwierig ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Die Lage ist schwierig. Herr Schlotmann ist wieder rausgegangen.)

Bund und Länder leiden gemeinsam unter den Folgen der weltweiten Konjunkturlaute. Dies wirkt sich auch auf unsere Steuereinnahmen aus. Es ist natürlich nicht zu bestreiten, dass es uns vor ernsthafte Probleme stellt, und da gibt es natürlich auch nichts zu beschönigen. Allerdings hilft es auch nicht, Horrorszenerarien an die Wand zu malen, sondern wichtig sind eine nüchterne Analyse und entschlossenes Handeln.

Zur Analyse: Die Steuereinnahmen unseres Landes betragen im Ist des Jahres 2000, also des vergangenen Jahres, 4.813 Millionen Euro. Der ursprüngliche Ansatz im Haushaltsplanentwurf 2002 belief sich auf 4.822 Millionen Euro, also etwa denselben Betrag wie im Jahr 2000. Nach den Ausführungen der Finanzministerin muss der Ansatz jetzt nach unten korrigiert werden, auf 4.692 Millionen Euro. Damit wird er rund 120 Millionen Euro niedriger sein als das Ist des Jahres 2000. Ich habe diese Zahlen deshalb so ausführlich zitiert, weil es sich dabei nicht um Mindereinnahmen gegenüber früheren Prognosen handelt, sondern um Mindereinnahmen gegenüber dem tatsächlichen Ist des vergangenen Jahres.

Absolute Rückgänge bei den Steuereinnahmen dieser Größenordnung sind in den vergangenen Jahrzehnten einmalig. Auch große Steuerreformen, wie zum Beispiel des früheren Bundesfinanzministers Stoltenberg, haben stets nur zu einer Abmilderung des Steueranstiegs geführt, nicht aber zu absoluten Rückgängen. Derartige Entwicklungen kann keine Landesregierung, kein Land einfach so auffangen. Angesichts dieser Tatsachen kommen wir nicht daran vorbei, unsere Planung neu zu orientieren.

Ich begrüße nachdrücklich, dass die Landesregierung in außerordentlich kurzer Zeit dem Landtag Vorschläge unterbreitet.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Dr. Manfred Rißmann, SPD)

Erst am vergangenen Freitag hat der Bundesfinanzminister die Ergebnisse der Steuerschätzung verkündet. Am Montag lag die Regionalisierung vor. Am Dienstagvormittag hat das Kabinett beschlossen. Am Dienstagnachmittag haben sich die Koalitionsfraktionen über die Eckdaten beraten, vermutlich Sie auch, meine Damen und Herren von der CDU. Heute befassen wir uns im Landtag mit dieser Angelegenheit.

Ich gehe davon aus, dass das Finanzministerium noch in dieser Woche eine Vorlage an den Finanzausschuss richtet, so dass der federführende Ausschuss rechtzeitig vor der Erörterung der Liste der offenen Punkte eine Entscheidungsgrundlage zur Verfügung hat. Es tut mir nicht Leid, Herr Rehberg, dass damit Ihre Rechnung nicht aufgeht. Sie haben sich in einem Brief an den Präsidenten des Landtages dafür eingesetzt, die Haushaltsberatungen in das nächste Jahr zu verschieben. Wenn wir uns darauf eingelassen hätten, würden Sie mit Sicherheit ordentlich draufhauen und Krokodilstränen weinen über die verspätete Verabschiedung des Haushalts, die damit verbundenen Verzögerungen bei Investitionen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Oder Mittel der vorläufigen Haushaltsplanung. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Das wird so nicht laufen. Einer rechtzeitigen Verabschiedung des Haushaltes steht nichts im Wege.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Auch inhaltlich ist die vorgelegte Lösung für den Defizit- ausgleich vernünftig. Es handelt sich um einen Mix zwischen einerseits gerade noch verkraftbaren Einsparungen, die uns allen wehtun werden, und einem zeitlich befristeten Verzicht auf weitere Absenkung der Nettokreditaufnahme. Ich möchte aber betonen, dass wir im Jahr 2002 trotz der Steuerausfälle die Nettokreditaufnahme des Jahres 2001 nicht überschreiten. Der Konsolidierungskurs wird damit fortgesetzt. An seinem Ziel, die Nettokreditaufnahme schrittweise auf null zurückzuführen, halten wir weiterhin fest.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Mit dieser ausgewogenen und schnellen Reaktion zeigen wir als Koalition, dass wir handlungsfähig sind und auch in Zukunft unsere Kräfte nicht auf interne Auseinandersetzungen, sondern auf die Arbeit am weiteren Aufbau des Landes konzentrieren werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dankert.

Ich schließe die Aussprache. Damit ist der Zusatz- gesordnungspunkt auch erledigt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Kapazitäts- obergrenzen für die Werften in Mecklenburg-Vorpom- mern, Drucksache 3/2392.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Kapazitätsobergrenzen für die Werften
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2392 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wahrscheinlich sind Sie verwundert, dass Sie auf der heutigen Tagesordnung das Thema Werften erneut vorfinden, denn erst kürzlich haben wir darüber debattiert.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Wir als Koalitionsfraktionen halten es für extrem not- wendig, nicht nur zu fordern und zu meckern, sondern Probleme anzugreifen und über Erreichtes zu diskutieren und Bilanz zu ziehen.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Bravo! Bravo!)

Das wollen wir an dieser Stelle tun, meine Damen und Herren von der CDU. Wir haben Ergebnisse vorzuweisen und darüber haben wir guten Grund zu sprechen,

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Ja natürlich.)

ganz nach dem Grundsatz: Tue Gutes und rede drüber.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dr. Ulrich Born warf in seiner Rede am 21. September diesen Jahres der Landesregierung vor, sie lasse leider ein nachhaltiges Engagement zur vorzeitigen Aufhebung der Kapazitätsobergrenzen der Werften vermissen. Wo- her wissen Sie das, Herr Dr. Born?

(Dr. Ulrich Born, CDU: 1999
sollte das doch schon gelöst sein.)

Haben Sie Einsicht in den Kalender des Ministerpräsi- denten und des Wirtschaftsministers gehabt? Oder zeugt Ihre Aussage vielmehr von der Unkenntnis, dass Politik nun einmal bedeutet, in zähen langwierigen Verhandlung- en Kompromisse einzugehen?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich habe nur ernst genom- men, was der Ministerpräsident versprochen hat.)

Hier reicht es nicht, laut herumzuwettern und Forderungen aufzustellen, wie Sie es uns vorgemacht haben. Die Kunst der Diplomatie ist,

(Lutz Brauer, CDU: Zu schweigen.)

im Rahmen der Kompromissfindung das Bestmögliche für die eigene Seite zu erzielen. Und genau das wurde erreicht. Verschiedenste Interessenlagen – die EU-Kom- mission, die Mitgliedsländer der Europäischen Union, Bundesregierung, Bundesländer und natürlich die Werf- ten im In- und Ausland – wurden miteinander vereint und es ist nach unserer Auffassung ein guter Kompromiss ge- schlossen worden. Kompromisse schließen heißt jedoch auch, dass nie alle eigenen Forderungen durchgesetzt werden können, auch wenn die Opposition genau dieses gefordert hat und noch fordert, und das bedeutet für mich, wider besseres Wissen irrealer Hoffnungen zu wecken.

Die im Land bestehenden Kapazitätsbeschränkungen durch die Europäische Union sind eine Seite eines Vertra- ges, das wissen Sie. Die andere Seite sind ausgereichte Subventionen. Wir haben in den Verhandlungen Enormes erreichen können. Daher haben wir den Punkt Werften heute erneut aufgerufen und sind natürlich sehr neugierig auf Ihre Meinung.

Meine Damen und Herren, das mit der EU ausgehan- delte Ergebnis lässt sich sehen.

Erstens. Es können jetzt cgt-Kapazitäten aus der Pro- duktionsbilanz der Werft herausgerechnet werden, die ohnehin nicht mehr von ihr, sondern infolge von Outsour- cing durch Zulieferer beziehungsweise Dienstleister er- bracht werden. Das bedeutet faktisch eine Erhöhung der Kapazitäten um bis zu zehn Prozent.

Zweitens. Ab dem Jahr 2001 wird es den Werften er- laubt sein, das in einem Jahr nicht genutzte cgt-Volumen in das nächste Jahr zu übertragen.

Und drittens. Nunmehr ist es gestattet, nicht genutzte cgt-Kapazitäten einer Werft auf andere Werften in Meck- lenburg-Vorpommern zu übertragen. Damit wurde eine deutlich größere Flexibilität erreicht.

Ich sage es noch einmal: Dieses Verhandlungsergebnis ist ein Erfolg. Erstmals ist es unter Bundeskanzler Gerhard Schröder gelungen, die besonderen Bedingungen der Nordländer zu thematisieren. Die Küstenländerkonferenz ist das Ergebnis eines unnachgiebigen Ringens unserer Landesregierung und des Ministerpräsidenten Harald Ringstorff.

Wenn nun dennoch Stimmen im Land laut werden, die das Ergebnis kritisieren und die noch höhere Forderungen aufstellen, dann kann ich nur dem Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums und Koordinator für die maritime Wirtschaft Dr. Axel Gerlach zustimmen. Dieser hat auf der 2. Nationalen Maritimen Konferenz in der ver- gangenen Woche in Warnemünde bekräftigt, dass weite- re Maßnahmen der Bundesregierung bei der EU nicht ge- plant seien, denn eine über diesen Kompromiss hinaus-

gehende Zustimmung der anderen EU-Mitgliedsländer sei nicht zu erwarten. Das heißt, auch die Bundesregierung wird sich erst einmal nicht für weitere Forderungen einsetzen können, da das derzeitige Maximum erreicht ist.

Auch wenn die Forderung, besonders von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU, noch so laut und vehement vorgetragen wird, aufgrund der EU-Rechtslage, insbesondere der Siebten Richtlinie über Beihilfen für den Schiffbau, kann zu diesem Zeitpunkt keine Entscheidung zur Aufhebung der bis 2005 fortbestehenden jährlichen Kapazitätsobergrenzen für die Werften herbeigeführt werden. Mehr kann die Landes- und Bundespolitik an dieser Stelle nicht leisten, wie auch Gerlach in seiner Rede eindeutig bekräftigt hat.

Also, meine Damen und Herren von der CDU, alle Anzeichen sprechen dafür, dass es bei Ihnen wie beim Märchen „Vom Fischer und seiner Frau“ ist. „Buttje, Buttje in der See“ –

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

immer neue Forderungen werden aufgemacht und irgendwann ist das Ende der Fahnenstange auch für die Menschen in unserem Land erreicht. Das vehementeste Rufen kann nicht gehört werden. Mit überzogenen Forderungen wird nur eines erreicht: Erwartungen bei der Bevölkerung und in der Wirtschaft zu wecken, die unrealistisch sind und nicht erfüllt werden können. Das ist nicht unser Stil.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Stattdessen suchen wir alternative Wege, die auch zum Erfolg führen werden. So unterstützen wir das Vorhaben der EU-Kommission, eine WTO-Klage gegen die unlauteren Wettbewerbspraktiken der koreanischen Schiffbauindustrie zu erheben. Dies ist der Weg, mit dem endlich wirksame Hebel durch harte Handelssanktionen gegen koreanische Exporte weltweit nicht nur in der Werftenindustrie, sondern auch in anderen Branchen angesetzt werden können. Das heißt, die Sanktionen müssen sich nicht auf den Schiffbau beschränken, sondern können zum Beispiel auch auf koreanische Fahrzeug-, Textil-, Technologieexporte ausgeweitet werden. Und wir alle wissen, was wir an solchen Produkten in unserem Land antreffen. Das kann ein harter Schlag werden, das heißt, da muss dann auch Verhandlungsbereitschaft signalisiert werden.

Während der Zeit der Klage hat sich die EU-Kommission zudem für auftragsbezogene Wettbewerbsbeihilfen für Werften in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union entschieden. Das hat auch der Koordinator für die maritime Wirtschaft der Bundesregierung Dr. Gerlach bekräftigt.

Meine Damen und Herren, wir haben gesehen, dass die Politik nun erst einmal alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, um die Werften im Land wettbewerbsfähig zu machen. Das Übrige liegt nun in der Verantwortung der Unternehmen. Dazu gehört besonders auch die Bereitschaft zur Kooperation zwischen den Werften, um die erreichte Flexibilität maximal ausnutzen zu können.

Ich bitte um Ihre Zustimmung für den vorliegenden Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Karsten Neumann, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke, Frau Schildt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Kapazitätsobergrenzen für die Werften ist in Mecklenburg-Vorpommern von essentieller Bedeutung. Wie Sie aber, meine Damen und Herren von SPD und PDS, und zwar offenkundig auf Initiative der SPD, dieses Thema auf die Tagesordnung des Landtages bringen – ich habe mir ursprünglich überlegt, irgendeine Grußnote, eine Dankesnote anlässlich ehemaliger DDR-Staatsereignisse hier zu zitieren, aber ich habe es mir dann doch geklemmt, weil mir das Thema zu ernst ist! Schon wie Sie in der letzten Landtagssitzung die Landesregierung aufforderten, ein eigenes Verkehrskonzept aufzulegen! Die Steigerung ist nun dieser Antrag hier, der Landtag begrüßt und so weiter und so fort. Kriegen wir dann in der nächsten Landtagssitzung gegebenenfalls einen Antrag, der Landtag möge beschließen, die Landesregierung arbeitet gut, oder so ähnlich?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das hatten wir alles schon zu CDU-Zeiten. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, das ist doch wahr.)

Den Beweis, Herr Kollege Schoenenburg, müssen Sie aber erst noch mal antreten.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das tu' ich gerne. Das tu' ich gerne.)

So kurz ist mein Gedächtnis in dem Punkt auch nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Wirtschaftsminister wird ja – und das scheint die neue Angelegenheit der Landesregierung zu sein – nach den Abgeordneten reden, auch auf die Gefahr hin, dass man dann noch einmal erwidert oder erwidern muss.

Ist diese Lösung wirklich die Lösung für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern oder ist es ein Tropfen auf den heißen Stein? Frau Kollegin, Sie sind nicht mit einem Wort darauf eingegangen, wie die Lösung aussieht. Sie haben keine Stellung genommen, dass der Deckel weiter bestehen bleibt. Sie haben nicht gesagt, wie die Flexibilisierung über die Jahresscheiben und in der Zeitschiene aussehen soll. Sie haben nichts dazu gesagt, wie denn eine Umverteilung zwischen den Werften aussehen soll. Und Sie haben insbesondere nichts dazu gesagt, wie denn die Relation sein soll, wenn ich Arbeit nach draußen gebe, also Outsourcing mache, wie das berechnet wird, wann es akzeptiert wird von der EU, mit welchem Prüfverfahren, und wie es dann aussieht, wenn es nicht akzeptiert wird. Sie haben auch keine Stellung dazu genommen, wie es denn zum Beispiel ist, wenn ein Reeder drei Schiffe bestellt. Das macht er im Paket, mit einem Termin. Bringt das dann alles noch was, was hier angedeutet worden ist, das heißt, wenn ich verschieben kann? Oder was heißt es, wenn ich Arbeit nach draußen gebe? Welche Arbeit kann ich überhaupt nach draußen geben? Wie ist die Fertigungstiefe im Augenblick auf den Werften? Gerüstbau,

Konservierung liegen schon lange außerhalb der Werften. Aber kann ich bei Passagierschiffen Elektro- und Holzarbeiten zum Beispiel nach draußen geben oder brauche ich dafür Firmen, die Erfahrung haben? Sind Sie darauf eingegangen, ob man überhaupt im Stahlbaubereich Aufträge nach draußen geben kann oder welche Wettbewerbssituation dort besteht? Experten sagen mir, dass unsere Werften so produktiv und hochautomatisiert sind, dass Stahlbaukörper nicht mal in Osteuropa billiger sind, als wenn sie auf den eigenen Werften hergestellt werden. Von der Qualität will ich gar nicht reden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Frau Kollegin, das, was Sie hier vorgetragen haben, das reicht bei weitem nicht, das reicht wirklich nicht, um sich dieses Problems anzunehmen. Dass der Weg der Werften ein langer schmerzhafter Prozess war, das wissen wir alle, insbesondere was die Arbeitsplätze betrifft. Ich will es Ihnen nur an einigen Zahlen deutlich machen. Während 1990 noch rund 30.500 Menschen auf den Werften des Landes beschäftigt waren, sind es im vergangenen Jahr 5.000 gewesen. Heute wird mit rund einem Drittel der geleisteten Arbeitsstunden ein Umsatz erzielt, der 800 Millionen Mark über dem des Jahres 1991 liegt. Das sind wahnsinnige Produktivitätsfortschritte, die erst möglich wurden, weil in etwa pro Werftarbeitsplatz mehr als 1 Million Mark an Kapital hineingesteckt worden ist, übrigens, überwiegend von der öffentlichen Hand! Und deswegen, das will ich noch mal deutlich sagen, musste man in Kauf nehmen, die Investitionsbeihilfen und 1992 die Kapazitätsobergrenzenbeschränkung zu akzeptieren.

Aber wie sieht es nun aus mit den Hoffnungen und Erwartungen, die geweckt worden sind. Wir, Frau Kollegin, hätten überzogene Forderungen?! Am 5. Mai 1999 sagte der damalige Wirtschaftsminister Rolf Eggert auf einer Betriebsversammlung bei Kvaerner, ich zitiere: „Die Politik werde alles tun, um die unselige Regelung der Neubaubegrenzungen für die modernen Werften möglichst noch in diesem Jahr vom Tisch zu bekommen.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Mai 1999! Wir haben jetzt übrigens November 2001. Einen Tag später gegenüber der „Ostsee-Zeitung“: „Die Bundes- wie die Landesregierung müsse Brüssel unter Druck setzen, damit in puncto Kapazitätsbeschränkung nachvollziehbare Entscheidungen getroffen werden.“ Der Ministerpräsident spricht sich am 17. Februar 2000 für eine Lockerung der Kapazitätsbegrenzungen noch in diesem Jahr aus.

Ich kann die Liste, Frau Kollegin, fortführen. Ich kann Ihnen auch gerne die ganzen Zitate übergeben. Übrigens ist dann pikanterweise relative Ruhe zwischen dem Sommer 2000 und dem Sommer 2001. Was glauben Sie denn, was die eine oder andere Werft – ich hab das schon auf der letzten oder auf der vorletzten Landtagssitzung ausgeführt – gemacht hat im Auftragsbereich, wovon die ausgegangen sind? Sicher nicht von dieser Lösung, die wir heute auf dem Tisch haben, die keine ist für uns.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fünf Jahre sind im Jahr 2001 abgelaufen, das heißt, bis 2005 wird es keine weitere Möglichkeit der Korrektur geben. Wir werden mit dem Leben müssen, was jetzt auf dem Tisch ist. Glauben wir wirklich, dass sich Bundeskanzler Schröder, der in hohem Maße bisher immer niedersächsische Interessen vertreten hat, massiv für unsere Werften in Meck-

lenburg-Vorpommern eingesetzt hat? Was glauben Sie denn, wenn die Zahl wirklich stimmt, die Herr Ebnet vorgetragen hat, nachdem der so genannte Kompromiss auf dem Tisch war, er hat von bis zu 20 Prozent mehr cgt gesprochen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

bis zu 20 Prozent. Das heißt, Herr Wirtschaftsminister, dass Sie im Schnitt ein komplettes Schiff mehr auf den Werften produzieren können. Ein komplettes Schiff! Gucken Sie sich ganz genau an, was die einzelnen Werften in Mecklenburg-Vorpommern produzieren!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Ich weiß natürlich, dass cgt eine gewichtete Größe ist. Darüber brauchen wir uns nicht weiter zu unterhalten. Aber die Frage ist doch wirklich zu stellen: Wie sollen diese 20 Prozent zustande kommen? Ich bin hoch gespannt, da Herr Ebnet ja nach mir redet, wie er das begründen wird. Nach meiner Auffassung erreichen wir das nicht, wenn denn die Werften alle ausgelastet sind, über eine Weitergabe von cgt zwischen den Werften, denn die Werft, die im nächsten Jahr, im Jahr 2003, gegebenenfalls nicht voll ausgelastet wäre, wäre ja dumm, Kapazität wegzugeben, wenn sie im Jahr 2005 mehr als volle Auftragsbücher hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Die kann sie ja dann vor sich herschieben, weil ich über die Zeitschiene schieben kann. Die wäre doch dumm, wenn sie so etwas tun würde. Oder genauso problematisch ist es, wenn eine Werft, die jetzt sehr viele Aufträge hineinnimmt, weil sie Termindruck hat und dann gegebenenfalls im zweiten Halbjahr 2005 keine cgt mehr frei hat. Wie soll das beherrscht werden? Wer will das koordinieren? Wie soll das laufen?

Und am meisten interessiert mich, Herr Minister Ebnet, wie das dann mit dem Outsourcing laufen soll. Ich habe gehört, für 1.000 Fertigungsstunden 10 Prozent zurück. Das sind dann 100, da bin ich immer noch nicht auf 20 Prozent. Aber dann müssten Sie mal erklären, wer in diesen kurzen Fristen, in denen Bestellungen aufgegeben werden, die Konstruktionsunterlagen liefert. Welche Firma ist so fit, dass hier, wenn ein Passagierschiff reinkommt, das einen bedeutend höheren Faktor als ein Containerschiff hat, sämtliche Kabinen, die Kombüse, das heißt die ganzen hochwertigen Arbeiten ausgeführt werden? Wer ist das? Oder brauche ich da nicht wirklich Spezialisten? Um die Qualität auch zu erreichen, muss ich die auf den Werften vorhalten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns mehr Fragen als Antworten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei Dinge anmerken: Ich weiß nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren in der SPD- und PDS-Fraktion, wie Sie mit so einer Pressemitteilung umgehen, und zwar vom 25. Oktober diesen Jahres. Herr Neumann, dass Sie sich zum Helfershelfer derer machen, die überhaupt nichts für die Werften von Mecklenburg-Vorpommern tun wollten, also so was habe ich noch nicht erlebt in diesem Land. Ich weiß nicht, in welcher Umnachtung Sie diese Presseerklärung verfasst haben.

(Peter Ritter, PDS: Na, na!)

Ich zitiere und das müssen sich alle wirklich anhören: „Solange die ostdeutschen Werften aus der Werftenhilfe einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen europäi-

schen Werften ziehen, sind die Begrenzungen in der Schiffbaukapazität bis 2005 gerechtfertigt.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unglaublich so was! Das ist ja unerhört!)

Es geht noch weiter, ist noch gar nicht die Spitze, das geht hier noch weiter: „Der erreichte Kompromiss bezüglich der gewonnenen Handlungsspielräume im Schiffbau stellt das maximal Erreichbare dar, für die vorzeitige Abschaffung der Begrenzung der Schiffbaukapazität wird es von europäischer Seite“ – und jetzt hören Sie zu – „zu Recht keinerlei Unterstützung geben“, erklärte Neumann.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja ein Skandal! Unerhört!)

Es geht noch weiter: „Es darf keine weiteren Versuche einzelner Werften geben, unter Verweis auf drohende Entlassungen von Beschäftigten, politischen Einfluss zu nehmen“. Wissen Sie, was das Letzte ist? Eine Ohrfeige für die Werftarbeiter, die sich für ihre Werft einsetzen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist eine Ohrfeige Ihrerseits. Und gesprochen haben Sie mit dem Generalsekretär der Europäischen Schiffbauorganisation Herrn Lükens in Brüssel. Herr Neumann, was hat Sie da geritten?

Herr Ministerpräsident Ringstorff, Herr Wirtschaftsminister Ebnet, hier ist Ihnen ein Mitglied einer Regierungsfraktion voll in den Rücken gefallen, voll in den Rücken gefallen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Machen Sie sich darüber nicht so viel Sorgen!)

Und ich muss Ihnen sagen, Herr Kollege Neumann, dies ist mehr als schädigend für das Land Mecklenburg-Vorpommern, was Sie hier geschrieben haben. Ich möchte gar nicht darauf Bezug nehmen, was Sie offenkundig für einen Gesprächsinhalt oder was Sie für eine Position in den Gesprächen deutlich gemacht haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das müsste man an alle Werftarbeiter verteilen. –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir sind beeindruckt, welche Sorgen Sie sich um uns machen.)

Nein, überhaupt nicht, Herr Kollege Schoenenburg. Wer so agiert wie Herr Kollege Neumann, handelt nicht im Interesse des Landes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt ein Feld, wo sich der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister massiv für den Schiffbau dieses Landes einsetzen können oder sie hätten es gekonnt, aber offenbar haben sie es nicht getan. Wie kommt ein Ergebnis zustande im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, im Bundesverteidigungsministerium, im Bundeskanzleramt, und zwar beim Bau der neuen Bundeswehrcorvette 130, Gesamtvolumen 1,7 Milliarden Mark? Verteilung – jetzt hören Sie gut zu –, Verteilung des Produktionsvolumens: 87 Prozent werden in Deutschland realisiert, 20 Prozent in Bremen, knapp 20 Prozent in Hamburg, in Schleswig-Holstein 13 Prozent, in Niedersachsen 8 Prozent. Das klassische Schiffbau Land Bayern erhält immer noch rund 21 Prozent. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern mit den modernsten Werften in Deutschland bekommt 1,53 Prozent ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke den Regierungsfractionen, dass Sie das Thema Kapazitätsobergrenzen für die Werften auf die Tagesordnung des Landtages gebracht haben. Ich habe im September hier ausführlich über die Folgen der Kapazitätsbeschränkungen für unsere Werften berichtet, darüber, was die Landesregierung alles tut und was sie erreichen will. Es steht fest: Die Ergebnisse können sich durchaus sehen lassen.

Meine Damen und Herren! Wir haben eine pragmatische Lösung erreicht, die unsere Werften ein ganzes Stück weiterbringt. Damit sind wir zwar – das wissen wir alle – weit entfernt von dem, was wir alle am liebsten hätten, nämlich die völlige Beseitigung der Kapazitätsbeschränkungen, aber wir haben damit auch das Maximum dessen herausgeholt, was unter den gegebenen Umständen für unsere Werften zu erreichen ist. Unsere Werften haben nun die klare Perspektive, die sie brauchen, und am Erfolg waren viele beteiligt. Mein besonderer Dank gilt dem persönlichen Engagement des Bundeskanzlers und seinem maritimen Koordinator der Bundesregierung Herrn Staatssekretär Dr. Gerlach für ihren Einsatz. Die erfolgreiche maritime Konferenz der Bundesregierung in der vergangenen Woche in Rostock hat wieder gezeigt: Noch nie hatte die maritime Wirtschaft bei einer Bundesregierung einen so hohen Stellenwert wie bei der jetzigen Bundesregierung.

Meine Damen und Herren! Frau Schildt von der SPD-Fraktion hat das Verhandlungsergebnis schon erläutert, wie ich finde, ausführlich erläutert. Anderthalb Stunden Zeit zur Darstellung der Rechenformel hat sie leider nicht und deshalb will ich das, was sie hier erläutert hat, nicht wiederholen.

Herr Rehberg, Tatsache ist, dass wir wegen der cgt-Begrenzung pro Werft und Jahr von den 327.000 cgt im vergangenen Jahr tatsächlich nur etwas über 300.000 cgt nutzen konnten. Durch die neue Rechenformel wird zwar die cgt-Grenze nicht geändert, aber faktisch tritt eine Erhöhung um etwa zehn Prozent ein, um etwa zehn Prozent. Und wenn Sie nun die Realitäten des Jahres 2000 nehmen und mit dem, was in Zukunft möglich ist, vergleichen und wenn Sie berücksichtigen, dass die durch die Übertragbarkeit von einer Werft auf die andere und auch die zeitliche Übertragbarkeit Flexibilität hinzugekommen ist, die es bisher nicht gegeben hat, dann haben wir es faktisch mit einer Steigerung der Produktionsmöglichkeit bis zu 20 Prozent zu tun.

Und, Herr Rehberg, das ist das, was Sie in einer Presseäußerung auch für notwendig gehalten haben. Ich habe jetzt Ihrer Rede ganz aufmerksam zugehört, Herr Rehberg. Sie haben kritisiert, was dieser oder jener irgendwo mal gesagt hat oder vielleicht auch nicht. Sie haben kritisiert, dass die Rechenformel nicht ausführlich dargelegt worden ist in aller Breite, das können wir bei Gelegenheit mal nachholen. Aber Sie haben – und das war auffällig – nicht dieses Ergebnis kritisiert. Daraus schließe ich, dass Sie tatsächlich der Meinung sind, dass dieses Ergebnis, das erreicht worden ist, wohl auch nicht kritisierbar ist. Ich

hätte es schön gefunden, wenn Sie gesagt hätten, das war ein Erfolg und den kann man auch mal als solchen bezeichnen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist kein Erfolg, Herr Ebnet, überhaupt nicht.)

Wesentlich für unsere Werften ist, dass sie ihre Kapazitäten flexibler und damit effektiver nutzen können. Mehr Flexibilität, das heißt auch mehr Wettbewerbsfähigkeit. Wesentlich ist, dass wir damit die Kurzarbeit für die rund 450 Mitarbeiter der MTW beenden konnten. Das hat seine Ursache darin, dass ab sofort den Werften Leistungen nicht mehr als eigene Kapazität angerechnet werden, die sie nicht selbst erbracht, sondern eingekauft haben. Wesentlich ist, dass sich damit auch die Lage auf der Peene-Werft in Wolgast entspannt hat. Die Gefahr einer Überschreitung der Kapazitätsgrenze im laufenden Jahr wurde auch hier abgewendet. Wesentlich ist, dass die Werften nun ihre Produktivität steigern können, ohne dass dies wie bisher in der Tendenz zu Lasten der Beschäftigung gehen muss. Neu ist jetzt die Möglichkeit, freie Kapazitäten ins Folgejahr zu übertragen, und neu ist auch die Möglichkeit, freie Kapazitäten von einer auf die andere Werft zu übertragen. Das hilft dabei, die Situation bis 2005, dem Zeitpunkt, an dem die Kapazitätsbeschränkung endgültig fallen wird, zumindest zu entspannen.

Einige Werften haben Bedarf an zusätzlicher Kapazität, um ihr Auftragsvolumen abarbeiten zu können. Das ist aber im gleichen Zeitraum nicht bei allen der Fall. Damit bietet sich in den kommenden Jahren die Chance für einen Kapazitätsausgleich zum Vorteil aller Werften des Landes. Diese Chance des Kapazitätsaustauschs muss nun genutzt werden. Hier sind die Werften am Zug. Die Werften haben am 6. September 2001 eine Vereinbarung zu diesem Thema getroffen, die muss nun umgesetzt werden. Die Werften müssen jetzt bereit sein zu kooperieren und sie müssen jetzt damit anfangen, denn jetzt geht es um die planerische Vorbereitung der Schiffsneuproduktion für 2002 und 2003.

Meine Damen und Herren! Wir haben eine pragmatische Lösung erreicht, doch wir können leider keine Entwarnung geben. Zwar haben unsere Werften nun eine größere Bewegungsfreiheit, aber wir haben es immer noch mit der Situation zu tun, dass der Wettbewerb im Schiffbau kein fairer Wettbewerb ist. Unser Problem sind die koreanischen Dumpingpreise und dies können wir nicht länger hinnehmen. Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Union bei der Welthandelsorganisation WTO Klage einreicht. Darauf drängen wir weiter. Unter anderem haben wir das auf der Wirtschaftsministerkonferenz der Küstenländer Anfang letzter Woche in Rostock getan. Wir wollen gemeinsam mit der Bundesregierung den Druck erhöhen, dass da noch vor Ende des Jahres etwas passiert und die Klage eingebracht wird. Die EU-Kommission ist bereit, den Werften in Europa während der Zeit der WTO-Klage erneut Wettbewerbshilfen zu gewähren.

Meine Damen und Herren! Wir erwarten von der bevorstehenden Industrieministerratskonferenz der Europäischen Union Anfang Dezember eine kluge Entscheidung, eine Entscheidung, die klar erkennen lässt, dass sich Europa über die wirtschaftliche Bedeutung seines Schiffbaus im Klaren ist, eine Entscheidung, die signalisiert, wir Europäer lamentieren nicht nur über unfaire Konkurrenz, sondern wir handeln auch und wir erwarten eine Entscheidung für eine WTO-Klage gegen Südkorea und für

eine Unterstützung der europäischen Werften im Wettbewerb.

Meine Damen und Herren! Wir sind ein Stück vorangekommen, aber am Ziel sind wir erst, wenn unsere Werften im fairen Wettbewerb die Chance haben, ihre vorhandene Leistungsfähigkeit voll und ganz unter Beweis zu stellen. An diesem Ziel arbeiten wir, der Weg ist steinig, wir werden ihn gehen. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute haben wir erneut die Gelegenheit, über die Frage der Kapazitätsbeschränkung für die ostdeutschen Werften hier im Landtag zu debattieren, diesmal allerdings nicht aufgrund eines Antrages der CDU-Fraktion, sondern aufgrund eines zugegebenermaßen sehr kurzen Antrages der Koalitionsfraktionen. Wir, die Fraktionen von SPD und PDS im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, begrüßen „das gemeinsam von Bundes- und Landesregierung bei der EU-Kommission erzielte Ergebnis zur flexibleren Ausgestaltung der Kapazitätsobergrenzen für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern“ und bitten auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion um ihre Zustimmung.

Man mag nun vielleicht zu Recht feststellen, sehr mager. Hinter dieser Feststellung steht allerdings die harte Arbeit vieler engagierter Menschen in unterschiedlichen Bereichen, nicht zuletzt die der Verhandlungsführer auf Bundeseite, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Werften, der Politikerinnen und Politiker dieses Landes Mecklenburg-Vorpommern. Und der erreichte Kompromiss kann sich sehen lassen. Die EU-Kommission hat einem Verfahren zugestimmt, das bis zum Auslaufen der Kapazitätsbeschränkungen im Jahr 2005 eine – im Übrigen auch von den Werften selbst vorgeschlagene und geforderte – flexible Anwendung dieser Beschränkungen ermöglicht und so den ostdeutschen Werften mehr Handlungsspielraum einräumt. Alle Akteure hatten das gemeinsame Ziel vor Augen, den maximal erzielbaren Kompromiss mit der Kommission zu erreichen, und er wurde erreicht.

Auch die PDS-Fraktion hat ihren bescheidenen Anteil dazu beigetragen. Wie in der letzten Debatte von mir hier auch mitgeteilt, waren wir gemeinsam mit 25 Abgeordneten des Europäischen Parlamentes auf der Wismarer Werft und haben dadurch vielen dieser Abgeordneten das erste Mal die Möglichkeit eröffnet, unmittelbar vor Ort mit den Betroffenen zu sprechen und sich umfassend über die wirtschaftliche Lage der Werften zu informieren. Und es ist schon beachtenswert, wenn im Ergebnis dieses Besuches die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken – unter diesen im Übrigen auch Abgeordnete aus Dänemark und weiteren schiffbaubetriebenden Ländern – einstimmig die Aufhebung der starren Kapazitätsbeschränkungen forderten. Niemand in diesem Kreis vermochte die starre Haltung der Kommission zu unterstützen oder gar zu verstehen. Umso freudiger stimmt uns alle die Nachricht über die von meinen Vorrednern ausreichend beschriebene Neuregelung.

Die Schwierigkeit der Verhandlungen dürfen wir nicht unterschätzen und sie wird all jenen deutlich, die sich ausführlich mit den zugrunde liegenden Überlegungen beschäftigt haben. Rechtlicher Ausgangspunkt dieser Diskussion war insbesondere der Artikel 87 des EG-Vertrages, der unter Absatz 1 Folgendes regelt, und ich darf hier mal zitieren: „Soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.“ Um eine solche, in der Regel unzulässige Beihilfe hat es sich unzweifelhaft bei der Förderung der ostdeutschen Werften gehandelt. Mit öffentlichen Mitteln haben die ostdeutschen Werften hier Starthilfe erhalten, die sie zu den modernsten und produktivsten Werften in Europa gemacht haben. Auch dies können wir ohne Zweifel und auch mit Stolz feststellen. Für diesen Fall wurde auch im Absatz 2 des Artikels 87 Ziffer c) geregelt, auch hier zitiere ich wieder: „Mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar sind: ... Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter, durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie zum Ausgleich der durch die Teilung verursachten wirtschaftlichen Nachteile erforderlich sind.“ Mit dieser Ausnahmeregelung haben sich die europäischen Staaten uns gegenüber solidarisch erwiesen und die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen in Ostdeutschland berücksichtigt.

Die Frage, die zu beantworten war und der wir uns auch heute stellen müssen, ist, ob eben diese Beihilfen immer noch den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten beeinträchtigen. Man mag durchaus zu der Auffassung kommen, dass der Handel zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten dann und solange nicht beeinträchtigt ist, wie die Werften in Mecklenburg-Vorpommern ausschließlich in Konkurrenz zu Werften aus Korea produzieren. Dies ist allerdings nur eine Seite der Medaille. Die Kommission hatte auch zu berücksichtigen, ob es weitere europäische Werften gibt, die auf dem Sektor des Containerschiffbaus als Beispiel konkurrieren könnten. Und dies wäre durchaus der Fall, wenn mit Hilfe ähnlich großer staatlicher Beihilfen das Produktionsniveau und die Produktionsmittel derartig modernisiert würden, wie dies hier in Mecklenburg-Vorpommern der Fall war. Und auch hier sind wir wieder an einem Punkt, wo sich alle einig sind: Einen neuen Wettbewerb der finanziellen Leistungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten auf dem Weg der Gewährung von Investitions- oder sonstigen Wettbewerbsbeihilfen für ihren jeweils nationalen Schiffbau darf es nicht geben.

Sicher ist eine Antwort zu finden auf eben diese Art von Wettbewerbsverzerrung durch den koreanischen Staat oder anderer Länder. Auch darauf ist der Minister bereits eingegangen. Auch zu dieser Frage sind vielfältige Bemühungen sowohl der Landes- und Bundesregierung als auch der Europäischen Kommission im Gange. Das Wichtige ist: Erneut wird hier die Solidarität anderer europäischer Länder gefragt und auch durch uns zu Recht eingefordert werden. Genau an diesem Punkt schließt sich dann aus meiner Sicht der Kreis. Alle Seiten sollten sich des gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses bewusst sein, vertragliche Vereinbarungen einhalten und den politischen Konsens nicht leichtfertig und ohne Not aufs Spiel setzen.

Nur der Vollständigkeit halber möchte ich erwähnen, dass die PDS wohl zweifellos nicht zu den Architekten der

europäischen Wirtschaftsordnung gehört, die durch eine bedingungslose Liberalisierung der Märkte bestimmt ist. Die Gläubigkeit in die Selbstregulierungsmechanismen der Märkte ist bei uns zumindest geringer ausgeprägt als bei den Kolleginnen und Kollegen auf den Oppositionsbänken. Im Unterschied zu Ihnen stellen wir uns jedoch realen Situationen und versuchen, die Probleme im Konsens, aber nicht zuletzt auch beharrlich zu lösen. Hierfür ist das erzielte Verhandlungsergebnis nur ein Beispiel von vielen. Die PDS-Fraktion erwartet und unterstützt weitergehende Initiativen zur Stärkung des Industriestandortes Mecklenburg-Vorpommern im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes.

Lassen Sie mich aber noch etwas sagen über die Unterschiede im Herangehen an solche politischen Aufgaben zwischen Opposition und Regierungskoalition. Sie, meine Damen und Herren von der CDU und insbesondere Herr Rehberg, handeln offensichtlich nach dem Ratschlag, nur schlechte Nachrichten seien gute Nachrichten. Wir werden uns weder daran beteiligen, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes die Augen zu verkleinern, noch werden wir uns selbst die Augen zuhalten. Die erreichten Ergebnisse waren und sind zum heutigen Zeitpunkt das maximal Erreichbare. Damit wird sicherlich die Diskussion um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Schiffbau in Deutschland und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern nicht beendet sein.

Die letzte Woche in Rostock stattgefundene zweite maritime Konferenz hat hier sehr deutlich weitere vielversprechende Handlungsfelder aufgezeigt. Dazu zählen vor allem die Stärkung der maritimen Verbundwirtschaft und der Ausbau der maritimen Zulieferindustrie. Mit dem Know-how eines der modernsten Industriezweige ausgestattet ist die Zulieferindustrie auf dem Weg zu einer zukunftsweisenden Hochtechnologiebranche auch hier in Mecklenburg-Vorpommern. Durch die Entwicklung europäischer Netzwerke von Werften, Zulieferindustrie, Hochschulen und Forschung wird es der maritimen Industrie gelingen können, ihre Position im Weltmarkt wesentlich auszubauen. Angesichts der Tatsache, dass aus Mecklenburg-Vorpommern sechs Prozent der Zulieferleistungen für die Schiffbauindustrie Deutschlands kommen, haben wir hier alle gemeinsam sicherlich noch genügend Möglichkeiten, unsere Werften auf dem Weg hin zu einer maritimen Verbundwirtschaft zu unterstützen. Die Chancen und Potentiale unserer hochmodernen Werften und der auf ihnen arbeitenden hochqualifizierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bestimmt noch nicht erschöpft. Sie zu erschließen wird auch nach dem bisher erzielten Teilerfolg weiter Aufgabe der Landespolitik sein. Und zur Auslegung in der einen oder anderen Richtung, denke ich, sind viele Presseerklärungen gut.

Ich will zu dem Punkt ein ganz persönliches Wort anfügen. Solange die ostdeutschen Werften in Konkurrenz mit anderen europäischen Werften stehen, finden die Begrenzungen ihre Berechtigung. Das habe ich gesagt. Das habe ich im Übrigen bereits auf der letzten Landtagssitzung in meiner Rede gesagt. Hätten Sie da zugehört, hätte ich vielleicht diesen Protest auch schon an dem Punkt bekommen. Aber genau dieses „solange“ ist eben das Wichtige. Uns muss klar sein, dass wir Freunde, Partner, Unterstützung in der Auseinandersetzung mit Korea brauchen. Und hier werden wir sie auch finden, in dieser Auseinandersetzung zur Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen.

gen auf dem Weltmarkt des Schiffbaus. Diese Beziehungen sollten aus meiner Sicht nicht unnötig belastet werden. Und dazu stehe ich, sowohl hier im Landtag als auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf unseren Werften, genauso wie ich dazu stehe, Dinge beim Namen zu nennen, wenn sie richtig sind. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Neumann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Anfang der 90er Jahre legte die EU Kapazitätsbegrenzungen fest, um Wettbewerbsverzerrungen gegenüber anderen europäischen Werften, die ihrer Ansicht nach aus der Auszahlung von Beihilfen resultieren würden, entgegenzuwirken. Diese Kapazitätsobergrenzen betrafen die Werften in Wismar, Rostock, Stralsund und Wolgast und wurden mit einer Gültigkeit bis 2005 mit insgesamt 327.000 cgt festgelegt.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Und ich will noch mal ganz kurz daran erinnern, dass wir damals eine CDU-geführte Bundes- und Landesregierung hatten. Und wenn Herr Rehberg so in einem Zwiegespräch mit dem Wirtschaftsminister sagte, er hält das für keinen Erfolg, dann kann man hier auch mal die Frage stellen: Haben Sie denn damals nicht mehr rausholen können, wenn Sie denn so schlau sind und uns vorwerfen, dass wir keinen Erfolg erreicht haben?

(Beifall Angelika Peters, SPD)

Immerhin haben wir Ihnen damals nicht vorgeworfen, dass Sie in der EU nicht mehr erreicht haben. Es ist auch sehr schwierig, dann mit der EU zu verhandeln. Das müsste die CDU eigentlich am eigenen Leibe gespürt haben.

Seit Ende 1998 hat es dann ein koordiniertes und aufeinander abgestimmtes Vorgehen von Bundes- und Landesregierung gegeben. Hier gab es kein Nebeneinander mehr, es war ein Miteinander.

Eine durch die Bundesregierung beantragte Überprüfung der Kapazitätsbeschränkung im Jahr 2000 wurde von der EU-Kommission noch unter Hinweis auf die Überkapazitäten am Weltschiffbaumarkt negativ beschieden. Diese Entscheidung war bereits zum damaligen Zeitpunkt kaum nachvollziehbar, nein, sie war schlichtweg falsch. Die Situation hatte sich längst geändert. Tatsächliche Wettbewerber der ostdeutschen Werften – übrigens auch der europäischen – sind nicht mehr die europäischen Mitbewerber, sondern die koreanische Schiffbauindustrie. Aufträge, die bei ostdeutschen Werften platziert sind und aufgrund der Kapazitätsbegrenzung nicht ausgeführt werden können, gehen umgehend nach Korea und schwächen damit nicht nur die ostdeutsche, sondern die gesamte europäische Schiffbauindustrie. Mit den Kapazitätsbegrenzungen wurde und wird nicht mehr die europäische Schiffbaukonferenz, sondern Südkorea geschützt. Wenn ein Staat durch gezielte Eingriffe meint, seinen Werften Wettbewerbsvorteile zum Nachteil anderer Werften verschaffen zu müssen, und es klar ersichtlich ist, dass Verhandlungen und immer währende Gespräche zu keinem Erfolg führen, dann allerdings muss gehandelt werden, liebe EU.

Meine Damen und Herren! Die Werften in Mecklenburg-Vorpommern haben in den 90er Jahren hohe Investitionsbeihilfen aus öffentlichen Mitteln erhalten, damit sie zu modernen wettbewerbs- und leistungsfähigen Schiffbau betrieben umstrukturiert werden können. Sie gehören jetzt zu den modernsten Werften auf der Welt, wenn sie nicht sogar die modernsten sind.

Der Weltschiffbaumarkt hat sich durch das Zusammenwirken der hohen Leistungsfähigkeit der modernen großen koreanischen Werften mit einer unverantwortlichen koreanischen Dumpingpreispolitik, bei der die Schiffe bis zu 40 Prozent unter den eigenen Gestehungskosten angeboten werden, dramatisch verändert. Korea hält inzwischen mehr als 50 Prozent der Marktanteile bei Schiffneubauten. Unsere Werften mit den Menschen, die dort arbeiten, und der vorhandenen Technik sind auch bereit, sich den Südkoreanern zu stellen. Wenn Südkorea aber keine wirklichen Nachteile zu erwarten hat, warum soll es dann in den Verhandlungen nachgeben? Das hat Südkorea ja auch bisher nicht getan.

Der enge Rahmen der jährlich und pro Werft festgelegten Produktionsbeschränkungen macht es den Werften unmöglich, betriebswirtschaftlich sinnvoll auf ihre Produktivitätsentwicklung, auf die Verringerung der Fertigungstiefe und auf technologisch bedingte Änderungen der Produktionsplanung zu reagieren. Hier musste gehandelt werden. Die Bundes- und Landesregierung haben diesem Umstand Rechnung getragen und nach zahlreichen intensiven Gesprächen mit der EU-Kommission erreicht, dass die für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern bis 2005 weiterhin geltenden Kapazitätsbeschränkungen ab 2001 flexibel gehandhabt werden können. Diese von der Europäischen Kommission genehmigte neue Regelung trägt zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Werften in Wismar, Rostock, Stralsund und Wolgast bei, sichert größere betriebswirtschaftliche Spielräume und dadurch auch mehr Werftarbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich verstehe, dass meine lieben Kollegen in den Betrieben, die Gewerkschafter, die Betriebsräte und die anderen Beschäftigten sich natürlich mehr erhofft haben, aber ich weiß auch von den Gesprächen, dass sie gesagt haben, viel mehr war wohl nicht rauszuholen, das habt ihr gut so gemacht. Das Engagement, die Nachdrücklichkeit und die Intensität der Verhandlungen der Bundes- und Landesregierung mit der Europäischen Kommission sind ausdrücklich zu begrüßen. Auch wenn Herr Rehberg das anders sieht, es ist anzuerkennen, dass ein für ostdeutsche Werften erfreuliches handhabbares Ergebnis erzielt wurde, das für die Wettbewerbsfähigkeit der Werften auch neue Spielräume sichern hilft. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dankert.

Ich schließe die Aussprache.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier mit meinen ersten Worten mich ganz herzlich für das durch das Hohe Haus mir entgegengebrachte Vertrauen zu bedanken zu meiner Wahl zum Vizepräsidenten, und Ihnen versichern, denen, die mich gewählt haben, und denen, die sich dazu nicht entscheiden konnten, dass ich in meiner neuen Funktion alles für

das Land Mecklenburg-Vorpommern und für die Stärkung der Rechte des Parlaments dieses Hohen Hauses einsetzen werde. Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/2392. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/2392 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Enthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entwicklung der landeseigenen Deponie Ihlenberg, Drucksache 3/2397.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Entwicklung der landeseigenen
Deponie Ihlenberg
– Drucksache 3/2397 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch hier geht es um Glaubwürdigkeit, und zwar um Glaubwürdigkeit der Damen und Herren der Koalition. Ihr bisheriges Agieren in Sachen Abfallpolitik ist für die Bürger des Landes, die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und die Fachleute nicht nachvollziehbar.

(Caterina Muth, PDS:

Na, wen fragst du denn da immer? –
Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Was gestern noch verteufelt wurde, ist heute notwendig, gesetzeskonform und wirtschaftlich.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist auf jeden Fall gesetzeskonform.)

So wird der Umweltminister auch heute verkünden, dass die Verbringung von Abfällen aus Italien auf den Ihlenberg rechtlich einwandfrei

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das wird wohl so sein. – Caterina Muth, PDS: Ja, ja.)

und wirtschaftlich notwendig sei.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wirtschaftlich wünschenswert auf jeden Fall.)

Er wird seine bisherigen Aussagen zu Müllimporten damit aber doch auf den Kopf stellen und sich damit sicher auch in guter Gesellschaft der Umwelt- und Abfallexperten der SPD- und PDS-Fraktion befinden.

(Peter Ritter, PDS: Jaja, die Experten.)

Meine Damen und Herren, wenn auch unser Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff und Frau Bretschneider noch im Jahre 1998 der Auffassung waren, dass Transporte von Abfällen im Wesentlichen die Kosten der Abfallbeseitigung beziehungsweise -behandlung in die Höhe treiben und eine Umweltbelastung darstellen, werden sie heute hier vor diesem Hohen Hause sicherlich nicht das Wort ergreifen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Heute sprechen die Experten.)

Heute importieren Sie Siedlungsabfälle aus Italien und fragen nicht nach der Umweltbelastung. Meine Damen

und Herren, Glaubwürdigkeit der Politik, dazu gehört es auch, den Menschen im Land reinen Wein einzuschenken.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Oh, oh, darüber denken Sie mal nach!)

Völlig verkehrt ist es hingegen, von 30.000 Tonnen Siedlungsabfällen zu sprechen, um dann in Wirklichkeit 150.000 Tonnen aus Italien auf dem Ihlenberg ablagern zu wollen. Ich denke, dieses Spiel ist zum Scheitern verurteilt und hilft nicht zur Vertrauensbildung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber zur Müllentsorgung.)

Um diese, die Entwicklung des ganzen Landes beeinflussende Politik zu hinterfragen, hat meine Fraktion diesen Antrag gestellt, denn wir sind nicht der Meinung, dass die landeseigene Deponie Ihlenberg unter den heutigen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine gesicherte Zukunft hat.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nanu?)

Die ersten Entlassungen von Mitarbeitern der Deponie Management Gesellschaft sind ein beredtes Zeugnis dafür.

(Caterina Muth, PDS: Wofür? –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das soll doch nun gerade verhindert werden. –
Zuruf von Caterina Muth, PDS –
Peter Ritter, PDS: Na dafür, dafür!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem der Umweltminister die private Beteiligung an der DMG und VGI durch die Hilmer-Gruppe jahrelang geißelte und bekämpfte,

(Zurufe von Caterina Muth, PDS,
und Minister Dr. Wolfgang Methling)

werden nun neue Verträge mit der Privatwirtschaft geschlossen.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Das ist ja unglaublich!)

Wenn auch diese so genannte Public Private Partnership grundsätzlich nichts Negatives darstellt, können diese Vertragsbeziehungen jedoch erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Deponie und somit des Landeshaushaltes haben.

(Caterina Muth, PDS:
Das haben Verträge so an sich, ja. –
Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Sollte diese Zusammenarbeit scheitern, meine Damen und Herren der Koalition, dann wird es der Finanzministerin und dem Umweltminister nicht gelingen, die Deckungslücke zu überdecken.

(Caterina Muth, PDS: Na, wie hätten Sie's denn gemacht? – Lutz Brauer, CDU: Geschickter.)

Ich möchte hier nur an Reduzierungen der Rückstellungen für die Rekultivierung der Deponie erinnern. Sollte Ihre Politik dazu führen, dass die Deponie Ihlenberg frühzeitig geschlossen werden müsste, werden auf den Steuerzahler wieder enorme Belastungen zukommen.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Falsch.)

Aus diesem Grund ist es nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, uns über die Ergebnisse der europa-

weiten Ausschreibung zur Errichtung einer Abfallbehandlungsanlage auf dem Ihlenberg zu informieren.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit der Umweltminister im Amt ist, spricht er von der Errichtung eines Abfallzentrums Ihlenberg. Bis heute wurden allerdings nur Mitarbeiter der DMG entlassen, die in der Sortieranlage und einer Abfallbehandlungsanlage arbeiteten. Auch das gehört zur Glaubwürdigkeit, meine Damen und Herren. Sie müssen den Menschen Perspektiven aufzeigen und diese dann auch durchsetzen. Diese Perspektiven fordert meine Fraktion unter Punkt 2, hier geht es um das Zentrum, des vorliegenden Antrages.

Ein weiteres kontrovers diskutiertes Thema ist der Abfallwirtschaftsplan unseres Landes. Während er vom Landesrechnungshof, meines Erachtens zu Recht, als verfehlt und rechtswidrig angesehen wurde, wurde er vom Umweltminister verteidigt und gelobt.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Richtig.)

Leider ist das Thema Abfallpolitik der Landesregierung nicht zum Freuen, weil mit ihr schwerwiegende Folgen für die Umwelt, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Geldbörse des einzelnen Gebührenzahlers einhergehen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nanu? –
Caterina Muth, PDS: Oi, oi, oi! –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Man kann
zwar alles behaupten als Abgeordneter,
aber manchmal sollte es auch stimmen. –
Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS)

Während noch gestern vom freien Wettbewerb auf dem Abfallmarkt gesprochen wurde, wird schon heute die Abfallallianz zwischen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und der Privatwirtschaft beschworen. Wer allerdings mit wem kooperieren soll, wird offen gelassen.

(Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS,
und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Die Landesregierung muss sich endlich entscheiden, ob sie den freien Wettbewerb oder eine Partnerschaft auf dem Abfallmarkt als zielführend ansieht, und hier, denke ich, sollten die Geschäfte in die Hand genommen werden. Eines ist aber dabei sicher, der vorliegende Abfallwirtschaftsplan gibt den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern keine Planungssicherheit. Hinzu kommt die völlig chaotische Bundespolitik.

(Peter Ritter, PDS: Jedem Recht getan,
ist eine Kunst, die niemand kann.)

Da wird einerseits von der Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes philosophiert, die den gesamten Abfallmarkt der Bundesrepublik Deutschland in Frage stellen würde. Gleichzeitig wird eine Novelle der Gewerbeabfallverordnung verabschiedet, die den Handwerkern und dem Mittelstand zusätzliche Kosten auferlegt. Weiterhin werden fast gleichzeitig die vierte und neunte Verordnung nach dem Bundesemissionsschutzgesetz, die Verordnung zur Ablagerung von Siedlungsabfällen, die Deponieverordnung, die Altholzverordnung, die Verpackungsverordnung, die Biomasseverordnung und die Altölverordnung novelliert.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das spricht doch für Fleiß, nicht?)

Es wird die Einführung des europäischen Abfallkatalogs vorangetrieben. Eine konkrete Abgrenzung aber der Begriffe „Abfall zur Verwertung“ und „Abfall zur Beseitigung“ gibt es immer noch nicht und ist auch immer noch nicht in Sicht.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Richtig.)

Wie vor dem Hintergrund dieser rechtlichen Rahmenbedingungen die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger eine langfristige sichere Planung von Abfallbehandlungskapazitäten gewährleisten sollen, kann sicherlich nur der Umweltminister erklären. Offensichtlich verlangt er von den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern eine ähnlich kreative Auslegung der Rechtsgrundlagen, wie er es im Fall des Importes von Siedlungsabfällen aus Italien vorführt.

Die Technische Anleitung für Siedlungsabfälle vom 14. Mai 1993 legt unter Punkt 12 eindeutig fest: „Die zuständige Behörde kann bei Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen, Klärschlamm und anderen organischen Abfällen für den Zeitraum bis 1. Juni 2005 und bei Bodenaushub, Bauschutt und anderen mineralischen Abfällen bis 1. Juni 2001 Ausnahmen von der Zuordnung zulassen, wenn absehbar ist, daß der Abfall aus Gründen mangelnder Behandlungskapazität die Zuordnungskriterien nicht erfüllen kann.“

Der Anwendungsbereich der Verordnung wurde ganz bewusst, denke ich, auf einzelne Bundesländer eingeschränkt, so dass die Behandlung von Siedlungsabfällen bei vorhandenen Kapazitäten schon heute zwingend vorgeschrieben ist. Der Minister unseres Landes, der eigentlich für die Nachhaltigkeit und die Umweltverträglichkeit stehen sollte,

(Peter Ritter, PDS: Nicht nur
eigentlich, er steht dafür.)

versucht, die rechtlichen Vorgaben aus wirtschaftlichen Gründen, die durchaus nachzuvollziehen sind, das gebe ich gerne zu, zu umgehen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei allen wirtschaftlichen Zwängen haben wir doch eine Pflicht und Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen.

(Caterina Muth, PDS: Jo.)

Aus diesem Grunde ist es aus umweltpolitischer Sicht schon unververtretbar, dass Siedlungsabfälle aus Italien nach Deutschland verbracht werden.

(Caterina Muth, PDS: Ja, wollen wir
mal die Jahre bis '98 bilanzieren?! –
Barbara Borchardt, PDS: So viel Wahrheit
will sie nicht. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Geradezu frevelhaft ist es allerdings, wenn dann diese Abfälle aufgrund wirtschaftlicher Interessen unbehandelt auf einer Deponie abgelagert werden, obwohl ausreichende Behandlungskapazitäten zur Verfügung standen. Ich denke, das war vor Jahren etwas anders zu sehen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hab' ich
mir doch gedacht! Hab' ich mir doch gedacht! –
Caterina Muth, PDS: Was war denn da
anders? – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ja, dass die CDU an der Regierung war.)

Wenn sich dann der Umweltminister dieses Landes allerdings zu der Aussage hinreißen lässt, dass es keine

ernsthaften Gründe für die Nichtablagerung von italienischen Siedlungsabfällen auf der Deponie Ihlenberg gibt, sollte er sich normalerweise die Abfallrahmenrichtlinie 75/442 EWG und das Schreiben des Bundesumweltministers vom 15.10.2001 vergegenwärtigen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir haben hier eine Kontrollpflicht und deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag, dem Berichtsanliegen zuzustimmen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel, für die Einbringung des Antrages.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zuerst hat um das Wort gebeten der Umweltminister Professor Dr. Methling.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wäre jetzt wieder der Zeitpunkt gekommen, das Manuskript zur Seite zu legen und so zu antworten wie zu den Fragen der Schiffssicherheit, wie wir das in diesem Hause schon mal erlebt haben, denn das, was Sie vorgetragen haben, Frau Holznagel, das geht wirklich auf keine Kuhhaut drauf.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Was Sie hier vorgetragen haben angesichts Ihres besonderen Interesses und angesichts der Verantwortung Ihrer Fraktion für die Abfallwirtschaft in den vergangenen Jahren, das ist geradezu unglaublich.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Caterina Muth, PDS: Ja, genau.)

Insofern ist es für mich durchaus sehr positiv, dass nach einiger Zeit die Entwicklung der landeseigenen Deponie Ihlenberg wiederum Gegenstand der Beratungen in diesem Hohen Hause ist. Ich freue mich darüber, denn es war für mich – und einige wissen das sehr genau – keine leichte Aufgabe, die Verantwortung für diese Deponie nicht nur im Bereich der Sicherheit, sondern auch für die Wirtschaftlichkeit und die Zukunftsgestaltung zu übernehmen. Dass meinen Vorgängerinnen und Vorgängern auf dieser Strecke nicht gerade Meisterleistungen gelungen sind, brauche ich Ihnen wohl nicht hier vorzustellen, denn dazu haben Sie umfangreiche Debatten im Plenum und im Untersuchungsausschuss geführt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na ja, aber ich würde es doch gern noch einmal hören. – Caterina Muth, PDS: Ach nein, bitte nicht! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und Frau Holznagel, wir verstehen uns ja eigentlich in der Debatte ganz gut; die Fairness würde es ja wohl gebieten, dass Sie von einer anderen Situationsbeschreibung hier ausgehen. Ich kann Ihnen nämlich mitteilen und das wissen Sie ganz genau, dass in meiner Amtszeit eine Reihe von Entscheidungen getroffen worden sind, die sicherstellen, dass sich die IAG auf einem erfolgreichen Weg befindet und die Deponie ständig mit hohem Aufwand gesichert und diese Sicherheit erhöht wird. Das wissen Sie ganz genau und

dass Sie hier etwas anderes darstellen, ist schon sehr peinlich, auch angesichts der letzten Berichte, die wir Ihnen vorgelegt haben über die Wirtschaftlichkeit der Deponie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir ist signalisiert worden, dass der Antrag der CDU-Fraktion voraussichtlich heute eine Mehrheit finden wird. Ich würde dieses sehr begrüßen. Ich könnte es mir dann sehr einfach machen und zu den Ziffern 1 bis 3 sagen, dass ich den Bericht gern und fristgemäß liefern werde und Sie dann aus diesem Bericht die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen können. Aber ich glaube, es ist angesichts dessen, was bei der Antragseinbringung vorgebracht worden ist, durchaus sinnvoll, auch schon heute ein paar kurze Sätze zu den wesentlichen Sachverhalten darzulegen, zu denen Sie Auskunft erwarten.

Lassen Sie mich zuerst über die Ausschreibung der Abfallbehandlungsanlage auf dem Ihlenberg sprechen.

Die Ihlenberger Abfallgesellschaft hat im Rahmen der europaweiten Ausschreibung einen Kooperationspartner aus der Abfallwirtschaft für dieses Projekt gesucht. Die Ausschreibung geschah verfahrensoffen, das heißt, es waren gleichermaßen Angebote für Müllverbrennungsanlagen und für mechanisch-biologische Behandlungsanlagen zugelassen. Die Ausschreibung hat ein breites Echo gefunden. 16 Bewerbungen waren eingegangen. Nach einem umfangreichen Prüfungsverfahren hat sich die IAG für das insgesamt wirtschaftlichste Angebot entschieden. Es handelt sich um das Angebot der Firma Rethmann zur Errichtung und zum Betrieb einer mechanisch-biologischen Behandlungsanlage mit einer Jahreskapazität von 120.000 Tonnen. Insofern ist die Behauptung in der Begründung des Antrages der CDU nicht richtig, dass die IAG eine Kooperation mit der Firma THERM eingegangen sei. Richtig ist lediglich – das ist wie mit der Anfrage an Sender Jerewan –, dass es im Vorfeld Verhandlungen mit einer Firma RETHERM gegeben hat, einer Tochtergesellschaft der Rethmann-Gruppe. Allerdings ist die IAG eine solche Kooperation nicht eingegangen, sondern hat die Verträge aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus mit der Muttergesellschaft, mit der Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co KG, Region Ost, geschlossen. In der Mehrzahl der Entscheidungskriterien wies das Angebot der Firma Rethmann deutliche Vorteile gegenüber den Mitbewerbern auf. Dies bezog sich insbesondere auf den Behandlungspreis, der unter 200 DM pro Tonne liegen wird, die Investitionskosten von rund 50 Millionen DM, aber auch auf die Beachtung der ökologischen Standards und der neuesten Rechtsvorschriften, insbesondere der Ablagerungsverordnung sowie der 30. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz vom März dieses Jahres.

Die vorbereitenden Maßnahmen für die Errichtung der MBA am Ihlenberg sind inzwischen angelaufen, der Kooperationsvertrag mit der Firma Rethmann und der Gesellschaftsvertrag über die Gründung einer „MBA Ihlenberg GmbH“ sind bereits abgeschlossen. Die Vorgespräche der IAG mit den staatlichen Aufsichtsbehörden zu Art und Umfang des Genehmigungsverfahrens sind so geführt, dass der endgültige Genehmigungsantrag spätestens Mitte kommenden Jahres gestellt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich bin im Ergebnis der bisherigen Zusammenarbeit der festen Überzeugung, dass die IAG mit Herrn Rethmann einen kompetenten, einen marktstarken und zuverlässigen

gen Partner für eine zukunftsorientierte Entwicklung des Standortes Ihlenberg gefunden hat. So wird die Landesgesellschaft in geschäftlicher Kooperation mit einem renommierten Privatunternehmen der Abfallwirtschaft das „Abfallwirtschaftszentrum Ihlenberg“ gestalten können. Ich leite damit zur Ziffer 2 Ihres Antrages über.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wesentlicher Baustein des „Abfallwirtschaftszentrums Ihlenberg“ wird die mechanisch-biologische Behandlungsanlage sein. Ab dem Jahr 2005 ist aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben die Deponierung von Abfällen ohne Vorbehandlung, von nur wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht mehr zulässig. Als Umweltminister begrüße ich diese Regelung. Auf diese neue Situation haben sich sämtliche öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und Deponiebetreiber, aber auch die Deponie Ihlenberg einzustellen.

Meine Überlegungen gehen, das ist Ihnen auch bekannt, über die reine Abfallbehandlung hinaus. Es muss künftig mehr als heute verstanden werden, dass Abfall auch Wertstoff ist. Bei dessen Verwertung sind innovative Lösungen gefragt. Das betrifft insbesondere die hochkalorische, heizwertreiche Fraktion, die bei der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung an verschiedenen Standorten, nicht nur am Ihlenberg, anfallen wird. Diese ist entweder energetisch oder besser noch stofflich zu nutzen. Gegenwärtig beschäftigt sich die von mir initiierte Entsorgungspartnerschaft Mecklenburg-Vorpommern damit, welche Chancen in unserem Lande bestehen, die stoffliche Verwertung dieser Abfallfraktion voranzubringen. Ob der Ihlenberg dafür in Frage kommt, ist noch offen. Die Gesellschaft selbst muss sich aber unabhängig davon dem Verwertungsgedanken stellen und sie tut es auch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, aus Zeitgründen will ich zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplanes nur einige Ausführungen machen, obwohl das, was Sie dargestellt haben, Frau Holznagel, wirklich weit vom Leben entfernt ist. Wir haben gerade in der vergangenen Woche eine Beratung mit der Entsorgungspartnerschaft gehabt. Ich kann schon verstehen, dass es Ihnen nicht gefällt, dass unser Abfallwirtschaftsplan und unsere Abfallwirtschaftspolitik auf die Zustimmung der Kommunen und der Wirtschaft trifft, aber das ist die Wahrheit und nicht das, was Sie hier dargestellt haben.

Ich habe bei der Abfassung des Planes darauf bestanden, mich auf keine Abfallbehandlungstechnologie festzulegen, sondern bereits zu Beginn des Jahres 2000 bin ich davon ausgegangen, dass neben der thermischen auch andere, insbesondere mechanisch-biologische Verfahren zulässig werden, obwohl es damals rechtlich noch nicht geregelt war. Demzufolge ist der Korrekturbedarf in Folge neuer rechtlicher Rahmenbedingungen für uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht erheblich. Eine Anpassung des Abfallwirtschaftsplanes an das neue Recht ist vor allem wegen der Neudefinition des Begriffs „Siedlungsabfall“ in der Ablagerungsverordnung im Vergleich zur Technischen Anleitung Siedlungsabfall erforderlich, denn die Ablagerungsverordnung kennt zwei Begriffe, zum einen „Siedlungsabfälle“ und zum anderen „Abfälle, die wie Siedlungsabfall entsorgt werden können“. Ferner sind selbstverständlich die Daten über Abfallmengen anzupassen. Wir werden bei der Fortschreibung auch versuchen, die Abfallverzeichnisverordnung, die Gewerbeabfallverordnung, die Deponieverordnung und andere Verordnungen, die Sie genannt haben, sobald sie rechtskräftig sind, zu berücksichtigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in wirtschaftlicher Hinsicht bin ich mit den Auswirkungen des Abfallwirtschaftsplanes auf die Entsorgungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern im Großen und Ganzen zufrieden, obwohl ich mir wünschen würde, dass in einigen Kreisen die Entscheidungen etwas forciert angegangen werden. Dennoch ist schon heute klar, dass meine Vorstellung von einer vielgestaltigen, durch Wettbewerb der Technologien und Standorte geprägten Entsorgungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern aufgehen wird. Da Sie das Gegenteil behaupten, will ich ein paar Fakten nennen:

Die IAG Ihlenberg hat hier ihre Schularbeiten gemacht, das habe ich Ihnen bereits dargelegt, sie wird eine MBA errichten. Über die endgültige Kapazitätsauslegung werden die Verhandlungsergebnisse mit den Landräten und Oberbürgermeistern, die die Entsorgung in ihren Kreisen und kreisfreien Städten sicherzustellen haben, entscheiden. Insofern sind die Ängste der CDU, was die Kapazität betrifft, wenn ich Ihren Antrag zumindest so interpretieren darf, nicht gerechtfertigt. Die Entscheidung wird nach diesen Verhandlungen gefällt.

In Ludwigslust ist, wie Sie wissen, eine Entscheidung über den Bau einer kleineren Müllverbrennungsanlage getroffen. In Rostock wurde eine Genehmigung für eine Kombinationsanlage aus mechanisch-biologischer Vorbehandlung und thermischer Behandlung mit hoher Kapazität erteilt.

In den letzten Tagen wurde die Ausschreibung der Abfallentsorgung der Landkreise Güstrow und Bad Doberan, dort hatten sich sieben Anbieter in die Ausschreibung eingebracht, entschieden. Beide Kreise wollen zusammengehen und haben sich auch, soweit ich gehört habe, für eine technische Lösung entschieden. Welche, das ist noch nicht veröffentlicht und meine Aufgabe ist es nicht, dieser Veröffentlichung vorzugreifen.

Auf Rügen arbeitet eine Trockenstabilat-Anlage, die durch die Firma Nehlsen betrieben wird. Möglicherweise sind die Bemühungen dieser Firma, in Vorpommern neue Partner zu finden und eine größere, die neuen gesetzlichen Forderungen berücksichtigende Anlage zu bauen, von Erfolg gekrönt.

Und schließlich, die OVVD wird auf der Deponie RoseNOW eine Abfallbehandlungsanlage zum Jahr 2005 errichten. Die verfahrensoffene Ausschreibung wird vorbereitet. Die OVVD rechnet damit, dass Ende 2002 der Zuschlag erteilt wird.

Angesichts dieser Fakten, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann ich ganz beruhigt feststellen, im Gegensatz zu früheren Landesplanungen bewährt sich mein neuer Abfallwirtschaftsplan in der Praxis und er stimuliert eine Entsorgungslandschaft, die sowohl ökologisch als auch ökonomisch vernünftig ist und von den Kommunen akzeptiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wäre sicherlich eine blinde Opposition, die nicht die Problematik der Annahme von italienischem Abfall auf der Deponie Ihlenberg zum Gegenstand der politischen Debatte machen würde. Insofern habe ich mit einem entsprechenden Antrag gerechnet, Sie haben uns auch nicht enttäuscht. Allerdings hätte die CDU besser auf die schriftliche Begründung in ihrem Antrag verzichtet, denn dort wird offensichtlich, dass ihre Scharfsinnigkeit zumindest

nicht sehr ausgeprägt ist, was die geltende Lage betrifft. Sie haben das hier auch noch einmal exerziert, Frau Holznagel.

Am 20.02.2001 wurde im Bundesgesetzblatt die Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen veröffentlicht. Diese ist im März 2001 in Kraft getreten. Damit ist die in der Antragsbegründung zitierte Passage aus der TA Siedlungsabfall nicht mehr gültig. Das gilt unabhängig davon, dass die Lesart der CDU dieser technischen Anleitung doch sehr eigenartig ist, wenn sie behauptet, dass die Voraussetzung für eine Annahme nicht gegeben sei. Würde man dieser Argumentation folgen, meine Damen und Herren, dürften auch die eigenen Siedlungsabfälle aus Mecklenburg-Vorpommern nicht im Land deponiert werden. Die Lage ist bekanntlich eine ganz andere.

Fakt ist, dass die Ablagerung von Abfällen auf der Deponie Ihlenberg rechtmäßig ist, und das betrifft sowohl deutsche als auch italienische Abfälle. Das hat auch eine Diskussion in der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall vor kurzem zutage gebracht. Ausgelöst wurde diese Diskussion übrigens durch einen wenig sachorientierten Brief des Bundesumweltministers Trittin in dieser Sache an mich.

Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist natürlich nicht alles paletti, um bei diesem Wortspiel zu bleiben. Über den geplanten Import von Siedlungsabfällen aus Italien ist in den vergangenen Wochen viel geschrieben und gesprochen worden und ich habe viel in dieser Zeit auch auf der Straße und anderswo mit Menschen gesprochen, die ihre Sorgen dazu vorgetragen haben. Nach Abwägung sämtlicher Gesichtspunkte habe ich schließlich die Annahme von vorerst 30.000 Tonnen Siedlungsabfall genehmigt. Ich kann Ihnen versichern, diese Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen. Ich halte sie dennoch für vernünftig und auch für richtig, denn zentraler Ausgangspunkt meiner und unserer Überlegungen war die Tatsache, dass der zuständige italienische Regierungskommissar sich schriftlich mit einem Hilfeersuchen an den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ringstorff und an mich gewandt hatte, um zur Beseitigung eines Abfallnotstandes in der Region Kampanien bis zu 150.000 Tonnen Abfälle auf der Deponie entsorgen zu können.

Es hat, wie in Europa üblich, eine Ausschreibung stattgefunden, aufgrund derer die Deponie Ihlenberg einen Anlieferungsvertrag erhalten hat. Es handelt sich bei den Abfällen um solche aus privaten Haushaltungen und zum Teil aus, nach unseren Begriffen, hausmüllähnlichem Gewerbeabfall. Dafür wurde eine Notifizierung, das ist das formale Verfahren in Europa, beantragt und erteilt, nach dem Schlüssel 20 03 01.

Ich will in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Annahme von Abfällen aus Italien keine derartige Besonderheit darstellt. Auch das sollten Sie wissen, Frau Holznagel, denn bereits früher wurden schon Abfälle aus diesem und aus anderen europäischen Ländern angenommen und ich will auch in Erinnerung bringen, dass diese Deponie einmal zu DDR-Zeiten dazu eingerichtet worden ist, um Abfälle aus den alten Bundesländern anzunehmen. Das war auch die Hauptaufgabe am Anfang der 90er Jahre.

Im Jahre 2000 sind allein auf der Deponie Ihlenberg 4.000 Tonnen Sonderabfälle – ich betone, Sonderabfälle –

aus Italien angenommen worden. Ich habe durch Kontrollen vor Ort in Italien sichergestellt, dass die Deklarationsanalysen und die Angaben der italienischen Behörden zutreffend sind. Dies ist in einem vereinten Europa ein ungewöhnliches Verfahren, was auf italienischer Seite auch auf Unverständnis getroffen ist, letztendlich aber akzeptiert werden musste, denn eigentlich gilt der Grundsatz, dass sich in Europa die Behörden gegenseitig vertrauen.

Auch bei der Anlandung im Seehafen Wismar sowie bei der Ablagerung auf der Deponie Ihlenberg werden zusätzliche Kontrollen durchgeführt. Sollten diese Kontrollen zu durchgreifenden Bedenken führen, ist durch die Gestaltung einer Bürgschaft sichergestellt, dass der Abfall auf Kosten der italienischen Vertragspartner zurückgesandt werden kann. Wir wissen aber, dass Nordrhein-Westfalen bereits Siedlungsabfälle aus Kampanien in Verbrennungsanlagen des Landes entsorgt, insgesamt 200.000 Tonnen. Bei diesen Abfällen, die im Wesentlichen die gleiche Herkunft haben, hat es keinerlei Beanstandungen oder Sicherheitsbedenken gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vereinten Europa richten sich grenzüberschreitende Abfalltransporte nach der EG-Abfallverbringungsverordnung. Sie haben darauf hingewiesen, Frau Kollegin Holznagel. Die im Empfängerland, also in Mecklenburg-Vorpommern, ansässige Genehmigungsbehörde ist dafür zuständig, den Antrag des Exporteurs auf Notifizierung zu bescheiden. Gegen die Versagung der Genehmigung können die Gerichte bis hin zum Europäischen Gerichtshof angerufen werden. Selbstverständlich ist das in der EG-Abfall-Rahmenrichtlinie festgelegte Gebot der nationalen Autarkie und der Entsorgungsnähe nicht beachtet, wenn die italienischen Behörden feststellen, dass ein Müllnotstand vorliegt und dass der Abfall ausnahmsweise außerhalb des Landes entsorgt werden muss. Dann trifft diese Bedingung natürlich nicht zu, sonst wäre es ja gar nicht zu dieser Ausschreibung gekommen.

Dieser Umstand allein kann rechtlich daher nicht zu einer Versagung der Genehmigung führen, es müssen Sicherheitsbedenken hinzutreten, die allerdings die Genehmigungsbehörde nicht ergründen konnte, da der Ihlenberg eine Genehmigung zur Annahme solcher Abfälle und eine ausreichend freie Kapazität besitzt und der Transport so erfolgt, dass Gefährdungen der Gesundheit und der Umwelt nicht zu befürchten sind. Sollten entgegen aller Prognosen Sicherheitsbedenken auftreten, ist rechtlich sichergestellt, dass ich die Belieferung sofort stoppen kann. Den Verlauf der Belieferung und die Kontrollergebnisse werde ich mit aller Sorgfalt beobachten und im Falle von Unregelmäßigkeiten umgehend einschreiten, auch im politischen Interesse der Arbeit des Umweltministeriums und des Umweltministers.

Somit kann ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, versichern, dass der Transport und die Deponierung der Abfälle nicht nur rechtlich zulässig ist, sondern dass ich darüber hinaus sowohl im Notifizierungsverfahren als auch über die Vertragsgestaltung sichergestellt habe, dass ich im Falle von Unregelmäßigkeiten die Anlieferung kurzfristig beenden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit habe ich die Fragen beantwortet, die die CDU im Antrag gestellt hat. Wir werden die schriftlichen Berichte selbstverständlich gern vorlegen.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zur Arbeit der Bürgerinitiative Schönberg. Ich habe mit dieser Initiative mehrere Gespräche gehabt. Ich verstehe sehr wohl, dass Menschen, die in der Nähe einer Deponie wohnen, nichts anderes wollen, als diese Deponie los zu sein. Das ist im ganzen Lande in Mecklenburg-Vorpommern so und das gilt selbstverständlich auch und besonders für die Deponie Ihlenberg.

Ich habe diese Deponie geerbt. Wir haben sie in einen Zustand versetzt, der so ist, dass wir sagen können, das ist eine Deponie mit hoher Sicherheit, auch im Vergleich zu anderen mit einem hohen Kontrollaufwand, auch im Vergleich zu anderen in Deutschland. Insofern, denke ich, können wir diese Deponie auch in Zukunft weiter betreiben. Sie hat die Kapazitäten dazu. Und ich werde alles dafür tun, den Grad der Sicherheit und auch das Vertrauen der Bevölkerung zu erhöhen, dass wir alles für die Sicherheit tun. Dafür habe ich genügend Akzente gesetzt, dafür habe ich mich der öffentlichen Diskussion gestellt und ich wäre froh gewesen, wenn meine Vorgänger das auch getan hätten, die mich heute kritisieren. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Nun erhält das Wort Herr Dr. Klostermann für die Fraktion der SPD.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident – heute in Jungfernpräsidentschaft,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Caterina Muth, PDS: Oh! Oh!)

Herr Bluhm! Meine Damen und Herren! Da sehr viel an Fakten schon gesagt wurde, werde ich nichts tun, um diese Fakten zu wiederholen oder auch anders zu beleuchten, sondern ich will ein paar wenige andere Gesichtspunkte aufgreifen.

Um den Ihlenberg ist es längere Zeit still gewesen. Gelegentliches Aufflackern von Bedenken hinsichtlich der Sicherheit der Deponie und der Trinkwassergefährdung, andererseits kurze Informationen in der Landesregierung zur Struktur der Gesellschaften oder der Veränderung dieser Struktur – das waren eigentlich die einzigen Aktionen oder Reaktionen. Aber der Schein trügt. Dazu der Reihe nach:

Die ehemalige Skandaldeponie Schönberg – so hieß sie ja am Anfang – beschäftigte in der Vergangenheit zwei Untersuchungsausschüsse dieses Landtages. Es gab zahlreiche Zeugenvernehmungen, übrigens auch mit schweizerischen und italienischen Firmen. Bekanntlich spielte die Verbringung des hoch toxischen Dioxins aus dem Seveso-Unfall in Italien, das möglicherweise auf verschlungenen Pfaden auf die Deponie Schönberg gelangt sein könnte, eine große Rolle. Bis heute konnte der körperliche Verbleib der Seveso-Gifte in Europa oder auf der Deponie Schönberg nicht geklärt werden.

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Schönberg gab es dazu sogar eine eidesstattliche Erklärung des Unterabteilungsleiters Herrn Holliger – also eines relativ unbedeutenden Konzernmitarbeiters – in der 18. Sitzung am 14.01.1994, eine Erklärung darüber, dass die Rückstände der Reaktorexpllosion von 1976 in Seveso sämtlich

1985 in dem Baseler Unternehmen Ciba Geigy in einem Sondermüllöfen verbrannt worden seien. Einzelheiten der Seveso-Gift-Odyssee finden sich in zahlreichen Büchern, Aufsätzen und elektronischen Medien wieder.

Es ist schon toll, dass ein Giftmüllskandal seine Akten-schließung erfährt durch eine schlichte Erklärung an Eides statt. Und ich erinnere mich sehr gut: Die damalige führende CDU-Fraktion hat sich dieser Erklärung bedenkenlos und vollmundig angeschlossen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Insofern schließt sich der Kreis zu den italienischen Müllimporten.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete: Hat man nichts dazugelernt? Zwischen 1976 und 2001 liegen 25 Jahre – ein Vierteljahrhundert. Wie langsam die Mühlen mahlen, zeigt das so genannte Seveso-Richtlinien-Paket der EU von 1996, das 2000 in Deutschland und nun auch in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt ist entsprechend für bestimmte Landeszuständigkeiten; endlich umgesetzt, kann man sagen, siehe Tagesordnungspunkt 4 der heutigen Sitzung – Gesetzesverabschiedung.

Wir sollten in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, dass eine Deponie mit Sonderabfällen – und darum handelt es sich ja hier – immer einem Reaktor gleicht. Und ein solcher Reaktor ist nun einmal ein komplexes und ein kompliziertes System, in dem chemische, physikalisch-chemische, biochemische Reaktionen ablaufen und auch Kettenreaktionen. Wir wissen nicht im Einzelnen, was sich im Inneren eines solchen Reaktors abspielt. Die gläserne Deponie, die Herr Jelen uns einst versprach, die gibt es nicht, die kann es auch nicht geben in diesem Sinne, was aber nicht heißen soll, dass die Deponie Schönberg-Ihlenberg eine Blackbox sei. Das kann man wahrlich auch nicht sagen. Immerhin brachten Recherchen, Bohrungen und Messungen zahlreiche Aufhellungen. Und wir haben als Landtag dazu auch unseren Teil beigetragen, indem wir nämlich die Finanzierung für aufwendige Bohr- und Messprogramme sowie Recherchen mit sichergestellt haben.

Bei den erneut unter Punkt 4 angesprochenen Müllimporten italienischer Herkunft spielen betriebswirtschaftliche und beschäftigungspolitische Elemente eine große Rolle. Auch dieses hat die CDU aus der ersten Wahlperiode mit zu verantworten. Ich freue mich, dass bei den Kollegen der CDU-Fraktion ein konstruktiver Sinneswandel erkennbar ist.

Meine Damen und Herren! Der Abfallnotstand in Kambanien, vielleicht auch in Italien überhaupt, ist keine Überraschung. Der dortige Notstand ist seit Jahren bekannt und resultiert aus der Ignoranz gegenüber EU-Richtlinien und Fehlplanungen. Im Fall von Entwicklungsländern sprechen wir dann immer großspurig von Hilfe zur Selbsthilfe oder von Druckmitteln zur Durchsetzung vernünftiger Richtlinien und Vorschriften. Was ist im Fall Italien? Mir sträuben sich die Haare, denn was geschieht nun im Fall der Importe? Eines dürfte doch wohl uns allen klar sein: Unsere Müllimporte sanieren den dortzulande herrschenden Notstand nicht. Will man diese Importe verstetigen?

Für mich ergeben sich in der Konsequenz folgende Forderungen: Transparenz des gesamten Geschehens, und zwar von den Deklarationen in Italien – und Herr Minister Methling ist darauf eingegangen, das finde ich gut – über Menge und Qualität, über die Transportmittel, bis zur Ein-

lagerung, zur Beprobung der Anlieferungen und der Ablagerungen, aber vor allem nachweisliche Kontrollen und Kontrollen der Kontrollen.

Des Weiteren steht die Frage, wie mit den künftigen Wünschen von Anbietern zur Einlagerung umzugehen ist. Kompromisse sind hier wie der Müll selbst, mit einem Wort gesagt, faul.

Zu den Punkten 1 bis 3 des Antrages, meine Damen und Herren, kann ich mich kurz fassen. Dem Informationsbedarf auch hinsichtlich einer breiten und interessierten Öffentlichkeit ist entsprechend parlamentarischen Kontrollmechanismen durch die Landesregierung nachzukommen.

Die Fraktion der SPD stimmt dem vorliegenden Antrag auf Drucksache 3/2397 zu unter der Berücksichtigung, dass der letzte Satz in der Begründung Ihres Antrages nicht mehr sachgerecht ist. Darauf wurde auch schon verwiesen. Hier sind Sie mit Ihrem Zitat nicht auf dem Laufenden, aber das lässt sich ja vielleicht noch nachholen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Klostermann.

Das Wort erhält jetzt der Abgeordnete Brauer von der Fraktion der CDU.

Lutz Brauer, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Dr. Klostermann! Herr Minister! Sie können noch so viel 4711 hier ins Plenum hineinstreuen,

(Angelika Peters, SPD: Man sprüht es, man streut es nicht! – Heiterkeit und Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

die Tatsache ist und bleibt die: Mülltourismus stinkt gen Himmel, auch wenn er aus Italien kommt.

(Sigrid Keler, SPD: Ach was!)

Und deshalb sind wir ganz einfach skeptisch in all diesen Dingen und berechtigterweise nicht nur, weil die CDU in der Opposition ist, denn bereits im Dezember 1999 hat meine Fraktion einen Berichtsantrag zur Situation der Ihlenberger Abfallgesellschaft und der Gesellschaft für Abfall und Altlasten innerhalb des Abfallwirtschaftssystems im Land Mecklenburg-Vorpommern eingebracht. Schon damals haben wir auf die Unzulänglichkeiten des Abfallwirtschaftsplanes und die desolote Abfallpolitik des Landes verwiesen.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Wann?)

Leider wurde dieser Antrag damals abgelehnt. Wir sehen heute schon ein kleines Entgegenkommen. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank.

Die damaligen Aussagen von Ihnen, Herr Methling, ich zitiere: „Die Deponiemengen werden massiv zurückgehen, und wer bestehen will, sollte nicht nur seine Kräfte darauf konzentrieren, jede Tonne Müll für seine Deponie zu akquirieren, sondern sich schnell und nachhaltig darauf orientieren, wettbewerbsfähige Abfallbehandlungs- und Verwertungstechnologien zu entwickeln ... und entsprechende Vorverträge mit Entsorgungsträgern zu schließen, um sich so rechtzeitig am Markt zu etablieren.“

Nun haben wir heute von Ihnen gehört, wie Sie zurückliegend dem Problem begegnet sind. Die Terminkette macht uns nur nachdenklich. Und deshalb, meine ich, sind Ihre Zitate wohl auf dem Ihlenberg nicht gelandet. Warum müssen wir sonst heute Müll aus Italien herbeikarieren?

Während Prognosen von Fachleuten der Abfallwirtschaft darauf verweisen, dass ab 2005 für mindestens 1,5 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle Behandlungskapazitäten fehlen werden, gibt es in unserem Bundesland erst Planungen für die Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen. Ob diese Planungen dann letztendlich umgesetzt werden – Herr Minister, ich hoffe es sehr, auch in Ihrem Interesse –, das hängt allein von der Entwicklung des Abfallaufkommens und der Preisentwicklung auf dem Markt für Siedlungsabfälle unter anderem mit ab. Zurzeit – Sie haben es gesagt – ist mir nur die Anlage im Kreis Ludwigslust als einigermaßen gesichert bekannt.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Ja, das kann ja auch nicht anders sein. – Zuruf von Minister Till Backhaus)

Ab Juli 2005 werden die Preise für die Behandlung von Siedlungsabfällen aber schlagartig explodieren

(Caterina Muth, PDS: Aber nicht wegen des Umweltministers.)

und damit selbstverständlich auch die Gebühren für die Gebührendzahler, Frau Muth. Dass der von Ihnen propagierte freie Wettbewerb auf dem Abfallmarkt zu einem ruinösen Preiskampf zwischen den Deponien unseres Landes führen wird, haben wir Ihnen schon 1999 prophezeit.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sind Sie etwa gegen Wettbewerb? – Caterina Muth, PDS: Und? – Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Im Gegenteil, aber Dumpingpreise – und die Werften lassen grüßen – geben uns natürlich in dieser Frage auch wiederum Recht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wieso? Waren wir da auch in Südkorea bei der Deponie?)

Da werden Ausschreibungsfristen verlängert, weil die IAG nicht in der Lage ist, ein fristgerechtes Angebot abzugeben. Als Begründung müssen die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen herhalten. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren der Landesregierung, mit dieser Begründung können Sie jede Ausschreibung und Vergabe bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben, denn die rechtlichen Rahmenbedingungen der Abfallwirtschaft, wie Frau Holznagel bereits ausführte, sind auch heute keineswegs gesichert. Klar aber ist schon heute, dass im Ergebnis der Ausschreibung der Siedlungsabfälle von Bad Doberan und Güstrow die unterlegene Partei ein Vergabepflichtverfahren einleiten wird. Das ist uns jedenfalls so weit bekannt.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Sie waren wohl bei den Verhandlungen dabei?)

Man hat ja auch seine Informanten darunter sitzen.

(Minister Till Backhaus: Ach so! IM's, was?! Da habt Ihr wohl ein paar IM's sitzen, was?! – Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Ich weiß nicht, was die Abkürzung bedeutet.

(Heiterkeit bei Minister Till Backhaus)

Allein hierdurch werden notwendige Investitionen verzögert oder gänzlich in Frage gestellt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:

Nicht, dass der Präsident hier einschreiten muss. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Hierfür tragen Sie die Verantwortung, Herr Methling, Sie und Ihre Geschäftsführer, die auf dem Ihlenberg tätig sind.

Das oft beschworene Abfallzentrum Ihlenberg ist unter den gegenwärtigen Voraussetzungen bis heute nicht wettbewerbsfähig. Muss deshalb italienischer Hausmüll zu Dumpingpreisen importiert werden, fragen wir uns.

(Caterina Muth, PDS: Wieso ist die Deponie nicht wettbewerbsfähig? Wie kommen Sie denn darauf?)

Das Einzige, was bisher geschafft wurde, das Gutachten zur Ermittlung der Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung der Deponie Ihlenberg, ist meines Erachtens, unseres Erachtens nach zu schön. Beweis ist die Reduzierung der Rückstellung von 34 DM auf 33 DM je Tonne. Wenn aber der Ihlenberg, wie es bereits die berühmten Spatzen von den Dächern pfeifen, nicht den Zuschlag für die Mengen der Landkreise Güstrow und Bad Doberan erhält, zerplatzen Träume von der Errichtung einer Abfallbehandlungsanlage wie Seifenblasen und die Deponie steht möglicherweise vor einem finanziellen Kollaps.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hochspekulativ, was Sie hier erzählen.)

Lassen Sie die Zeit entscheiden.

(Caterina Muth, PDS: Wir sind nicht in der Märchenstunde hier!)

Die Zeit regelt so manches. Sie heilt nicht nur.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, aber man sollte nicht über ungelegte Eier gackern.)

Der Steuerzahler wird es schon richten, inklusive Hausmülltonnagen aus Italien.

Werte Abgeordnete, bis heute fehlen die Jahresabschlüsse, Frau Keler,

(Sigrid Keler, SPD: Genau.)

1999 und 2000, so dass man von grob fahrlässigem Verhalten des Geschäftsführers

(Unruhe bei Wolfgang Riemann, CDU – Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

und des Aufsichtsrates sprechen kann.

(Lorenz Caffier, CDU: Du hast wohl deine Post wieder nicht aufgemacht?!)

Hier muss hinterfragt werden: Gibt es etwas zu verbergen?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also keine Rufschädigung der Deponie bitte! Böswillig ist das ja!)

Die Investition in Höhe von 50 Millionen, wie Herr Minister das ja hier sagte, bedarf einer soliden wirtschaftlichen und rechtlichen Basis oder wir müssen eben, wie gesagt, diesen Absichtswillen hier anzweifeln.

Ein weiteres wirtschaftliches Risiko besteht meiner Ansicht nach darin, dass bis heute die Verwertung der hoch kalorischen Fraktion, die je nach Behandlungsanlage zwischen 40 und 70 Prozent des Inputs ausmachen kann,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Zuruf von Peter Ritter, PDS – Glocke des Vizepräsidenten)

nicht hinlänglich geklärt ist.

Ich verschaffe mir schon Ton, glaube ich.

(Peter Ritter, PDS: Ihre Kollegen sollen mal nicht so laut machen.)

Eine Verwendung in thermischen Abfallbehandlungsanlagen, Zementwerken, Bioheizwerken und ähnlichem kommt aus rechtlichen beziehungsweise technischen Belangen nicht in Frage. Im Fall der Errichtung einer mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage auf dem Ihlenberg

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD)

würde letztlich für dieses Risiko auch der Steuerzahler gerade stehen müssen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was rasseln die CDU-Leute denn nur mit den Waffen?!)

Werte Abgeordnete! Der Landesrechnungshof hat schon im Dezember 1999 auf gravierende Mängel des Abfallwirtschaftsplanes hingewiesen. Der Umweltminister hat seinerzeit Stellung bezogen und die damalige Kritik ignoriert. Heute hingegen muss konstatiert werden, dass die Kritik des Landesrechnungshofes nicht an Aktualität verloren hat.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Aha!)

So hat die verfehlte Abfallpolitik der Landesregierung dazu geführt, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gezwungen sind, ihre Siedlungsabfälle im Rahmen einer freien Ausschreibung zu vergeben, um so die im Abfallgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorgeschriebene Entsorgungssicherheit zu gewährleisten. Wie und wo die Abfälle schließlich behandelt werden, spielt hierbei eine sekundäre Rolle.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber das hat doch auch das Parlament beschlossen.)

Die von Ihnen im Abfallwirtschaftsplan des Landes fixierten Grundsätze der Abfallpolitik in Mecklenburg-Vorpommern bedürfen bereits nach zwei Jahren einer gründlichen Überprüfung, denn es stellt sich die Frage, ob man den Bürgern des Landes vermitteln kann, Abfälle zu vermeiden, um dann in Größenordnungen zu importieren.

Die von Ihnen unter Punkt 3 der Grundsätze geforderte Deregulierung der Abfallwirtschaftsplanung führt unserer Meinung nach letztendlich doch nur dazu, dass Sie sich aus der Verantwortung stehlen können und die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger im Regen stehen lassen. Die von Ihnen mit geringeren Transportkosten begründete Förderung dezentraler Strukturen wird mit dem Import italienischer Siedlungsabfälle ad absurdum geführt. Hierbei spielen offensichtlich Transportkosten keine Rolle. Die übernimmt ja möglicherweise der Auftraggeber.

Bereits am 23. Oktober diesen Jahres verkündete der Umweltminister,

(Caterina Muth, PDS: Sagen Sie mal, Herr Brauer, wovon reden Sie eigentlich? Wissen Sie das denn noch?)

dass dem Import der Siedlungsabfälle aus rechtlichen Gründen nichts im Wege stehe.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Genau so eine Rede könnten Sie vom Lebkuchenbacken halten. – Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Sie können mir ja mal das Rezept geben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Finden Sie auf dem Ihlenberg! – Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Nach Ansicht der CDU-Fraktion verstößt die Verbringung von Abfällen aus Italien gegen die Abfallrahmenrichtlinie, die hier schon genannt wurde, in der es zum Netz der Abfallanlagen und der Nutzung dieser Anlagen heißt, ich zitiere – und jetzt kommt das Rezept: „Dieses Netz muss es darüber hinaus gestatten, dass die Abfälle in einer der am nächsten gelegenen geeigneten Entsorgungsanlagen unter Einsatz von Methoden und Technologien beseitigt werden, die am geeignetsten sind, um ein hohes Niveau des Gesundheits- und Umweltschutzes zu gewährleisten.“ Und nun frage ich schlicht und einfach und mache deshalb auch hier Schluss: Warum eigentlich wirken wir nicht daraufhin ein, dass diese Anlagen vor Ort errichtet werden? Denn Transport hierher

(Caterina Muth, PDS: Na, was haben Sie denn die ganzen Jahre getan? Haben Sie heftig gewirkt, dass die Transporte nötig wären? Sie haben nichts getan und Ahnung haben Sie auch nicht.)

oder das Problem vor Ort lösen, hilft ja wohl letztendlich das Problem insgesamt lösen. Aber offensichtlich ist dieses Land an Finanzquellen nach wie vor interessiert, was sich natürlich auch mit der Deponierung italienischer Hausmülltonnagen auf dem Ihlenberg möglich machen lässt. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Brauer, wir haben einfach schlechtere Beziehungen zu Berlusconi als Sie. – Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS: Ja, genau! – Minister Dr. Wolfgang Methling: Wir werden mit dem Papst darüber reden.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Brauer.

Um das Wort gebeten hat der Ministerpräsident. Bitte, Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muss sich doch schon über die Dreistigkeit wundern, mit der hier CDU-Abgeordnete auftreten

(Caterina Muth, PDS: Ja.)

und Diskussionsbeiträge zur Deponie Ihlenberg liefern. Das erstaunt mich schon, Ihre Dreistigkeit. Diese Deponie steht wirtschaftlich so gut da wie nie zuvor. Es gibt ein vernünftiges Konzept und, meine Damen und Herren von der Union, ich muss daran erinnern, dass das nicht immer so war. Sie haben gegen jegliche Bedenken aus diesem Haus in der ersten Legislaturperiode durch die Verträge zur Deponie Ihlenberg beträchtlichen Schaden für das Land Mecklenburg-Vorpommern angerichtet,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD – Heidemarie Beyer, SPD: Genau. –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist wohl wahr. – Caterina Muth, PDS: Genau das ist der Punkt. Das muss man mal so sagen.)

haben Fachleute wie Herrn Klostermann in der Parlamentssitzung beleidigt, er wolle nur Sand ins Getriebe streuen und vernünftige Politik aufhalten.

In der zweiten Legislaturperiode haben wir dann in der großen Koalition versucht – auch mit einigem Erfolg –, diese Verträge nachzubessern, die unter Ihrer Regierung in der ersten Legislaturperiode abgeschlossen worden sind. Und dass Sie selbst auch anderen Sinnes geworden sind, was die Richtigkeit Ihres damaligen Handelns angeht, ist ja wohl dadurch zum Ausdruck gekommen, dass wir gemeinsam in der großen Koalition gegen den ehemaligen Staatssekretär Konrad, gegen die ehemalige Umweltministerin Uhlmann geklagt haben. Aber der immense wirtschaftliche Schaden, der uns seinerzeit entstanden ist, der ist nicht wieder rückgängig zu machen. Und jetzt stellen Sie sich hier hin und kritisieren einen Umweltminister, der erst einmal eine vernünftige Abfallkonzeption für dieses Bundesland Mecklenburg-Vorpommern entwickelt hat. Und, Herr Brauer, Sie sind doch die Partei, die immer von Wettbewerb spricht. Aber was Sie hier wollten und was Sie heute andeutungsweise auch wieder zum Ausdruck gebracht haben, das ist Ausschaltung des Wettbewerbs,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

das ist die Rückkehr zu sozialistischer Wirtschaftsweise.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Peter Ritter, PDS – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Nein, meine Damen und Herren, mit Ihren Diskussionsbeiträgen haben Sie sich ein Eigentor geschossen. Es wird eine vernünftige Abfallwirtschaft im Land betrieben, und der Wettbewerb beginnt schon, erste Wirkung zu zeigen. Wettbewerb ist gut, Wettbewerb senkt die Preise und das wird auch in Mecklenburg-Vorpommern so sein.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Und hätten wir nicht die Fehlentscheidungen aus der ersten Legislaturperiode gehabt, meine Damen und Herren,

(Heidemarie Beyer, SPD: Dann wäre das heute viel besser.)

dann stünde die Deponie Ihlenberg heute noch viel besser da, als sie schon dasteht,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

dann wären Rückstellungen in mehrfacher Millionenhöhe zusätzlich zu den bereits erwirtschafteten da. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Lutz Brauer, CDU: Ein Glück, dass Sie nicht bei Schönberg wohnen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Das Wort erhält jetzt Frau Muth von der Fraktion der PDS.

Caterina Muth, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU beantragt einen Bericht.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist ihr gutes Recht.)

Zu diesem Antrag und damit zum Bericht, der geliefert werden soll im Januar 2002, werden wir unsere Zustimmung geben. In dem Sinne hatte der Minister Recht, als er hörte, dass wir mit dem Antrag im Grunde kein Problem haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Lutz Brauer, CDU: Sehr intelligent.)

Aber, Herr Brauer!

Es ist immer gut, darüber zu berichten, wie die Deponie Ihlenberg sich entwickelt. Es ist immer gut, darüber zu berichten, wie die Abfallwirtschaft in diesem Land sich entwickelt. Aber bei aller Liebe, meine Damen und Herren von der CDU, Sie können natürlich immer wieder den Teufel an die Wand malen, aber Sie werden wieder feststellen – auch wenn der Bericht vorliegt und der Bericht des Ministers heute hat es auch wieder gezeigt –, es werden sich Ihre Dinge, die Sie hier sagen, nicht bestätigen. Sie lügen, Sie vermischen, Sie verwechseln groß und klein und versuchen hier, eine Situation in der Abfallwirtschaft darzustellen, die es einfach nicht gibt. Und deshalb ist es vielleicht ganz gut, dass es dann einen Bericht gibt, der Ihnen klipp und klar wieder einmal, wie in den letzten drei Jahren, zeigt, dass das, was Sie hier alles sowohl der kommunalen Abfallwirtschaft als auch dem Umweltminister unterstellen, was alles nicht klappen soll, schlichtweg nicht wahr ist. Was Sie eigentlich ärgert – und das ist ja das Problem in der Abfallwirtschaft –, ist,

(Lutz Brauer, CDU: So nach dem Motto:
Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.)

dass der Weg, den Sie von 1990 an beschritten haben, nämlich vor allen Dingen die Privatwirtschaft bei der Gewinnausschüttung zu bedienen, nicht geklappt hat, dass es nicht geklappt hat, dass in diesem Land vier Verbrennungsanlagen oder zwei oder drei gekommen sind, und dass vor allem in diesem Land nicht geklappt hat, dass vor allem die großen Privaten alleine entsorgen.

(Friedbert Grams, CDU: Aber heute stimmen Sie dem zu. Heute haben Sie eine andere Meinung.)

Das ärgert Sie doch, dass der neue Weg im Grunde klappt – leise, still und heimlich und ohne große Skandale im Gegenteil wie zu Ihrer Zeit. Und deshalb sage ich: Das, was Sie heute hier am Rednerpult losgelassen haben, ist wirklich absurd, hilft niemandem in diesem Land und schon gar nicht den Bürgerinnen und Bürgern, in deren Namen Sie gesprochen haben, die alle so erschüttert sind wegen der Gebühren,

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

und löst auch zukünftige Probleme nicht.

Und an Sie, Frau Holznagel, möchte ich folgende Worte richten: Sie erregten sich oder sprachen an, dass der Minister Verträge mit privaten Entsorgern geschlossen hat in Bezug auf die Deponie Ihlenberg.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Das ist ja wirklich!)

Tja, Frau Abgeordnete, Vertrag ist eben nicht gleich Vertrag und die Rahmenbedingungen sind entscheidend.

Und gerade Sie, die Sie im Untersuchungsausschuss gesessen haben, sollten bei diesen Formulierungen und dem Vorwurf gegenüber dem Minister ganz, ganz vorsichtig sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja, ja!)

Und ein Weiteres möchte ich Ihnen noch sagen: Sie sagen, der Minister soll die Geschäfte in die Hand nehmen. Er nimmt sie in die Hand. Und dieser Minister – und das sage ich Ihnen hier ganz klar noch einmal – ist der erste Umweltminister, der transparent die Entwicklung der Deponie Ihlenberg immer wieder deutlich gemacht hat, auf der Deponie gegenüber den Arbeitnehmern, gegenüber den Umweltausschussmitgliedern und hier in diesem Landtag.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Renate Holznagel, CDU)

Dieser Weg ist gut, das macht er völlig korrekt und völlig richtig und dafür bin ich ihm dankbar. Ich will an dieser Stelle auch mal deutlich sagen, dass hier endlich mal ein Minister ist, der sagt, wo es langgeht,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

und wir den Weg auch verfolgen können, im Gegensatz zu Ihrer Geheimniskrämerei in den letzten acht Jahren, als Sie noch an der Regierung waren.

(Reinhard Dankert, SPD: Richtig. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jawohl.)

Und im Übrigen, das sei hier noch mal gesagt: Ich will jetzt nicht sagen, dass es schade ist, dass Sie nicht regieren, aber es hätte mich schon interessiert, was Sie wohl angesichts der zurückgehenden Abfallmengen,

(Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD:
Frau Muth, ich warne Sie!)

der internationalen europäischen Entwicklung auf dem Abfallmarkt so gemacht hätten mit der Deponie.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie hätten
sich angekettet ans Tor der Deponie.)

Da wäre ich ganz gespannt gewesen. Aber vielleicht ist es ganz gut, dass Sie da nicht mehr das Sagen haben.

(Monty Schädel, PDS: Das können Sie
doch auch machen. – Heiterkeit und Unruhe
bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU
und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wir werden ihn nicht abschneiden.)

Und ein Letztes noch zum italienischen Müll: Natürlich sehe auch ich es so, dass Import ein Problem ist. Keine Frage, Sie kennen meine Position dazu. Aber ich sage Ihnen, die Probleme in Italien sind noch nicht gelöst. Es gibt dort keine gesicherten Deponien, auf denen entsorgt werden kann, jedenfalls nicht dieser Abfall. Und natürlich muss das Problem in Italien gelöst werden. Das sehe ich ganz genau so, Dr. Klostermann.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Aber der Abfall ist da, es gibt dieses Begehren. Und es verstößt nicht gegen das geltende Recht, denn dann würde der Minister es nicht tun.

(Wolfgang Riemann, CDU: So wie Herr Holter.)

Und ich sage es hier an dieser Stelle mit schwerem Herzen: Wir nehmen diese Chance wahr, der Müll kommt, es kommen jetzt die 30.000 Tonnen. Und dieser Minister wird, wie bei der Entwicklung der Deponie – da gebe ich Ihnen Brief und Siegel –, auch diesen Prozess transparent behandeln, kontrollieren und dafür sorgen, dass auf dieser Strecke nichts passiert.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, wenn dann der Bericht vorliegt, können wir im Ausschuss ja noch mal über die vorliegenden Fakten beraten und schauen, ob der von Ihnen an die Wand gemalte Teufel wirklich da ist. Ich denke, da werden sich manche Ihrer Vorwürfe,

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

die wirklich oft haltlos waren, relativieren und Sie werden dann wieder ganz ruhig auf den Teppich kommen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Muth.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2397. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2397 einstimmig beschlossen.

Die Fraktion der PDS hat um eine Auszeit wegen Beratungsbedarf gebeten. Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 15.02 Uhr

Wiederbeginn: 15.07 Uhr

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird jetzt fortgesetzt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Entwicklung der Umweltmedizin, Drucksache 3/2394.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Entwicklung der Umweltmedizin
– Drucksache 3/2394 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Koplín von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplín, PDS: Herr Präsident, danke für das Wort. Sehr geehrte Damen und Herren! Mit jeder neu angewandten Entdeckung aus der Wissenschaft und jeder weiteren eingesetzten technischen Neuheit verändern die Menschen die natürlichen Gegebenheiten, erheben sich über sie und werden zugleich als Teil der Natur verletzlicher. Wir Menschen befinden uns seit jeher in Wechselbeziehungen mit unseren natürlichen, technischen und sozialen Umwelten. Die Veränderungen an der Natur, ob durch Technik oder soziales Verhalten hervorgerufen, wirken auf die Lebewesen, insbesondere den Menschen, zurück. Die Menschen verhalten sich in Bezug auf die Wahrnehmung dieser Rückwirkung der Natur, also dieses Aus-dem-Gleichgewicht-Geraten, einem Frosch ähnlich, der sofort aus einem Topf heißen Wassers herauspringt, aber darin sitzen bleibt, wird das Wasser nur allmählich erhitzt.

Von Verantwortung getragene Politik zeichnet sich deshalb durch Folgeabschätzungen der getroffenen Entscheidungen aus. Sie registriert unter anderem feinfühlig Veränderungen und Entwicklungen in den Bereichen der Umwelt und des Gesundheitszustandes der Menschen und berücksichtigt diese. Folglich haben die Fraktionen der PDS und SPD Ihnen den Antrag „Entwicklung der Umweltmedizin“ vorgelegt.

Das Thema Umweltmedizin wird in dieser Legislaturperiode nicht zum ersten Mal behandelt. Vor einigen Monaten beschäftigten wir uns mit gesundheitlichen Risiken, die von Sendeantennen ausgehen. Nunmehr handelt es sich nicht um eine ausgewählte Problemstellung, sondern um eine umfänglichere Betrachtung. Umweltmedizin ist nicht eine allgemeine Verknüpfung der Begriffe „Umwelt“ und „Medizin“, Umweltmedizin befasst sich mit der Erkennung umweltbedingter Gesundheitsstörungen, ihrer Behandlung, der Erforschung ihrer Ursachen und der Entwicklung wirksamer Präventionsstrategien. Damit kann Umweltmedizin nur als interdisziplinäres Aufgabengebiet betrachtet und sachgerecht bearbeitet werden.

Aus unserer Sicht ist der Antrag durch zwei grundsätzliche Positionen begründet:

Erstens. Gesundheit dient menschlicher Persönlichkeitsentwicklung und selbstbestimmter Lebensgestaltung. Gesundheitssicherung sowie Schutz und Erhalt der natürlichen Umwelt sind Menschenrechte, die zu den elementaren Voraussetzungen von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit gehören.

Und zweitens. Gesundheit erfordert mehr als medizinische Versorgung. Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche und soziale Not, Armut, Obdachlosigkeit und soziale Entwurzelung sowie Umweltzerstörung und Krieg begünstigen Krankheit und vorzeitigen Tod. Die Weltgesundheitsorganisation definiert deshalb bekanntlich Gesundheit nicht schlechthin als Abwesenheit von Krankheit, sondern als physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden.

Sehr geehrte Damen und Herren, immer öfter belegen medizinische Befunde Zusammenhänge zwischen den Schadstoffen verschiedenster Art und menschlichen Krankheitsbildern. Leichte Befindlichkeitsstörungen, akute Probleme der Atemorgane, der Bindehäute sowie allergische Reaktionen und chronische Erkrankungen des Nervensystems weisen oft auf Umweltfaktoren hin. Viele der in der Umweltmedizin diskutierten Problembereiche wie Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, begünstigende Faktoren für die Zunahme von Allergien oder anderes sind nicht in Form plötzlich auftretender und unabwendbarer Katastrophen entstanden, sondern das Resultat einer sich seit vielen Jahren abzeichnenden Entwicklung. Dazu gehört die zunehmende Globalisierung im Großen ebenso wie das übermäßige Konsumverhalten des Einzelnen im Kleinen.

Deshalb ist es aus unserer Sicht notwendig und sinnvoll zugleich, dass wir uns mit der Frage der Umweltmedizin beschäftigen, schauen, welche Entwicklung sie in unserem Land bislang genommen hat und welche Herausforderungen im Weiteren zu bestehen sind, nicht zuletzt, weil manche bereits die einfachen Argumentationswege beschreiten und sich auf die populäre Frage der direkten Zusammenhänge von Umweltschadstoffen und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit reduzieren. Dabei können globale Schäden in der Natur wie die Vernichtung der Artenvielfalt in der Tier- und Pflanzenwelt

und eine sich abzeichnende Erwärmung der Erdatmosphäre mittelfristig schwerwiegende Folgen für die Menschheit haben, ohne frühzeitig als Gesundheitsproblem erkannt zu werden.

Der Mensch ist leider oder vielleicht auch zum Glück nicht der sensibelste Indikator für das Ausmaß der Umweltzerstörung. Dort, wo Gesundheitsprobleme erkennbar sind, tritt die Schwierigkeit auf, mit der Fülle der Untersuchungsergebnisse aus der Hochleistungsdiagnostik der Umwelttoxikologie in der Beratung und Behandlung von Patienten umzugehen. Jenseits der akuten Vergiftungssymptome, die in diesem Zusammenhang fast nie zur Debatte stehen, lassen sich nur selten sichere Aussagen treffen, ob die gemessenen Konzentrationen von Schädlingsbekämpfungsmitteln im Körper oder die Schadstoffbelastung in der Innenraumluft der Wohnung oder des Büros in einem ursprünglichen Zusammenhang zu den beklagten Beschwerden stehen. Oft wird aus der Interpretation der Daten dann ein Glaubenskrieg, so, wie wir es in der Anhörung zu den Risiken des Elektrosmoggs der Sendantennen gerade im Ausschuss für Soziales erlebt haben. Und was noch bedeutender ist: Die Aufmerksamkeit wird häufig von der eigentlich wichtigen Frage abgelenkt, wie nämlich der einzig wirklich präventiv wirksamen Maßnahme in der Gesellschaft zu größerer Durchsetzungskraft verholfen werden kann, nämlich der Begrenzung von gesundheitsschädigenden Substanzen oder Ereignissen, deren Schädlichkeit für Pflanzen, Mikroorganismen, Tiere und Menschen grundsätzlich geklärt ist.

Zu Letzterem gehören die Schattenseiten des chemisch-pharmazeutischen Fortschritts, wie das jüngst vom Markt genommene Arzneimittel Lipobay, das tödliche Nebenwirkungen offenbarte, ebenso wie diverse Pflanzenschutzmittel. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Aktivitäten der Bürgerinitiative „Ökologische Gemeinde Pulow“, die sich nach dem unsachgemäßen Ausbringen des Pflanzenschutzmittels Brasan an den Landwirtschaftsminister gewandt hatte.

Eine der nachhaltigsten Beeinträchtigungen der Gesundheit geht zum Beispiel vom Lärm aus. Lärm beeinträchtigt bei einer entsprechenden Dauer und Belastung nicht nur das Hörvermögen, sondern bewirkt durch die damit verbundene Freisetzung verschiedenster Stresshormone die frühzeitige Alterung der Herzmuskulatur. Diese führt zur Verkürzung der Lebensdauer. Zumindest gilt als erwiesen, dass Menschen, die unter nennenswerter Lärmbelastung leben, ein 20-prozentig höheres Herzinfarktrisiko besitzen. So gesehen ist die Fertigstellung geplanter Ortsumgehungen in unserem Land keine rein verkehrspolitische, sondern eine zutiefst gesundheitspolitische Notwendigkeit.

Die aktuellen Gesundheitsdaten der Bundesregierung verweisen auf eine Zunahme von Allergien und Erkrankungen der Atemwege, insbesondere unter jungen Menschen in den neuen Bundesländern. Gerade das Krankheitsbild des Asthma bronchiale ist stark auf Umwelteinflüsse zurückzuführen. Erwiesen ist, dass nicht nur genetische Faktoren, sondern auch der individuelle Lebensstil, zum Beispiel das Passivrauchen, die Häufigkeit und Intensität des Asthmas beeinflussen. Luftschadstoffe verstärken diese Entwicklung nachhaltig.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass der Sachverständigenrat zur Gesundheitspolitik der Bundesregierung einen Mangel an Schulungsmaßnahmen für an Asth-

ma erkrankte Erwachsene und Kinder festgestellt hat und das Fehlen von „Asthma-Sportgruppen“ beklagt. Auch hier ist, so meine ich, ein Betätigungsfeld für Umweltmedizin im Verein mit anderen Bereichen der Gesellschaft wie zum Beispiel der Schul- und Sportpolitik.

Am Beispiel von Lärm oder auch asthmatischen Erkrankungen wird deutlich, dass jede beziehungsweise jeder Umweltbeeinträchtigungen ausgesetzt ist. Manchen kann man sich entziehen, anderen nicht oder kaum. Alles, was wir unter ungesundem Lebenswandel verstehen, also Rauchen, Alkohol oder unphysiologischer Wach-Schlaf-Rhythmus und Umweltfaktoren, unterliegt in hohem Maße unserer Entscheidung. Andererseits gibt es auch viele Umwelteinwirkungen, denen sich der Einzelne weitestgehend nicht entziehen kann, wie zum Beispiel für den Verbraucher nicht erkennbare allergieauslösende Lebensmittel oder Lebensmittelbestandteile, Verkehrslärmeinwirkungen oder Außenluftschadstoffe.

Dies in jedem einzelnen Fall zu analysieren und die wahren Ursachen der Beschwerden zu finden ist umweltmedizinisches Arbeitsgebiet. Der Arzt ist hierbei Seismograph am Ort des Geschehens. Ihm obliegt es, in einem ersten Schritt die Hintergründe für Beschwerden herauszufinden. In der umweltmedizinischen Patientenbetreuung geht es ihm um die Förderung eines umwelt- und gesundheitsbewussten Handelns des Patienten. Ich behaupte jedoch, dass wir weit davon entfernt sind, dass die kompetente umweltmedizinische Risikokommunikation im Alltag stattfindet, geschweige denn, angemessen honoriert wird. Die Tatsache, dass in den marktwirtschaftlichen Mechanismen die Gesundheit mehr und mehr zur Ware wird und Ärzte zunehmend einem ökonomischen Wettbewerb ausgesetzt sind, macht den Arzt immer mehr zum Kaufmann. Sie bewirkt, dass kurative Aspekte in den Vordergrund drängen und folglich die Prävention – und hierbei auch die Verhältnisprävention – vernachlässigt wird.

Wir begrüßen es, wenn der Sachverständigenrat der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen, der im Auftrag der Bundesregierung tätig ist, die Abkehr von der somatischen Fixierung des Gesundheitssystems und die stärkere Berücksichtigung der sozialen, psychischen, lebensweltlichen und biographischen Bezüge fordert. Wir halten es für ausgesprochen richtig, wenn der Sachverständigenrat die Durchführung regionalspezifischer Gesundheitskampagnen fordert und hierzu Aktionen an Schulen und Berufsschulen zu den Themen gesunde Ernährung und Gesundheitsförderung durch Sport anregt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die vorzulegende Übersicht über die Entwicklung der Umweltmedizin wird uns erstmals komplex aufzeigen, welchen Weg die Umweltmedizin in Mecklenburg-Vorpommern bislang genommen hat, worauf sie zurückgreifen kann und was noch geschehen muss, um hier den Herausforderungen in der Zukunft entsprechen zu können. Klar dürfte aber auch sein, dass nicht von der Medizin allein eine Lösung der Probleme erwartet werden darf, sondern dass diese durch einen Wandel des jeweiligen eigenen Handelns und der Lebens- und Gesellschaftsentwürfe herbeigeführt werden muss. Die Politik ist dabei aufgefordert, die WHO-Gesundheitsdefinition viel direkter zum Maßstab und Ausgangspunkt zu nehmen. – Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Koplín.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zuerst erhält das Wort der Abgeordnete Albrecht für die Fraktion der CDU.

Nils Albrecht, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Umweltmedizin ist ein relativ neues Gebiet in der Medizin. Umweltmedizin untersucht den Einfluss der Umweltfaktoren auf die Gesundheit des Menschen. Nicht nur medizinisches Wissen ist wichtig, sondern auch Grundkenntnisse und Zusammenhänge in der Umwelt sind bedeutsam.

Es ist aber auch kaum ein Bereich in der Medizin so umstritten wie die Umweltmedizin. Der Kollege Koplín hat auch diese Zusammenhänge in seiner Rede angesprochen. Einflüsse durch Wasser, Boden, Luft, Klima, UV-Strahlung, Lärm – all das haben Sie vorgetragen. Ich will mich nicht noch einmal darauf einlassen und das wiederholen. All dies hat natürlich Einfluss auf das Wohlbefinden des Menschen, das steht außer Zweifel. Und insofern und weil diese Einflüsse zunehmen, wird auch die Umweltmedizin an sich an Bedeutung gewinnen. Die Frage, die sich allerdings im Zusammenhang mit Ihrem Antrag stellt, ist, an welcher Stelle auf der Prioritätenliste steht Umweltmedizin in diesem Land.

Ich sage Ihnen, dass die Umwelteinflüsse, die wir spüren, zunächst einmal nicht so gravierend sind wie vielleicht in anderen Ländern oder anderen Gebieten. Mecklenburg-Vorpommern ist ja ein sehr ökologisch ausgerichtetes Land, ein sehr auf Umweltbewusstsein ausgerichtetes Land. Insofern ist die Wahrnehmung nicht da. Natürlich haben Sie Recht, wenn Sie sagen, dass diese schleichenden Entwicklungen auch Einfluss nehmen, ohne dass wir es merken, und sie gehören sicherlich auch untersucht und dazu ist die Umweltmedizin auch da.

Die Frage der Priorität stellt sich für mich und für uns also anders dar. Beispielsweise würden wir den medizinischen Bereich der geriatrischen Vorsorgeausbildung in den Vordergrund stellen angesichts der demographischen Entwicklung in diesem Land.

(Unruhe bei Irene Müller, PDS)

Die medizinischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch die vielen alten und älteren Menschen in diesem Lande eine sehr gute medizinische Betreuung erfahren, halten wir für eine wesentlich höhere Priorität als die Umweltmedizin.

Aber das ist auch gar nicht die Frage, das zu beurteilen. Meine Frage ist: Was wollen Sie als Regierungskoalition mit diesem Antrag erreichen? Eine Auflistung der bisher erreichten Ergebnisse in diesem Bereich, das hätten Sie auch durch eine Kleine Anfrage erfragen können.

(Irene Müller, PDS:

45 Fragen sind nicht gestattet.)

Ich will Bezug nehmen auf Ihre Begründung, auf Ihre schriftlich gegebene Begründung. Sie wollen die Landesregierung beauftragen, eine Übersicht bisheriger Entwicklungen der Umweltmedizin zu erstellen, um – und hier zitiere ich wörtlich – „durch Koordinierung und Vernetzung

auf diesem Gebiet weiter an Profil zu gewinnen“. Wollen Sie am Ende vielleicht wieder eine weitere Landesgesellschaft gründen zur Förderung der Umweltmedizin, weil Sie den Unternehmen,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Sie haben ja richtig gute Ideen.)

die da bereits tätig sind, unterstellen, dass sie wiederum nicht in der Lage sind, ihr Geschäft zu beherrschen, so, wie Sie das beim BioCon Valley ja behaupten?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Darüber werden wir nachdenken.)

Sie haben gesagt, sie sind bedroht, wenn wir diesem Antrag nicht zustimmen. Also, Herr Koplín, bei aller Wertschätzung, ich kenne eine ganze Reihe von Unternehmen in diesem Bereich, die sagen, macht euer BioCon Valley, aber bitte ohne uns, wir brauchen nicht noch wieder ein zusätzliches Instrument des staatlichen Zugriffs.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Und das ist meine Frage: Wollen Sie das hiermit auch erreichen, wieder ein Staatsunternehmen?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Derjenige,
der bislang davon spricht, sind Sie.)

Ich meine, diese Landesregierung hat ja hervorragende Erfolge bei Staatsunternehmen, die die Wirtschaft fördern sollen, vorzuweisen. Ich frage mich: Innovationsagenturen oder Gesellschaft für Wirtschaftsförderung – welche Ergebnisse können sie denn vorweisen, die nachhaltig auf den Arbeitsmarkt wirken und ein besonderes Interesse bundesweit oder international auslösen? Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, dass wir da unsere Zweifel haben. Wir glauben eher, dass solche Entwicklungen auch im Selbstlauf – ich sage mal – ihren Lauf nehmen werden, nämlich entsprechend der Nachfrage.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Margret Seemann, SPD:
Um Gottes willen!)

Und ich bin überzeugt, dass Umweltmedizin sehr wohl nachgefragt werden wird und die Menschen auch bereit sind, für diesen Bereich Geld in die Hand zu nehmen. Also da unterscheiden wir uns schon erheblich in der Auffassung, ob der Staat da wieder eingreifen muss oder nicht. Ich kann nicht erkennen, warum dies in Form eines Antrages an die Landesregierung passieren soll. Ich kann nur sehen, dass dieses berechtigte Interesse auch durch eine Kleine Anfrage befriedigt werden kann.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Insofern können wir einen Antrag zu diesem Thema nur ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall Harry Glawe, CDU, und
Thomas Nitz, CDU – Irene Müller, PDS:
Das kann ihm doch egal sein.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Albrecht.

Ums Wort gebeten hat die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Bunge. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern ist nicht nur Urlaubsland, sondern es entwickelt sich zum Gesundheitsland. Es ist klar, mit seinen natürlichen

Gegebenheiten wie Wasser, Luft, natürlichen Reizen, klimatischen Reizen ist das Land prädestiniert, sich der Umweltmedizin – und hier meine ich vor allem der Behandlung von umweltgeschädigten Menschen – umfassend zuzuwenden.

Umweltmedizin hat in Mecklenburg-Vorpommern eine lange Tradition. Bereits 1888 wurden beispielsweise an der Greifswalder Universität Lehrveranstaltungen über die Untersuchung von Boden und Luft eingeführt.

Es ist eine Binsenweisheit, dass Umwelt und Gesundheit in engem Zusammenhang stehen. Aber es gibt in dieser Beziehung keine einfachen kausalen Ketten, sondern es gibt häufig multikausale Wirkungen. Das macht es auch schwierig. Angesichts dessen, Herr Albrecht, stimme ich Ihnen voll zu, dass es sich hier um eine sehr junge Disziplin der Medizin handelt.

Die Umweltmedizin, die Infrastruktur dafür im Lande zu entwickeln, wenn wir das Land als prädestiniert dafür ansehen, bedarf meines Erachtens, Kompetenz vieler zu bündeln. Es sind viele im umweltmedizinischen Sektor engagiert, und es ist nicht nur ein neues, sondern vor allen Dingen ein interdisziplinäres Fachgebiet – eine Konstellation, die geradezu ruft nach Kooperation.

Deshalb hat sich die Landesregierung, speziell das Sozialministerium und das Umweltministerium, zur Entwicklung eines umweltmedizinischen Kompetenzzentrums als Kern eines Netzwerks für Umweltmedizin politisch bekannt. Und Umweltmedizin als einen wichtigen Faktor zu sehen heißt nicht, sich von anderen Bereichen – wie dem von Ihnen, Herr Albrecht, angesprochenen, der Geriatrie – abzuwenden. Auch hier muss ein Schwerpunkt angesichts der demographischen Entwicklung liegen.

Wachsen kann dieses Netzwerk nur von unten. Vorliegender Antrag, eine Übersicht zur Entwicklung der Umweltmedizin in Mecklenburg-Vorpommern zu erstellen, kann denen, die sich für ein Kompetenzzentrum engagieren, meines Erachtens auch hilfreiche Unterstützung sein.

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich kann Sie darüber informieren, dass sich über 30 interessierte Vertreter des umweltmedizinischen Bereichs im engeren wie im weiteren Sinne Ende Oktober in Dierhagen zu einem Werkstattgespräch eben in dieser Sache zusammengefunden haben. Die Landesregierung kommt in eine komfortable Situation, wenn sie sich einen kompetenten Ratgeber an ihre Seite stellt beziehungsweise er sich von allein an ihre Seite stellt und sie sich damit beim enormen Zuwachs der wissenschaftlichen Erkenntnisse mit ihm beraten kann, Handlungsstrategien ableiten kann.

Wenn sich im Land ein Netzwerk entwickelt, ein Netzwerk aus Wissenschaft, öffentlichem Gesundheitsdienst, Präventionstherapie und Reha-Einrichtungen, wird es darauf ankommen, zu diskutieren und auch zu klären, wer, wo, was tun sollte und vielleicht auch lassen sollte. Es existieren Euphorie, aber auch Bedenken, es gibt viele Fragen, vielleicht mehr Fragen als Antworten. Die Landesregierung ist bereit, sich an der Antwortfindung zu beteiligen, und ich sehe die Umsetzung dieses Ersuchens als einen Baustein dafür. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort erhält jetzt Herr Dr. Reißmann für die Fraktion der SPD.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute reden wir über Umweltmedizin. Vor 15, 16, 18 Jahren war das ein schwarzes Loch, vergleichbar mit der Situation der Arbeitsmedizin vor 30, 35 Jahren. Das Gebiet der Arbeitsmedizin hat sich in Deutschland erfreulicherweise zu einem sehr verlässlichen Partner für die Gesunderhaltung am Arbeitsplatz entwickelt.

Umweltmedizin stellt sich die Aufgabe: Erforschen, Erkennen, Behandeln, Vorbeugen von umweltbedingten gesundheitlichen Störungen oder auf den Menschen einwirkenden Belastungen. Daraus ergibt sich eigentlich schon, dass man es hier weniger mit ganz typischen Krankheiten zu tun hat, sondern mit einem Gemisch, mit einem Komplex an Einflussfaktoren und Reaktionen des menschlichen Organismus. In den letzten Jahren haben die Zunahme umweltbedingter Erkrankungen und immer wieder einmal Berichte in den Medien dazu geführt, dass dieses Thema doch ein breites Interesse gefunden hat. Und immerhin muss man wohl davon ausgehen, dass zwischen 25 und 30 Prozent der Bevölkerung in Deutschland in irgendeiner Weise mit umweltbedingten Belastungen zu tun haben.

Es gibt nun eine ganze Reihe von Hypothesen, wie was auf welche Weise zusammenwirkt und mit welchen Effekten, ob es jeden betrifft oder vielleicht nur genetisch Vorbelastete, oder nur Kinder, oder nur Frauen, oder nur Männer oder ältere Bürger. Ein wissenschaftlicher Konsens zu einer Vielzahl von Hypothesen ist bisher nicht erreicht worden. Die Diagnose zu objektivieren ist eine sehr schwierige Angelegenheit. Dann stehen sich plötzlich Schulmedizin – also das, was der Arzt in seinem Studium und in seiner Praxis gelernt hat – und Alternativmedizin – die sich anhört, was der Betroffene berichtet, vielleicht mit dem Anhören, Wahrnehmen und Ernstnehmen der Probleme schon einen ersten heilenden Effekt oder günstigen Effekt auf den Betroffenen ausübt – scheinbar unversöhnlich gegenüber.

Die Rolle der Mediziner vielleicht dabei einmal kurz erwähnt: Es ist sicher sehr unterschiedlich, der Kenntnisstand über diese Problematik bei den niedergelassenen Ärzten, unterschiedlich auch das Interesse in einzelnen Kliniken, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Auf der anderen Seite steht aber das Kausalitätsbedürfnis des Betroffenen. Also der kommt zum Arzt, weil er festgestellt hat, dass irgendetwas in seiner Umgebung neu ist und vielleicht Ursache einer Erkrankung sein könnte oder von Beschwerden, die er jetzt vorträgt. Der Arzt bemüht sich dann, ihn ernst zu nehmen, als Erstes nach Schädigungsfaktoren, nach anderen Ursachen für das Unwohlsein oder für die Belastung zu suchen. Er findet nichts Fassbares. Dann kommt eine Situation, die für den Patienten, für den Betroffenen, sehr problematisch werden kann: Ich finde nichts, es tut mir Leid. Vielleicht gehen Sie noch zu diesem oder jenem Kollegen. Eigentlich sind Sie organisch gesund. Und wenn der Patient die Tür von außen zumacht, hinter vorgehaltener Hand: Der spinnt. Das ist eine sehr problematische Situation, weil das Nicht-ernstgenommen-Werden und Nicht-in-Kalkül-Ziehen von Faktoren, die nicht zur typischen Schulmedizin gehören, sondern in der Umgebung, in der Arbeitswelt, im Freizeitbe-

reich, im Verhalten insgesamt des Betroffenen liegen können, einfach außen vorgelassen wird.

Das Problem Arbeitsmedizin hat auch in der DDR eine Reihe von Ergebnissen und Einflussmöglichkeiten, die ich nur kurz erwähnen möchte, gehabt. Schon 1981 gab es Untersuchungen zur Zunahme der durch Asbest verursachten Erkrankungen, einen Asbestkatalog. Es gab arbeitsmedizinisch wichtige Ergebnisse, welche chemischen Verbindungen, welche Typen körperliche und neuropsychische Belastungen hervorrufen können, arbeitshygienische Komplexanalysen. Es gab gesundheitliche Gefährdungsanalysen aus der Arbeitswelt 1980, 1976, 1981, 1978, die sich mit Schadstoffen – auch in der Atmosphäre in Richtung Krebserzeugung – beschäftigt haben. Es gibt eine sehr umfangreiche Studie, die die Ergebnisse von Untersuchungen in der ehemaligen DDR zwischen 1949 und 1989 beinhaltet, die von Klemm 1996 veröffentlicht worden ist. Das ist eine sehr interessante Zusammenstellung, die ich nur empfehlen kann, auch bei der Suche nach möglichen Ansätzen bei uns.

Zwei Dinge lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch erwähnen. Auch zwei der Kinderkliniken in unserem Land, die Greifswalder und die Stralsunder, haben speziell Kinderbelastungen untersucht, auch zu DDR-Zeiten schon. Und jemand, der heute in einer leitenden Stellung in einem unserer Landesämter tätig ist, hatte die schädlichen Einwirkungen der Umwelt im Bitterfelder Raum untersucht. Das Ergebnis war zu DDR-Zeiten topsecret. Wir haben es nach der Wende genutzt für das bestehende Untersuchungsmanagement für Hunderte von Kindern, die aus Tschernobyl sich drei bis vier Wochen in Mecklenburg-Vorpommern aufhalten konnten, um sie zu untersuchen, in der Ausgangssituation und nach vier Wochen des Aufenthaltes bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Erholungseffekt in unserem Bundesland hat bei diesen Kindern, kontrolliert durch die Kollegen aus der Region um Tschernobyl, neun Monate – am Blutbild nachweisbar – Bestand gehabt. Das ist ein erfreuliches Ergebnis seinerzeit gewesen.

Nun lassen Sie mich etwas sagen zu der Frage: Wie geht man an diese Belastungen oder eventuellen Schadstoffanalysenfeststellungen heran? Für gewöhnlich das monokausale Beurteilen, das monokausale Denkmodell: Man nimmt einen Stoff, kontrolliert die Wirkung im Tierexperiment, verdünnt solange, bis kein Effekt mehr nachweisbar ist, man sucht nach dem NOEL – Non Observed Effect Level. Ein Tausendstel dieses Levels wird dann zugrunde gelegt, um die akzeptable tägliche Zufuhr, die gestattet ist, zu definieren. Auf die Weise gelingt es leider nur – und das ist Folge der monokausalen Denkweise –, für einzelne Substanzen eine genügende Sicherheit zu schaffen im Umgang mit ihnen. Man schafft es nicht, die addierende oder vielleicht sogar potenzierende Wirkung von Kombinationen ins Auge zu fassen. Man schafft es auf die Weise nicht, Organschäden, die vorhanden sein können, auf eine Einzelsubstanz oder auf mehrere Substanzen beziehen zu können. Man schafft es nicht, Immunsystemschäden, Schäden am Erbgut, Krebsrisiko oder embryonale Störungen zu erfassen, die durch Kombination von Schadstoffen ausgelöst werden können.

Das einfachste Beispiel, was jedem aus der Schule, wenn er das erste Mal mit Pinsel und Farbe hantiert, geläufig ist, ist, wenn man zufällig mit dem blauen Pinsel in einen gelben Farbtopf langt, dass man dann plötzlich eine grüne Farbe vor sich hat – zwei aneinander ge-

gensätzlich beeinflussende Farben, die dann eine dritte ergeben. Es erscheint logisch, dass diese Bedingungen auch bei minimalen Substanzmengen biologische Störungen, Störungen biologischer Systeme auslösen, hervorrufen können. Die kombinierten Möglichkeiten sind also im Grunde unendlich, wissenschaftliche Aussagen noch nicht oder nur lückenhaft vorhanden. Und, meine Damen und Herren, die Anpassungsvorgänge des Menschen sind nicht unerschöpflich. Sicher ist es richtig, dass, wenn man bei der Ernährung die zwei Millionen Jahre Mensch zurückverfolgt, eine erstaunliche, eine enorme Anpassung seitens des menschlichen Organismus erfolgt ist.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Wie bei Mac Donald.)

Wenn sich die ersten Jäger und Sammler etwa 60 bis 80 Prozent pflanzlich ernährt haben und wenn sie dann mal das eine oder andere Tier erlegt oder gefangen haben,

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

vielleicht 20, 30 bis 40 Prozent tierische Ernährung Grundlage vor 2 Millionen Jahre gewesen sein dürfte, dann hat sich das vor etwa 6.000 Jahren entschieden dadurch verändert, dass Getreideanbau erfolgte und fast 90 Prozent aus pflanzlicher Ernährung sichergestellt worden ist. Allein das stellt eine erhebliche Anforderung an die Anpassungsfähigkeit der menschlichen Verdauungssysteme dar.

In den letzten 200 Jahren sind dann Einflussfaktoren hinzugekommen, mit denaturierten Nahrungsquellen, über Zusätze mit Geschmackskorrektoren, mit Farbstoffen, mit Emulgatoren, mit allen möglichen Dingen. Und wir brauchen uns heute eigentlich nicht zu wundern, warum wir bei einer ganzen Reihe von Erkrankungen von Zivilisationskrankheiten reden. Und eines der Beispiele, worüber wir uns nicht zu wundern brauchen, ist die Volkskrankheit Diabetes. Wir haben heute etwa die 20fache Zuckerzufuhr in unserer Ernährung im Vergleich zu den Zeiten, als es noch keine synthetische Herstellung beziehungsweise Herstellung aus der Zuckerrübe gab. Oder wir haben heute das 2,5fache an Energiezufuhr und Fettzufuhr, das 5fache an tierischen Nahrungsmitteln. Wenn man in dem Zusammenhang dann auch noch die Bewegungsarmut der Kinder berücksichtigt, kann einem Angst und Bange werden, was sich denn in der Perspektive noch entwickeln kann durch Ernährung, durch Zivilisation, durch umweltbedingte Belastungen und Erkrankungen.

Nun, welche Aufgaben, welches Ansinnen hat ein solcher Antrag? Wir möchten gerne damit zunächst einmal eine Art Bestandsaufnahme, eine Analyse vorgelegt haben, wie die Situation zurzeit mit der Umweltmedizin im Lande ist. Daraus kann sich ergeben, Belastungssituationen in der Lebens- und Arbeitswelt genauer zu analysieren. Es reicht nach unserer Ansicht nicht, wenn wir damit werben, dass wir eine umwelt- und gesundheitsorientierte Landschaft anzubieten haben. Man braucht zusätzlich zur Badewasserqualität weitere Faktoren, über die man informiert sein muss. Und man braucht nach dieser Ist-Analyse Wege und Möglichkeiten, politische Entscheidungen zu treffen, die in der Richtung nur liegen können, dass wir nicht nur verbal als Gesundheitsland werben, sondern meinetwegen mit einem Atlas, auf dem genau verzeichnet ist, wo welche Belastungen in unserer Landschaft vorliegen, wo welche besonderen gesundheitlichen Vorzüge liegen. Das kann für die Landwirtschaft, das kann

für den Tourismus, das kann für den älteren Bürger, das kann im Grunde für jeden ein Riesenvorteil sein, wenn wir uns diesem Thema ganz gezielt zuwenden. Ich denke, ich habe mit dem, was ich vorgetragen habe, genügend Argumente geliefert, um die Zweifel von Herrn Albrecht oder der CDU-Fraktion ein bisschen beiseite zu schieben und darum zu werben, dass wir gemeinsam nach solchen Aspekten suchen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Rißmann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Schwebs von der PDS-Fraktion.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Albrecht! Wir haben diese Form des Antrages gewählt, weil wir öffentlich Prioritäten setzen wollen für die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und weil wir Diskussionsprozesse der Parlamentarier öffentlich machen wollen. Uns scheint es, Transparenz ist so eher zu erreichen, als wenn wir die Antworten von Kleinen Anfragen an die Presse geben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jawohl.)

Meine Damen und Herren! Wie wir aus eigener Erfahrung wissen, sind die Auswirkungen umweltverursachender Belastungen allgegenwärtig. Wir alle registrieren im persönlichen Umfeld die deutliche Zunahme von Allergien, vermuten oder wissen genau um die negativen Auswirkungen von Elektrosmog oder Lärm. Es reicht aber eben nicht aus, die negativen Auswirkungen zu erkennen. Es kommt darauf an, ihre Ursachen zu diagnostizieren und deren Beseitigung zu versuchen.

In jüngster Zeit wurde dieses Thema aus verschiedenen Gründen nur zurückhaltend diskutiert und medizinisch bearbeitet. Das lag nicht allein am fehlenden Geld, denn wir wissen es doch alle: Erst wenn gesundheitsschädliche Wirkungen eingesetzter Werkstoffe,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Baumaterialien oder sonstiger Zusätze ...

Herr Riemann, Sie verwechseln schon wieder etwas.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Vielleicht war es auch die Rückenschule.)

... nicht mehr zu leugnen waren, wurden deren Gebrauch und die Folgen öffentlich diskutiert und im besten Falle verboten. Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang nur an das Formaldehyd, das jahrzehntelang in der Möbelindustrie Verwendung fand. Eine derartige öffentliche Debatte bleibt aber vor allem angesichts vermeintlicher wirtschaftlicher Verluste und auch der Imageverluste der Hersteller die Ausnahme.

Was dabei so ganz nebenbei auch noch auf der Strecke bleibt, ist das öffentliche Problembewusstsein, das Wissenwollen um die Probleme und daraus resultierendes präventives Verhalten. Um Sie aber, meine Damen und Herren, etwas mehr für dieses Thema zu sensibilisieren, möchte ich mich der Statistik bedienen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Die Grundlage ist der Gesundheitsbericht für Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 1999. Dieser macht für die verschiedenen umweltmedizinischen Bereiche einiges deutlich. Am Beispiel der chronischen Lungenerkrankungen möchte ich dazu einige Ausführungen machen. In der Altersgruppe der über 65-jährigen Männer stieg die Zahl der Krankenhausfälle in Mecklenburg-Vorpommern innerhalb von drei Jahren von 1.265 auf 1.399 Fälle je 100.000 Einwohner im Jahr 1999. Bei Frauen belief sich der Anstieg im selben Zeitraum von 571 auf 588 Fälle.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Bei Kindern im Alter bis 14 Jahre liegt die Häufigkeit neuer Erkrankungen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich über dem Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland – und das, obwohl es bei uns noch eine saubere Luft gibt. Nach den Ursachen dafür gilt es zu suchen.

Eine besondere Bedeutung im Komplex der umweltverursachten Erkrankungen kommt dabei der Qualität der Luft zu. Die natürlichen Bestandteile der Luft sind – ich weiß natürlich, dass Sie das alle auch wieder ganz genau wissen, aber auch hier gilt eben, Wiederholung ist die Mutter der Weisheit – zu 78 Prozent Stickstoff, 21 Prozent Sauerstoff, dann sind da noch Gase wie Argon, Kohlendioxid, Helium, Ozon und so weiter und so fort. Alles, was darüber hinaus in der Luft zu finden ist, gilt als Verunreinigung. Zu den wichtigsten gasförmigen Schadstoffen in der Luft gehören beispielsweise Kohlenmon- und -dioxid, Stickoxide, Fluor, Kohlenwasserstoffe und natürlich, das weiß inzwischen auch jedes Kind, Ozon. Außerdem können in der Luft feste Teilchen wie Asche und Ruß Stäube mit metallischen, organischen oder mineralischen Bestandteilen sowie radioaktive Stäubung und Gase enthalten sein. Diese wiederum können so fein sein, dass sie über die Lunge in die Blutbahn aufgenommen werden können.

Eine spezielle Gefährdung, meine Damen und Herren, Sie wissen es theoretisch auch alle, geht vom so genannten Smog aus. Dieser Begriff wurde aus den Wörtern „Smoke“ und „Fog“ zusammengesetzt. Man unterscheidet den Sommersmog, der im Sommer durch Autoabgase und Sonneneinstrahlung entsteht, und den Wintersmog, der auch London-Smog genannt wird. Er entsteht im Winter durch die Verbrennung schwefelhaltiger Brennstoffe. Smog kann erhebliche Gesundheitsgefährdungen mit sich bringen und sogar für viele, besonders für ältere Menschen, den Tod bedeuten.

Die Gesundheitsgefährdungen durch Luftverschmutzung sind vielfältig. Bei Ozonbelastung und Smog kommt es zu einem vermehrten Auftreten von Erkrankungen der Atemwege, wie Reizhusten, zu Asthmaanfällen und zur schmerzhaften Atmung bei Belastungen. Es kommt zu Herz- und Kreislaufkomplikationen, es kann möglicherweise sogar ein erhöhtes Krebsrisiko entstehen.

Wie es mit der aktuellen Belastung der Luft in unserem Land steht, verrät wiederum ein Blick in den Gesundheitsbericht. Den Bericht darüber werde ich Ihnen aber ersparen, das können Sie selbst nachlesen.

(Harry Glawe, CDU: Haben wir doch!)

Nach Information des Umweltministeriums liegen die Jahresmittelwerte für Stickoxide, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid oder auch Schwebstoffe weit unter den Richtwerten der VDI-Richtlinie oder der TA Luft. Und trotzdem – ich habe es Ihnen vorhin geschildert – haben wir

eine überproportionale Zuwachsrates gerade bei Atemwegserkrankungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte es an dieser Stelle auch bei den wenigen Beispielen belassen. Sie sollten wirklich nur dazu dienen, Sie auf das Problem der umweltverursachten Beeinträchtigungen der menschlichen Gesundheit, die auch an unserem Land nicht vorbeigehen, aufmerksam zu machen.

Die PDS-Fraktion sieht in der Entwicklung eines kompetenten Umweltmedizinischen Zentrums in unserem Land eine hervorragende Möglichkeit, die wissenschaftlichen Potentiale auf diesem Gebiet zusammenzuführen und Lösungen für umweltmedizinische Spezifika wie auch für allgemeine Umweltproblematiken zu erarbeiten. Des Weiteren erhoffen wir uns natürlich auch ökologische Mitnahmeeffekte. Indem die Ursachen für umweltbedingte Krankheiten offen benannt, von Fachleuten diskutiert werden und damit auch das öffentliche Bewusstsein sensibilisiert wird, wird auch die Bereitschaft steigen, präventiv etwas gegen die Belastung der Luft mit Schadstoffen zu tun. Und mir fällt da zum Beispiel das freiwillige Tempo 130 auf der Autobahn ein, denn nicht nur der Spritverbrauch der freien Fahrt der freien Bürger steigt enorm mit wachsender Geschwindigkeit, sondern auch der Ausstoß der Abgase und der damit verbundenen Schadstoffe.

Um eine sachkundige Entscheidung über die zukünftige Entwicklung dieses Fachgebietes innerhalb des von der Ministerin beschriebenen Netzwerkes in Mecklenburg-Vorpommern zu treffen, ist ein umfassender Überblick über die Umweltmedizin im Lande notwendig. Vielleicht gelingt dann auch mit diesem umfassenden Überblick eine Prioritätensetzung. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2394. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag auf der Drucksache 3/2394 einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Reform der Deutschen Bundesbank, Drucksache 3/2401.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Reform der Deutschen Bundesbank
– Drucksache 3/2401 –**

Zur Begründung des Antrages erhält das Wort Herr Nolte von der Fraktion der CDU.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Landtag liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU vor, in welchem die Position der CDU zum Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank des Bundesfinanzministers dargelegt wird.

Ich möchte hier gleich einleitend, Herr Präsident, wenn Sie gestatten, auf die Finanzministerin eingehen, die ja

sicherlich hier noch das Wort ergreifen wird. Sie veröffentlicht in ihrer Pressemitteilung, dass sie die Forderung der CDU kritisiert, weiterhin für eine föderale Bankenstruktur einzutreten, und schließt daraus, dass die Landesregierung dieses schon ewige Zeiten tut.

Mit dem „weiterhin“ fordern wir, dass die Bankenstruktur der Landeszentralbanken, so, wie sie bisher existiert, auch weiterhin Bestand halten soll. Da deckt sich unser Antrag mit der Position anderer Bundesländer, vor allem mit der Position Niedersachsens. Ich sage das insbesondere deshalb, weil sie schon einleitend zu meinen Ausführungen wissen sollen, dass es sich hier um einen Antrag handelt, der in keiner Weise parteipolitisch an die Problematik herangeht, sondern parteiübergreifend im Interesse unseres Bundeslandes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem derzeitigen Stand muss festgestellt werden, dass seitens der Bundesregierung offenbar eine grundsätzliche Abkehr von gegenwärtig vorhandenen und bewährten Strukturen föderaler Gliederungen der Banken angestrebt wird. Präsident und Vizepräsident der Bundesbank sollen zukünftig auf Vorschlag der Bundesregierung bestellt werden, dazu vier Mitglieder des Vorstandes auf Vorschlag des Präsidenten der Bundesbank. Die Präsidenten der Landeszentralbanken sollen nicht mehr durch Stimmrecht im Vorstand an den Entscheidungen der Bundesbank beteiligt werden. Durch die geplante Neuordnung sind wesentliche Interessen auch unseres Bundeslandes berührt.

Aus Sicht der CDU-Fraktion bleiben weiterhin dringend notwendig, eine mit Entscheidungsbefugnissen versehene Beteiligung der Landeszentralbanken an der Bankenaufsicht die gesetzliche Fixierung der Aufgaben und der damit verbundenen Entscheidungskompetenzen der Landeszentralbanken und eine gleichwertige Vertretung der Landeszentralbankpräsidenten im Vorstand der Bundesbank.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich habe hierzu genau die Abstimmung mit einigen Direktoren oder Leitern der Landeszentralbanken geführt. Ich denke, diese Forderungen, die wir hier stellen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ganz persönlich.)

decken sich genau mit den Forderungen der Leitungsgremien dort vor Ort.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Jawohl!)

Die derzeit bestehenden neun Landeszentralbanken sollen zwar erhalten bleiben, ihre Präsidenten aber nicht mehr dem Zentralbankrat beziehungsweise dem Vorstand der Bundesbank angehören.

(Harry Glawe, CDU: Das kann doch nicht gehen!)

Ich frage mich da bloß: Wozu verkommt dann die Funktion unseres Professor Eggert?

(Beifall bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, eben!)

Ihre Beteiligung an den Entscheidungen der Bundesbank würde demnach auf Beratung mit dem Vorstand der Bundesbank reduziert, zwar regelmäßig – und ich sage

dann vielleicht auch, mäßig – und mindestens zweimal im Jahr, aber das ist nach meiner Überzeugung nicht ausreichend, auch nicht angemessen.

Auch die für die Zukunft vorgesehene Bestellung der Landeszentralbankpräsidenten würde den bisherigen Einfluss der Länder entscheidend reduzieren und damit die bisherige, am föderalen Charakter der Bundesrepublik orientierte Struktur grundsätzlich verändern. Ich halte es dagegen für notwendig und angemessen, zur Bestellung der Landeszentralbankpräsidenten das bisherige Verfahren beizubehalten, nämlich auf Vorschlag der Sitzungsländer über den Bundesrat.

Meine Damen und Herren! Bei selbstverständlicher Anerkennung der Tatsache, dass es sich bei der Bundesbank und ihren Landeszentralbanken um eine Institution des Bundes handelt, ist die angedachte Neuregelung nicht im Interesse Mecklenburg-Vorpommerns,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

da sie die föderalen Gesichtspunkte nicht ausreichend berücksichtigt und zudem sachliche Erwägungen außer Acht lässt,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die mir unverzichtbar erscheinen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Eine Änderung des Bundesbankgesetzes ist notwendig, das bestreitet keiner, auch nicht ich. Mit dem Fortfall der währungspolitischen Aufgaben der Bundesbank nach Gründung der EZB entfallen naheliegenderweise auch die Mitwirkungsmöglichkeiten der Präsidenten der Landeszentralbanken in diesem Bereich. Damit ändert sich aber nicht zwangsläufig die Kernaufgabe der Landeszentralbanken. Diese zu erhalten muss uns insgesamt ein wichtiges Anliegen sein.

Zu diesen Kernaufgaben gehören bislang die Bargeldversorgung der Wirtschaft, die Beteiligung an der Bankenaufsicht und die Regelung der Refinanzierung der Geschäftsbanken. Ich halte es für unverzichtbar, diese Aufgaben bei den Landeszentralbanken zu belassen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Weiterhin wichtige Aufgabe, deren Erhaltung aus regionaler Sicht unbedingt notwendig erscheint, ist die regionale Wirtschaftsberichterstattung, die sachgerecht nur aus den Erkenntnissen vor Ort zu erstellen ist und ebenfalls aus den regionalen Erkenntnissen überhaupt erst konzipiert werden kann.

Auch im Interesse der Kleinbanken ist die Beibehaltung der Regionalisierung von besonderer Bedeutung. Dies gilt auch für die Bankenaufsicht. In diesem Aufgabenbereich ist es notwendig, einen regionalen Ansprechpartner zu erhalten, eine Funktion, die bisher die Landeszentralbanken wahrnehmen. Diese sollen sie auch behalten. Sie erbringen damit eine wichtige und unverzichtbare Dienstleistung im Interesse der regionalen Wirtschaft. Die Beibehaltung der bisherigen Struktur soll helfen, Wettbewerbsnachteile regionaler Strukturen zu vermeiden.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben gehört nach Auffassung meiner Fraktion aber auch unbedingt die Entscheidungskompetenz. Die Landeszentralbanken müssen selbst Verwaltungsakte erlassen dürfen, statt nur Ausführungsinstitut für höheren Ortes getroffene Entscheidungen zu sein.

Das bedarf einer Regelung im neuen Gesetz mit genauer Festlegung von Aufgaben und Kompetenzen der Landeszentralbanken. Wegen der so beschriebenen, nach wie vor gegebenen wichtigen Aufgabenstellung der Landeszentralbanken halte ich eine gleichberechtigte Mitwirkung der Präsidenten der Landeszentralbanken, und zwar genau im Vorstand der Bundesbank, für notwendig, und zwar mit Sitz und Stimme.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren! Regelmäßige Treffen zur Beratung mit dem Vorstand mindestens zweimal im Jahr sind kein angemessenes Instrument, um regionale Gesichtspunkte und Erkenntnisse in die Entscheidung der Bundesbank einzubringen.

Meine Damen und Herren! Ich kann in der mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht auf alle Aspekte des Antrages umfassend eingehen. Dieser enthält aber auch eine sehr umfassende schriftliche Begründung, auf die ich nochmals verweisen möchte, die jeder nachlesen kann. Sie wissen wahrscheinlich, dass es einen gleichlautenden Antrag im niedersächsischen Landtag zu dieser Problematik gegeben hat, und zwar fraktionsübergreifend, darauf möchte ich besonders hinweisen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Ich meine, im Interesse unseres Bundeslandes sollte sich unser Landtag ein Beispiel daran nehmen, dass sachgerechte Entschlüsse nicht in jedem Fall an Partei- oder Fraktionsgrenzen Halt machen müssen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich weiß sehr wohl, dass sich der Bundesrat mit dieser Thematik bereits befasst hat und die Länder einhellig gegen die Pläne der Bundesregierung opponiert haben. Aber, Frau Keler, wenn Sie in Ihrer Rede sagen werden, der Bundesrat habe sich am 13.07.2001 bereits mit der Problematik befasst, deswegen wäre unser Antrag möglicherweise überflüssig, dann sage ich Ihnen: Es steht nach wie vor ein gültiger Beschluss des Bundesrates aus,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. – Harry Glawe, CDU: Jawohl!)

der im Sinne dieses Antrages gestaltet werden muss. Darauf legt unsere Fraktion gesteigerten Wert. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Nolte, für die Einbringung des Antrages.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zuerst hat um das Wort gebeten die Finanzministerin Frau Keler. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Präsident Hinrich Kuessner übernimmt den Vorsitz.)

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion fordert in Ihrem Antrag, dass die Landesregierung weiterhin für eine

föderale Bankenstruktur und eine dezentrale Bankenaufsicht eintreten möge. Und, Herr Nolte, das tun wir.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und wenn Sie jetzt einen Antrag von Niedersachsen nehmen und den dann hier einbringen und sagen, nun lasst uns doch mal das Gleiche machen, dann, denke ich, sind wir doch ein Stückchen anders als die Niedersachsen, die haben ein anderes Interesse als wir. Ich werde auch gleich noch sagen, warum.

Also zum Hintergrund für die, die in der Thematik nicht so drinstehen: Seit dem 01.01.1999 haben wir die Europäische Zentralbank und dadurch hat sich natürlich die Position der Bundesbank und der Landeszentralbanken grundlegend geändert. Seit 1999 führen auch deshalb die Finanzminister der Länder im Finanzausschuss des Bundesrates eine Diskussion darüber, wie diesen veränderten Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden kann. Hierzu wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit den Ländern Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Niedersachsen ins Leben gerufen. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe sind schließlich in die Stellungnahme des Bundesrates vom 13. Juli 2001 eingeflossen. Ich weiß jetzt nicht, von wann Ihr Antrag von Niedersachsen stammt, aber am 13. Juli gab es im Bundesrat mit allen Länderfinanzministerstimmen dazu eine Position

(Harry Glawe, CDU: Darauf hat der Kollege gerade hingewiesen.)

und die trage ich Ihnen jetzt noch mal im Einzelnen vor, damit Sie sehen,

(Harry Glawe, CDU: Das hat Herr Nolte vorhin gerade gesagt. – Georg Nolte, CDU: Da war sie vielleicht nicht drin.)

dass sich das mit den Anträgen deckt.

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung soll der Bundesbankpräsident seine Vorstandskollegen künftig nur im Einvernehmen mit der Bundesregierung bestellen können – Selbstverständlichkeit. Hier sehen die Länder die Gefahr einer Verquickung von allgemein politischen und geldpolitischen Interessen, also letztlich eine Gefährdung der geldpolitischen Unabhängigkeit der Bundesbank.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Deshalb lehnt der Bundesrat den Gesetzentwurf der Bundesregierung in diesem Punkt ab.

Der Bundesrat hat sich weiterhin für die Festlegung der Zuständigkeiten der Landeszentralbanken durch Gesetz ausgesprochen. Er hat die Beteiligung der Landeszentralbanken an der Bankenaufsicht gefordert. Er vertritt die Position, dass das derzeitige Verfahren zur Bestellung der Landeszentralbankpräsidenten beibehalten werden soll.

(Georg Nolte, CDU: Genau das wollen wir auch. – Wolfgang Riemann, CDU: Das wollen wir auch.)

Sehen Sie!

Aber wir haben ja gerade einen neuen Präsidenten bestellt.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, Georg Nolte, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Für uns wäre das auch nicht das Problem. Das Problem gibt es aber in Niedersachsen. Hier ist es der Fall, dass es

eventuell durch eine Veränderung natürlich dann auch eine Verschiebung geben kann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist immer möglich. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und er befürwortet die gleichberechtigte Vertretung der Landeszentralbankpräsidenten neben den übrigen Vorstandsmitgliedern im Bundesbankvorstand. Hier gibt es bereits konkrete Vorschläge, wie dies durch ein Rotationsverfahren bewerkstelligt werden kann.

Sie sehen, meine Damen und Herren von der CDU, in all diesen Punkten stimmen wir mit Ihrem Antrag überein,

(Harry Glawe, CDU: Dann können Sie auch zustimmen.)

und deshalb, denke ich, ist dieser Antrag in gewisser Weise überflüssig.

(Georg Nolte, CDU: Frau Keler, es gibt keinen Beschluss, das wissen Sie genau!)

Was soll's denn? Wir machen das doch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ein bisschen mehr Probleme habe ich allerdings mit der ablehnenden Haltung gegenüber einer Zusammenlegung der Bundesaufsichtsämter für das Kreditwesen, das Versicherungswesen und den Wertpapierhandel. Die Zusammenlegung dieser Ämter ist notwendig, um der Entwicklung des Banken- und Versicherungswesens zur so genannten Allfinanzdienstleistung Rechnung zu tragen. Die Verbindung des Kreditgewerbes mit dem Versicherungswesen wird am Beispiel der Allianz sehr deutlich. Versicherungen bieten zunehmend auch Finanzdienstleistungen an und Kreditinstitute werben nicht erst seit der Riester-Rente für Versicherungsprodukte. Die Aufsicht über Banken und Versicherungen kann aber nur effizient arbeiten, wenn auch sie vergleichbare Strukturen wie die zu beaufsichtigenden Dienstleister aufweist.

Das hierüber in Grundsatz- und Stabsabteilungen Synergieeffekte erzielt werden können, halte ich für notwendig und für ein anerkanntes Ziel der Bundesregierung. Dem sollten wir uns nicht widersetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Detlef Müller, SPD: Genau so ist das. – Harry Glawe, CDU: Was? Das ist aber nicht schön.)

Deshalb, meine Damen und Herren, schlage ich vor, diesen Antrag abzulehnen, weil er sich sowieso schon erübrigt hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Unruhe bei Dr. Ulrich Born, CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Richtig.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Koburger von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Koburger.

Annegrit Koburger, PDS: Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Wir reden über die Reform einer Bundesinstitution, die schon lange vor dem Kabinettsbeschluss zum Gesetzentwurf im Verborgenen zwischen Bundesbank, Landeszentralbanken, Bundesregierung und Länderfinanzministerinnen und -ministern diskutiert worden ist,

(Harry Glawe, CDU: Wir haben uns wirklich Mühe gegeben.)

eine Reform, die selbstverständlich zu Veränderungen bei den Landeszentralbanken führen wird. Es kann nicht alles beibehalten werden, so naiv sind wir wohl alle nicht. Richtig, es ist unstrittig, dass die Bundesregierung die bestehenden Strukturen der Bundesbank reformieren muss. Die Rahmenbedingungen haben sich verändert und dieser Prozess wird sich auch weiter dramatisch fortsetzen. Es ist ebenfalls unstrittig, dass die Geldpolitik eine europäische geworden ist. Der gesamte Finanz- und Versicherungssektor befindet sich im Umbruch und das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen.

Bereits seit Beginn des Jahres 1999 hat die Bundeszentralbank keine eigenständigen geld- und währungspolitischen Kompetenzen mehr. Es leuchtet ein, dass die Zentralbanken in dem neuen europäischen Gefüge eine andere Rolle als die bisherige spielen werden.

Der Antrag der CDU enthält wohl formulierte Forderungen, geht aber wenig differenziert auf die komplizierte Thematik ein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber es ist doch schon mal was, dass die Formulierungen gut sind.)

Aus Ihrem Antrag geht zum Beispiel nicht hervor, dass wir es zum einen mit der Reform einer Bundesbankstruktur und zum anderen mit der Neugestaltung der Bankaufsicht zu tun haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat Frau Finanzministerin sofort erkannt.)

Das sollten Sie aber so deutlich sagen, weil es hierbei auch um unterschiedliche Interessenlagen geht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da haben aber unsere Frauen mitformuliert. Das sollten Sie beachten! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU, Peter Ritter, PDS, und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Zum Ersten wird die Bundesbank im Euro-Land – das sage ich jetzt mal so – mit den anderen nationalen Notenbanken als Dienstleisterin agieren und konkurrieren. Da ist es nachvollziehbar, dass die Bundesregierung sich bemüht, die Struktur effizienter zu gestalten. Das ist ihre Aufgabe.

(Angelika Peters, SPD: Und die Männer hören jetzt auf zu kichern da vorne! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Peters, SPD: Das darf man nicht.)

Zum Zweiten will der Bundesfinanzminister eine Aufsichtsbehörde für Banken, Wertpapierhandel und Versicherungen unter einem Dach, eine so genannte Allfinanzaufsicht. Überzeugende Argumente dagegen habe ich von der CDU nicht gehört.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das werden Sie gleich hören!)

Sie haben doch auch nichts dagegen, Allfinanzkonzerne zu gründen.

(Harry Glawe, CDU: Wir haben uns so viel Mühe gegeben damit.)

Ich bin mir sicher, in dieser Frage wird es Bewegung geben müssen, ergibt sich doch das Konfliktpotential aus dem Umstand, dass der Bundesrat mit dem Vorhaben befasst ist.

Meine Damen und Herren, worum drehen sich nun die Kernpunkte der Auseinandersetzung?

Erstens. Mit der Einführung des Euro und dem Beginn der EWU sind die praktischen Entscheidungen zur Geldpolitik an den Europäischen Zentralbankrat abgegeben worden. Der Präsident der Bundesbank hat dort Sitz und Stimme. Der Zentralbankrat der Bundesbank verliert damit seine wesentliche Funktion. Das heißt auch, kein Zurück in der Frage der Entscheidungskompetenzen der Landeszentralbankpräsidentinnen und -präsidenten in Sachen Geldpolitik. Wir meinen, die Bundesbank muss jedoch in der Lage bleiben, im Wettbewerb mit den anderen nationalen Notenbanken ihre Kompetenz und Erfahrung in den Regionen zielgerichtet und überzeugend einzubringen. Insofern sind wir für einen wirklichen Meinungsbildungsprozess im Vorfeld. Dazu brauchen wir auch die Landeszentralbanken. Darüber hinaus sind wir für eine Demokratisierung der Strukturen und begrüßen jeden Schritt, der in diese Richtung geht.

Zweitens. Mit der Gründung der Bundesbank als eine Einrichtung des Bundes im Sinne einer obersten Bundesbehörde bekamen die Zentralbanken ein großes, hohes Maß an Selbständigkeit. Wir sind dafür, dass die föderale Struktur des Systems der Landeszentralbanken beibehalten wird.

(Detlef Müller, SPD: Genau.)

Unser Ansatz ist dabei, die Stellung der Regionen im weiteren europäischen Integrationsprozess zu stärken. Insofern stimmen wir diesem Anliegen zu.

Drittens. Auch wir sind dafür, die Aufgaben der Landeszentralbanken gesetzlich zu fixieren. Zugleich halten wir eine Verkleinerung des Zentralbankrates mit dieser Reform für sinnvoll. Dies wird einhergehen mit einer Reduzierung des Personals in der Bundesbankzentrale, aber auch in den Landeszentralbanken. Von einer zeitgemäßen effizienten Organisationsstruktur kann nämlich derzeit nicht die Rede sein. Die regionale Bindung der Bundesbank und ihre Verankerung in der Fläche darf hingegen nicht gelöst werden. Sie ist auch aus unserer Sicht unverzichtbar.

(Georg Nolte, CDU: Na also! Sie stimmen doch überall zu. Was haben Sie denn für Sorgen?)

Viertens. Was die Besetzung des Bundesbankvorstandes anbelangt, ist offen zu diskutieren, welche Variante den Interessen der Länder angemessen Rechnung trägt. Muss dies partout die sichernde Mitgliedschaft von allen Zentralbankpräsidentinnen und -präsidenten sein? Fachliche und regionale Zuständigkeit sollten jedoch wichtige Voraussetzungen sein. Da sind wir uns, denke ich, einig.

Frau Keler hat es sehr deutlich gesagt, die CDU bezieht sich mit Ihrem Antrag im Wesentlichen auf die Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf und – das ist hier auch noch mal deutlich geworden – auch auf den Antrag aus Niedersachsen. Welche Position die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern bezieht, hat die Ministerin hier deutlich gemacht, und daher sehen wir Ihren Antrag als nichts Neues

(Harry Glawe, CDU: Was?)

und demzufolge auch als nicht sinnvoll an. Wir lehnen ihn deshalb ab. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Wir haben uns so viel Mühe gegeben damit. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Riemann, Sie sind dran.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich denn dran bin, dann will ich hier auch Rede und Antwort stehen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir fragen Sie aber nichts. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Peter Ritter, PDS: Wir fragen nichts, aber Herr Riemann redet trotzdem.)

Erstens, Frau Finanzministerin, Sie haben unser Anliegen nicht richtig verstanden. Es geht uns in diesem Antrag und in einem weiteren Antrag am morgigen Tage um die Mitwirkung des Parlamentes bei wichtigen Entscheidungen, auch und gerade im Bundesrat,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

die Mitwirkung des ganzen Parlamentes und nicht nur Kungelrunden von Koalitionsfraktionen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das hörte ich vor vier Jahren aber ganz anders, Herr Riemann.)

Und zweitens, Frau Finanzministerin, geht es auch darum, dass dieses Parlament bei richtigen Vertretungen von Interessen unseres Landes, aber auch anderer Bundesländer, unserer Landesregierung die uneingeschränkte Unterstützung über alle Fraktionen gibt

(Beifall Georg Nolte, CDU)

und damit auch den notwendigen Rückenwind des Parlamentes, der Parlamente für die Landesregierung bei diesen Entscheidungen und damit auch gegenüber dem Bundestag sagt, so wollen wir es nicht. Und das ist eine Stärkung des Föderalismus.

Und drittens verstehe ich die Aufregung in diesem Hause und die Ablehnung nicht.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Also wenn hier jemand aufgeregt ist, dann sind Sie das.)

Denn, Herr Dr. Bartels, SPD, CDU, GAL haben in Niedersachsen gleiche Interessen vertreten im Parlament gegenüber der Landesregierung, gegenüber dem Bundesrat und auch gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag. Und wenn wir dazu nicht mal bereit sind, wenn wir dazu nicht mal bereit sind, uns eine solche Frage im Parteienstreit verkommen lassen, dann gute Nacht dieses Parlament.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie haben wieder mal nicht zugehört, Herr Riemann. Wir brauchen keine Eulen nach Athen zu tragen.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 30. Mai hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank verabschiedet. Und in einer damit im Zusammenhang stehenden Presseerklärung lässt uns der Bundesfinanzminister Eichel wissen, sein Ziel sei es – und ich darf zitieren –, „die Rolle der Bundesbank im europäischen System der Zentralbanken zu stärken, die Landeszentralbanken als wichtige Ansprechpartner für die Kreditwirtschaft, mittelständische Unternehmen und Landesregierung zu erhalten und insbesondere den Finanzplatz Deutschland zu stärken“.

Ich kann hier für die Fraktion der CDU an dieser Stelle feststellen – und die Landesregierung hat das im Bundes-

rat ja auch schon getan –, der vorliegende Gesetzentwurf zur Bundesbankstruktur verfehlt diese Ziele in Gänze. Da sind wir uns, denke ich, über alle Fraktionen hier einig. Die in diesem Gesetzentwurf vorgesehene Zentralisierung der Bundesbank, die Verdrängung der Landeszentralbanken aus den Leitungsgremien, die weitgehende Ausrichtung aller Entscheidungen einschließlich des Organisationsstatus auf die Person ihres Präsidenten würde vielmehr die innere und äußere Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank, die als zentrale deutsche Errungenschaft Eingang in den Maastrichter Vertrag fand, untergraben. Ohne die Marktrisiken eines Unternehmensmanagers zu tragen, bekäme der Bundesbankpräsident eine Position, die weit über die Rolle eines Vorstandsvorsitzenden nach dem Aktiengesetz hinausginge.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! In dem künftigen so genannten Zentralvorstand der Bundesbank säßen dann nur noch von der jeweiligen Bundesregierung oder den Präsidenten selbst vorgeschlagene Mitglieder. Wo bleibt, meine Damen und Herren, damit die Unabhängigkeit?

(Ministerin Sigrid Keler:
Das wollen wir ja gar nicht.)

Dann stimmen Sie unserem Antrag zu und nehmen Sie den Rückenwind mit bis hin nach Berlin ins Bundeskabinett und bis hin in den Bundestag!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhard Dankert, SPD: Mit Ihrem Rückenwind kommen wir nicht mal 200 Meter bis vor die Tür.)

Sie senden heute das falsche Signal aus.

Wenn die Landeszentralbankpräsidenten weisungsunabhängig werden, fallen Sie aus der Unabhängigkeitsgarantie nach Artikel 108 des EG-Vertrages heraus. Und es bleibt mir unerfindlich, wie die Landeszentralbanken in einem solchen institutionellen Rahmen auf Augenhöhe mit Kreditinstituten, Unternehmen und Landesregierungen sprechen und ihnen als kompetente Ansprechpartner dienen sollten. Was der Präsident der Bundesbank nach innen auf dem Papier des Gesetzentwurfes an Macht gewönne, verlöre die Bundesbank an Stärke und Unabhängigkeit nach außen. Vielleicht ist es ja gerade das, was der Bundesfinanzminister mit diesem Gesetzentwurf bezweckt.

Aus dem Aufgabenbereich des künftigen Zentralvorstandes soll die Beschäftigung mit Vorbereitungen und Auswirkungen der Europäischen Geldpolitik schlicht und einfach gestrichen werden. Auf die Teilnahmemöglichkeit von Mitgliedern der Bundesregierung an Zentralbanksitzungen und damit auf die offene, interne Diskussion wird verzichtet. Stabilitätsthemen sollten offenbar nicht mehr in den Gremien der Bundesbank, sondern, meine Damen und Herren, nur noch vom Präsidenten behandelt werden. Da das Schutzschild des föderalen Elements fehlt, kann die Bundesregierung den politischen Druck quasi punktgenau auf den Präsidenten ausüben. Wollen wir das, meine Damen und Herren? Wenn wir es denn nicht wollen, dann müssen Sie heute unserem Antrag zustimmen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das hat die CDU beschlossen.)

Denn die Autorität einer unabhängigen Bundesbank wird mit der Verankerung in den Regionen auch und gerade im Euro-System gebraucht.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die dänische Volksabstimmung gegen den Beitritt zur Währungsunion hat gezeigt, wie wichtig die Verankerung der europäischen Idee in den Herzen der Menschen – ein konkret erlebbares Europa der Regionen – ist.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und dieses Europa der Regionen, mit dem werden wir uns auch am morgigen Tage hier in diesem Hohen Hause noch einmal zu beschäftigen haben.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Auch die unmittelbaren Erfahrungen aus den Ländern und Regionen müssen deshalb in das Ringen um Preisniveau, Stabilität und Vertrauen in den Euro einfließen. Die zurzeit beachtlichen Stabilitätsunterschiede im Euro-Raum können durch die einheitliche Geldpolitik der EZB allenfalls langfristig ausgeglichen werden. Auf kurze und mittlere Sicht bedarf es der entschlossenen stabilitätspolitischen Begleitung in den Ländern und Regionen. Und das, meine Damen und Herren, ist Ziel unseres Antrages, wo wir die Landesregierung mit unterstützen wollen.

Wenn internationale Entwicklungen wie der neue Baseler Standard zur Bankenaufsicht über ihre positiven Zielrichtungen hinaus nachteilige Nebenwirkungen auf unseren Finanzplatz und die Rolle des Mittelstandes haben, dann bedarf es rechtzeitig der öffentlichen Warnung und konstruktiven Mahnung. Auch das ist etwas, was wir mit unserem Antrag begleiten wollen.

Entwicklungen wie die Wechselkursschwäche des Euro, deren Auswirkungen auf die Preisstabilität, wie wir an den Einfuhr- und Energiepreisen sehen konnten und auch wieder sehen werden, dürfen nicht schöneredet werden, sondern müssen durch Pflege der Vertrauensgrundlagen der europäischen Währung umgekehrt werden. Bei all diesen Fragen hat es sich gezeigt, wie wichtig und richtig eine dezentrale Struktur der Bundesbank ist, an der auch die Landeszentralbankpräsidenten mitwirken, die ihre Ernennung nicht der Gunst der jeweiligen Bundesregierung oder des von ihr bestimmten Bundesbankpräsidenten unterliegen sollte.

Was, meine Damen und Herren, die geplante Überarbeitung des Finanzmarktgesetzes angeht, sollen alle Hoheitsakte – alle, ich sage ganz bewusst, alle – gegenüber den 2.700 deutschen Kreditinstituten von der routinemäßigen Geschäftsleiterbestellung bis zur tatsächlichen Umsetzung der Baseler Eigenkapitalstandards von einer einzigen zentralen Megabehörde getroffen werden, die noch dazu der Weisung des Bundesfinanzministeriums untersteht. Internationale Gremien wie zum Beispiel die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel haben demgegenüber aus der Asienkrise die Lehre gezogen. Bankenaufsicht müsse jedenfalls unabhängig sein und dürfe wegen der Gefahr der Bevorzugung mächtiger Marktteilnehmer nicht in die Nähe, in die große Nähe der jeweiligen Regierung gerückt werden.

Und, Frau Finanzministerin, wenn Sie den zweiten Teil unseres Antrages ablehnen, wie Sie das hier gerade getan haben, dann widersprechen Sie internationalen Erfahrungen. Und das sollten wir vielleicht, wenn Sie sich heute nicht zu einer Zustimmung durchringen können, auch noch mal im Finanzausschuss beraten. Wir meinen jedenfalls, dass es wichtig ist, dass wir hier auch diesen Punkt beleuchten. Denn ein Durchgriff des Bundes, mit Syner-

gieeffekten sicherlich, gegenüber einer Unabhängigkeit bei Hoheitsakten – wir sollten hier tatsächlich abwägen und gerade die Erfahrungen aus der Asienkrise hier mit einfließen lassen.

Durch die doppelte Zentralisierung, meine Damen und Herren, von Bundesbank und Finanzaufsicht würde der gegliederte, durch die Vielzahl regionaler Zentren geprägte, hoch wettbewerbsfähige deutsche Finanzplatz geschwächt. Wollen wir das?

(Ministerin Sigrid Keler: Nein.)

Sie haben aber gerade eben in einem Teil mit zur Schwächung beigetragen, indem Sie sagen, Sie wollen diesen zweiten Teil ablehnen.

Wie internationale Erfahrungen zeigen, ging die Zentralisierung von Notenbank und Finanzaufsicht letztlich zu Lasten des Mittelstandes – auch das, meine Damen und Herren, können wir hier wirklich nicht wollen –, zu Lasten des Mittelstandes, der Privatkunden und der sie betreuenden Kreditinstitute.

Meine Damen und Herren, aus den vorgenannten Gründen bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. Und wenn Sie das dann nicht können, dann sollten wir wenigstens überweisen und mit Experten darüber diskutieren. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2401. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2401 ist mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bekämpfung des Terrorismus, Drucksache 3/2393.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Bekämpfung des Terrorismus
– Drucksache 3/2393 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jäger von der CDU-Fraktion.

Ein Geschäftsordnungsantrag? Bitte sehr.

Wolfgang Riemann, CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, ich hatte um Überweisung gebeten, also zunächst die Überweisung abstimmen und dann in der Sache abstimmen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das haben Sie nicht so beantragt.)

Präsident Hinrich Kuessner: Also bei Überweisungsanträgen ist es bei uns üblich, dass dann von vornherein richtig der Antrag gestellt, wohin überwiesen wird.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU: Finanzausschuss! – Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat er gesagt.)

Das haben Sie gesagt?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Ministerin Sigrid Keler: Ja, ja, das hat er gesagt.
Ja, das hat er gesagt. – Wolfgang Riemann, CDU:
In den Finanzausschuss, ja, das habe ich gesagt. –
Georg Nolte, CDU: Das haben Sie bestimmt
überhört. – Reinhard Dankert, SPD:
Das kann man gelten lassen.)

Gut, dann habe ich nicht genügend aufgepasst.

(Ministerin Sigrid Keler: Aber
abgestimmt ist abgestimmt.)

Abgestimmt ist abgestimmt. Aber trotzdem haben Sie
Recht, Herr Riemann.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU
und PDS – Reinhard Dankert, SPD: Es wäre
doch schließlich nichts anderes rausgekommen.)

So, wie ich diese Zusammensetzung heute erlebe,
glaube ich, hätte auch ein Überweisungsantrag keine
Chance gehabt.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten – Unruhe
bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber das ist natürlich keine Beurteilung dieses Parla-
mentes. Alles, was ich eben gesagt habe, ziehe ich wieder
zurück.

Wir sind jetzt bei Tagesordnungspunkt 13 und ich habe
das Wort dem Abgeordneten Herrn Dr. Jäger von der
CDU-Fraktion gegeben. Sie haben das Wort, Herr Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Vielen Dank.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Wenn Sie sich unseren Antrag ansehen, wird der eine oder
andere sich möglicherweise wundern, dass die CDU-Land-
tagsfraktion mit ihrem Antrag darauf hinwirken will, dass
die beiden von Bundesinnenminister Otto Schily vorgeleg-
ten Sicherheitspakete umgesetzt werden. Immerhin haben
CDU/CSU auf Bundesebene mehr gefordert, als der Bun-
desinnenminister nunmehr, und zwar offenbar wohl mit
Rücksicht auf den Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grü-
nen, vorgelegt hat. Wir sind allerdings der Meinung, dass
angesichts der deutlichen Bedrohung der Bundesrepublik
Deutschland durch den internationalen und fundamentalis-
tisch geprägten Terrorismus zunächst einmal die beiden
Sicherheitspakete in Kraft gesetzt werden müssen. Über
weitergehenden Handlungsbedarf kann man sich dann im
Nachhinein unterhalten.

Meine Damen und Herren! In unserem Land besteht ein
sehr konkretes Bedürfnis für eine klare Äußerung des
Landtages. Am 18.09. haben wir gemeinsam hier eine
Entscheidung miteinander gefasst, aber bisher wurden
notwendige Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung
innerhalb der Koalition, vor allem durch die PDS, abge-
blockt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Ihr Verhalten, meine Damen und Herren von der PDS-
Fraktion, ist durch ein abgrundtiefes Misstrauen gegen
Polizei und andere Sicherheitsbehörden gekennzeichnet.
Auf Ihr Betreiben wurde die bereits vom Innenminister
angekündigte Aufstockung des Verfassungsschutzes um
acht Stellen gestoppt. Wir werden bei einem anderen,
weiteren Antrag morgen darüber zu reden haben.

(Gerd Böttger, PDS: Was hat
das mit der Polizei zu tun?)

Ich sagte, Polizei und andere Sicherheitsbehörden,
Herr Kollege Böttger.

(Gerd Böttger, PDS: Aha.)

Wir sind beide Innenpolitiker, Ihnen muss ich das doch
nicht sagen.

(Gerd Böttger, PDS: Sagen Sie
doch gleich, was Sie meinen.)

Die vom Innenminister angeordnete Rasterfahndung,
die Bestandteil einer bundesweiten Vereinbarung der
Innenminister ist, wird von Ihnen ebenfalls mit allen Mitteln
bekämpft. Wir brauchen deshalb ganz dringend eine ein-
heitliche Meinungsbildung im Landtag, und zwar damit
die Landesregierung auch entsprechend ihrer Verpflich-
tung handeln kann.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU,
und Jörg Vierkant, CDU)

Konkret fordern wir, dass die Landesregierung im
Bundesrat den beiden von der Bundesregierung bereits
vorgelegten Gesetzentwürfen zur Änderung des Vereins-
gesetzes und zur Änderung des Strafgesetzbuches zu-
stimmt, damit sich nicht weiterhin terroristische Organi-
sationen hinter dem Religionsprivileg verstecken können
und die Mitglieder solcher Vereinigungen auch dann in
Deutschland strafrechtlich verfolgt werden können, wenn
die Vereinigung ihren Sitz ausschließlich im Ausland hat.
Das haben der Bundesinnenminister und die Bundesju-
stizministerin meines Erachtens zu Recht erkannt. Letzte-
res entspricht im Übrigen auch einer Vorgabe der
Europäischen Union.

Mit dem zweiten Sicherheitspaket sollen die Befugnis-
se des Bundesamtes für Verfassungsschutz und die Auf-
gaben von Bundesgrenzschutz und Bundeskriminalamt
erweitert werden. Es sollen außerdem biometrische
Merkmale zur Verbesserung der Identifizierung von Per-
sonen in das Pass- und Personalausweisgesetz aufge-
nommen werden. Im Ausländer- und Asylrecht soll die
Möglichkeit zur Ausweisung von Personen geschaffen
werden, wenn festgestellt wird, dass ihre Anwesenheit
eine Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grund-
ordnung oder der Sicherheit der Bundesrepublik
Deutschland bedeutet.

Ja, meine Damen und Herren, das will ich hier sehr
deutlich sagen: Das Gastrecht und humanitäre Verpflich-
tung müssen da ein Ende nehmen, wo sich jemand bei
uns aufhalten will, der unsere freiheitlich-demokratische
Grundordnung und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und
Bürger bekämpft.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Das, glaube ich, sollte allseitiger Konsens sein.

Allerdings muss das nach unserer Auffassung auch
dann gelten, wenn der durch Tatsachen begründete Ver-
dacht besteht, dass es sich um eine Person handelt, für
die diese Gründe zu einer Ausweisung bestehen. Wir wol-
len nämlich nicht länger abwarten müssen, bis es zu
Handlungen gegen humanitäre Grundwerte kommt und
die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger durch ver-
brecherisches Handeln bereits beeinträchtigt wird. Des-
wegen hätten wir uns sehr gewünscht, dass Bundesin-
nenminister Schily seine schon verkündeten Absichten
auch umgesetzt hätte und sich nicht unter dem Druck des
kleineren Koalitionspartners hätte umstimmen lassen. Ich

hoffe, dass sich das im Gesetzgebungsverfahren noch korrigieren lässt.

Und schließlich soll das Sozialgesetzbuch im Hinblick auf die Zugriffsmöglichkeiten bei der Rasterfahndung geändert werden. Ich darf die Kollegen aus dem Innenausschuss an unsere Sitzung vom 4. Oktober dieses Jahres erinnern. Da hat die Vertreterin des Landesdatenschutzbeauftragten schon auf Bedenken hinsichtlich der Weitergabe von Daten aus diesem Bereich angesichts der derzeit geltenden Rechtslage hingewiesen. Auf Bundesebene ist offenbar dieses Problem, das seinerzeit von den Koalitionsfraktionen und vom Vertreter des Innenministers noch in der Sitzung negiert wurde, erkannt worden. Wir erwarten deshalb von Ihnen, Herr Innenminister, dass Sie sich wenigstens jetzt für die von der Bundesregierung vorgeschlagene Lösung im Gesetzgebungsverfahren einsetzen.

Meine Damen und Herren! Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung bedarf im Gesetzgebungsverfahren zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger dringend auch der Zustimmung unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern. Und angesichts der deutlich gewordenen schwerwiegenden Meinungsunterschiede innerhalb der Koalition von SPD und PDS in diesen Sicherheitsfragen von nationaler und auch internationaler Dimension ist ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus geboten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir wollen mit unserem Antrag und einer hoffentlich breiten Zustimmung der Landesregierung den Rücken stärken, damit sie entsprechend ihrer Verpflichtung auch handelt. Eine Enthaltung, meine Damen und Herren, im Bundesrat wäre eine Ermunterung für Terroristen und kann von uns allen nicht gewollt sein. Ich sage noch einmal: Resolutionen als solche, wie wir sie gefasst haben, genügen nicht. Wir müssen jetzt auch danach handeln und darauf zielt unser Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Ritter.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Terroranschläge vom 11. September in den USA haben in der Bundesrepublik und in unserem Land zu einer neuen Diskussion über die Qualität der öffentlichen Sicherheit geführt. Die Bundesregierung und ihre internationalen Verbündeten haben auf die zu verurteilenden Terrorangriffe zwei Antworten parat: Krieg nach außen und Repression nach innen. Und diese stellen Sie als alternativlos dar.

Vermutlich haben Terroranschläge wie die vom 11. September in unserem Land noch nie für so viel Entsetzen und Angst gesorgt. Die Ängste liegen auf unterschiedlichen Ebenen: Angst vor Krieg und Angst davor, selbst Zielscheibe von Terroranschlägen zu werden. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir nehmen die Ängste der Bevölkerung sehr ernst.

Wir fragen uns aber, sehr verehrter Herr Kollege Jäger, ob Anträge wie der vorliegende geeignet sind, Antworten auf die Fragen der Bevölkerung zu geben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren und äußeren Frieden, für gesellschaftlichen Ausgleich sorgen, nicht für einen Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung. Wir gehen also von einem Sicherheitsbegriff aus, der Politik gegen Terrorismus und Kriminalität genauso einfordert wie eine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gegen Armut und Ausgrenzung.

(Harry Glawe, CDU: Auweia! Auweia!)

Und unter diesen Prämissen frage ich mich: Was ist wohl der tiefere Sinn dieses Antrages? Will sich die CDU als Sicherheits- und Ordnungspartei rechtzeitig zu den Wahlen in Erinnerung bringen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das brauchen wir nicht. Das wissen die Leute. – Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Will sie sagen, Herr Jäger, dass sie nämlich alles noch viel besser und viel gründlicher kann als Herr Schill? Oder möchte sie sich gleichzeitig auch nicht gern von Herrn Schily den Schneid abkaufen lassen? Nur, wir wissen im Moment noch nicht ganz genau, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo die CDU ihren sicherheitspolitischen Spagat zwischen Schill und Schily einnehmen will – ob nun rechts von Herrn Schill oder rechts von Herrn Schily. Das wird auf alle Fälle eine schwere Übung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmen Sie einfach dem Antrag zu und dann wissen Sie es!)

Und es ist beileibe nicht die Sorge um die Sicherheit von Otto Normalverbraucher, die die CDU hierzulande dazu bringt, in möglichst jeder Landtagssitzung Anträge zur inneren Sicherheit einzubringen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht der CDU um die sicherheitspolitische Meinungsführerschaft für die Wahlen 2002. Und das geschieht diesmal in einem Antrag mit drei zackigen Sätzen, inklusive Begründung. Aber, ich sage es noch einmal, man weiß nicht so recht, was der Antrag eigentlich will und was er soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch eindeutig.)

Er ist nicht Fisch noch Fleisch. Der Antrag ist ein Mischmasch von Verkündung und Treuebekenntnis. Denn was, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll der Landtag beschließen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir wollen, dass Sie dem zustimmen.)

Er soll sich noch einmal dazu bekennen, „dass alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, um jedem Terrorismus den Nährboden zu entziehen“. Sie greifen damit lediglich den letzten Satz der parteiübergreifend verabschiedeten Landtagsentschließung vom 18. September auf. Leider ist durch das Raster Ihrer politischen Wahrnehmung wohl nur dieser abschließende Satz hindurchgekommen. Denn er ist natürlich für Ihre sicherheitspolitischen Offensiven wichtig. Alle Maßnahmen sollen ergriffen werden, so wiederholen Sie den Satz der Erklärung. Und Sie missverstehen die Erklärung bewusst, denn für Sie ist die Devise: alle Maßnahmen und gleich noch ein paar mehr, schließlich haben Sie ja mit einem weiteren Antrag morgen nach dem Prinzip „Wenn schon, denn schon“ gleich noch einmal tüchtig nachgeladen. Für die Sicherheit ist Ihnen im wahrsten Sinne des Wortes nichts zu teuer, egal ob die Maßnahme etwas nützt oder ob sie zweckmäßig ist.

Der Landtag hat sich in seiner Resolution vom 18. September, zu der wir inhaltlich voll stehen, mit wohl überlegten, maßvollen und dem Ernst der Situation angemessenen Worten geäußert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie müssen auch danach handeln.)

Dass die entstandene Situation gründlich bedacht werden muss und Maßnahmen, wenn sie sich denn erforderlich machen, in Berlin und in Schwerin getroffen werden müssen, ist ohnehin klar.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, okay.)

Dafür ist die Landesregierung zuständig. Und ich kann Ihnen versichern, die Landesregierung handelt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie handelt der Lage angepasst, Herr Jäger, sorgenvoll und verantwortungsbewusst sowie maßvoll und durchdacht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da habe ich von Ihnen was ganz anderes gehört.)

Aber das alles genügt Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, nicht, denn Sie wollen eben alles.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie wollen nämlich bereits für den Wahlkampf auf ganz billige Art und Weise das sicherheitspolitische Thema als Ihr eigenes Kampffeld buchen.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Das ist offensichtlich. Ob Sie freilich dabei Glück haben werden, steht allerdings angesichts der außerordentlichen Farsche und Schneidigkeit von Herrn Schily in den Sternen. Aber das ist Ihnen wohl reichlich egal.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmen Sie ihm doch zu! Stimmen Sie wenigstens Schily zu!)

Die Hauptsache ist der sicherheitspolitische Böller, Herr Jäger. Ihre Forderung, alle Maßnahmen zu ergreifen, ist jedoch sicherheitspolitisch äußerst fragwürdig, denn da müsste sich unser kleines Mecklenburg-Vorpommern schon einiges leisten. Und ich sage mal, auch ein CDU-Innenminister – sogar Sie, Herr Dr. Jäger, der Sie schon alles gewesen sind, da Sie alles wissen und alles voraussehen – müsste an einer solchen Aufgabenstellung verzweifeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nehmen Sie doch mal zum konkreten Antrag Stellung!)

So viel zu Ihrer Verkündung. Und was lehrt uns nun Satz 1 Ihres Antrages? Antwort: Im Prinzip rein gar nichts.

Dann kommt der bedeutungsschwangere Satz 2 Ihres Antrages, ein Treuebekenntnis.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist der Antrag! Das ist der Antrag!)

Natürlich, Herr Jäger, hat die CDU diesen Satz 2 nicht an die Adresse der sicherheitspolitisch verstockten PDS gerichtet, sondern er ist ein sicherheitspolitisches Angebot an unsere Koalitionsschwester, die SPD.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Die müsste doch wohl, so das Kalkül der CDU, ...

(Reinhardt Thomas, CDU:
Man sollte zustimmen.)

Jawohl.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Denn die SPD müsste doch wohl, und das ist Ihr Kalkül, das Sicherheitspaket I und II des Bundesinnenministers blanko und in Gänze begrüßen. Damit soll also der SPD eine Grube gegraben werden, und das, obwohl auch Sie das Sprichwort kennen dürften, was dem passiert, der anderen eine Grube gräbt. Aber auch hier haben wir wieder die sicherheitspolitische Devise Nummer eins der CDU: Alles oder nichts!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann haben Sie nichts verstanden.)

Am 1. November, Herr Jäger, am 1. November, als Sie den Antrag formuliert haben, war das Sicherheitspaket II noch nicht einmal durch das Bundeskabinett.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Der Entwurf lag aber vor.)

Aber die CDU möchte es bereits,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie müssen die Veröffentlichungen dazu lesen.)

aber die CDU möchte es bereits, ohne dass sie es genau kennt, selig sprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ich kann's Ihnen vorlesen.)

Aber mal abgesehen davon, von alldem ist das Ansinnen der CDU an die SPD

(Reinhardt Thomas, CDU:
Es gibt ja Entwürfe vorher.)

natürlich politisch eine recht zweifelhafte Offerte. Ich nenne das CDU-Begehrt darüber hinaus scheinheilig. Denn hier in Ihrem Antrag schreiben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, eine Begrüßungsresolution, dass Sie nämlich die Pakete I und II und alle anderen bis in die Unendlichkeit und Ewigkeit reichenden Pakete begrüßen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das steht überhaupt nicht drin.)

Das war am 01.11. hier bei uns zu Hause. Und gleichzeitig konnte man ein paar Tage später eine Presseerklärung aus der CDU-Zentrale lesen, dass die Unionsspitze das Zuwanderungsgesetz und das Paket II ablehnt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt nicht.)

Lesen Sie bitte die Pressemitteilung, Herr Jäger!

Ihre noch nicht designierte, aber schon demolierte Kanzlerkandidatin Frau Merkel sagte freilich, dass das Paket II in die richtige Richtung geht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

aber sie sagte auch, das Paket sei nicht knallhart, sondern wachsw weich. Das ist wörtlich Frau Merkel.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ich habe mich ähnlich ausgedrückt.)

Ihre Dissonanzen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, sind ebenso interessant wie auf-

schlussreich. Und Sie werden natürlich wissen, dass wir den Teufel tun, mit Ihnen gemeinsam Arm in Arm die Sicherheitspakete zu begrüßen. Das dürfte Ihnen doch wohl klar sein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das steht überhaupt nicht drin. – Herbert Helmrich, CDU: Dito! Dito!)

In der Tat sind wir gegen die Sicherheitspakete in Gänze, wenn auch die eine oder andere Maßnahme auch aus unserer Sicht möglicherweise geeignet sein könnte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ob sie zweckmäßig ist, steht sowieso noch auf einem ganz anderen Blatt. Wir halten die mit den neuen Paketen eingeleitete Entwicklung mit großen Risiken und Gefährdungen für den Rechtsstaat und die Menschen- und Bürgerrechte behaftet, nämlich dass wir Schritt für Schritt in einen antiterroristischen Superstaat abdriften und dass statt des gläsernen Staates der gläserne Mensch am Ende einer eigendynamischen Entwicklung steht.

(Friedbert Grams, CDU: Die haben wir schon.)

Und wir sind auch aus einem anderen Grund gegen diese und weitere Pakete. Das betrifft verschiedene Ambitionen und Begehrlichkeiten, wofür die hiesige CDU ist. Da werden zum einen alle möglichen sicherheitspolitischen Vorhaben aus den Schubfächern geholt und es soll durchgesetzt werden, was bisher nicht durchsetzbar war.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt nicht.)

Was diesen Punkt betrifft, hatte die Justizministerin des Bundes Frau Däubler-Gmelin

(Gerd Böttger, PDS: Alle Ladenhüter haben sie neu aufgeschrieben. Die ganzen Ladenhüter sind da jetzt drin.)

darum richtigerweise den Finger auf die Wunde gelegt und angeraten, den Gesetzentwurf „auch tatsächlich auf Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zu beschränken“. So weit die Bundesjustizministerin.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir meinen den Gesetzentwurf, den Sie rausgegeben haben.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der BND soll befugt werden, auch im Inneren zu ermitteln. Der Verfassungsschutz soll ohne richterliche Genehmigung Auskünfte bei Banken, Fluglinien, Post- und Telefonfirmen einholen und es wird nunmehr auch bei SMS-Botschaften und E-Mails gelauscht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ferner, na klar, ferner ermittelt das BKA ohne konkreten Anfangsverdacht, wenn es auch bescheiden heißt, es würden lediglich seine Zentralstellenkompetenzen erweitert. Es kann schließlich die Aufnahme biologischer Merkmale in die Ausweise erfolgen, eine Maßnahme, die, wenn sie durchgeführt wird, etwa 250 Millionen DM kosten wird. Aber wir haben es ja! Alles in allem dürften sich die Kosten für all diese schönen Maßnahmen allein im Geschäftsbereich des Innenministeriums, so sagen Experten, auf 1 Milliarde DM nur in den ersten drei Jahren belaufen und die erforderliche neue Technik dürfte – ebenfalls nach Schätzungen – danach bundesweit etwa 5 Milliarden DM verschlingen. Bei aller Notlage leistet sich diese Bundesrepublik diesen Sicherheitsmoloch.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Bleibt die Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie lange lassen sich das die Raucherinnen und Raucher im Land gefallen.

Ausweiskontrollen durch die Polizei, die zentrale Erfassung der Konten und deren Sichtung im Bedarfsfall, der erschwerte Zugang zu bestimmten Gebäuden, Behörden und Großveranstaltungen, die stärkere Checkung von Fluggästen, die Rasterfahndung als Zugriff auf ganze Bevölkerungsgruppen, verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen, Videoüberwachung öffentlicher Plätze, verschärfte Einreisebedingungen für Zuwanderer und Asylbewerber, die Sicherheitsüberprüfung in so genannten gefährdeten Bereichen – all dies soll jetzt, so wird uns suggeriert, unfehlbar gegen den Terrorismus wirken. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, die PDS, sind gegen diesen sicherheitspolitischen Trend.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Die CDU spricht in ihrer Entschließung davon, dass die Sicherheitspakete nur der erste Schritt zur Terrorismusbekämpfung wären. Das heißt wohl im Klartext, dass sie meint, wer A sagt, muss auch B und C und so weiter sagen. Sie will also weitere Pakete schnüren und versenden.

(Gerd Böttger, PDS: Die Hilfssheriffs wieder.)

So hören wir zum Beispiel von der CDU, nach dem 11. September wären äußere Sicherheitspolitik und innere Sicherheitspolitik untrennbar verbunden. Darum und daraus folgt, so sagt uns die CDU, dass die Bundeswehr zum Kampf gegen den Terrorismus in aller Welt eingesetzt werden muss und dass sie ebenso im Inneren für die innere Sicherheit einzusetzen sei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Fragen Sie mal den Bundeskanzler!)

Grundgesetz hin, Grundgesetz her, Herr Jäger.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, von derartigen Sicherheitskonzepten sollten wir die Finger lassen. Denn es kommt auch heftige Kritik, eben nicht nur von der PDS, sondern auch von einer Reihe von Berufsverbänden. Und ich möchte dafür den Sprecher des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Herrn Jensen, zitieren, der sagt: „Mit den von Bundesinnenminister Otto Schily vorgeschlagenen Maßnahmen wären die Anschläge vom 11. September niemals verhindert worden.“ Insbesondere die Aufnahme von biometrischen Daten in den Pass bezeichnet Jensen „als Quatsch“, weil teuer und technisch nicht realisierbar. Jensen kommt zu dem Fazit: „Wir brauchen eine kritische Fachdiskussion und keine politische Kraftmeierei.“

Und auch der Berliner Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Herr Vogler, zum Beispiel lehnte die Pakete generell für die polizeiliche Praxis als ungeeignet ab und verwies auf andere ganz irdische Bedürfnisse der Polizei: fehlendes Personal, mangelnde technische und sonstige Ausrüstung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Darüber reden wir morgen. Ich bin gespannt, was Sie dazu sagen.)

Ich komme dazu noch, ich komme dazu noch, Herr Jäger. Bleiben Sie gespannt!

Auch bei uns hat die Gewerkschaft der Polizei Ähnliches vertreten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und das hat an sich auch etwas Logisches für sich, Herr Jäger, denn jeder wird sagen, wenn Herr Schily in Berlin, ohne mit der Wimper zu zucken, 5 bis 6 Milliarden Mark für zweifelhafte Sicherheitsmaßnahmen bei der Terrorismusbekämpfung lockermacht, dann mag er bitte schön an die realen Bedürfnisse der Polizei denken und bitte schön auch die Überstunden bezahlen.

Um es klar zu sagen, natürlich gibt es Probleme bei der Polizei. Aber die CDU ist sehr vergesslich. Sie vergisst nämlich beispielsweise, dass sie acht Jahre lang die Polizeiführung im Land innehatte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Da ging es aufwärts. Da waren Sie nämlich nicht dabei, Herr Ritter.)

Jaja, jaja.

Und die fraglichen zusätzlichen 177 Stellen, die die CDU morgen verlangen wird,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

sind beispielsweise doch nicht aus Gründen der Terroristenabwehr nötig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

Der vorgesehene Stellenrückgang ist doch, und das wissen Sie ganz genau, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, Ergebnis des mittelfristigen Personalkonzeptes bei der Polizei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Weil das ein vollkommen unsinniges ist.)

Das aber ist 1996 beschlossen worden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt nicht.)

wohl unter der Ägide von Herrn Geil und auch von Herrn Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt nicht, Herr Ritter. Das stimmt nicht.)

Und selbst wenn, selbst wenn, Herr Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben keine Ahnung.)

aus Gründen der Terroristenabwehr die 177 Stellen erforderlich wären,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sind mehr.)

meine sehr verehrten Damen und Herren, wann, glauben Sie denn,

(Reinhardt Thomas, CDU: Zur Stärkung der inneren Sicherheit.)

würde dieses Personal zur Verfügung stehen. Selbst wenn jährlich, Herr Thomas, selbst wenn jährlich 50 Anwärter zusätzlich eingestellt würden, würde es etwa drei Jahre dauern, bis die Polizisten ausgebildet sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das brauchen wir. Das brauchen wir so.)

Jedenfalls sind die jetzt zu befürchtenden Terroristen bis dahin über alle Berge, wenn sie denn überhaupt zu uns kommen.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir anfangen, landeseigene Pakete zu schnüren, lassen Sie uns erst genau überlegen, was notwendig ist!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir gehen erstens davon aus, dass zunächst acht zusätzliche Stellen für bestimmte koordinierende Aufgaben bereitgestellt werden müssen. Dieses ist aus Gründen des abgestimmten Zusammenwirkens der Sicherheitsbehörden erforderlich und wird von uns gebilligt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir brauchen sie im Verfassungsschutz.)

Dann halten wir es zweitens für richtig, dass in Schlussfolgerung aus den Anschlägen eine gründliche Schwachstellenanalyse in unseren Sicherheitsbehörden erfolgt. Wenn sich daraus weitere Maßnahmen ableiten, werden wir diese ohne Hast und Eile durchführen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist richtig.)

Wir denken, dass es drittens angebracht ist, beispielsweise in Form einer interministeriellen Führungsgruppe für den Katastrophen- und Seuchenschutz

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die Handlungsfähigkeit zu sichern, und dass schließlich viertens auch über die inhaltliche Ausrichtung des Katastrophenschutzes und des Zivilschutzes neu nachgedacht werden muss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie lange wollen Sie denn noch nachdenken?)

Das ist das, Herr Dr. Jäger, was entsprechend der gegenwärtigen Lage angebracht ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das glauben Sie!)

Na klar glaube ich das, sonst würde ich das hier nicht erzählen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da stehen Sie ziemlich alleine.)

Darüber hinaus brauchen wir außenpolitische Aktivitäten, Herr Dr. Jäger, aber nicht Krieg, sondern Unterbindung des internationalen Waffenhandels, Verhinderung von Geldwäsche,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bin ich sofort dabei.)

Intensivierung der internationalen Polizeikooperation –

(Nils Albrecht, CDU: Als Landtagsabgeordneter. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Auf Sie kommt es doch gar nicht an, Herr Jäger.)

nicht mehr, aber auch nicht weniger, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diesem Anliegen wird Ihr Antrag und werden Schily I und II nicht gerecht. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Friese von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Friese.

Siegfried Friese, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die vom Bundesinnenminister vorgelegten Sicherheitspakete I und II sowie die zur Abwehr des internationalen Terrorismus in Mecklenburg-Vorpommern eingeleiteten Maßnahmen des Innenministeriums unseres Landes machen deutlich: Wir Sozialdemokraten bekennen uns zum wehrhaften demokratischen Rechtsstaat. Seine Aufgabe ist in Krisenzeiten, Angriffen auf den Rechtsstaat vorzubeugen und Angreifern in den Arm zu

fallen. Seine Aufgabe ist es, die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sichern, nach Maßgabe der Gesetze, nicht nach subjektivem Sicherheitsempfinden von Massen, nicht nach der Intensität der Schlagzeilen von Medien, nicht aufgrund von Aufregungen von Politikern.

Ich sage aber auch, in Regierungsverantwortung müssen wehrhafte Demokraten handeln und nicht zaudern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Sie kennen den von mir gerne zitierten Satz: „In Gefahr und größter Not ist das Mittelmaß der Tod.“ Die Bedrohungen, meine Damen und Herren, denen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung durch Terroristen von außen ausgesetzt ist, sind Herausforderungen des Rechtsstaates, denen wir Sozialdemokraten entschlossen, aber auch mit Augenmaß entgegnetreten. Für uns Sozialdemokraten ist dabei maßgebliche Richtschnur, dass unsere notwendigen Abwehrmaßnahmen immer unseren eigenen rechtsstaatlichen Anforderungen genügen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Den eigenen.)

Nur so ist gewährleistet, sagte unser Justizminister an anderer Stelle, dass wir nicht selbst schwächen, wofür wir eintreten. Und weiter der Justizminister, was er mit Blick auf die Sicherheitspakete des Bundesinnenministers ausführte: „Zur Bekämpfung terroristischer Anschläge ausländischer Fundamentalisten unterstützen wir alle weitergehenden Möglichkeiten der Aufklärung und Fahndung, die erforderlich und verhältnismäßig sind.“ Und ich füge hinzu: Wir unterstützen alle notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung terroristischer Anschläge, die vorbeugend notwendig sind.

Meine Damen und Herren, wenn ich es recht sehe, finden die vom Bundesinnenminister und vom Landesinnenminister vorbereiteten beziehungsweise bereits eingeleiteten Maßnahmen hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine breite Unterstützung. Ich begrüße das. Ich bin überzeugt, dass der Landtag mit großer Mehrheit den Bürgerinnen und Bürgern im Land und nach außen zeigen wird, dass er bereit ist, die parlamentarische Demokratie und die Werte unseres Grundgesetzes zu schützen. An dieser Bereitschaft der gewählten Vertreter des Volkes von Mecklenburg-Vorpommern dürfen wir keine Zweifel aufkommen lassen. Die Menschen sind angesichts der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus unsicher geworden. Sie erwarten Halt von den von ihnen gewählten Abgeordneten. Unsere Fähigkeit, Sicherheit zu geben, war in der Geschichte unseres jungen Parlamentes noch nie so gefragt wie in diesen Tagen.

Das so genannte Sicherheitspaket II des Bundesinnenministers ändert durch ein Artikelgesetz Vorschriften von insgesamt 16 Bundesgesetzen sowie verschiedene Ausführungsbestimmungen. Zu den Gesetzen zählen unter anderem solche Schwergewichte wie das MAD-Gesetz, das Bundesverfassungsschutzgesetz, das Passgesetz und das Luftverkehrsgesetz, unter anderem. Zu alledem sagt die Fraktion der CDU in diesem Hohen Hause ohne Wenn und Aber Ja.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Reinhardt Thomas, CDU: Ja, aber plus!)

Ein bemerkenswerter Vorgang! Wir Sozialdemokraten werden dieses Sicherheitspaket II mittragen, sind mit unserer Prüfung aber noch nicht zu einem definitiven Schluss gekommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

Wir nehmen uns die Freiheit, meine Damen und Herren, Beratungsbedarf anzumelden, obwohl das Paket aus der Feder eines sozialdemokratischen Bundesinnenministers stammt. Das hat nichts mit Misstrauen zu tun,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Das ist ein schöner Spagat.)

aber sehr viel mit der Wahrnehmung von Sorgfaltspflicht. Das unterscheidet uns offensichtlich in der Herangehensweise

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

von der CDU. Ich komme darauf zurück.

(Harry Glawe, CDU: Da machen Sie wieder einen Spagat! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, von den angestrebten Gesetzesänderungen beziehungsweise Maßnahmen scheinen mir bereits jetzt folgende bemerkenswert:

1. die Ausdehnung der Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des MAD auf die Sammlung und Auswertung von Informationen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richten
Es können so Erkenntnisse über Bestrebungen gewonnen werden, die sich gegen politische Gegner im Ausland richten.
2. die Ermittlungsbefugnis des BKA für bestimmte schwere Erscheinungsformen von Datennetzkriminalität
Da bei Straftaten im Zusammenhang mit Datennetzen die Zuständigkeit der Landesbehörden oft nicht gleich erkennbar ist, hat die zentrale Bearbeitung durch das BKA große Vorteile.
3. die Verbesserung des Informationsflusses zwischen den Sicherheits- und Ausländerbehörden durch Änderung des Ausländerzentralregistergesetzes, hier Artikel 13
4. das Einreiseverbot bei der Feststellung einer Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland sowie die entsprechende Ausweitung der Ausweisungstatbestände

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Meine Damen und Herren, zum Antrag der CDU-Fraktion:

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern soll über den vom Bundesinnenminister vorgelegten Maßnahmenkatalog der Sicherheitspakete I und II entscheiden. Soweit ich informiert bin, ist das so genannte Sicherheitspaket I bereits seit längerer Zeit beschlossen und umgesetzt worden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Mir ist unverständlich, wozu der Landtag Mecklenburg-Vorpommern dieses noch anerkennen

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Nein, es ist noch im Bundesrat.)

beziehungsweise die Landesregierung zur Unterstützung des Gesetzesvorhabens auffordern soll. Überrascht war ich von dem Umstand, dass die CDU-Fraktion vorgab, das so genannte Sicherheitspaket II bereits zu kennen, bevor dieses das Licht der Öffentlichkeit erblickt hatte.

(Heinz Müller, SPD: Hellseherische Fähigkeiten. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Hören Sie zu, Herr Kollege!

Es wurde erst am 7. November im Bundeskabinett beraten und Ende letzter Woche veröffentlicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Die Antragstellung der CDU erfolgte am 1. November,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

also sechs Tage früher. Das heißt doch, dass die CDU-Fraktion eine Materie zum Gegenstand ihres Antrages gemacht hat, die sie noch gar nicht kennen konnte.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben doch daran mitgearbeitet. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist die so genannte Pauschalzustimmung. – Heinz Müller, SPD: Das Üben für die Funktion als lieber Gott.)

Meine Damen und Herren, das muss man sich noch einmal auf der Zunge zergehen lassen!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie drücken sich wieder.)

Die CDU stellt einen Antrag, dessen Gegenstand zum Teil seit längerer Zeit gegenstandslos ist, weil bereits umgesetzt – Paket I.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt doch nicht, Herr Friese.)

Das Erschreckende jedoch, Herr Jäger, ist, dass die Abgeordneten des Landtages nach Ihrer Meinung über einen Gegenstand abstimmen sollen, nämlich das Paket II, der zum Zeitpunkt der Antragstellung noch gar nicht bekannt war.

(Harry Glawe, CDU: Aber wir haben es schon gekannt.)

Stellen Sie sich einmal vor, meine Damen und Herren, das Sicherheitspaket II wäre in der letzten Sitzung des Bundeskabinetts nicht beschlossen worden! Wir wüssten überhaupt nicht, worüber wir hier abstimmen sollten.

(Peter Ritter, PDS: Die CDU wüsste das. – Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Friese, besorgen Sie doch mal die Veröffentlichung des Bundesinnenministers! – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Ich kann ja Ihre Verlegenheit verstehen, aber lassen Sie mich weiterreden, bitte!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee, nee!)

Allerdings, meine Damen und Herren, nehme ich wie auch meine Fraktion für sich in Anspruch, einen Gegenstand erst einmal eingehend zu prüfen, bevor man ihn zur Beratung stellt beziehungsweise über ihn entscheidet. Dies, finde ich, gehört schon zu den verantwortlichen Wahrnehmungen eines von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes verliehenen Mandates.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das finde ich auch gut. – Dr. Armin Jäger, CDU: Wie lange wollen Sie sich eigentlich noch vor einer Aussage drücken?!)

Niemand und schon gar nicht gewählte Abgeordnete sollten die bekannte Katze im Sack kaufen.

(Dieter Markhoff, CDU: Herr Friese, kommen Sie zum Schluss und sagen Sie, Sie lehnen ab!)

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, Sie gehen sogar noch weiter. Sie behaupten, die Sicherheitspakete I und II seien nur ein erster Schritt zur wirksamen Bekämpfung des Terrorismus.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Auch dabei muss man sich fragen, woher Sie diese Gewissheit nehmen. Wie gelangen Sie zu der Weisheit, schon zu wissen, dass die betreffenden Maßnahmen nicht ausreichen würden?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer sagt denn das? – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Die haben genügend Schläfer im Innenministerium.)

Weder können Sie bereits deren Tragweite ermessen, noch ist in keiner Weise abzusehen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wie sich uns die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus

(Dr. Armin Jäger, CDU: Verbiegen Sie sich weiter!)

künftig zeigen und wie wir darauf reagieren müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Immer schön einen Diener vor der PDS machen!)

Meine Damen und Herren, eines wird durch Ihren Antrag deutlich: Sie, meine Damen und Herren von der CDU, gehen Fragen der inneren Sicherheit uninformiert

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wissen doch nicht mal, wo man Informationen herkrieg.)

und, ich muss es sagen, unseriös an. Ich bedauere das sehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch ein starkes Stück!)

In Krisenzeiten und in Zeiten enormer potentieller Gefahren für die innere Sicherheit müssen Demokraten zum Schutz der freiheitlichen Grundordnung gemeinsam handeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Und das trauen Sie sich nicht.)

Ich hatte gehofft, dass wir fraktionsübergreifend hier zu gemeinsamem Handeln kommen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Dann stimmen Sie doch zu!)

Ich sehe aber, dass Ihnen an der Profilierung auf diesem Gebiet mehr gelegen ist als daran,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, Herr Friese! Noch ein Diener vor der PDS!)

in der Sache zu Resultaten zu kommen.

(Beifall Peter Ritter, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Hocken Sie sich doch gleich auf den Teppichboden! Ich würde mich schämen.)

Ich bedauere das sehr, meine Damen und Herren, und die SPD-Fraktion wird deshalb Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Friese, dem Paket I muss erst vom Bundesrat zugestimmt werden und die Eckpunkte zu Schily II werden seit einigen Wochen öffentlich diskutiert. Und wir haben natürlich zum Bereich der inneren Sicherheit eine sehr eigene und sehr ausgeprägte Meinung und, auch wenn Ihnen das nicht passt, Sie werden es sich noch mal anhören müssen. Und, na gut, Sie von der PDS, sind nun mal zu den Friedensengeln geworden – Zweifel sind aber erlaubt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Machen Sie nur, Herr Thomas! Ganz friedlich hören wir Sie an.)

Nach den Terroranschlägen in den USA und den nachfolgenden Ermittlungen wurde bekannt, dass unser Land als Ruhe- und Planungsraum für Terroristen genutzt wurde. Wenn wir über die Bekämpfung des Terrorismus reden, dann müssen wir auch über einige Fehlentwicklungen in Deutschland reden. Jahrelang wurden die Probleme mit ausländischen Extremisten von den Verfechtern der multikulturellen Gesellschaft verharmlost und ignoriert. Die islamischen Extremisten haben dem christlich-abendländischen Kulturkreis und den parlamentarischen Demokratien lange vor den furchtbaren Terroranschlägen vom 11. September den Krieg erklärt. Entsprechende Dokumentationen füllen ganze Bücher, die Aktenordner des Verfassungsschutzes und der Geheimdienste.

Schon in der Allgemeinen Islamischen Menschenrechtserklärung vom 19. September 1981 werden die grundlegenden Menschenrechte, wie das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und auf Religionsfreiheit, nur nach dem islamischen Rechtssystem der Scharia gewährt. Das ist ein klares Nein zu unserem Wertesystem, weil das Menschenrechtsverständnis des Islam nur auf Allahs Wertesystem beruht. Die nicht gewährte Gleichberechtigung der Frau und die nicht vorhandene Trennung von Staat und Kirche sind mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar.

(Peter Ritter, PDS: Dann frage ich mich, warum hat denn alle Welt die Allianz unterstützt in Afghanistan.)

Diese mit den Grundgesetzen nicht vereinbare Scharia propagiert seit Mitte der 80er Jahre der anerkannte Asylbewerber und Sozialhilfeempfänger Metin Kaplan, genannt der Kalif von Köln, ungehindert in Nordrhein-Westfalen.

(Vizepräsidentin Renate Holzngel übernimmt den Vorsitz.)

Das Verbandsorgan der Gruppe Kalifatsstaat verkündete ständig, und das ist nachzulesen, Zitat: „Die Menschheit hat noch nie so eine dunkle Phase wie unter

der Demokratie erlebt. Es lebe die Hölle für die Ungläubigen und nieder mit allen Demokraten!“ Der so genannte Kalif von Köln ist inzwischen vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe wegen Aufruf zum Mord verurteilt worden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehen Sie!)

Der Vorsitzende Richter rügte das lasche und überängstliche Vorgehen der Behörde gegen Ausländerextremisten. Dieses lasche Vorgehen wurde von Rot-Grün politisch verordnet, weil es eben nach ihrem Verständnis nur gute Ausländer geben darf. Spätestens seit dem Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge ist klar, dass extremer Islamismus auch eine rechtsradikale totalitäre Ideologie und damit zumindest genauso gefährlich wie der Rechtsradikalismus ist. Das von Rot-Grün durchgepeitschte Ausländerrecht und die verordnete Fremdenliebe mit dem Privileg des Ausländerseins wurde zum Freifahrtschein für Extremisten in Deutschland. Und das, meine Damen und Herren, muss verändert werden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hüten Sie sich vor Nationalismus, Herr Thomas!)

Manche Deutsche fühlen sich eben fremd im eigenen Land, wie Johannes Rau am 25. Oktober sagte. Allerdings sagte er es erst nach den Anschlägen vom 11. September.

(Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

Rot und Grün belegen jede freie Meinungsäußerung zu diesem Thema mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Aber die Frage ist doch wohl gestattet: Was ist zum Beispiel die moslemische Wut gegen die Amerikaner in Saudi-Arabien oder Ägypten oder die Pogrome gegen die Christen? Sind das Tabus? Das ist auch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Zur rot-grünen Sicherheitspolitik der Vergangenheit sagt Otto Schily nach den Anschlägen im September: „Es hat in der Vergangenheit Versäumnisse gegeben.“ Und als ehemaliger RAF-Anwalt weiß er wohl, wovon er redet. Die Union – und das sagen wir ganz deutlich, es ist nämlich nicht neu, dass wir mit unseren Vorschlägen kommen – hat immer darauf hingewiesen, dass Einwanderung und Sicherheit nicht voneinander zu trennen sind.

Über 70.000 Extremisten gibt es in Deutschland, 31.000 davon islamische Extremisten. Sie genießen erhöhte Aufenthaltsrechte oder besitzen dank Rot-Grün die doppelte Staatsangehörigkeit. Wer islamischen Terrorismus bekämpfen will, der muss deren Anhängern den Zugang zu unserer Gesellschaft eben verwehren. Wir müssen die Rechtsgrundlagen dafür schaffen, dass die Mitgliedschaft in einer extremistischen Vereinigung zur Ausweisung und auch, wenn es sein muss, zu einem Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft führt. Wer nach Deutschland einwandert und unsere Staatsbürgerschaft anstrebt, muss sich in unsere Wertegemeinschaft integrieren. Das heißt Leitkultur statt multikulturelle Gesellschaft und nur der ist willkommen, der unser Grundgesetz für sich annimmt. Das ist nicht von mir, das ist von Johannes Rau, allerdings sehr spät. In Bayern funktioniert das. Antragsteller, die als Extremisten bekannt sind, erhalten nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, dank Rot-Grün aber immer noch einen festen Aufenthaltsstatus, mit dem der Steuerzahler die Feinde der Demokratie finanziert. Wir würden auch nicht zulassen, dass Extremisten getarnt als Greencardler zu uns kommen.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU – Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Das Gefährdungspotential ist viel zu groß.

Wenn Sie das zum Lachen finden,

(Peter Ritter, PDS: Das ist eigentlich traurig, was Sie hier erzählen. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Eigentlich will ich weinen.)

dann müssten Sie mal einiges nachlesen, was in den USA passiert ist.

Bundesinnenminister Schily wollte ursprünglich seinen Zuwanderungsgesetzentwurf mit dem Sicherheitspaket verknüpfen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie sind wirklich scharfer Tobak, Herr Thomas.)

obwohl aus unserer Sicht sein Gesetzentwurf nicht dazu geeignet war, die Zuwanderung zu begrenzen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Schämen Sie sich doch mal ein bisschen für Ihre scharfmacherische Rede!)

Ich bin kein Scharfmacher, und ich vergleiche mich auch nicht mit Ihnen. Sie sollten mal über Ihre Vergangenheit nachdenken und das Wort Scharfmacher nicht in den Mund nehmen in diesem ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie sind ein ganz übler Scharfmacher sogar! – Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt um Sachlichkeit.

Reinhardt Thomas, CDU: Also „übler Scharfmacher“ muss ich mir in diesem Landtag nicht von einem ZK-Mann sagen lassen. Dagegen verwahre ich mich. Und diese Zeit möchte ich bitte nachhaben.

(Beifall und Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS, und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Da können Sie auch klatschen.

Auf Druck der Grünen wurde die Zuwanderung aber von dem Sicherheitspaket abgetrennt. Die für die Sicherheit wichtigen Fingerabdrücke im Ausweis akzeptierten die Grünen nicht. Selbst bei Visumanträgen blieben Fingerabdrücke die absolute Ausnahme. Bei den Fluchtgründen wurden die letzten Schranken des deutschen Asylrechtes eingerissen

(Peter Ritter, PDS: Ein Glück, dass es so ist.)

mit geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung. Also alles und nichts, ohne eine vernünftige Definition kann jeder in Deutschland Asyl beantragen und erhalten. Das hätten Sie gern, wir aber nicht. Und das sagen wir so deutlich.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie sollten sich ein bisschen schämen! – Peter Ritter, PDS: Wollen Sie den Frauen in Afghanistan die Zuflucht verwehren?!)

Das Instrument der Duldung wurde nach diesem Zuwanderungsgesetz gänzlich abgeschafft, das heißt, die zur Ausreise eigentlich verpflichteten Geduldeten, und das sind 1,7 Millionen in Deutschland, bleiben jetzt in die-

sem Land nach diesem Gesetz. Mit dem Begriff „hochqualifiziert“, der nirgendwo vernünftig definiert ist, wird die Arbeitsemigration für Ausländer erleichtert, und das bei 4 Millionen Arbeitslosen. Sie haben doch auch nichts dazu getan, dass wir hier weniger Arbeitslose haben. Die gegenwärtige terroristische Bedrohung durch islamische Extremisten kommt aus dem Ausland.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Er besorgt mit seinen Reden wirklich Ausländerfeindlichkeit hoch drei.)

Mit dem jetzigen Zuwanderungsgesetzentwurf kann eben die Zuwanderung ausländischer Extremisten nicht verhindert werden und deswegen müssen wir das ansprechen. Deswegen fordern wir auch mehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Durch die Trennung von Zuwanderungs- und Sicherheitspaket wurden eben lebenswichtige Sicherheitsbelange ignoriert. Trotz – das sagen wir ganz deutlich – dieser Inkonsequenz sehen wir in dem Maßnahmenkatalog des Sicherheitspaketes I und II einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Und damit ist ja wohl Ihre Frage beantwortet.

Aus diesem Grunde sollte der Landtag hier und heute auch dem Sicherheitspaket I und II zustimmen. Wie wir wissen, wird sich die SPD darum drücken, aber unsere Position machen wir trotzdem klar. Wenn sich die SPD im Lande nicht aus der politischen Verantwortung nach dem Terrorangriff verabschieden will, dann müsste sie eigentlich dem Paket I und II ihres eigenen Bundesinnenministers hier heute zustimmen. Wer auf den 11. September nicht reagiert, der steigt aus der Geschichte aus. Sie sind wahrscheinlich schon 1998 aus der Geschichte ausgestiegen.

Die im Sicherheitspaket enthaltene Ausweitung der Antiterrorbestimmungen, die Abschaffung des Religionsprivilegs im Vereinsrecht und die Rechtsverordnung zur Sicherheit im Luftverkehr dürften ja wohl von niemandem in diesem Haus wirklich umstritten sein.

Und nun zu den Eckpunkten des Schily-Katalogs vom 7. November, der schon länger vorlag und den wir uns vorher beschafft haben.

Der BGS wird zukünftig bewaffnete Flugbegleiter einsetzen. Ich denke, das ist vernünftig. Die vorgesehene Ausdehnung der Sicherheitsüberprüfung auf lebenswichtige Einrichtungen sowie die Einschaltung des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie BND – Sie sagten es schon – ist vernünftig und findet unsere Zustimmung. Die Regelausweisung von Ausländern bei der Gefährdung der inneren Sicherheit und der Unterstützung terroristischer Vereinigungen wird erweitert. Allerdings eine Lockerung des Abschiebungsverbotes politischer Verfolgter ist nur mit einem viel zu hohen Level vorgesehen. Das erleichterte Verbot extremistischer Ausländervereinigungen war aus unserer Sicht überfällig. Von Schilys Ankündigungen, dem so genannten Otto-Katalog, sind viel zu viele auf der Strecke geblieben. Einige möchte ich nennen:

Erstens. Ein international üblicher Versagungsgrund für Visa und Aufenthaltsgenehmigung ist der Hinweis auf die extremistische Haltung. Es ist also nicht nur von uns, es gibt auch internationale Vereinbarungen. Im Regelentwurf steht aber Nachweis statt Hinweis. Das heißt, der Betrof-

fende muss auf deutschem Boden erst zugeschlagen haben. Das können wir nicht akzeptieren.

Zweitens. Die erforderliche Lockerung des Abschiebungsschutzes laut Resolution des UN-Sicherheitsrates von 1999 ist ebenfalls auf der Strecke geblieben. Auch das ist nicht nur unsere Idee.

Drittens. Die Musterbestimmung zur Ausweisung ausländischer Extremisten wurde herabgestuft zu einem Regeltatbestand. Das genügt uns nicht.

Viertens. Der Zugriff auf ausländerrechtliche Daten im Ausländerzentralregister sowie die Speicherung der Daten von Ausländern im Zusammenhang mit Straftaten und der Mitgliedschaft in terroristischen und kriminellen Vereinigungen sowie verbotenen Vereinen ist bei Schily auch vom Tisch. Und dazu haben wir eine andere Meinung. Vorgesehen sind nur freiwillige Angaben zur Religionszugehörigkeit. Was glauben Sie, wer das von den Extremisten tut? Das bleibt aus unserer Sicht ein unverantwortliches Sicherheitsrisiko.

Fünftens. Die Aufnahme sicherer biometrischer Merkmale – und damit meinen wir Fingerabdruck oder Gesichtsform bei den Identitätspapieren und im Visumverfahren – entfällt auch im vorliegenden Gesetzespaket.

Und Sechstens. Die Vorermittlungskompetenz des BKA ist auch vom Tisch. Gleiches gilt für die Ermittlungskompetenz des BKA bei organisierten Straftaten und bei ausländischen terroristischen Vereinen.

Und das haben wir ja hier wieder gehört. Ich denke, die Grünen und die PDS sind nicht nur bei Auslandseinsätzen ein Sicherheitsrisiko, auch bei dem Sicherheitspaket I und II. Und es ist bitter, dass sich die SPD da einwickeln lässt. Wir fordern die Einführung der bundesweiten Regelanfrage beim Verfassungsschutz und BND,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Nach Ihnen soll Mecklenburg-Vorpommern
wohl ein Hochsicherheitstrakt werden.)

bevor Einbürgerungen und Aufenthaltstitel vergeben werden. Das ist kein Sicherheitswahn, sondern das sind ganz normale Dinge, die in jedem anderen Rechtsstaat vernünftig laufen, nur in Deutschland nicht. Sie glauben ja, Sie haben den Rechtsstaat erfunden. Sie sind die Letzten, die den Rechtsstaat erfinden und noch verteidigen werden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Zeigen
Sie nicht mit dem Finger auf angezogene
Leute! – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Gegen diese unverzichtbare Regelanfrage läuft die PDS aus gutem Grunde Sturm, aus sehr gutem Grunde Sturm.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ja, sehr gut begründet.)

Zur Bekämpfung des Terrorismus gehört aus unserer Sicht die Regelanfrage genauso wie die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung. Die haben Sie doch – die SPD – abgeschafft. Auf die Überwachung des Fernmelde- und Funkverkehrs von Extremisten und Terroristen mit Zugriff auf Stand-by-Daten und Kartennummern von Mobiltelefonen kann ein Rechtsstaat im Kampf gegen diesen gefährlichen Terrorismus nicht verzichten.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist doch kein Rechtsstaat.)

Das ist kein Rechtsstaat. Das haben wir gehört.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na sicher.)

Sicher.

Wichtig sind für die Union auch die Verlängerung der Lösungsfristen in Paragraph 12 Absatz 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, die Erweiterung des Aufnahmekatalogs zur Beobachtung extremistischer ausländischer Organisationen sowie die Änderung der Vorschriften über den verdeckten Einsatz technischer Mittel im Bundesverfassungsschutzgesetz.

Wir haben also ganz klare Vorstellungen. Deswegen sagen wir: Schily-Paket I und II ist der erste richtige Schritt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Es ist nur
gut, dass Sie damit nicht durchkommen.)

Und es ist unsere Aufgabe, im Vergleich zu anderen parlamentarischen Demokratien zu fragen: Was müssen wir noch tun, um dieser Gefährdung entgegenzutreten?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Alles sicher oder was?)

Der weltweite islamistische Terrorismus verfügt – und das müssen wir auch deutlich zur Kenntnis nehmen – über weit verzweigte Netzwerke von Konten. Die Verpflichtungen von Banken und Stiftungen zur Auskunftserteilung zu Konten sowie über die Offenlegung der Geldströme gegenüber dem Verfassungsschutz muss daher auch beim speziellen Verdacht bei Extremismus und Terrorismusbekämpfung festgeschrieben werden.

Zur Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität kann auf die so genannte Beweislastumkehr nicht verzichtet werden. Fakt ist eins, der Extremismus wird mit Drogen finanziert. Wie in den USA und Italien muss der Beschuldigte zum Nachweis des legalen Erwerbs seines Vermögens gegenüber dem Richter verpflichtet werden. Was in anderen Ländern rechtsstaatlich möglich ist, können Sie doch in Deutschland nicht als Sicherheitswahn verdammen.

Von dem großen Wurf des Otto-Kataloges ist aus unserer Sicht zwar nicht so viel übrig geblieben, wie wir es uns gewünscht hätten, aber mit der Zustimmung zum Schily-Paket I und II hätten wir hier wenigstens mal eine Gemeinsamkeit der Demokraten in diesem Parlament haben können, und zwar

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das gibt es aber nicht.)

im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Sie haben sich von dieser Gemeinsamkeit verabschiedet. Sie tendieren zur PDS,

(Siegfried Friese, SPD: Das ist Unsinn!)

die hat sich schon lange verabschiedet, und somit tendieren Sie zurück in die Vergangenheit.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Was sind Sie denn für ein Demokrat?!)

Und im Übrigen: Rückgrat hatte eine SPD, in der solche Leute wie Sie das Sagen haben, noch nie und wird sie auch nie bekommen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und schon gar nicht gegenüber dieser PDS.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir
danken für diese demokratische Belehrung.)

Das haben Sie gerade nötig. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Von
Demokratie bleibt bei Ihnen nichts übrig.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Thomas.

Das Wort hat jetzt der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst einmal will ich das Lob, dass Sie Genossen Otto Schily spenden, gerne weitertragen. Möglicherweise wird es ihn sogar freuen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das glaube ich.)

Sodann will ich darauf hinweisen – und zwar will ich das gegenüber dem Abgeordneten Ritter machen, der sich hier zur Frage der Rechtsstaatlichkeit geäußert hat –, dass die Bundesregierung einstimmig das so genannte Schily-Paket II beschlossen hat. Auch die Bundesjustizministerin hat diesen Beschluss befürwortet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Jedenfalls sieht man im Bund derzeit nicht die Bedenken, die Sie hier im Landtag vorgetragen haben.

Die Koalition aus SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern hat im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit, wie es bekannt ist, ein breites Spektrum von Auffassungen. Das macht uns die Arbeit vielleicht nicht einfacher, aber das sind Probleme, die lösbar sind. Auf jeden Fall wird es Ihnen von der Opposition – das will ich nüchtern einschätzen – nicht gelingen, aufgrund unseres breiten Spektrums in diesem Bereich einen Keil in die Koalition zu treiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dem halten wir stand, Herr Jäger. Das wird uns auch in Zukunft gelingen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich warne in allen öffentlichen Diskussionen jedes Mal davor, den Bereich Terrorismusbekämpfung in eine ideologische Fragestellung zu verkehren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und freue mich, dass der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern hier und heute dies nicht getan hat. Eine ideologische und damit sozusagen sachfremde Diskussion ist hier nicht geführt worden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es war ganz sachlich, was Herr Friese gesagt hat.)

und das ist schon mal ein guter Ansatz für die Lösung der vor uns liegenden Probleme, denn wer behauptet, der Kampf gegen den Terrorismus würde die Demokratie und die Freiheit gefährden, der führt eine ideologische Debatte, bei der er sich fragen lassen muss, wie er ...

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist ja hier nicht behauptet worden. Aber wer dieses behauptet, Herr Dr. Jäger, der muss sich fragen lassen, wie diese Behauptung durch die einzelnen Vorschläge im Sicherheitspaket I und II denn konkret belegt werden kann,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich bin da nicht verletzt.)

denn nicht die einzelnen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung gefährden die Demokratie und die Freiheit, sondern der Terrorismus selber

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

ist eine große Gefahr für die Demokratie,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das müssen Sie Herrn Friese sagen.)

und zwar für die weltweite Zivilisation, wie wir es derzeit erlebt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sagen Sie das mal Herrn Dr. Schoenenburg!)

Ich habe beispielsweise, meine Damen und Herren, an der Schweriner Goethe-Schule eine Diskussion geführt. Es war ja auch in den Medien abgedruckt worden. Da sagte eine Schülerin, 12. Klasse, sie sei mit diesen Sicherheitsmaßnahmen einverstanden, denn wer sich nichts zu Schulden kommen lässt, der muss auch nichts befürchten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja,
richtig, das Mädchen hat Recht.)

Ganz einfach, nicht? Aber wer sich was zu Schulden kommen lässt, den müssen wir kriegen, und zwar möglichst vorher, bevor er entsprechende Planungen, die er möglicherweise begehrt, umsetzt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen ist die zentrale Frage, und das ist zugegebenermaßen eine Frage – Herr Ritter, da gebe ich Ihnen völlig Recht –, die nicht auf die leichte Schulter zu nehmen ist, aber es ist eine zentrale Frage, ob den Sicherheitsbehörden erst im Zuge von Ermittlungsverfahren Kenntnisse über terroristische Planungen zugänglich gemacht werden dürfen oder aber, ob sie nicht vorher bereits solche Kenntnisse erlangen müssen. Das ist die zentrale Frage. Sie richtet sich an die Nachrichtendienste, sie richtet sich aber auch – das hat Otto Schily richtig erkannt – an das Bundeskriminalamt und letztlich auch an die Landes-kriminalämter.

Ich persönlich bin auch der Auffassung, dass in dem Moment, wo man erst im Zuge von Ermittlungsverfahren entsprechende Informationen bekommt, eigentlich die Sache schon zu spät ist. Das heißt mit anderen Worten, wir reden auch im Bereich der Terrorismusbekämpfung von Präventionsansätzen, die wir durchziehen müssen, um den Terrorismus zu verhindern. Das ist die entscheidende Aufgabe, und letztlich geht es um die Instrumente, die wir dafür brauchen.

Ich will ein paar Punkte anführen, und zwar immer unter der Frage, ob die Demokratie in Gefahr ist im Sicherheitspaket II. Da heißt es, dass das Sicherheitsüberprüfungsgesetz zu ändern ist, und zwar mit dem Ziel, dass sicherheitsempfindliche Stellen innerhalb von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen des Bundes oder der Länder zu überprüfen sind. Hier kann ich nicht erkennen, dass das besonders demokratiegefährdend ist.

Oder es wird vorgeschlagen, dass Flugsicherheitsbegleiter des Bundesgrenzschutzes an Bord von deutschen Flugzeugen mitfliegen sollen. Das halte ich für richtig. Wenn der BGS das leisten kann, halte ich das für richtig.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das halten wir möglicherweise auch für richtig.)

Weiterhin wird vorgeschlagen eine Änderung des Pass- und Personalausweisgesetzes, und zwar, dass neben dem Lichtbild und der Unterschrift weitere biometrische Merkmale von Fingern oder Händen oder Gesichtern aufzunehmen sind. Da will ich mal eine nüchterne Frage stellen: Wenn wir heute neben der Unterschrift einen Fingerabdruck im Pass hätten und jetzt Genosse Schily vorschlagen würde, nun müssen wir noch die Gesichter abbilden, ergibt das eine Diskussion über die Gefahr der Demokratie? Das könnte ich mir vorstellen. Nur ich sage Ihnen, die entscheidende Frage ist die, wie wir die Identität von Personen feststellen in einer Zeit, wo technische Möglichkeiten vorhanden sind, diese zu verschleiern.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Also die Fingerabdrücke konnte man
vor 50 Jahren auch schon nehmen.)

Eben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Und warum sind sie nicht drin, warum sind sie nicht drin? Beantworten Sie mal die Frage!)

Und deswegen kann man es auch heute noch, Herr Schoenenburg. Ganz nüchtern gesagt: Das gefährdet die Demokratie in keiner Weise und hat sie, wie Sie richtig sagen, auch früher nicht gefährdet.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Da war es nicht drin aus gutem Grund.)

Weiterhin wird vorgeschlagen, eine Änderung des Vereinsgesetzes vorzunehmen. Warum? – Weil man weiß, dass in der Bundesrepublik Deutschland extremistische Ausländervereine oder ausländische Vereine bestehen, in denen terroristische Aktivitäten geplant oder auch begangen werden. Einer ist allen bekannt, das ist der Verein in Köln, dessen Führer einsitzt, der Kaplan, der den Kalifatsstaat errichten will. Und wer sich ein bisschen näher damit befasst, der wird, glaube ich, gegen diese Vorschrift, die es dann ermöglicht, auch Verbotsv Verfügungen zu erlassen, nichts mehr einwenden können. Deswegen, meine ich, sollte man diese Fragen, um die es geht, immer konkret besprechen.

Weiterhin wird vorgeschlagen, eine Änderung des Ausländer- und Asylverfahrensrechtes vorzunehmen, und zwar dahin gehend, dass terroristische oder gewaltbereite Aktivitäten von Gruppen oder von Einzelpersonen in der Weise unterbunden werden können, dass keine Visa- oder Aufenthaltsgenehmigungen erteilt werden dürfen oder aber Einreise- und Aufenthaltsverbote erlassen werden sollen. Dagegen kann man eigentlich nichts einwenden, denn wir wollen ja nun ausdrücklich in der Bundesrepublik Deutschland keine Terroristen einreisen lassen, und wenn wir sie schon haben, zügig wieder ausreisen lassen müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das heißt mit anderen Worten, meine Damen und Herren, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Terroristen? Terroristen gehören in den Knast.)

In welchen auch immer, Herr Schoenenburg.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber nicht im Ausland.)

In welchen auch immer.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wieso denn?)

Das heißt, ich plädiere dafür, dass wir sehr nüchtern, aber natürlich auch sehr verantwortungsbewusst, die einzelnen Teile des Sicherheitspaketes II, um das es ja im Bundesrat geht, miteinander so durchsprechen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich seinen Beitrag zur Stärkung der Terrorismusbekämpfung leisten kann.

Wir werden in der Koalition, Herr Dr. Jäger, diese Arbeit leisten und brauchen dazu weder einen Antrag noch eine Aufforderung der Opposition. Deswegen bin ich auch dafür, dass wir Ihren Antrag ablehnen,

(Dr. Armin, Jäger; CDU: Ach ja!)

aber ich bin sehr dafür, dass wir unsere Arbeit weitermachen, und das werden wir auch tun. Wir werden hier spätestens morgen an gleicher Stelle die Debatte fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Andreas Bluhm, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt noch einmal Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Meine Damen und Herren! Wenn der Innenminister vor mir geredet hätte, ...

(Zurufe aus dem Plenum:
Hat er doch, hat er doch!)

Ja.

... vor meiner ersten Rede, hätte ich gesagt, Recht haben Sie.

(Andreas Bluhm, PDS: Ging ja nicht,
weil Sie den Antrag eingebracht
haben. Das geht ja technisch nicht.)

Aber, meine Damen und Herren, jetzt sehen wir doch die ganze Zerrissenheit und das ist schlimm. Also erst einmal, Herr Friese, Sie hätten Ihren Innenminister fragen können. Er hat es eben noch mal gesagt. Die beiden Gesetze aus dem Sicherheitspaket I befinden sich noch in der parlamentarischen Beratung. Und was wir wünschen, ist, dass unser Land den beiden Gesetzentwürfen zustimmt. Das hat der Innenminister hier nicht gesagt. Vielleicht kann er das noch ergänzen.

Und zweitens. Ich habe selten erlebt, ich habe wirklich selten erlebt, dass sich der erste und der zweite Teil einer Äußerung so widersprechen wie bei Ihnen, bei dem Vorsitzenden des Innenausschusses. Erst erzählen Sie richtig mit dem Brustton der Überzeugung, was Sozialdemokraten für die Sicherheit tun, und anschließend drücken Sie sich vor einer Aussage, wie denn das mit dem Paket von Herrn Schily weitergeht. Also das ist schon – dümmlich darf man nicht sagen. Zu dieser nicht überzeugenden Begründung, Sie würden das ja gar nicht kennen, kann ich Ihnen nur empfehlen,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

fragen Sie doch mal den Herrn Innenminister, der hat uns eben das Paket erläutert, so, wie ich es auch erläutert habe. Er hat es aus einer noch verlässlicheren Quelle als ich. Wie ich weiß, ist es in der Innenministerkonferenz vor-

und zurückdiskutiert worden. Ist das Vertrauensverhältnis da bei Ihnen so gestört, dass Sie diese Papiere nicht kriegen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn das so ist, verrate ich Ihnen, wo wir sie herhaben – aus den Presseerklärungen des Herrn Bundesinnenministers. Den nenne ich natürlich nicht Genosse, obwohl ich mit ihm auch aus früherer Zeit noch sehr freundschaftlichen Kontakt habe und auch jetzt noch pflege. Ich habe da gar keine Probleme, das zuzugestehen, weil ich ihn als Fachmann durchaus in vielen Bereichen heute schätzen gelernt habe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber wir haben den Mut, wenn ein Bundesinnenminister, den wir nicht gewählt haben, etwas Richtiges tut, zu sagen, er macht das richtig, und wir wollen gerne, Herr Friese, und da sind wir nicht zu feige.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wir drücken uns nicht vor Aussagen und nicht mit solchen – also ich muss schon sagen – albernen Ausflüchten. Zu dem Zeitpunkt am 1. November konnten Sie gar nicht wissen, was Herr Schily will. Wir konnten es sehr wohl wissen. Lesen Sie seine Veröffentlichungen im Internet nach! Ich zeige Ihnen auch, auf welchen Knopf man da drückt.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist danach verändert worden.)

Ja, ich sage es Ihnen.

(Siegfried Friese, SPD: Das wurde am 7. entschieden, da war der Antrag schon längst fertig.)

Lieber Herr Friese,

(Siegfried Friese, SPD: Das ist peinlich für Sie, das verstehe ich ja.)

Ich weiß, dass es wehtut, wenn man sich vor irgendwas drückt, dass dann einer auch noch merkt, wie feige man es angefangen hat. Sie hätten sich informieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie sind Vorsitzender eines Innenausschusses und nicht irgendeines, sondern dieses Landtages. Und was Sie hier gesagt haben, das würde ja den ganzen Innenausschuss diffamieren. Und deswegen musste ich hier noch mal sprechen.

Wir wollen uns ...

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wie heldenhaft! – Siegfried Friese, SPD: Der Innenausschuss hat sich aber damit gar nicht beschäftigt. Sie bringen alles durcheinander.)

Nein, ich bin da gar nicht heldenhaft. Aber mir ist es peinlich, wenn jemand, der Vorsitzender des Innenausschusses ist, offenbar nicht in der Lage ist ...

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Heinz Müller, SPD: Danke für die Fürsorge! Das war wirklich nicht nötig.)

Ja. Ich weiß, dass das schmerzt.

Ich hätte jetzt nur eins gewünscht, wirklich gewünscht, Herr Innenminister, wenn Sie am Schluss Ihrer Ausführungen nicht auch wie Herr Friese noch gerade die Kurve gekriegt hätten, sondern wenn Sie gesagt hätten: Die Landesregierung wird den Gesetzespaketen von Herrn Schily und seiner Kollegin, der Bundesjustizministerin, zustimmen. Dann wären wir heute zufrieden nach Hause gegangen.

(Barbara Borchardt, PDS: Ach nee! Das können Sie aber nicht von uns erwarten. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das wussten wir aber nicht, dass Sie unzufrieden sind.)

Dann hätten Sie endlich mal gezeigt, dass Sie nicht nur den Mut haben, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Im Interesse des Landes zu handeln.)

Ja, genau das.

... dem Genossen Schily, wie Sie ihn nennen, einen Gefallen zu tun, sondern auch im Interesse des Landes zu handeln. Da hier beides zusammentrifft, kann ich Sie nur ermuntern: Lassen Sie sich doch nicht immer ins Boxhorn jagen! Sie haben eine Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lutz Brauer, CDU: Sehr gut. – Barbara Borchardt, PDS: Oh, Sie machen sich aber Sorgen!)

Sie haben Ihren Amtseid abgelegt. Handeln Sie endlich danach!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Jäger.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2393. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2393 ist mit den Stimmen der Fraktion der SPD sowie der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 15. November 2001, um 9.00 Uhr ein.

Meine Damen und Herren, wir haben heute einen spannenden Abend zu erwarten, wenn ich an den Fußball denke.

(Barbara Borchardt, PDS: Ach nee!)

Und dann geht es auch heute Abend noch mal um den „Roten“. Ich denke, er muss ausgetrunken werden. Ich hoffe, er bekommt uns allen gut, so dass morgen um 9.00 Uhr dann alle wieder da sind. Einen guten Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.26 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Bärbel Nehring-Kleedehn und Steffie Schnoor.

Alphabetisches Namensverzeichnis

**der Abgeordneten, die an der Nachwahl eines
zweiten Vizepräsidenten des Landtages teilgenommen haben**
– Drucksache 3/2402 –

1. Albrecht, Nils	CDU	35. Kuessner, Hinrich	SPD
2. Backhaus, Till	SPD	36. Mahr, Beate	SPD
3. Dr. Bartels, Gerhard	PDS	37. Markhoff, Dieter	CDU
4. Baunach, Norbert	SPD	38. Monegel, Hannelore	SPD
5. Dr. Beckmann, Christian	CDU	39. Müller Detlef	SPD
6. Beyer, Heidemarie	SPD	40. Müller, Heinz	SPD
7. Bluhm, Andreas	PDS	41. Müller, Irene	PDS
8. Bollinger, Hermann	CDU	42. Muth, Caterina	PDS
9. Böttger, Gerd	PDS	43. Neumann, Karsten	PDS
10. Borchardt, Barbara	PDS	44. Nitz, Thomas	CDU
11. Borchert, Rudolf	SPD	45. Nolte, Georg	CDU
12. Dr. Born, Ulrich	CDU	46. Peters, Angelika	SPD
13. Brauer, Lutz	CDU	47. Polzin, Heike	SPD
14. Bretschneider, Sylvia	SPD	48. Prachtl, Rainer	CDU
15. Brick, Martin	CDU	49. Prehn, Liselotte	PDS
16. Dr. Bunge, Martina	PDS	50. Rehberg, Eckhardt	CDU
17. Caffier, Lorenz	CDU	51. Riemann, Wolfgang	CDU
18. Dankert, Reinhard	SPD	52. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
19. Friese, Siegfried	SPD	53. Dr. Reißmann, Manfred	SPD
20. Gerloff, Claus	SPD	54. Ritter, Peter	PDS
21. Glawe, Harry	CDU	55. Schädel, Monty	PDS
22. Gramkow, Angelika	PDS	56. Schier, Klaus	SPD
23. Grams, Friedbert	CDU	57. Schildt, Ute	SPD
24. Helmrich, Herbert	CDU	58. Schlotmann, Volker	SPD
25. Holter, Helmut	PDS	59. Dr. Schoenenburg, Arnold	PDS
26. Holznagel, Renate	CDU	60. Schulz, Gabriele	PDS
27. Dr. Jäger, Armin	CDU	61. Schwebs, Birgit	PDS
28. Keler, Sigrid	SPD	62. Dr. Seemann, Margret	SPD
29. Dr. Klostermann, Henning	SPD	63. Dr. Seite, Berndt	CDU
30. Koburger, Annegrit	PDS	64. Skrzepski, Gesine	CDU
31. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	65. Staszak, Karla	SPD
32. Koplín, Torsten	PDS	66. Thomas, Reinhardt	CDU
33. Kreuzer, Götz	PDS	67. Dr. Timm, Gottfried	SPD
34. Krumbholz, Bodo	SPD	68. Vierkant, Jörg	CDU